



universität
wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

„Kolonialpropaganda und -aktivitäten in Österreich-Ungarn
1885-1918“

Verfasser

Mag. phil. Simon Loidl

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 092 312
Dissertationsgebiet lt. Studienblatt:	Geschichte
Betreuerin / Betreuer:	Univ.-Prof. Dr. Josef Ehmer

Inhaltsverzeichnis

0 Vorwort.....	3
1 Einleitung.....	5
Forschungsfragen.....	8
<i>Kolonialpropaganda.....</i>	<i>9</i>
<i>Propaganda und kolonialistische Aktivitäten.....</i>	<i>11</i>
<i>Kolonialpropaganda nach 1918.....</i>	<i>12</i>
Quellenlage und Methodik.....	13
Zum Begriff „Kolonialismus“.....	16
2 Gesellschaftliche Voraussetzungen für Kolonialdebatte und koloniale Aktivitäten in der Habsburgermonarchie.....	22
Protokoloniale Aktivitäten.....	22
<i>Beteiligung am Kolonialismus.....</i>	<i>25</i>
<i>„Kollektiver“ Imperialismus.....</i>	<i>26</i>
Die österreichische Sozialdemokratie und die koloniale Frage.....	30
Publizistisches Umfeld.....	34
Ökonomische Veränderungen in der Habsburgermonarchie um die Jahrhundertwende.....	38
Die Kolonialdebatte als politisch-gesellschaftliches Symptom.....	45
3 Die Österreichisch-Ungarische Kolonialgesellschaft.....	47
Kolonialgesellschaft und Flottenverein.....	47
Programm der Kolonialgesellschaft.....	51
Aktivitäten der Kolonialgesellschaft.....	56
Radikalisierung der Positionen während des Ersten Weltkrieges.....	60
4 Kolonialdebatten in Österreich-Ungarn zwischen 1885 und 1918.....	64
Soziales Milieu von Autoren und Rezipienten.....	66
Der Kolonialbegriff – Spezifika und Veränderungen im Lauf der Debatte.....	71
<i>Innenkolonisation.....</i>	<i>80</i>
5 Themenkomplexe und Motive der Kolonialdebatte.....	82
Koloniale Tradition und europäischer Kontext.....	83
„Auswanderung“ und „Überbevölkerung“.....	87
<i>Soziale Frage und „Überbevölkerung“.....</i>	<i>95</i>
<i>„Abenteuerfreudigkeit“ und „Auswanderungstrieb“.....</i>	<i>104</i>
<i>„Soziale Qualität“ von Auswandernden.....</i>	<i>106</i>
<i>Nationale Frage und Emigration.....</i>	<i>110</i>
<i>Die koloniale Migrationsdebatte aus migrationshistorischer Perspektive.....</i>	<i>116</i>
Bosnien und Herzegowina als kolonialpolitischer Testfall.....	118
Beiträge von Militärangehörigen zur Kolonialdebatte.....	125
<i>Die koloniale Frage in der Heeres-Zeitung.....</i>	<i>131</i>
Radikalisierung der Kolonial-Debatte während des Ersten Weltkrieges.....	142
<i>Krieg und Gewalt.....</i>	<i>145</i>
<i>Deutschnationalismus und „Herrenvolk“-Konzepte.....</i>	<i>147</i>
6 Von der Theorie zur Praxis: Die Lobby-Arbeit der Österreichisch-Ungarischen Kolonialgesellschaft.....	150
Die „Abtheilung für Export- und Colonialwesen“ im Niederösterreichischen	

Gewerbeverein.....	151
„...zur Kenntnis genommen und ad acta gelegt.“ – Eingaben und Anträge der Kolonialgesellschaft.....	154
„Auswandererschutz“-Enquete.....	155
Schulbuch-Initiative und Wehrpflichtigen-Unterstützung.....	157
Die „Studienkommission“ der Kolonialgesellschaft.....	165
Auftrag der „Studienkommission“.....	171
Die „Studienkommission“ in der Beurteilung des k.u.k. Konsuls.....	174
Eingaben, Anfragen und Stellungnahmen der Kolonialgesellschaft während des Ersten Weltkrieges.....	184
7 Brüche und Kontinuitäten. Aktivitäten österreichischer	
Kolonialautoren nach 1918.....	199
Richard Seyfert und Adolf Mahr.....	203
Richard Seyferts „Entwurf eines Programmes der Deutschen Nationalpartei“.....	206
Adolf Mahr als Leiter der NSDAP-Auslandsorganisation in Irland.....	208
Robert Stigler – von der Uganda-Expedition zur NS-Medizin.....	211
Die „Rassenphysiologie“ Robert Stiglers.....	214
Robert Stigler und die NS-Kolonialbewegung.....	223
8 Résumé.....	228
9 Quellen und Literatur.....	238
Quellen.....	238
Bibliotheken und Archive.....	238
Archivalien.....	238
Zeitungen und Zeitschriften.....	239
Gedruckte Quellen.....	240
Literatur.....	246
Sonstiges.....	261
10 Anhang.....	262
Abstracts.....	262
Lebenslauf.....	264

0 Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist Ergebnis langer – allzu langer – manchmal intensiver, manchmal weniger intensiver Forschungsarbeit. Entstanden neben der Arbeit an anderen Projekten, neben Lohnarbeit, der ich nur für zwei Semester durch das vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung finanzierte Stipendium am Center for Austrian Studies an der University of Minnesota entkam, litt die kontinuierliche Beschäftigung an der Dissertation, was insgesamt wiederum Verzögerungen mit sich brachte. Das Interesse am Thema war allerdings stets stärker als alle notwendigen und überflüssigen Ablenkungen, und so kehrte ich immer wieder mit Begeisterung an den Schreibtisch zurück.

Stand am Anfang der Beschäftigung ein noch unkonkretes Interesse am Themenkomplex „Habsburgermonarchie und koloniale Frage“, so nahm die Eingrenzung auf eine Auseinandersetzung mit den Publikationen, Debatten und Aktivitäten im Umfeld der Österreichisch-Ungarischen Kolonialgesellschaft bereits einen relativ langen Zeitraum in Anspruch.

Glücklicherweise konnte ich auch andere für das Thema interessieren, und so halfen ausführliche Diskussionen nicht nur dabei, die zugrunde liegenden Probleme selbst besser zu verstehen, sondern brachten auch zahlreiche Anregungen mit sich, die auf die eine oder andere Weise einfließen oder meinen Blick auf das Material schärfen.

Bei einem in vielerlei Hinsicht „exotischen“ Thema drängt sich immer wieder die Frage nach der Relevanz auf – nicht nur, aber insbesondere in Arbeitsphasen, während denen man sich dazu zwingen muss kostbare Freizeit dem Dissertationsprojekt zu widmen. Letztlich obsiegte aber auch hier stets die Gewissheit, einen bescheidenen Beitrag zu leisten für die Auseinandersetzung mit dem Gesamtkomplex Kolonialismus und europäische Expansion. Denn auch wenn viele der in vorliegenden Arbeit untersuchten Publikationen und Aktivitäten aus heutiger Perspektive skurril wirken mögen, so ist der Zusammenhang mit den

gewalttätigsten Kapiteln europäischer Geschichte und deren bis heute spürbaren Nachwirkungen dennoch deutlich.

Dank an Josef Ehmer und Walter Sauer, die als Betreuer und Zweitgutachter das Entstehen der vorliegenden Arbeit begleitet haben.

Besonderer Dank geht an Bettina Moser und Peter März für zahlreiche Hinweise und Korrekturen.

1 Einleitung

Setzt man sich mit der Frage nach einem „österreichischen Kolonialismus“, genauer mit kolonialen Aktivitäten in der Habsburgermonarchie auseinander, sind einige Vorbemerkungen nötig, um eine Beschäftigung mit dem Kolonialismus eines Landes ohne außereuropäischen Kolonialbesitz zu begründen. Zunächst ist die Frage aufzuwerfen, ob es sich bei der Habsburgermonarchie tatsächlich um eine „koloniefreie“ Großmacht gehandelt hat, wie es jahrzehntelang von der Geschichtswissenschaft tradiert wurde und etwa in populären Darstellungen zu einem verklärten Bild der Monarchie als an der Aufteilung der Welt unbeteiligter Friedensmacht dargestellt wurde. Gerade die Balkan-Politik der letzten Jahrzehnte der Monarchie wurde bereits von ZeitgenossInnen unter kolonialgeschichtlichem Blickwinkel betrachtet und auch für die Forschung bot etwa die Okkupation und Annexion Bosniens und Herzegowina einen Anknüpfungspunkt für die Auseinandersetzung mit kolonialen Bezügen in der Habsburgermonarchie.¹ Neben sozioökonomischen und politischen Aspekten wurden während der letzten Jahre verstärkt auch kulturelle, sprachpolitische und literarische Phänomene der multiethnischen Gesellschaft der Habsburgermonarchie mit postkolonialen Ansätzen analysiert.²

¹ Vgl. etwa Kurt *Wessely*, Die wirtschaftliche Entwicklung von Bosnien-Herzegowina. In: Adam *Wandruszka* und Peter *Urbanitsch* (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. 1: Die wirtschaftliche Entwicklung. Wien 1973, S. 528-566; Robert A. *Kann*, Trends towards Colonialism in the Habsburg Empire, 1878-1918. The Case of Bosnia-Herzegovina. In: Don Karl *Rowney* und G. Edward *Orchard*, Russian and Slavic History. Columbus 1977, S. 164-180; Martha M. *Čupić-Amrein*, Die Opposition gegen die österreichisch-ungarische Herrschaft in Bosnien-Herzegowina (1878-1914). Bern 1987; Evelyn *Kolm*, „Ich gebe für diesen Dreck nicht einen Kreuzer...“: Finanzkapital und imperialistische Politik in Österreich-Ungarn. In: Herbert *Matis* (Hg.), Historische Betriebsanalyse und Unternehmer. Festschrift für Alois Mosser. Wien 1997. S. 207-234; *Diess.*, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus. Frankfurt am Main 2001, insbes. S. 235-253; Andrea *Komlosy*, Innere Peripherien als Ersatz für Kolonien? Zentrenbildung und Peripherisierung in der Habsburgermonarchie. In: Endre *Hárs* u.a. (Hg.), Zentren, Peripherien und kollektive Identitäten in Österreich-Ungarn. Tübingen 2006. S. 55-78.

² Vgl. etwa Wolfgang *Müller-Funk* (Hg.), Kakanien revisited. Das Eigene und das Fremde (in) der österreichisch-ungarischen Monarchie. Tübingen 2002; Johannes *Feichtinger* (Hg.): Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis. Innsbruck, Wien 2003; Marianne *Klemun*, (Hg.): Wissenschaft und Kolonialismus. *Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit* 9. Jahrgang 2009 Heft 2.

Mein Forschungsinteresse liegt allerdings explizit im Bereich von Aktivitäten, die ein Engagement der Monarchie außerhalb Europas betreffen; auch dieser Forschungsansatz ist nicht neu, wenngleich ältere Betrachtungen häufig einen kolonialkritischen Zugang vermissen lassen und oftmals einer affirmativen Sicht verpflichtet sind, die in gewisser Hinsicht eine mangelndes koloniales Engagement bedauernde Diskurs-Tradition aus der Monarchie fortsetzt.³

Immer wieder gab es auch geschichtswissenschaftliche Beiträge zu kolonialen Tendenzen der Habsburgermonarchie, die aber kaum eine breitere Debatte anzustoßen vermochten.⁴ Erst seit den 1990er Jahren kann von einem kontinuierlichen Interesse der Geschichtswissenschaften an dieser Thematik gesprochen werden, im Zuge dessen verschiedenste Aspekte eines rudimentären, aber kontinuierlichen kolonialen Engagements analysiert wurden.⁵ Dabei ging es nicht nur darum, bislang nicht ausreichend erforschte „klassische“ koloniale Anläufe zu untersuchen, sondern auch jene Bereiche zu erfassen, deren Relevanz für die Kolonialaktivitäten der europäischen Mächte durch vielfältige Forschungsarbeiten nachgewiesen werden konnte. Die koloniale Funktion von Missionstätigkeit, Forschungsexpeditionen oder privaten Reiseunternehmungen wurde etwa für den Gesamtkomplex des deutschen Kolonialismus durch zahlreiche Einzelstudien nachgewiesen⁶; ähnliche, von der Habsburgermonarchie

³ Exemplarisch sei hier verwiesen auf Alexander *Randa*, Österreich in Übersee. Wien 1966.

⁴ Johann *Wagner*, Österreichische Kolonialversuche in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Diss. Wien 1955; Fritz *Klein*, Weltpolitische Ambitionen Österreich-Ungarns vor 1914. In: Jahrbuch für Geschichte 29, 1984. S. 263-290.

⁵ Vgl. Johann *Kurzreiter*, Österreich-Ungarn und die Kongo-Frage 1884-1885. In: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 46 (1998), S. 67-88; Kolm (2001); Walter *Sauer* (Hg.), K.u.K. kolonial. Habsburgermonarchie und europäische Herrschaft in Afrika. Wien 2007; *ders.*, Auf dem Weg zu einer Kolonialgeschichte Österreichs. In: *Österreich in Geschichte und Literatur (mit Geographie)*. 55. Jg 2011, Heft 1 (366), S. 2-5. Zu den Veränderungen des Bildes der Habsburgermonarchie in der geschichtswissenschaftlichen Debatte seit den 1990er Jahren vgl. die Bemerkungen von Walter *Sauer*, Österreich-Ungarn – die Erschaffung Mitteleuropas. In: Robert *Aldrich* (Hg.), Ein Platz an der Sonne. Die Geschichte der Kolonialreiche. Stuttgart 2008. S. 196-219

⁶ Vgl. etwa zur Rolle deutscher Missionsgesellschaften für den deutschen Kolonialismus Heinrich *Loth*, Die christliche Mission im Südwestafrika. Zur destruktiven Rolle der Rheinischen Missionsgesellschaft beim Prozeß der Staatsbildung in Südwestafrika (1842-1893). Berlin 1963; Klaus J. *Bade* (Hg.): Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium. Wiesbaden 1982; Horst *Gründer*, Christliche Mission und deutscher Imperialismus 1884-1914. Paderborn 1982; Christel *Adick*, Deutsche Missions- und Kolonialpädagogik in Dokumenten. Eine kommentierte Quellensammlung aus den Afrikabeständen deutschsprachiger Archive 1884-1914. Frankfurt am Main, London 2001.

ausgehende Phänomene wurden demgegenüber – aufgrund einer fehlenden staatlich organisierten Kolonialbewegung – lange Zeit nicht vor dem Hintergrund des europäischen Kolonialismus, sondern als isolierte Phänomene betrachtet, obwohl die kolonialen Bezüge in vielen Bereichen evident sind.⁷

Die grundlegende Frage – ob es angesichts des Forschungsstandes legitim und methodisch zielführend ist, die Geschichte der Habsburgermonarchie kolonialgeschichtlich zu durchleuchten – wurde dabei allerdings unterschiedlich beantwortet. Kurzreiter etwa kommt in Zusammenhang mit der „Kongofrage“ zu dem Schluss, dass diese „keine nennenswerte Bedeutung für die Außenpolitik der Donaumonarchie“ hatte, weil Österreich-Ungarn „keine größeren Interessen in Zentralafrika besaß.“⁸ Das Engagement der Monarchie bei der Berliner Kongokonferenz 1884/85 sei lediglich auf ein spezifisches Interesse an der Regelung der Schifffahrt zurückzuführen, da man Rückwirkungen auf entsprechende Übereinkommen in Europa befürchtet hatte: „Alles in allem bildete die Kongofrage nur eine Episode ohne größere Bedeutung oder Folgewirkung für die Außenpolitik Österreich-Ungarns.“⁹

Demgegenüber macht Sauer darauf aufmerksam, dass Österreich-Ungarn „dem Anfang der 1880er Jahre beginnenden *Scramble for Africa* nicht teilnahmslos – geschweige denn ablehnend – gegenüber [stand].“¹⁰ Von Interesse seien die kolonialpolitischen Entwicklungen für Österreich-Ungarn trotz oder gerade wegen fehlender größerer eigener Initiativen, denn es

Vgl. weiters grundlegend zu Reisen und Expeditionen und deren Darstellung Cornelia *Essner*, *Deutsche Afrikareisende im neunzehnten Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte des Reisens*. Wiesbaden 1985; Matthias *Fiedler*, *Zwischen Abenteuer, Wissenschaft und Kolonialismus. Der deutsche Afrikadiskurs im 18. und 19. Jahrhundert*. Köln, Wien 2005.

⁷ Sauer spricht in diesem Zusammenhang von einem „entdeckungsgeschichtlichen‘ Diskurs“ bzw. „Entdeckungsparadigma“, das die Auseinandersetzung mit der Rolle der Monarchie bei der kolonialen Aufteilung geprägt habe und durch welches koloniale Bezüge verschleiert wurden. Forschungsreisen und Expeditionen wurden demnach nicht nur von den Protagonisten ohne koloniale Zusammenhänge dargestellt, sondern auch von der Forschung so interpretiert. Vgl. Walter *Sauer*, *Jenseits der „Entdeckungsgeschichte“: Forschungsergebnisse und Perspektiven*. In: Sauer (2007), S. 7-15.

⁸ Kurzreiter (1998), S. 88

⁹ Ebd.

¹⁰ Walter *Sauer*, *Schwarz-Gelb in Afrika. Habsburgermonarchie und koloniale Frage*. In: Sauer (2007), S.17-78, hier S. 67

„bestand zum einen die Gefahr der Deklassierung als ‚Großmacht ohne Kolonien‘; zum anderen war die Möglichkeit destabilisierender Rückwirkungen der nationalstaatlichen Kolonialkonkurrenz auf das europäische Staatensystem nicht von der Hand zu weisen, und drittens wurden eine Zustimmung zu imperialistischen Aktionen einzelner Mächte nicht selten von Garantien für den Besitzstand der Monarchie auf dem Balkan oder von wirtschaftlichen Konzessionen abhängig gemacht.“¹¹

Mittlerweile ist der „Weg zu einer Kolonialgeschichte Österreichs“¹² bereits so weit beschritten, dass viele Phänomene nicht mehr aus einem Zusammenhang mit Kolonialismus herausgelöst werden können. Die vorliegende Arbeit soll einen weiteren Beitrag hierzu leisten, indem sie Personen und Organisationen untersucht, die sich im Gegensatz zu vielen Akteuren in „protokolonialen“¹³ Bereichen dezidiert als Befürworter von Kolonialismus sahen. Zum anderen soll mit der Uganda-Expedition ein weiteres Beispiel des kontextuellen Zusammenhanges derartiger protokolonialer Aktivitäten mit der gesamteuropäischen Kolonialgeschichte dargestellt werden.

Forschungsfragen

Anliegen der vorliegenden Arbeit ist es nicht, eine Chronologie habsburgischer Kolonialaktivitäten während der letzten Jahrzehnte des Bestehens der Monarchie herauszuarbeiten. Vielmehr soll die kolonialpropagandistische Ebene skizziert werden, die koloniale bzw. protokoloniale Aktivitäten begleitete und koloniale Zusammenhänge nicht etwa verschleiern wollte, sondern diese im Sinne einer „selbstbewussten“ Großmachtpolitik herauszustreichen versuchte. Drei zentrale Fragenkomplexe stehen dabei im Zentrum der Überlegungen. Zunächst stellt sich die grundlegende Frage, wie Kolonialpropaganda in Österreich-Ungarn

¹¹ Ebd. S. 67

¹² Sauer (2011)

¹³ Als „protokolonial“ werden im Folgenden Aktivitäten bezeichnet, die zwar in engem Zusammenhang mit Kolonialismus standen, jedoch von den jeweiligen Protagonisten nicht als explizit kolonialistisch begriffen wurden; auch Aktionen, die eine wegbereitende Funktion für Kolonialismus hatten, fallen unter diesen Begriff. Konkret geht es somit um Forschungsreisen, Expeditionen, Missionstätigkeit und Ähnliches.

beschaffen war, wer diese produzierte und wer sie rezipierte. Während der letzten Jahrzehnte des Bestehens der Habsburgermonarchie wurde eine Vielzahl kolonialistischer Broschüren, Pamphlete und Bücher publiziert. Neben einer Auseinandersetzung mit den Autoren dieser Schriften soll das gesellschaftliche Umfeld beschrieben werden, in denen sich diese und ihre LeserInnen bewegten. Weiterführend drängt sich die Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis, von prokolonialer Propaganda und kolonialistischen Aktivitäten auf. Gab es personelle Überschneidungen zwischen diesen Ebenen oder waren jene, die an (proto-)kolonialen Aktivitäten beteiligt waren, von den ideologischen Debatten gänzlich unberührt? Wie kann auf einer verallgemeinernden Ebene das Verhältnis von pro-kolonialer „Theorie“ und proto-kolonialer „Praxis“ beschrieben werden?

Schließlich wird die weiterführende Frage aufgeworfen, wie die Kolonialpropagandisten mit dem Ende der Monarchie umgingen. Während einerseits offensichtlich ein abruptes Ende für alle Vorstellungen einer österreichischen Kolonialmacht die unmittelbare Folge der politischen Umwälzungen 1918 waren, ist zu untersuchen, wie sich die während des Krieges teilweise äußerst aggressiv auftretenden Autoren nunmehr politisch positionierten. Im Folgenden sollen die zu untersuchende Fragekomplexe näher umrissen werden.

Kolonialpropaganda

Die der vorliegenden Arbeit zugrunde liegende zentrale These ist, dass es in der Habsburgermonarchie koloniale Tendenzen gab, die Ausdruck sich verstärkender expansionistischer Tendenzen waren, die wiederum von prokolonialen Artikulationen verstärkt wurde. Gleichzeitig konnten diese Autoren und Aktivisten an Theorie und Praxis einer jahrhundertlangen europäischen kolonialen Tradition anknüpfen, die im Zuge des *Scramble for Africa* einen Höhepunkt erlebte und deren kulturelle und ideologische Reflexe auch in einem nicht-kolonialistischen Land präsent waren.

Die spezifischen innen- wie außenpolitischen Umstände und ökonomische Voraussetzungen verhinderten, dass sich die Habsburgermonarchie aktiver an der Kolonialbewegung des „Zeitalters des Hochimperialismus“ teilnahm. Die Ursachen für diese zumindest vordergründige Nicht-Teilnahme lassen sich aus der Wirtschafts- und Politikgeschichte der Habsburgermonarchie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rekonstruieren. Gleichzeitig jedoch tauchen zahlreiche Indizien dafür auf, dass die Monarchie während dieser Jahrzehnte stets an der Schwelle zur aktiven Teilnahme an der Kolonialbewegung stand bzw. dass entsprechende Aktivitäten von Politikern und einzelnen Vertretern aus Industrie und Militär nicht nur angedacht, sondern geplant und in Ansätzen durchgeführt wurden. Um diese Ansätze zu forcieren und gleichzeitig die öffentliche Meinung hin zur einer pro-kolonialen Haltung zu beeinflussen, entstanden ab den 1880er Jahren Lobbygruppen, deren Ziel eine aktive Teilnahme der Monarchie an der kolonialen Aufteilung außereuropäischer Gebiete war. Die von diesen Gruppen und Personen entwickelten Ideen wurden zwar nur in sehr beschränktem Ausmaß rezipiert, flossen aber über Vertreter aus Politik und Industrie zumindest ansatzweise in realpolitische Prozesse ein und entsprachen in den Jahren vor und während des Ersten Weltkrieges zunehmend Vorstellungen und Konzepten, die auch von maßgeblichen Politikern und Militärangehörigen verfolgt wurden.

Für die gesamte Debatte ist zu berücksichtigen, dass es sich in der vorliegenden Untersuchung ausschließlich um deutschsprachige Beiträge handelt. Natürlich sind auch Beiträge zu Kolonialismus und expansionistischen außenpolitischen Konzepten von nicht-deutschsprachigen Autoren aus der Habsburgermonarchie vorhanden. Da jedoch in den meisten analysierten Beiträgen die nationale Frage eng mit der kolonialen verknüpft wird und in fast allen Fällen ein enger und positiver Bezug der Autoren zur deutschsprachigen Elite der Monarchie vorhanden ist, scheint die Beschränkung auf die deutschsprachigen Beiträge für die Fragestellung gerechtfertigt.

Propaganda und kolonialistische Aktivitäten

Auf den ersten Blick handelt es sich bei der prokolonialen publizistischen Tätigkeit und den protokolonialen Aktivitäten, wie Expeditionen oder Forschungsreisen, um zwei relativ voneinander getrennte Sphären, die kaum miteinander in Berührung standen. So traten die Protagonisten diverser Expeditionen in der Regel nicht als pro-koloniale Propagandisten in Erscheinung, während die Kolonial-Autoren nur selten als Praktiker aktiv wurden.

Dies führte auch dazu, dass Zusammenhänge zwischen diesen Ebenen in der Forschungsliteratur lange Zeit nicht gesehen wurden und Forschungsreisen und Expeditionen jenseits kolonialer Bezüge behandelt wurden. Einige bekannte Beispiele deuten allerdings darauf hin, dass ZeitgenossInnen die Relevanz des europäischen Kolonialismus für protokoloniale Unternehmungen durchaus bewusst war. So äußerte sich etwa Oscar Baumann in einem umfangreichen Beitrag in der *Oesterreichischen Monatsschrift für den Orient* über „Österreichisch-Ungarische Interessen in Ostafrika“. Baumann verweist in diesem Beitrag zwar auf den positiven Effekt einer kolonialen Zurückhaltung der Monarchie und auf die Nachteile, die anderen Kolonialmächten aus ihrem Kolonialbesitz entstanden seien, plädiert aber gleichzeitig für eine stärkere österreichische Beteiligung an einer ökonomischen Durchdringung Afrikas:

„Wenn man also als Patriot und Kenner Afrikas kaum ernstlich bedauern kann, dass Oesterreich-Ungarn an der Theilung des Continents *politisch* nicht theilgenommen, so ist doch in keiner Weise abzusehen, warum die Monarchie nicht *wirtschaftlich* an derselben mitwirken sollte.“¹⁴

Die Österreichisch-Ungarische Kolonialgesellschaft wiederum versuchte offensiv, etwa mit dem Rio-de-Oro-Projekt und der nach Brasilien entsandten Studienkommission, die Lücke zwischen kolonialer Theorie und Praxis zu

¹⁴ Oscar Baumann, Österreichisch-Ungarische Interessen in Ostafrika. In: *Oesterreichische Monatsschrift für den Orient*. Hg. vom K. K. Österreichischen Handelsmuseum in Wien. Nr. 1 u. 2. Jänner-Februar 1895, S. 1-4; hier S. 1

schließen – in beiden Fällen mit geringem Erfolg. Generell scheint die Kolonialgesellschaft, in deren Publikationen Beiträge Expeditionen und Forschungsreisen ebenso veröffentlicht wurden wie explizite Kolonialpropaganda betrieben wurde, die beiden häufig getrennten Sphären teilweise geschlossen zu haben. So wurde zumindest in einigen Beiträgen in Publikationen der Gesellschaft ein direkter Zusammenhang zwischen Forschungsreisen und Kolonialinteressen hergestellt.¹⁵

Ein weiterer bemerkenswerter Fall ist Robert Stigler, Teilnehmer der vom Wiener Architekten Rudolf Kmunke organisierten Uganda-Expedition 1911/12. Stigler trat zunächst ausschließlich als „Praktiker“ in Erscheinung, dessen „rassenphysiologische“ Forschungen ihn in späteren Jahren zur NS-Rassenideologie führten. Als NS-Mediziner war er an Forschungen an schwarzen Kriegsgefangenen beteiligt und begann in dieser Zeit, sich auch theoretisch mit Fragen neuer kolonialer Anläufe in Afrika zu befassen.¹⁶ Das Verhältnis von Theorie und Praxis, von kolonialer Propaganda und proto-kolonialen Aktivitäten in der Habsburgermonarchie muss also genauer untersucht werden; eine auf den ersten Blick plausibel wirkende relativ strikte Trennung der beiden Bereiche scheint in vielerlei Hinsicht nicht der historischen Realität zu entsprechen.

Kolonialpropaganda nach 1918

Die Uganda-Expedition von Rudolf Kmunke und Robert Stigler liefert gleichzeitig starke Indizien dafür, dass sich im Bereich der protokolonialen Praxis ähnliche Entwicklungen nachweisen lassen wie in der theoretischen Kolonialdebatte. In beiden Fällen zeigt sich eine Radikalisierung, die die „westlichen“ Debatten über „Rassentheorie“ und Expansion ebenso reflektiert wie

¹⁵ Vgl. etwa *Der Weltverkehr*. Zeitschrift für Ex- und Import, Handel, Verkehrs- und Auswanderungswesen. Offizielles Organ der österr.-ungar. Kolonial-Gesellschaft. Beilage: Mitteilungen des Österreichischen Orientvereines. Wien, November 1905. I. Jahrgang, Nr. 11, S. 1-6

¹⁶ Vgl. Stigler (1940 a, b, 1942), Berner (2004); Simon Loidl, Safari und Menschenversuche. Die Uganda-Expedition von Rudolf Kmunke und Robert Stigler. In: *Österreich in Geschichte und Literatur (mit Geographie)*. 55. Jg 2011, Heft 1 (366), S. 38-53

eine Militarisierung aller politischen und gesellschaftlichen Ebenen der Habsburgermonarchie während der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg.

In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen ob eine Radikalisierung von (proto)kolonialer Theorie und Praxis in der Habsburgermonarchie in einen Zusammenhang mit der Tatsache gebracht werden kann, dass einige der Protagonisten österreichischer Kolonialaktivitäten nach 1918 weiterhin aktiv blieben und in den nunmehr entstehenden rechtsradikalen Bewegungen der Zwischenkriegszeit eine neue Heimat fanden. Es ist also nach Brüchen und Kontinuitäten kolonialer Ideologie nach 1918 zu fragen. Wie gingen jene Protagonisten kolonialer Theorie und Praxis aus Österreich-Ungarn mit der neuen Ausgangslage um, die sich mit dem Zusammenbruch der Monarchie für koloniale Konzepte ergeben hatte?

Quellenlage und Methodik

Die vorliegende Arbeit zielt auf mehrere Untersuchungsebenen ab, die den verschiedenen Bereichen des Untersuchungsgegenstandes (vor allem also der theoretischen und propagandistischen Ebene, daneben aber auch den kolonialistischen und protokolonialen Aktivitäten) entsprechen.

Der Bereich der Kolonialpropaganda wird durch die Analyse gedruckten Quellenmaterials behandelt; dabei handelt es sich um in der Regel für eine breitere Öffentlichkeit produzierte Textquellen wie Zeitungen, Zeitschriften, Pamphlete, Broschüren, Bücher, Reiseberichte, die mittels methodischer Verfahren aus der Literatur-, und Textanalyse¹⁷ untersucht werden. Dabei sollen wiederkehrende Themen, Begriffe, Topoi und Metaphern, Querverbindungen, Verweise und gegenseitige Verbindungen herausgearbeitet werden, wodurch Ansätze einer „Kolonialdebatte“ in der Habsburgermonarchie überhaupt erst nachvollzogen werden können. Erst durch das Herausarbeiten derartiger wiederkehrender Argumentationsmuster und immer wieder reproduzierter Bilder, lassen sich Kontinuitäten und Bezugnahmen der Autoren nachvollziehen. Nicht

¹⁷ Vgl. etwa Schulte-Sasse/Werner (81994), Eagleton (41997, 2000), Jäger (42004)

immer wird in der Darstellung eine vollständige Analyse aller Bereiche und des gesamten Materials eines Textes, sondern eine Konzentration auf jene Aspekte erfolgen, die für die Einordnung der jeweiligen in die Debatte relevant erschienen.

Des weiteren soll der engere und weitere Kontext der Texte in die Analyse einbezogen werden. Dabei geht es zum einen um den sozialen und politischen Hintergrund der jeweiligen Autoren und Rezipienten, zum anderen um den gesellschaftlichen Rahmen, innerhalb dessen die Schriften entstanden.

Die Beiträge zur einer österreichischen Kolonialdebatte publizierten vor einem konkreten historischen Hintergrund, der von gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungstendenzen geprägt war, den diese Autoren reflektierten und mitzugestalten suchten. Teil dieses Hintergrunds waren potenzielle oder tatsächliche RezipientInnen; wenn auch konkrete Hinweise zu Art und Weise der *Publikumsrezeption* der Kolonialdebatte (Auflagenzahlen von Zeitungen oder Büchern, Reaktionen von LeserInnen etc.) weitgehend fehlen, so müssen einerseits die Intentionen der Autoren in Hinblick auf die Rezeption, als auch die Rezeption durch andere Kolonialautoren berücksichtigt werden.

Bei der Auseinandersetzung mit den Intentionen gedruckter Quellen muss der Entstehungszusammenhang der jeweiligen Texte mitberücksichtigt werden. Die Bedingungen und Ziele der Produktion dieser Texte (wer schreibt was wann wozu) unterscheiden sich sehr stark je nachdem, ob es sich etwa um Tageszeitungsartikel, Beiträge in wissenschaftlichen Zeitschriften, politische Pamphlete, populärwissenschaftliche Berichte, Monographien, Leserbriefe etc. handelt. Bei den zu untersuchenden Pamphleten und Büchern handelt es sich um Werke, deren Wirkung längerfristiger intendiert war als dies bei Zeitungsbeiträgen der Fall ist. Auch das Publikum, für welches geschrieben wird, unterscheidet sich je nach Medium.¹⁸ Bei Zeitungen handelt es sich um „Überreste“, bei Pamphleten kann man eher davon ausgehen, dass diese „mit dem Blick auf spätere Zeiten,

¹⁸ Vgl. Hans-Christof *Kraus*, Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter, Pamphlete. In: Michael *Maurer*, Aufriß der historischen Wissenschaften. Band 4. Quellen. Stuttgart 2002. S. 373-401. hier insbes. S. 384-388

wohl teilweise auch als Rechtfertigungsschriften ‚vor der Geschichte‘ konzipiert und geschrieben worden sind.“¹⁹

Neben den gedruckten Texten als Quellen der Kolonialdebatte werden in der vorliegenden Arbeit zahlreiche ungedruckte schriftliche Quellen ausgewertet. Vor allem die Auseinandersetzung mit der Ebene protokolonialer Aktivitäten stützt sich auf Archivmaterial wie Korrespondenzen, Eingaben an Behörden und Ministerien und Aktenvermerke; aber auch Berichte, die teilweise wiederum im gedrucktem Material zu finden sind, werden für diesen Bereich relevant sein.

Der übergreifende methodologische Ansatz geht nun dahin, die beiden Ebenen der Propaganda und der kolonialen Aktivitäten zueinander in Verbindung zu setzen, um so ein Gesamtbild des von der Österreichisch-Ungarischen Kolonialgesellschaft bzw. im Umfeld der Gesellschaft angestoßenen Kolonialismus zu erhalten. Eine Beschränkung auf die propagandistische Ebene würde dabei verzerrtes Bild ergeben, da hier wenig Hinweise auf die tatsächliche Relevanz der von den Autoren entwickelten Konzepte vorhanden sind. Gleichzeitig ist eine umfassende Analyse dieser Konzepte insofern sinnvoll, als auf diese Weise nachvollzogen werden kann, in welchem ideellen Kontext prokoloniale Lobbygruppen in der Habsburgermonarchie agiert haben.

Eine Analyse der Texte ist also notwendig, um den Rahmen deutlich zu machen, innerhalb dessen die kolonialen Aktivitäten erfolgten, eine Beschränkung auf die Ebene der Ideologie wiederum würde ein falsches Bild vermitteln, da erst die Konfrontation mit der in wesentlichen Punkten weitaus bescheideneren kolonialen Praxis den realen Stellenwert der Kolonialpropaganda während der letzten Jahrzehnte der Habsburgermonarchie zu vermitteln vermag.

Darüber hinaus wurde versucht, die untersuchten Phänomene kolonialistischer Propaganda und Aktivitäten in den Rahmen sozioökonomischer und politischer Entwicklungen in Österreich-Ungarn während des analysierten Zeitraums einzubetten. Dadurch sollen Hinweise auf die Gründe der Entstehung kolonialer

¹⁹ Ebd. S. 387

Vorstellungen in der Habsburgermonarchie gegeben werden und gleichzeitig jene Bereiche konkret benannt werden, wo die Kolonial-Lobbyisten an politische Konzepte anschließen konnten, die für die Monarchie von tatsächlicher Relevanz waren. Auch hier geht es darum, die Kolonialdebatte einzuordnen, um deren Relevanz bewerten zu können. Außerdem soll dadurch einer simplifizierenden Erklärung des Phänomens einer österreichischen Kolonialideologie allein aus einem gesamteuropäischen „Kolonialdiskurs“ vermieden werden. Gleichzeitig muss aber dieser europäische Bezug natürlich ebenfalls einfließen, da ein Phänomen wie Kolonialismus aus einer nationalen Perspektive allein nicht erklärt werden kann.

Eine Auswahl der analysierten Beispiele musste im Fall der Textquellen pragmatisch der Erreichbarkeit derselben folgen. Es existieren keine Bibliographien zur kolonialen Publizistik Österreich-Ungarns, weshalb eine Gesamtschau der Publikationen kaum möglich ist. Die vorliegende Arbeit präsentiert dementsprechend eine vergleichende Analyse von Einzelbeispielen, in der die meisten relevanten und derzeit bekannten prokolonialen Publikationen aus den letzten Jahrzehnten der Habsburgermonarchie Berücksichtigung fanden.

Für den Bereich der (proto)kolonialen Praxis wurden Beispiele gewählt, die entweder in unmittelbarem Zusammenhang mit den analysierten Texten bzw. dem Umfeld der Autoren standen – konkret also die Aktivitäten der Österreichisch-Ungarischen Kolonialgesellschaft – oder in der Literatur bislang nicht umfassend dargestellt wurden, wie dies für die Uganda-Expedition von Rudolf Kmunke und Robert Stigler der Jahre 1911/12 der Fall ist.

Zum Begriff „Kolonialismus“

In der geschichtswissenschaftlichen Literatur wird eine genauere Definition des Begriffes „Kolonialismus“ oft umgangen. Die meisten Autoren legen sich für ihre Arbeit individuelle Definitionen zurecht, häufig mit dem Verweis auf eine lange Begriffsgeschichte, die im Zeichen politischer Auseinandersetzungen – vor allem

um den mit einer Auseinandersetzung mit Kolonialismus zentralen Begriff „Imperialismus“ – gestanden habe²⁰ und deshalb nicht allgemeingültig gelöst werden könne. Dies führte auch immer wieder dazu, dass die Zurückweisung ökonomisch argumentierender Theorien allein aufgrund deren angenommener Nähe zum marxistischen Imperialismus-Begriff erfolgte.²¹

Das Ergebnis einer solchen Herangehensweise sind häufig willkürliche Definitionen, die notwendige Differenzierungen unmöglich machen oder eine unklare, etwa synonyme Verwendung der Begriffe. Mit einer synonymen Verwendung der Begriffe „Imperialismus“ und „Kolonialismus“ jedoch geht eine Reduzierung von Imperialismus auf bestimmte Aspekte expansionistischer Machtpolitik einher, die ökonomischen Grundlagen dieser Politik bleiben in der Regel ebenso untergeordnet wie im Vergleich zum Kolonialismus weniger offensichtliche Formen expansionistischer Machtpolitik.²² Jene AutorInnen wiederum, die Kolonialismus und Imperialismus als voneinander abzugrenzende Phänomene betrachten, legen sich in der Regel individuelle, oftmals willkürlich wirkende Definitionen für ihre Arbeit zurecht. Imperialismus wird dabei meist als eine in bestimmten Punkten anders geartete Variante von Kolonialismus definiert:

„Imperialismus wird etwa von den Staatskanzleien, Außen- und Kriegsministerien geplant und ausgeführt, Kolonialismus von Kolonialbehörden und ‚men on the spot‘.“²³

²⁰ „Can we conceptually clarify terms so laden with ideological and historical baggage? Are they irredeemably contaminated with political connotations?“ A. Dirk *Moses*, *Empire, Colony, Genocide: Keywords and the Philosophy of History*. In: A. Dirk *Moses* (Ed.), *Empire, Colony, Genocide. Conquest, Occupation, and Subaltern Resistance in World History*. New York, Oxford 2008. S. 3-54. Hier S. 22

²¹ „Die Argumente im Umfeld dieses heiklen Themas sind so gefühlsgeladen und bilden ein so dichtes und wirres Gestrüpp, daß der Historiker zunächst vor der Aufgabe steht, sie zu entwirren, um das eigentliche Phänomen dahinter sichtbar zu machen. Denn in diesen Auseinandersetzungen ging es zumeist nicht um die Ereignisse in der Welt von 1875 bis 1914, sondern um den Marxismus, ein Thema, das sehr leicht starke Emotionen auslöst.“ Eric *Hobsbawm*, *Das imperiale Zeitalter. 1875-1914*. Frankfurt am Main 2004, S. 84. Weiters macht Hobsbawm darauf aufmerksam, „daß nichtmarxistische Analytiker des Imperialismus in der Regel das Gegenteil dessen behaupteten, was die Marxisten darüber sagten, und auf diese Weise den eigentlichen Gegenstand ins Dunkel rückten.“ ebd. S. 85

²² Vgl. zu einigen solchen imperialismustheoretischen Ansätzen Eduard *März*, *Zur neueren Diskussion der Imperialismustheorie*. Wien 1980, S. 228, 229

²³ Jürgen *Osterhammel*, *Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen*. München 1995 ⁴2003, S. 27 Dass selbstverständlich auch „Kolonialismus“ in den „Staatskanzleien“ und

Zu dieser willkürlichen Differenzierung der Begriffe²⁴ kommt in zahlreichen Publikationen hinzu, dass diese unterschiedslos auf unterschiedlichste historische Epochen angewandt werden und folglich etwa das Römische Imperium und die Politik der europäischen Großmächte an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert mit denselben Kategorien analysiert werden.²⁵

Für die vorliegende Arbeit ist vor allem eine Auseinandersetzung mit dem Begriff „Kolonialismus“ und unterschiedlichen Ausprägungen und Erscheinungsformen von Kolonialismus von Bedeutung, da in österreichisch-ungarischen Beiträgen zur Kolonialdiskussion sehr unterschiedliche Varianten des Begriffs auftauchen.

Expansion und Kolonialismus spielten während der gesamten Periode der Herausbildung kapitalistischer Strukturen eine wichtige Rolle für die Etablierung und Festigung dieser Strukturen. Die Erscheinungsformen kolonialistischer Aktivitäten variierten jedoch im Verlauf der Jahrhunderte stark und reichen von der Etablierung von Handelsstützpunkten über Siedlungskolonien bis hin zu den Territorialkolonien²⁶, die sich schließlich vor allem im 19. Jahrhundert

„Außenministerien“ geplant wurde, liegt auf der Hand. Vgl. auch die Definition von Reinhard: „Hier soll er [der Begriff „Imperialismus“] verwendet werden als dynamischer Komplementärbegriff zum eher statischen *Kolonialismus*, d.h. *Imperialismus* sollen heißen die Anstrengungen, die zur Herstellung von Kolonialismus unternommen werden.“ Wolfgang Reinhard, *Kleine Geschichte des Kolonialismus*. Stuttgart 1996, S. 1. Ähnlich Moses in seiner Auseinandersetzung mit den Begriffen „empire“, „imperialism“ und „colonialism“: „There is consensus that empire means the domination of one society by another, usually backed by military force. Imperialism is a process and set of policies to acquire such domination whether by annexation or through less formal means.“ Moses (2008), S. 22

²⁴ In manchen Fällen dient die Vermischung und Dehnung der Begriffe auch dazu, die Hauptlast von Verbrechen, die in Zusammenhang mit Expansion und Kolonialismus begangen wurden, von europäischen AkteurInnen abzuwälzen. Die Assoziation von *empire* und *colonization* mit globaler europäischer Vorherrschaft würde, so A. Dirk Moses, vor allem von jenen verfochten, „for whom Europe is the root of all evil, but the fact is that empires of one type or another have dominated the political organization of humanity for thousands of years: from the Nuba in North Africa, Assyrians in the Middle East, Manchus in China, and Zulus in Africa, to the tribute systems of Mesoamerica, Mongols of Central Asia, Mughals in India, Safavids in Iran, and multinational land empires of the Ottomans, Habsburgs, and Romanovs, not to mention the ‚blue water‘ modern empires of Great Britain, France, Belgium, and Germany.“ Moses (2008), S. 21, 22 Demgegenüber scheint eine historische Differenzierung sinnvoll, die etwa die zentrale Rolle von kolonialer Ausbeutung in den unterschiedlichsten Erscheinungsformen für die Etablierung des Kapitalismus in Westeuropa und damit für die politische und ökonomische Vormachtstellung europäischer Mächte gespielt hatte.

²⁵ „The vocabulary of our subject comes from the Roman Empire.“ Moses (2008), S. 21

²⁶ Osterhammel unterscheidet als Haupttypen historischer Erscheinungsformen von Kolonien

herausgebildeten und für den „imperialistischen Kolonialismus“²⁷ der Jahrhundertwende vor allem bei der Aufteilung Afrikas kennzeichnend wurden. Definitionen von „Kolonialismus“ müssen also eine konkrete historische Epoche als Bezugspunkt nehmen oder sich auf eine bestimmte Ausprägung von Kolonialismus beschränken.²⁸

In der Kolonialdebatte der Habsburgermonarchie tauchen sehr unterschiedliche Ausformungen der Begriffe „Kolonie“, „Kolonialismus“, „Kolonisieren“ etc. auf, die unterschiedliche politische Konzepte widerspiegeln und deutlich machen, dass der Begriff „Kolonialismus“ um die Jahrhundertwende ein schillerndes Vokabel war und der spezifische Gebrauch beim jeweiligen Autoren berücksichtigt werden muss.

Darüber hinaus gilt es bei der Auseinandersetzung mit der Kolonialpropaganda auch eine kulturell-ideologische Dimension von Kolonialismus im Auge zu behalten. In der Forschung gibt es eine Tendenz der Scheidung zwischen kolonialhistorischen Betrachtungen, deren Fokus auf ökonomischen und politischen Aspekten von Kolonialismus liegt und kulturwissenschaftlichen

„Beherrschungskolonien“, „Stützpunktkolonien“ und „Siedlungskolonien“. Vgl. Osterhammel (2003), S. 16-18

²⁷ Gerhard Hauck verwendet den Begriff des „*imperialistischen K*“ in Abgrenzung zu vorhergehenden Erscheinungsformen von Kolonialismus. Vgl. Gerhard Hauck, Kolonialismus. In: Wolfgang Fritz Haug, Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Band 7/II. Hamburg 2010, 1159-1166

²⁸ Vgl. etwa den Definitionsversuch von Osterhammel, der jedoch nur den staatsrechtlichen Aspekt des Begriffs „Kolonie“ abdeckt: „Eine *Kolonie* ist ein durch Invasion (Eroberung und/oder Siedlungskolonisation) in Anknüpfung an vorkoloniale Zustände neu geschaffenes politisches Gebilde, dessen landfremde Herrschaftsträger in dauerhaften Abhängigkeitsbeziehungen zu einem räumlich entfernten ‚Mutterland‘ oder imperialen Zentrum stehen, welches exklusive ‚Besitz‘-Ansprüche auf die Kolonie erhebt.“ Osterhammel (2003), S. 16. Moses wiederum sieht zwar eine relative Einigkeit bei der Definition der Termini *empire* und *imperialism*, jedoch: „Agreement breaks down when colonialism is added to the mix.“ Allerdings sieht er das Problem nicht darin, dass unterschiedliche historische Epochen und somit verschiedene Ausprägungen von Kolonialismus vermischt werden, sondern: „The problem with these articulations of the relationship between the terms is that they omit consideration of colonial rule. Empire can exist without colonization or colonialism.“ Moses (2008), S. 22. Dementsprechend schlägt Moses eine sehr enge Definition vor, die jener von Osterhammel nahesteht, den Moses zitiert: „Colonialism [...] is a specific form of rule, and as a process supplements colonization. It means the occupation of societies on terms that robs them of their ‚historical line of development‘ and that transforms them ‚according to the needs and interests of the colonial rulers.‘ Colonial rule can radically alter the structure of, even dismember, an indigenous society.“ Moses (2008), S. 22

Ansätzen, die wissenschaftsgeschichtlich als Reaktion auf eine Vernachlässigung kultureller Aspekte von Kolonialismus entstanden sind und nun ihrerseits eine Tendenz zur Verabsolutierung dieser Aspekte aufweisen.²⁹ Ein komplexes Phänomen wie Kolonialismus ist aber nur dann erfolgversprechend zu entschlüsseln, wenn möglichst alle relevanten gesellschaftlichen Ebenen in ihrer Wechselwirkung miteinbezogen werden. Für die vorliegende Arbeit bedeutet dies, dass versucht wird, zumindest in Ansätzen einen sozioökonomischen Bezugsrahmen herzustellen, innerhalb dessen die verschiedenen Aspekte von „Kolonialismus“ in der Habsburgermonarchie auftraten und gleichzeitig die ideologische Ebene aus der transnationalen Perspektive einer europäischen bzw. „westlichen“ Kolonialideologie³⁰ zu beleuchten, die ihrerseits wesentlicher und integraler Teil des Projektes der europäischen Expansion (auch in ökonomischer, politischer oder militärischer Hinsicht) war.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass zu keinem Zeitpunkt in Europa eine fertig ausgearbeitete Kolonialideologie existierte, sondern je nach konkreten historischen Bedürfnissen sehr unterschiedliche Argumente zur Rechtfertigung kolonialer Expansion vorherrschend waren.³¹ Für die „reife Spätform“ kolonialistischen Denkens analysiert Osterhammel drei „Grundelemente

²⁹ Elemente einer Kritik des „kulturellen Relativismus“ postkolonialer Theorie entwickelte etwa Aijaz Ahmad und Terry Eagleton. Vgl. Aijaz Ahmad, Postcolonialism: What's in a Name? In: Ramón de la Campa, Ann Kaplan, Michael Sprinker (Hg.), Late Imperial Culture, London 1995. S. 11-32; Terry Eagleton, Was ist Kultur? Eine Einführung. München 2001; vgl. auch die auf literaturtheoretische Positionen bezogenen Bemerkungen in Terry Eagleton, Einführung in die Literaturtheorie. Stuttgart, Weimar 41997, S. 232-235

³⁰ Die Literatur zu europäischen bzw. westlichen Kolonialideologien bzw. eines Kolonialdiskurses ist unübersehbar und umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher Bereiche und Aspekte von der Entwicklung der Vorstellungen über außereuropäische Regionen über die Legitimationsideologien von Kolonialismus und Imperialismus hin zu Phänomenen der wechselseitigen Beeinflussung von Kolonisierenden und Kolonisierten sowie dem Nachwirken kolonialer Strukturen und Ideologien unter postkolonialen Bedingungen. Vgl. einführend bzw. grundlegend Aimé Césaire, Über den Kolonialismus. Berlin 1968; Edward Said, Orientalism. New York 1978; Aijaz Ahmad, In Theory. Classes, Nations, Literatures. London, New York 1992; Stuart Hall, Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht. In: Stuart Hall, Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg 1994. S. 137-179; Robert J. C. Young, Postcolonialism. An Historical Introduction. Malden, Oxford, Carlton 2001; Sebastian Conrad und Shalini Randeria (Hg.), Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. Frankfurt am Main 2002; Jürgen Osterhammel, Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen. München 1995 42003, S. 112-118; Enzo Traverso, Moderne und Gewalt. Eine europäische Genealogie des Nazi-Terrors. Köln 2003, S. 51-53

³¹ Vgl. Osterhammel (42003), S. 112

kolonialistischen Denkens“³²: die „Idee der unversöhnlichen Fremdheit“ bzw. anthropologisch „Konstruktion von inferiorer ‚Andersartigkeit‘“; den „Glauben an die höheren Weihen der Kolonisation“, konkret „Sendungsglauben und Vormundschafspflicht“ der Kolonisierenden; und die „Utopie der reinigenden Verwaltung“ oder „Nicht-Politik“, also die Vorstellung der Etablierung von Ordnung in nicht-verwalteten Gebieten.³³ Diese Aufzählung ist insofern unvollständig, als hier „innenpolitische“ Aspekte von Kolonialismus und Expansion – also Expansion als vorgeschlagene Lösung für soziale, ökonomische und politische Probleme eines Landes – keine Rolle spielen. Gerade für einen „verspäteten“ kolonialistischen Anlauf wie im Falle der österreichisch-ungarischen Kolonialpropaganda zeigt sich, dass eben diese Aspekte eine ganz zentrale Rolle bei der Begründung der Notwendigkeit kolonialistischer Betätigung spielen.

Der Kolonialismus gab starke Impulse zur Entstehung oder Weiterentwicklung neuer politischer Konzepte und Ideologien, die in den Jahrzehnten der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in ganz Europa in vielen Bereichen wirksam wurden. Für die vorliegende Arbeit werden etwa die Debatten um „Überbevölkerung“, sowie verschiedene Konzepte eines „wissenschaftlichen“ Rassismus von Interesse sein. Beide Komplexe entstanden in enger Anlehnung an expansionistische Aktivitäten und trugen zur Entstehung politischer Ideologien bei, die in den Jahrzehnten nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ihre destruktive Wirkung entfalteten. Die Darstellung der vorliegenden Arbeit endet deshalb auch nicht mit dem Ende der Habsburgermonarchie, sondern zeichnet das Weiterwirken einzelner Protagonisten österreichischer kolonialer Propaganda und kolonialistischer Praxis nach dem Ende der Monarchie nach.

³² Vgl. ebd. S. 113

³³ Vgl. ebd. S. 113-116

2 Gesellschaftliche Voraussetzungen für Kolonialdebatte und koloniale Aktivitäten in der Habsburgermonarchie

Protokoloniale Aktivitäten

Die Teilnehmer an der österreichischen Kolonialdebatte führten keine vollständig isolierte Auseinandersetzung, sondern knüpften an vielfältige ökonomische, politische, ideologische und kulturelle Entwicklungen auf österreichischer und europäischer Ebene an. Ereignisse und Aktivitäten, deren kolonialhistorische Relevanz von der Forschung lange Zeit unberücksichtigt blieb, spielten hierbei die Rolle einer Vorstufe zu einem dezidierten Kolonialismus.³⁴ Konkret geht es hier um protokolonialistische Aktivitäten wie Forschungsreisen und -expeditionen, Missionen, individuelle Teilnahme an Kolonialaktivitäten anderer Länder, sowie um bestimmte Formen von Handel.³⁵ Diese hatten eine relativ umfassende Präsenz verschiedener Aspekte von Kolonialismus, Imperialismus und Exotismus in der Habsburgermonarchie und eine gesamtgesellschaftliche Verankerung von kolonialen Vorstellungen und Ideologien zur Folge. Die Kolonialautoren nahmen diese Entwicklungen teilweise vorweg bzw. gingen die Argumente der Autoren weiter bis hin zu einem offenen Eintreten für koloniale Betätigung.

Eine umfassende Form protokolonialer Aktivität war die Präsenz österreichischer Missionen in Afrika. Längerfristig waren österreichische Missionare im 19. Jahrhundert vor allem in Ostafrika engagiert.³⁶ Dabei kam es zu Auseinandersetzungen um regionale Kompetenzen, die sich etwa durch die Tätigkeit der österreichischen Sudan-Mission und des österreichischen Konsulats im Sudan ergaben. Man bewegte sich hierbei nicht nur im Interessenbereich des

³⁴ Vgl. Sauer (2007 a)

³⁵ Vgl. Sauer (2007 b), S. 17-78; Georg Friedrich *Hamann*, Emil Holub. Der selbsternannte Vertreter Österreich-Ungarns im südlichen Afrika. In: Sauer (Hg., 2007), S. 163-195; Barbara *Köfler*, Oscar Baumann. Die wechselseitige Beziehung zwischen Forschungs- und Kolonialinteressen. In Sauer (Hg., 2007), S. 197-223; Petra *Kakuska*, Reiseziel Ostafrika. Organisation und Logistik von Maasai-Expeditionen 1882-1889. In: Sauer (Hg., 2007), S. 225-255; Loidl (2011)

³⁶ Vgl. Michael *Zach*, Österreicher im Sudan von 1820-1914. Wien 1985; Dorothea *McEwan*, A Catholic Sudan. Dream, Mission, Reality. London/Rome 1983/1987.

britischen Kolonialismus, sondern trat darüber hinaus mit nationalem Selbstbewusstsein in Erscheinung. Die großzügige finanzielle Unterstützung aus der Monarchie – die sich sehr schnell auch durch Flaggen, Kaiserbilder etc. bemerkbar machte³⁷ – trug zur „Austrifizierung“ der Sudan-Mission wesentlich bei, was zu einer Kritik seitens der anderen europäischen Mächte mit Interessen in diesen Gebieten – also England, Frankreich und Italien – führte; der britische Konsul Petherick sprach offen die von ihm unterstellten Kolonisierungspläne der Habsburgermonarchie an:

„It must be borne in mind, that the Austrian Consular Agency was created for the express purpose of supporting the Catholic Mission, in their attempt to convert the White Nile into an Austrian Colony.“³⁸

Ein weiterer Anknüpfungspunkt religiöser Aktivitäten an die Realität des europäischen Kolonialismus war die in der Monarchie vom Marien-Verein initiierte Anti-Sklavereibewegung.³⁹ Hierbei handelte es sich nicht nur um eine direkte Bezugnahme auf ein zentrales Feld der europäischen Kolonialaktivitäten, sondern gleichzeitig auch um ein Herantragen derselben an die Bevölkerung eines an diesen Kontroversen nur mittelbar beteiligten Staates. In den kirchlichen Publikationen und Missionszeitschriften waren mit Kolonialismus unmittelbar zusammenhängende Themen auf der Tagesordnung und trugen nicht unwesentlich dazu bei, dass ebendiese Themen trotz kolonialer Zurückhaltung des Staates in weiten Teilen der Bevölkerung präsent waren.

³⁷ So notierte der Missionar Ignaz Knoblecher in seinem Tagebuch: „Fahnen wurden auf den Schiffen aufgehängt, und zwar die französische, als die eigenthümliche des Schiffes, und die österreichische, als die Nationalfahne des Vikars.“ Vgl. *Reise auf dem weißen Nil*. Aus den Original-Manuscripten des General-Vikars von Central-Afrika, Dr. Ignaz Knoblecher bearbeitet von Dr. V. F. Klun. Sekretär und Geschäftsleiter des histor. Vereines für Krain. Laibach 1851. In: Sammlung von Afrika-Reisebeschreibungen österreichischer Forschungsreisender. Hg. von Dr. Paul Kainbacher. Band 4, Ignaz Knoblecher, Reise auf dem weißen Nil. Baden bei Wien 2003. S. 54-108. S. 82

³⁸ Petherick, zit. nach Zach (1986) S. 101; vgl. auch McEwan (1983/1987) S. 42f.

³⁹ Vgl. *Ein Wort an alle, welche der Antislavereibewegung Österreichs Erfolg wünschen*. Von den Herausgebern von *Echo aus Afrika*. Wien 1890.

Auch Reiseberichte von Expeditionsteilnehmern, Vorträge und Publikationen von Forschungsreisenden und schließlich auch Kolonial-Shows wie sie im Zuge der Weltausstellung 1873 oder im Rahmen des sogenannten „Ashanti-Dorfes“ im Wiener Prater vorhanden waren, sorgten dafür, dass das breite Themenfeld von Kolonialismus, Exotismus, Imperialismus etc. auch in der Habsburgermonarchie im Alltag vorhanden war.⁴⁰ Die Darstellung der Begegnung europäischer Forschender und Reisender mit der Bevölkerung der „erforschten“ Gebiete trug – wie entsprechende Forschungen beispielsweise für Deutschland zeigen⁴¹ – wesentlich zur Ausbildung und Festigung entsprechender Stereotype bei.

Man kann somit auch für die Habsburgermonarchie von einer Beteiligung an der in Europa vorhandenen „Kolonialkultur“ ausgehen, die sich aus vielfältigen Quellen speiste,⁴² von welchen Kolonialismus als territoriale Eroberung und Beherrschung zwar die grundlegende, bei weitem aber nicht die einzige darstellte und auf allen gesellschaftlichen Ebenen – Religion und Unterhaltung, Politik und Wissenschaft – präsent war.

Protokoloniale Aktivitäten fanden am Rande der europäischen Kolonialbewegung statt und können aus den hegemonialen Vorstellungen, die im Zuge dieser entwickelt wurden nicht herausgelöst werden. Nicht zuletzt die Darstellung der Aktivitäten in Europa durch Reiseberichte, wissenschaftliche Vorträge etc. trug nicht unwesentlich zur Formierung eines Bildes außereuropäischer Regionen und dem Verhältnis zwischen Europa und diesen Regionen bei, welches von kolonialistischem Denken durchdrungen war, selbst wenn die staatliche Politik nicht kolonialistisch war und die Protagonisten der Reisen und Autoren der Berichte einen Zusammenhang zwischen Expeditionen und Kolonialismus in Abrede stellten bzw. nicht thematisierten. Die Darstellung von Expeditionen als ausschließlich zu Forschungszwecken unternommenen Reisen trug ebenfalls zum

⁴⁰ Vgl. Werner Michael *Schwarz*, *Anthropologische Spektakel. Zur Schaustellung ‚exotischer‘ Menschen, Wien 1870-1910*. Wien 2001; Werner *Schwarz*, *Konsum des Anderen. Schaustellungen exotischer Menschen in Wien*. In: *ÖZG* 1/2001), S. 15-29; Brigitte *Fuchs*, „Rasse“, „Volk“, Geschlecht. Anthropologische Diskurse in Österreich 1850-1960. Frankfurt am Main 2003, S. 125ff.

⁴¹ Vgl. etwa Fiedler (2005)

⁴² Vgl. Fuchs (2003)

Mythos eines gänzlich außerhalb des kolonialen Kontextes agierenden Österreich bei, der sich in der geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Habsburgermonarchie fortsetzte.⁴³

Beteiligung am Kolonialismus

Neben den protokolonialen und ideologischen Bezugspunkten muss aber auch die konkrete Beteiligung an den Kolonialbewegungen anderer europäischer Mächte im Blick behalten werden. Dabei geht es um technische und wissenschaftliche Leistungen Einzelner⁴⁴, aber auch um die Rolle von Expeditionen als Teil der kolonialen Durchdringung. Vor allem wenn diese in Regionen durchgeführt wurden, die von einer Kolonialmacht beansprucht, aber faktisch noch nicht beherrscht wurden, kam den Forschungsreisen eine koloniale Pionierrolle zu, auch wenn diese nicht explizit als Ziel der jeweiligen Reise formuliert wurde. Die von Rudolf Kmunke organisierte Uganda-Expedition der Jahre 1911/12 zeigt deutlich die Schnittstellenfunktion derartiger Unternehmungen. Kmunkes populärwissenschaftlicher Reisebericht „Quer durch Uganda“ sollte durch eine publikumswirksame Darstellung der Expedition das Interesse für „exotische“ Unternehmungen erhöhen. Der wissenschaftliche Aspekt der Reise wurde von Robert Stigler abgedeckt, dessen „rassenphysiologische“ Untersuchungen auf großes Interesse stieß.⁴⁵ Die Expedition selbst spielte sich im Rahmen der Erschließung zentralafrikanischer Regionen durch den britischen Kolonialismus ab. Wenn auch die Reise der Österreicher für den kolonialen Anspruch Großbritanniens nicht von unmittelbarer Notwendigkeit war, so stellte diese doch einen Baustein für die koloniale Durchdringung dar. Bereits die Genehmigung einer Expedition durch die britische Kolonialverwaltung in Gebiete, die von dieser

⁴³ Vgl. Sauer (2007 a)

⁴⁴ Vgl. Hamann (2007), Köfler (2007); Marion *Melk-Koch*, Zwei Österreicher nehmen Einfluß auf die Ethnologie in Deutschland: Felix von Luschan und Richard Thurnwald. In: Britta *Rupp-Eisenreich* und Justin *Stangl* (Hg.), Kulturwissenschaft im Vielvölkerstaat. Zur Geschichte der Ethnologie und verwandter Gebiete in Österreich, ca. 1780-1918. Wien, Köln, Weimar 1995, S. 132-140.

⁴⁵ Vgl. Loidl (2011), S. 41-45

nicht umfassend kontrollierbar waren, stellte eine Festigung des kolonialen Anspruchs dar.⁴⁶

„Kollektiver“ Imperialismus

Auf staatlicher Ebene wiederum spielt auch die Frage eines „kollektiven Imperialismus“⁴⁷ eine Rolle, also der gemeinsamen – wenn auch konkurrierenden – Interessen der europäischen Mächte an der kolonialen Erschließung von Ländern und Kontinenten; das Entstehen kolonialer Abhängigkeitsverhältnisse und entsprechender ökonomischer Vorteile war auch im Interesse einer europäischen Macht, die selbst über keine kolonialen Übersee-Gebiete verfügte.

Die Rolle der Monarchie in den Ländern Südosteuropas schließlich, die in ökonomischer Hinsicht teilweise als „Ersatz“ für überseeische Kolonien dienten, bildet einen zentralen Punkt bei der Beantwortung der Frage, weshalb von der Habsburger-Monarchie letztlich keine langfristigen Kolonialprojekte im außereuropäischen Raum verfolgt wurden.⁴⁸

Auf politischer Ebene wurde in Reaktion auf das Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Bund und auf die Gründung des Deutschen Reiches 1871 die außenpolitische Orientierung der Habsburgermonarchie neu definiert.⁴⁹ Die vorrangige Orientierung auf den südosteuropäischen Raum als Zielgebiet habsburgischen Expansionismus erfolgte in den 1870er Jahren und bedeutete durchaus eine Abkehr von der bis zu diesem Zeitpunkt praktizierten Außenpolitik.

⁴⁶ Vgl. ebd. S. 53

⁴⁷ Sauer knüpft mit dem Begriff des „kollektiven Imperialismus“ an Überlegungen in der jüngeren Forschung hinsichtlich gemeinsamer Strategien der Kolonialmächte und grundlegender Übereinstimmung betreffend Kolonialisierung trotz bestehender kolonialer Konkurrenz an. Vgl. Sauer (2007 b), S. 18

⁴⁸ Vgl. Kolm (2001)

⁴⁹ Aus den Ereignissen im Anschluss an die Schlacht um Königgrätz resultierte „als notwendige Folgerung eine politische Wendung und Interessensverschiebung nach dem Osten und Südosten Europas – eine Politik, die letztlich wegen des dadurch entstehenden Konfliktes mit Russland und den Balkanmächten in den Ersten Weltkrieg münden sollte.“ Herbert Matis, Deutsch-österreichische Wirtschaftsbeziehungen 1815-1938 aus österreichischer Sicht. In: Herbert Matis, Von der frühen Industrialisierung zum Computerzeitalter. Wirtschaftshistorische Wegmarkierungen. Ausgewählte Schriften, herausgegeben von Charlotte Natmeßnig und Karl Bachinger. Wien, Köln, Weimar 2006. S. 77-97 (= Matis 2006 b), S. 85

Eines der grundlegenden Dokumente dieser Neuorientierung ist die von Außenminister Friedrich Ferdinand von Beust vorgelegte Denkschrift vom 18. Mai 1871, die auch für das weitere kolonialpolitische Agieren Österreich-Ungarns von zentraler Bedeutung ist.⁵⁰ Zuvorderst ging es in der Beustschen Denkschrift darum, die außenpolitische Orientierung Österreich-Ungarns an die veränderten politischen Rahmenbedingungen in Europa nach der Gründung des Deutschen Reiches anzupassen. Die Denkschrift formulierte die für die folgenden Jahrzehnte grundlegende Orientierung einer weitgehenden Akkordierung mit der deutschen Außenpolitik, welche zum Nutzen beider Mächte erfolgen und die tonangebende Rolle „Mitteleuropas“ ermöglichen sollte:

„Als Grundpfeiler des nun einzuschlagenden Systems stellt sich sonach dar: Faktisches Prädominieren Mitteleuropas in der Waagschale der europäischen Geschehnisse durch vorläufige Verständigung Österreich-Ungarns und Preußen-Deutschlands in allen brennenden Tagesfragen mit dem ausgesprochenen Zwecke der Erhaltung des Weltfriedens.“⁵¹

Diese „Verständigung“ beinhaltete auch eine Festlegung der beanspruchten Regionen für künftige Expansionen, wobei von Beust einen Verzicht auf Aktivitäten im außereuropäischen Raum formulierte. Es ging dabei nicht um einen generellen Verzicht auf eine expansive Außenpolitik, sondern um eine ganz konkrete Ausrichtung derselben, nämlich auf die an die Monarchie unmittelbar angrenzenden Gebiete:

„Da eine Vergrößerung Österreichs zukünftig aller Voraussicht nach nur im Oriente stattfinden kann und eine solche namentlich in der Richtung wünschenswert wäre, unsern Besitz in Dalmatien durch ein entsprechendes Hinterland zu kräftigen, so rechtfertigt sich eine Politik von unserer Seite, welche

⁵⁰ Vgl. Lutz (1972), Sauer (2007), S. 67

⁵¹ Beust, zit. nach Heinrich Lutz, Zur Wende der österreichisch-ungarischen Außenpolitik 1871. Die Denkschrift des Grafen Beust für Kaiser Franz Joseph vom 18. Mai. In: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs*. 25. Band, Wien 1972. S. 169-184, hier S. 180

ohne am staatlichen Bestande der Türkei zu rütteln, doch den Umstand nie aus den Augen verliert, daß an unseren dortigen Grenzen stammverwandte Nationen leben, die in dem Kampfe um Verbesserung ihrer Existenz Hoffnungen auf uns setzen, welche wir nicht täuschen könnten, ohne diese Völker, die sich im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr von Rußland abgewendet haben, gleichsam mit Gewalt wieder in die Arme des letzteren zu treiben.“⁵²

Nach der Ablöse Beusts durch Gyula Andrassy vertiefte dieser die von Beust entwickelte Neuorientierung, wobei vor allem die Orientierung auf den Balkan, sowie eine offensivere Politik gegenüber dem Osmanischen Reich festgeschrieben wurde.⁵³

Mit der Orientierung nach dem „Orient“ war ein Verzicht auf Ambitionen bei der nunmehr beginnenden Aufteilung Afrikas verbunden. Dieser vordergründige Verzicht beinhaltete jedoch keineswegs die Ablehnung der kolonialen Aufteilung Afrikas, die auch weiterhin auf diplomatischem Wege von Österreich-Ungarn begleitet wurde. Konkret bedeutete dies eine Teilnahme der Monarchie an allen relevanten Konferenzen – allen voran der „Kongo-Konferenz“ in Berlin 1884/85 – in deren Verlauf die völkerrechtlichen Implikationen der jeweiligen Beschlüsse mitgetragen wurden.⁵⁴

Bis zu dieser außenpolitischen Wende unter Beust war Österreich an der beginnenden kolonialen Erschließung Afrikas führend beteiligt. Die Politik der europäischen Mächte gegenüber Ägypten kann als Beginn der europäischen Erschließung Afrikas gesehen werden; Österreich beteiligte sich sowohl an der informellen Durchdringung⁵⁵ durch für die europäischen Mächte günstige

⁵² Beust, zit. nach Lutz (1972), S. 182. Hier werden auch bündnispolitische Implikationen deutlich: bei den anvisierten Gebieten der „stammverwandten Nationen“ handelt es sich um Regionen traditionellen Einflusses Russlands und des Osmanischen Reichs.

⁵³ Vgl. Daniel Bertsch, Anton Prokesch von Osten. Oldenbourg 2005, S. 430

⁵⁴ „Obwohl also die oberste Staatsführung in Wien eigenständigen kolonialistischen Ambitionen in Übersee spätestens seit der außenpolitischen Kurswende des Ministerpräsidenten Friedrich Graf Beust 1871 abgeschworen hatte, stand Österreich-Ungarn dem Anfang der 1880er Jahre beginnenden *scramble for Africa* nicht teilnahmslos – geschweige denn ablehnend – gegenüber.“ Sauer (2007), S. 67

⁵⁵ Das von Wilhelm von Tegetthoff und Theodor von Heuglin geleitete Sokotra-Unternehmen von 1857 wiederum zeigt, daß es vor der außenpolitischen Wende neben diesen „gesamteuropäischen“ Strategien auch individuelle koloniale Anläufe der Monarchie gab. Vgl.

Handelsverbindungen mit Ägypten, als auch an der Positionierung gegenüber Mehmet Ali, deren Höhepunkt die alliierte Militäraktion gegen die von Ägypten besetzten Gebiete im Nahen Osten im Jahr 1839, sowie die faktische Übernahme der Verwaltung Ägyptens durch europäische Statthalter nach der ägyptischen „Schuldenkrise“ 1876 waren. Auch wenn es zu diesem Zeitpunkt bereits begonnen hatte, sich von einer direkten expansionistischen Politik außerhalb des Balkans abzuwenden, war Österreich-Ungarn dennoch als Gläubiger ganz unmittelbar in die Ereignisse – auch rund um den Bau des Suez-Kanals, der unter anderem von großem Interesse für die Triestiner Handelslobby war – involviert.

Eine indirekte Beteiligung der Monarchie an der Aufteilung Afrikas wurde dementsprechend auch in den folgenden Jahren durch die Teilnahme an den Kolonialkonferenzen weitergeführt, wobei die Stimme Österreichs bei einzelnen Beschlüssen von einer Unterstützung österreichischer Interessen durch die anderen Mächte abhängig gemacht wurde.⁵⁶

Die tendenzielle Abkehr von Kolonialaktivitäten außerhalb Europas ist letztlich auch als Ursache für das Scheitern aller kolonialen Anläufe und Projekte in den Jahrzehnten bis zum Ende der Monarchie zu werten. Gleichzeitig muss in diesem Zusammenhang unterstrichen werden, dass diese außenpolitische Wende nicht vollständig war und auch um die Jahrhundertwende eine ganz offizielle, wenn auch indirekte Teilnahme Österreich-Ungarns an Kolonialaktivitäten der europäischen Mächte passierte.⁵⁷ Im Grunde handelt es sich bei dieser Wende lediglich um einen taktischen Schwenk, mit dem Beust auf die neuen Konstellationen nach dem deutsch-französischen Krieg 1871 reagierte und der bei veränderten Voraussetzungen jederzeit revidiert werden konnte. Man kann somit

Sauer (2007 b), S. 49-51; Gerald Colloseus, Ein österreichisches Schicksal? Analyse von Kolonialprojekten am Beispiel der Mission Tegetthoffs und Heuglins ins Rote Meer 1857/58. Dipl. Wien 2008.

⁵⁶ Vgl. hierzu Sauer (2007), S. 65-67

⁵⁷ Hier sei nur auf die Unterzeichnung der „Kongoakte“ während der Berliner Konferenz 1884/85 durch diplomatische Vertreter Österreich-Ungarns oder auf die Teilnahme österreichischer Flottenverbände an der Niederschlagung des Boxeraufstands 1900 inklusive territorialer Besetzung verwiesen. Vgl. Wagner (1955), S. 222-252; Georg Lehner und Monika Lehner, Österreich-Ungarn und der „Boxeraufstand“ in China. *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs*, Sonderband 6. Wien 2002.

von einer kontinuierlichen begleitenden Teilnahme der Habsburgermonarchie an der europäischen Kolonialbewegung ausgehen, deren Voraussetzungen und Ausprägungen sich allerdings ab den 1870er Jahren stark verschoben haben hin zu einer passiven Beteiligung der Monarchie an der kolonialen Aufteilung bei gleichzeitig zunehmendem Engagement von Privatpersonen und pro-kolonialen Lobbygruppen:

„Eine Mit-Täterschaft der Donaumonarchie an der imperialistischen Aufteilung Afrikas, am ‚kollektiven Imperialismus‘ Europas, bestand daher ungeachtet des fehlenden eigenstaatlichen Kolonialengagements.“⁵⁸

Sauer argumentiert, dass die Monarchie zwar „mit Sicherheit kein Kolonialstaat“ gewesen sei, aber: „Sie war jedoch auch keine antikoloniale Kraft.“⁵⁹

Hinzu kommt, dass es auch keine relevanten politischen Kräfte in der Habsburgermonarchie gab, die einen antikolonialen Diskurs etablieren konnten. Selbst in der Sozialdemokratie waren Positionen vorherrschend, die Kolonialismus und Imperialismus nicht grundsätzlich in Frage stellten.

Die österreichische Sozialdemokratie und die koloniale Frage

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass in der österreichischen Sozialdemokratie keine systematische Diskussion der kolonialen Frage stattgefunden hat. Allerdings finden sich verstreut Diskussionsbeiträge zur Imperialismus-Theorie, Stellungnahmen zu expansionistischen Tendenzen der Habsburgermonarchie, wie auch Überlegungen zu internationalen Entwicklungen im Bereich imperialistischer bzw. kolonialistischer Politik in den theoretischen Organen der Partei.⁶⁰ Dabei lässt sich eine Zäsur feststellen, die auch für das politische Agieren

⁵⁸ Sauer (2007), S. 68

⁵⁹ Ebd. S. 18

⁶⁰ Vgl. etwa die zwischen 1908 und 1916 im theoretischen Organ der österreichischen Sozialdemokratie, *Der Kampf*, erschienen Beiträge zum Themenkomplex Imperialismus und koloniale Frage. Vgl. Otto Bauer, Oesterreich und der Imperialismus. In: *Der Kampf*, Jg. 2, 1. Oktober 1908, 1. Heft, Sammelband II, S. 17-22; ders., Oesterreich-Ungarn und Italien. In: *Der Kampf*, Jg. 4, 1. März 1911, 6. Heft, Sammelband IV, S. 245-251; Karl Renner, Sympathien

festgestellt wurde: Während vor Beginn des Ersten Weltkrieges noch ansatzweise antiimperialistische und gegen einen drohenden Krieg gerichtete Positionen formuliert wurden, war dies nach 1914 kaum mehr der Fall.⁶¹

Bei theoretischen Äußerungen zum Themenkomplex Imperialismus/Kolonialismus – häufig von den prominenteren Parteitheoretikern formuliert – handelt es sich in der Regel um eine Apologie expansionistischer und kolonialistischer Politik in progressiv klingendem Gewand. So analysiert Renner in seiner Artikelserie „Probleme des Marxismus“ die „kapitalistische Oekumene“ – also die Entwicklung von Produktivkräften in weltweitem Maßstab – als „grössten Fortschritt der bisherigen Geschichte überhaupt.“ Und wenn nun dieser „grösste Fortschritt“ als Kolonialpolitik und koloniale Ausbeutung erscheine, so sei das „bei der dialektischen Natur des Kapitals auch gar nicht verwunderlich.“ Der Autor weist dabei Kritik an kolonialer Ausbeutung und antiimperialistische Positionen zurück, da diese historischen Entwicklungsgesetzen zuwiderlaufen und zudem den Interessen der kolonial Ausgebeuteten widersprechen würden:

„Es will mir aber durchaus nicht gefallen, dass so viele und so namhafte Marxisten hinter den kolonialpolitischen Tagesbeschwerden und Nachbarschaftsivalitäten das Säkulär-Grosse der Oekumenisierung der Welt gar nicht sehen und ihr gegenüber einen hilflos-griesgrämigen, sittenrichterlichen Standpunkt beziehen, der tief unter der Marxschen Denkweise liegt. Viele von ihnen spinnen sich in einen kleineuropäischen Gesichtskreis, in eine Art

und Antipathien. In: Der Kampf, Jg. 2, 1. Jänner 1909, 4. Heft, Sammelband II, S. 164-169; ders., Ein Menschenalter nach Marx' Tod. In: Der Kampf, Jg. 6, 1. März 1913, Nummer 6. In Sammelband VI., S. 244-248; ders., Probleme des Marxismus VII. In: Der Kampf, Jg. 9, November 1916, Nummer 11. Sammelband IX., S. 383-386; Heinrich Weber, Elemente unserer auswärtigen Politik. In: Der Kampf, Jg. 2, 1. Oktober 1908, 1. Heft. Sammelband I, S. 54-60; ders., Nationale und internationale Gesichtspunkte in der auswärtigen Politik. In: Der Kampf, Jg. 2, 1. September 1909, 12. Heft. Sammelband II, S. 535-541.

⁶¹ „Obwohl der Kriegausbruch keine *grundlegende* Wendung in der Politik der österreichischen Sozialdemokratie mit sich brachte, ging dennoch vom August 1914 eine schockierende Wirkung auf die Arbeiterschaft aus. Vor 1914 hatte die Partei noch den Anschein zu erhalten gewußt, revolutionär-marxistisch zu sein, und der *Pazifismus* war ihr hervorstechendstes Merkmal gewesen. 1914 brach der Revisionismus *offen*, für jeden klar ersichtlich durch und es wurde *offen* der Weg der Staatstreue beschritten.“ Hautmann, Hans, Rudolf Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik. Wien 1974, S. 117

geschlossenen Handelsstaat Europa ein, der bloss in Altväterweise Ueberschuss und Unterbedarf zu tauschen, die Naturvölker einstweilen der Wildnis überlassen und sich selbst auf dem kürzesten Sonderweg in den Himmel des Sozialismus zu befördern habe, von wannen der Befreier Sozialismus dann wiederkehren und den Wilden das Evangelium des Sozialismus im Wege der Predigt beibringen soll. So vollzieht sich Geschichte nicht. In *solcher* Art Gegner des Kolonialsystems sein heisst Gegner der Weltgeschichte sein und nicht Antiimperialist.“⁶²

Das Hauptmerkmal bei der Einschätzung von Imperialismus und Kolonialismus und den diesen zugrunde liegenden internationalen politischen Konstellationen durch die österreichische Sozialdemokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist das Schwanken zwischen revolutionären Positionen und solchen, welche in Einklang mit der staatlichen Politik stehen. In der Nationalitätenfrage etwa schwanken die von prominenten sozialdemokratischen Publizisten formulierten Positionen zwischen chauvinistischem Paternalismus und der Einforderung von Selbstbestimmungsrecht. In der Regel überwiegen jedoch pragmatische Überlegungen, denen wiederum das Wohl der Monarchie als Maßstab dient:

„Wir müssen Italienern, Südslawen und Rumänen innerhalb des Donaureiches die Bedingungen nationaler und kultureller Entwicklung schaffen, um der feindseligen Stimmung der Nachbarvölker gegen Oesterreich ihren Nährstoff zu nehmen und damit eine der Ursachen der Kriegsgefahr zu beseitigen; wir müssen Polen und Ruthenen innerhalb Oesterreichs das Recht der nationalen Selbstbestimmung gewähren, um die Kraft der revolutionären nationalen Bewegungen in Russland zu stärken und dadurch den Zarismus zu schwächen.“⁶³

Auch die österreichische Balkan-Politik wird vorwiegend vor dem Hintergrund des Verhältnisses der Monarchie zu Italien analysiert und entsprechende Forderungen nicht in Hinblick auf die nationalen Bewegungen formuliert, sondern in diplomatischer Absicht: „Wir müssen [...] jeden Versuch einer

⁶² Renner (1916), S. 385

⁶³ Weber (1909), S. 540

Eroberungspolitik auf der Balkanhalbinsel energisch bekämpfen und dem Wahnsinn des Wettrüstens mit Italien entgegenzutreten. Das ist unser *Kampf gegen den österreichischen Imperialismus*.“⁶⁴

Weber gelingt es auch in diesem Beitrag, eine Position zu formulieren, die progressiv klingt und formal den nationalen Bewegungen innerhalb der Monarchie positiv, aggressiver, imperialistischer Politik hingegen ablehnend gegenüber steht, die aber dennoch mit der offiziellen Dreibund-Politik in Einklang gebracht wird. Ein Abweichen von dieser wird von Weber als der Kriegsgefahr zuträglich dargestellt und das politische Hauptproblem stellt für den Autor „die Abwehr eines russischen Angriffes“ dar:

„Wir müssen [...] aber auch jedem Versuch entgegenwirken, die Kräfte der Völker Österreichs in den Dienst eines *fremden Imperialismus* zu stellen. Wir können nicht die Auflösung des Dreibundes verlangen – sie würde das ohnehin schon sehr gelockerte Band, das uns mit Italien verbindet, gänzlich zerschneiden, die Gefahr eines Krieges mit Italien steigern, überdies aber das Deutsche Reich, die gewaltigste Militärmacht Europas, an die Seite Russlands drängen und dadurch den Zarismus stärken. Wohl aber müssen wir verlangen, dass der Dreibund auf seinen ursprünglichen Zweck – die Abwehr eines russischen Angriffes – beschränkt bleibe und uns nicht in die Dienste des deutschen Imperialismus, des Todfeindes der deutschen Arbeiterklasse, stelle.“⁶⁵

Diese Charakterisierung des deutschen Imperialismus als „Todfeind“ wird nicht nur durch die gleichzeitige Rechtfertigung der österreichischen Bündnispolitik mit diesem relativiert, sondern in anderen Beiträgen direkt in Frage gestellt. Als gemeinsamen Hauptfeind Europas identifizieren die österreichischen Sozialdemokraten in der Regel das zaristische Russland, das letztlich auch die größere Bedrohung als der „Todfeind der deutschen Arbeiterklasse“ darstelle:

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Ebd. 540, 541

„Die proletarische Internationale hat keine Ursache, *moralisch* Unterscheidungen zu machen, *politisch* aber birgt der mächtigere Despotenwille des Moskowitertums die grössere Bedrohung des europäischen Proletariats in sich als die durch drei Millionen sozialdemokratische Stimmen gebändigte Imperatorenromantik Wilhelms II.“⁶⁶

Ähnlich wie das Deutsche Reich schätzt Renner auch Österreich als eine Macht ein, welche demokratischer und sozialer ist als gemeinhin angenommen und die objektiv die Rolle einer Friedensmacht spiele; nicht aufgrund entsprechender Ambitionen der herrschenden Kreise, sondern durch die maßvolle Förderung der nationalen Strömungen im Vielvölkerstaat, die ein Zusammengehen dieser Kräfte in panslawistischen, prozaristischen Bewegungen verhindern würde: „Gegen die Einschmelzung der Nationen des Ostens in den russischen Imperialismus, in das Moskowitertum, ist vielmehr *Oesterreich heute das einzig denkbare Bollwerk*.“⁶⁷

Renner sieht auch die Bosnien-Politik weniger als Expansionspolitik denn als „*Dummheit* der Herrschenden“⁶⁸, ein falsches politisches Mittel, das „nicht zwecks ‚Eroberung‘ Bosniens, sondern zum Zwecke seiner Verteidigung gegen die serbische Irredenta gedacht“⁶⁹ gewesen sei. Expansionspolitik und Kriegsbestrebungen liegen nach Ansicht Renners außerhalb des Horizonts der Politik der Monarchie, weshalb die eine wichtige Aufgabe der österreichischen Sozialdemokratie darin liege, gegen „die Bevorzugung an Hass und Furcht, mit der man heute vielfach die Mittelmächte auszeichnet“⁷⁰ Stellung zu beziehen.

Publizistisches Umfeld

Neben den explizit prokolonialen Publikationen oder Beiträgen in der *Österreichisch-Ungarischen Kolonialzeitung* existieren vereinzelte Äußerungen zur kolonialen Fragen in diversen Fachzeitschriften (z. B. *Oesterreichische*

⁶⁶ Renner (1909), S. 166, Kursive Stellen im Original gesperrt

⁶⁷ Ebd. S. 168, Kursive Stellen im Original gesperrt

⁶⁸ Ebd. S. 167, Kursive Stellen im Original gesperrt

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ebd. S. 168

*Monatsschrift für den Orient, Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft*⁷¹⁾ sowie von hochrangigen Militärangehörigen⁷²⁾, die deutlich machen, dass die Debatte über die Rolle der Monarchie im Konzert der europäischen Kolonialmächte nicht auf einen kleinen Zirkel dilettierender Ideologen beschränkt blieb, sondern auch in Bereichen auftauchte, die näher am gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Mainstream, aber auch näher an den Instanzen politischer und militärischer Entscheidungen angesiedelt waren.

In der Tagespresse spielten derartige Fragen sicherlich eine nur untergeordnete Rolle⁷³⁾, die Rekonstruktion von medialen Diskussionen zu einzelnen Ereignissen zeigt aber, dass die Argumente und Positionen zur kolonialen Frage sich offenbar nicht wesentlich von jenen der explizit pro-kolonialen Publizisten unterschieden. Deutlich wird dies beispielsweise bei der Darstellung der Ereignisse vor und während des sogenannten „Boxeraufstands“ und der alliierten Intervention, an welcher sich auch Österreich-Ungarn beteiligte.⁷⁴⁾ Beispielhaft sind die von Georg Lehner untersuchten Reaktionen der österreichischen Presse auf das im März 1899 – also noch lange vor dem tatsächlichen Beginn der alliierten Aktion – auftauchende Gerücht, dass die österreichisch-ungarische Marine an der Küste Chinas Territorium zu besetzen beabsichtige. Tatsächlich war der Kreuzer „Kaiserin Elisabeth“ seit Jänner 1899 unterwegs, um „einige Buchten an der Küste Chinas im Hinblick auf eine mögliche Festsetzung zu untersuchen.“⁷⁵⁾ Die Aktion begann unter großer Geheimhaltung, wurde nach Bekanntwerden aber relativ ausführlich in der internationalen, wie auch in der österreichischen Presse diskutiert. Die Motive, die diese Debatte in den Zeitungen der Monarchie dominieren, sind im Wesentlichen dieselben, die auch in den prokolonialen Publikationen auftauchen. Vor allem aber wird deutlich, dass die wichtigsten Zeitungen einer Kolonialpolitik tendenziell positiv gegenüberstanden, wenn auch

⁷¹⁾ Vgl. etwa Baumann (1895)

⁷²⁾ Siehe Kapitel „Beiträge von Militärangehörigen zur Kolonialdebatte“ der vorliegenden Arbeit

⁷³⁾ Allerdings sind bislang zur Position der Tagespresse der Monarchie zur kolonialen Frage bzw. zur Rolle der Monarchie bei der kolonialen Aufteilung keine Untersuchungen vorhanden.

⁷⁴⁾ Vgl. Wagner (1955), S. 222-252, Georg Lehner, Österreich-Ungarn in China? Das Gerücht einer territorialen Erwerbung und die österreichische Presse im Frühjahr 1899. In: *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* Band 110. Wien 2002, S. 125-149; vgl. auch Lehner/Lehner (2002)

⁷⁵⁾ Lehner (2002), S. 126

in der Regel den politischen Entscheidungsträgern nicht zugetraut wird, zu einer solchen fähig zu sein.

Der Tenor der Stellungnahmen ist geprägt von einem Bedauern, dass das Gerücht nicht der Realität entspreche; anstelle einer Ablehnung von Kolonialpolitik dominiert Häme darüber, dass die Monarchie abermals ihre Schwäche bewiesen habe und man nur kurz geglaubt habe, „daß auch Oesterreich-Ungarn sein Theil bei der Liquidierung des Reiches der Mitte zu nehmen oder zu suchen bereit sei.“⁷⁶ Es wird darauf hingewiesen, dass die Monarchie vor allem aufgrund der ablehnenden Haltung der ungarischen Abgeordneten und des allgemeinen inneren Zustandes zu derartigen Aktionen nicht fähig sei⁷⁷, dass Österreich-Ungarn bei der „Theilung der Erde“ teilnahmslos zusehe⁷⁸, obwohl sich eine aktivere Beteiligung positiv auf die inneren Verhältnissen der Monarchie auswirken würde.⁷⁹ Das Motiv der Trägheit und Unentschlossenheit der Politiker schreiben die Kommentatoren einer österreichischen Mentalität zu, die im konkreten Fall häufig auch ironisierend mit einer chinesischen Mentalität Zusammenhang gestellt wird.⁸⁰ Auch viele andere in der Kolonialdebatte zentrale Punkte, die in Zusammenhang mit dem unmittelbaren Anlass nicht relevant waren – etwa weitergehende Zusammenhänge österreichisch-ungarischer Außenpolitik wie die Bewertung Bosniens als „Ersatzkolonie“ – tauchen in dieser sich über mehrere Wochen hinziehenden polemisch geführten Presse-Diskussion auf und machen deutlich, dass die Kolonialautoren in vielen Punkten an vorherrschende Argumentationsmuster und Tendenzen anknüpfen konnten, die auch in der Tagespresse nachweisbar sind.⁸¹ Die Aufgabe, die sich den Kolonial-Autoren

⁷⁶ *Reichspost*, 12.3.1899, zit. nach Lehner (2002), S. 129

⁷⁷ „Wirklich herrlich haben Graf Beust und die großen liberalen Politiker, die ihm dabei geholfen, unsere mächtige Monarchie zugerichtet, unfähig zu jeder großen Action nach außen, zerklüftet im Innern, das sind die Freuden des Dualismus!“ *Reichspost*, 12.3.1899, zit. nach Lehner (2002), S. 130

⁷⁸ *Pester Lloyd*, 23.4.1899, zit. nach Lehner (2002), S. 132

⁷⁹ *Neue Freie Presse*, 11.3.1899, *Pester Lloyd*, 2.5.1899, zit. nach Lehner (2002), S. 136

⁸⁰ Lehner verweist auf das häufig auftauchende Motiv von den „chinesischen Zuständen“ in Österreich, wobei hier an eine pejorative Konnotation von „Chinesen“ angeknüpft wird, die zu dieser Zeit verbreitet war. Vgl. Lehner (2002), S. 129

⁸¹ Die Reaktionen auf das Besetzungs-Gerücht dienen nur zur Illustrierung; für andere Bereiche lassen sich ähnliche Übereinstimmungen zwischen Kolonialautoren und zeitgenössischer Mainstream-Publizistik finden. So werden etwa auch die Okkupation und Annexion Bosniens und der Herzegowina in der Presse häufig als koloniale Ersatzhandlungen beschrieben und die

stellte, war also nicht so sehr, die Meinung zu Fragen von Kolonialismus grundlegend zu verändern, sondern diese Fragen verstärkt auf die Tagesordnung zu setzen, um dadurch Druck auf die Politik zu erzeugen. Eine grundlegende wohlwollende Haltung zu Kolonialismus und auch zu kolonialen Ambitionen der Monarchie war offenbar auch in den Redaktionen vieler österreichisch-ungarischer Tageszeitungen vorhanden.

Einen weiteren Hinweis auf das Umfeld, in dem die kolonialistischen Schriften publiziert wurden, ergeben sich durch Herausgeber und Reihen jener Publikationen, die nicht im Selbstverlag oder von der Österreichisch-Ungarischen Kolonialgesellschaft herausgegeben wurden. Die 1918 erschienene Schrift „Eine Kolonie für Österreich-Ungarn“ von Leo Wessely, der selbst zumindest Kontakte zur Kolonialgesellschaft hatte, wurde als Nummer 33 in der von Robert Strache herausgegeben Reihe „Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen“ publiziert. Strache, der von seinem Vater die Leitung des Ed. Strache Verlages übernommen hatte, begann die Reihe ab 1915 herauszugeben und setzte diese nach Kriegsende, ab Heft 37, unter dem Namen „Flugschriften zum Neuaufbau Deutschösterreichs“ fort.⁸² In einer Auflage von ca. 10.000 Exemplaren⁸³ pro Flugschrift wurden in dieser Reihe unterschiedlichste Aspekte präsentiert, deren gemeinsamer Nenner es war „Die Lehren des Krieges“ – so der programmatische Titel der ersten, von Friedrich von Wieser verfassten Flugschrift⁸⁴ – zu diskutieren. Innerhalb dieses Rahmens wurde jedoch ein relativ breites Spektrum an Themen⁸⁵ präsentiert und auch prominente Autoren waren vertreten – so

südosteuropäischen Erfahrungen als kolonialistischer Testlauf interpretiert. Kolm verweist auf eine Äußerung des Präsidenten der Wiener Handelskammer in der *Neuen Freien Presse*: „Die Monarchie hat einen Anspruch darauf, daß diese Gebiete, die sozusagen *unsere Kolonien* darstellen, ihr dauernd erhalten bleiben und daß die am Wirtschaftsleben der Monarchie interessierten Faktoren, Handel, Industrie und Gewerbe, auch *dauernd* mit diesen Gebieten rechnen können.“ *Neue Freie Presse*, Morgenblatt, 09.10.1908, S. 10. Vgl. hierzu Kolm (2001), S. 237, 238

⁸² Vgl. Murray G. Hall, Österreichische Verlagsgeschichte 1918-1938. Band II. Geschichte des österreichischen Verlagswesens. Wien 1985. S. 386

⁸³ Vgl. ebd.

⁸⁴ Friedrich Wieser, Die Lehren des Krieges. Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen 1. Heft. Hg. von Robert Strache. Wandsdorf 1915

⁸⁵ Eine Auswahl der Titel verdeutlicht die thematische Bandbreite der Reihe: Gustav Marchet, Die Versorgung der Kriegsinvaliden und ihrer Hinterbliebenen. 3./4. Heft (1915); o.A.,

erschien als Flugschrift Nr. 5 etwa Peter Roseggers „Heim zur Scholle“⁸⁶. Die Schrift von Wessely erschien also für ein bürgerlich-konservatives Milieu. Die „Flugschriften“ behandeln allesamt Themen für ein politisch interessiertes Publikum und drehen sich um Fragen, die im weitesten Sinne mit dem Ersten Weltkrieg in Zusammenhang stehen. Die koloniale Frage erscheint in diesem Zusammenhang lediglich als ein Aspekt, der angesichts der Neuverteilung politischen Einflusses in Europa im Zuge des Krieges eine Rolle spielen sollte. Dass die Monarchie gestärkt aus diesem hervorgehen würde, wurde vom Herausgeber der Reihe – und wohl auch von einem bedeutenden Teil des Zielpublikums – vorausgesetzt.

Ökonomische Veränderungen in der Habsburgermonarchie um die Jahrhundertwende

Die grundlegende Frage, die sich bei der Auseinandersetzung mit kolonialistischen Ansätzen in der Habsburgermonarchie in den Jahrzehnten der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert stellt, ist jene nach den Unterschieden und Gemeinsamkeiten habsburgischer Außenpolitik mit jener der anderen europäischen Kolonialmächte. Konkret ist etwa zu fragen, weshalb die Habsburgermonarchie keine stärkere aktive Teilnahme am *Scramble for Africa* entwickelte, gleichzeitig diesen aber in vielerlei Hinsicht unterstützte und mittrug. Mögliche Antworten auf diese Frage, die sich aus den politischen Entwicklungen ergaben, wurden oben bereits anhand der außenpolitischen Wende nach 1866 bzw. 1871 und anhand der Denkschrift von Außenminister Beust skizziert.

Weitere Antworten finden sich in den ökonomischen Grundlagen dieser Entwicklungen. Geht man davon aus, dass der „entscheidende Punkt der weltwirtschaftlichen Lage“ darin bestand „daß eine Reihe von entwickelten

Einkreisung und Durchbruch der Zentralmächte. 15./16. Heft (1916); Marianne Tuma von *Waldkampf*, Die Dienstpflicht der Frau. 17. Heft (1916); Josef *Gruntzel*, Unsere künftige Wirtschaftspolitik. 20. Heft (1916); Franz *Tomaschek*, Die Schaffung des österreichischen Bürgers. 29. Heft (1917); George *Kuh*, Das wahre Amerika. 36. Heft (1918). Alle: Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen. Hg. von Robert Strache, Warnsdorf.

⁸⁶ Peter *Rosegger*, Heim zur Scholle. Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen 5. Heft. Hg. von Robert Strache. Warnsdorf 1915

Wirtschaften gleichzeitig dasselbe Bedürfnis nach neuen Märkten verspürte“ und die „Aufteilung der noch nicht besetzten Teile“ der Welt die „logische Folge“⁸⁷ dieser Entwicklung war, dann muss der Blick den entsprechenden Voraussetzungen in der Habsburgermonarchie in den letzten Jahrzehnten ihres Bestehens zugewandt werden. Die Frage der Rückständigkeit der industriellen Entwicklung der Monarchie wurde in der Forschung intensiv diskutiert; bei allen Differenzen der Diskussionsbeiträge bestand dabei weitgehende Einigkeit über das grundlegende Faktum einer relativen ökonomischen Rückständigkeit Österreich-Ungarns im Vergleich zu den anderen großen westeuropäischen Mächten.⁸⁸

Die 1880er Jahre bezeichnen einige AutorInnen als eine „Zweite Gründerzeit“⁸⁹ in der Monarchie, es entstanden zahlreiche neue Industrien (Chemie, Fahrzeuge, Elektorindustrie) bzw. erlebten bereits vorhandene Zweige, allen voran die Eisen- und Stahlindustrie einen Aufschwung, der nicht zuletzt durch vermehrte Rüstungsausgaben ausgelöst worden war. 1881 gipfelte diese Entwicklung in der Gründung der „Oesterreichisch-Alpinen Montangesellschaft“ (ÖAMG). Um die Jahrhundertwende erzielte die Industrie der Monarchie ein Wachstum, das jenes anderer europäischer Länder – beispielsweise des Deutschen Reiches – in einigen Punkten bei weitem übertraf. Bis 1913 hatte man gegenüber den anderen Mächten stark aufgeholt, insgesamt jedoch war die Monarchie nach wie vor in einer – verglichen mit ihrem Status im Verhältnis zu den anderen europäischen Ländern Anfang des 19. Jahrhunderts – relativ schlechteren Position.⁹⁰

⁸⁷ Hobsbawm (2004), S. 91

⁸⁸ Vgl. Peter Eigner, Die Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert: Ein Modellfall verzögerter Industrialisierung? In: Beiträge zur Historischen Sozialkunde 3/1997, S. 112-122 (= 1997 a), S. 112

⁸⁹ Vgl. etwa Herbert Matis, Die Habsburgermonarchie (Cisleithanien) 1848-1918. In: Karl Bachinger, Hildegard Hemetsberger-Koller und Herbert Matis, Grundriss der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Wien ⁵1994. S. 6-39, hier S. 28, 29; Sandgruber (1995), S. 292; Peter Eigner, Die Verflechtung zwischen den Wiener Großbanken und der Industrie 1895 bis 1938. Ein Überblick. In: Herbert Matis (Hg.), Historische Betriebsanalyse und Unternehmer. Festschrift für Alois Mosser. Wien 1997. S. 183-205. (= Eigner, 1997 b), hier S. 185

⁹⁰ Vgl. David Good, Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750-1914. Graz, Wien 1986, S. 208; Eigner (1997 a), S. 121

Gleichzeitig kam es zu starken strukturellen Veränderungen der österreichischen Wirtschaft, wobei vor allem Konzentrationsprozesse zu verzeichnen waren, die mit entsprechenden Veränderungen im Sozialgefüge der österreichischen Gesellschaft Hand in Hand gingen. Hierbei geht es vor allem um zunehmende Verflechtungs- und Monopolisierungsprozesse, die das Ende der liberalen Phase der kapitalistischen Entwicklung mit sich brachten. Die Verflechtungen von Industrie und Staat lassen sich bei einigen Branchen wie der Zuckerindustrie besonders gut nachzeichnen. Hier kam es zu einem Interessengeflecht aus hohen Steuereinnahmen, Schutzzöllen und Importbeschränkungen bzw. Exportförderungen.⁹¹ Beachtenswert in diesem Zusammenhang ist auch die durch die Koalitionsfreiheit 1870 ermöglichte Gründung von Interessenvertretungen, die nicht nur auf Seiten der Arbeiterbewegung zur verstärkten Organisierung führte, sondern auch der Lobby-Arbeit der Unternehmer zuträglich war. Neben drei Dachverbänden („Industrieller Club“, „Centralverband der Industriellen Österreichs“, sowie der „Bund Österreichischer Industrieller“; erst im Februar 1918 kam es zum Zusammenschluss als „Reichsverband der österreichischen Industrie“) waren auch die regionalen Verbände teilweise nicht unwichtig als Sammelbecken neuer Ideen, die an den Gesetzgeber herangetragen wurde; besonders der „Niederösterreichische Gewerbeverein“ wird in Zusammenhang mit unserem Thema noch von Bedeutung sein.⁹²

Darüber hinaus veränderte sich auch die Rolle der Banken; einerseits begann erstmals die Mobilisierung der Massenspareinlagen, ein Prozess, der vor allem durch die Gründung der Postsparkasse 1883 forciert wurde, andererseits setzte ein verstärktes Engagement der Banken in den diversen Branchen der Industrie ein. Banken begannen zunehmend, sich in bestimmten Bereichen zu engagieren und mittels gezielter Kreditvergabe direkten Einfluss auf industrielle Entwicklungen zu nehmen:

⁹¹ Vgl. Good (1986), S. 144, 160; Sandgruber (1995), S. 292-295

⁹² Vgl. Sandgruber (1995), S. 298, 332; Peter *Eigner* und Andrea *Helige* (Hg.), Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Wien 1999., S. 81, 82

„Jedes Bankinstitut suchte sich eine industrielle Macht- und Einflußsphäre zu erobern, die Länderbank in der Schwerindustrie, die Boden-Credit-Anstalt in der österreichischen Maschinenindustrie, die Credit-Anstalt in der Zucker-, Papier-, Petroleum- und Textilindustrie.“⁹³

Diese Entwicklungen führten zu Verflechtungen zwischen Banken und Industrie, die sich auch an personellen Überschneidungen etwa in Aufsichtsräten nachvollziehen lässt⁹⁴ und die Funktionsweise des österreichischen Kapitalismusmodells hin zu einer tendenziell größeren Einflussnahme des nunmehr sich herausbildenden „Finanzkapitals“⁹⁵ veränderte. Die einsetzenden Rationalisierungs- und Modernisierungsprozesse ermöglichten einen ab den 1880er Jahren einsetzenden ökonomischen Entwicklungsschub in einzelnen Bereichen; die im Vergleich zu anderen europäischen Mächten feststellbare ökonomische Rückständigkeit änderte sich aber nur unwesentlich.

Diese durchschnittliche ökonomische Rückständigkeit der Monarchie ist nicht zuletzt in Zusammenhang mit der regional unterschiedlichen Entwicklung innerhalb des Territoriums der Habsburgermonarchie zu sehen. Neben den boomenden industriellen Zentren in Österreich und Böhmen existierten weiterhin große periphere Gebiete, und der Abstand zwischen beiden vergrößerte sich zunehmend. Dies wiederum trug zur weiteren Verstärkung der nationalen Gegensätze und gesellschaftlichen Spaltungen innerhalb der Monarchie bei. Denn trotz einer verstärkten wirtschaftlichen Integration und entsprechenden

⁹³ Sandgruber (1995), S. 297; vgl. auch Matis (⁵1994), S. 28

⁹⁴ Vgl. Eigner (1997 b), S. 185-190

⁹⁵ Mit dem auf Rudolf Hilferding zurückgehenden Begriff „Finanzkapital“ wurde in der zeitgenössischen Debatte die zunehmende Überlappung der Arbeits- und Einflussbereiche von Banken und Industrien begrifflich auf den Punkt gebracht: „Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. Andererseits muß die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das *Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital*. [...] Ein immer größerer Teil des in der Industrie verwendeten Kapitals ist Finanzkapital, Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen.“ Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*. Auszüge in Stefan Bollinger (Hg.), *Imperialismustheorien. Historische Grundlagen für eine aktuelle Kritik*. Wien 2004, S. 70-87, hier S. 76

Maßnahmen zur Beseitigung des ökonomischen Gefälles wurde die wirtschaftliche Entwicklung von großen Teilen der Bevölkerung negativ erlebt und die Einkommensunterschiede vergrößerten sich. Die nicht-deutschen Teile der Monarchie fühlten sich politisch benachteiligt, wobei vor allem Böhmen und Mähren eine für ihre Wirtschaftsleistung angemessene politische Vertretung vermissten.⁹⁶

Trotz der beschleunigten Konzentrationsprozesse hin zu Trust- und Kartellbildungen, änderte sich auch nichts an jenem grundlegenden „Mangel an ‚hinausdrängenden Kräften‘ [...], der in erster Linie ein stärkeres Engagement Österreich-Ungarns in Afrika, Lateinamerika und China verhindert hatte.“⁹⁷ Während in den meisten Industrieländern Europas eine Entwicklung des Kapitalismus vor sich ging, die zunehmend in Zusammenhang mit der Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten und Märkten außerhalb der nationalen und europäischen Grenzen stand, befand sich die Kapitalkonzentration in Österreich noch auf einem niedrigeren Niveau. Hier konzentrierten sich die Kapitalmarktaktivitäten aufgrund von Aufrüstung und inländischer Kreditnachfrage – die wiederum auf den oben skizzierten Boom durch die „Zweite Gründerzeit“ zurückzuführen ist – innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen. Nicht nur stand Kapitalexport nicht auf der Tagesordnung, es musste teilweise auf Unterstützung durch ausländische, vorwiegend deutsche Banken zurückgegriffen werden, um die heimische Kapitalnachfrage befriedigen zu können.⁹⁸ Hinzu kam starke Konkurrenz in jenen Gebieten, die sich als die buchstäblich am nächsten liegenden für imperialistische Aktivitäten darstellten, nämlich im südosteuropäischen Raum, wo „sich neben der Konkurrenz Englands und Frankreichs auch die deutschen Handelsinteressen“⁹⁹ Exportaktivitäten der Monarchie entgegenstellten.

⁹⁶ Vgl. Juriј Křížek, Die wirtschaftlichen Grundzüge des österreichisch-ungarischen Imperialismus in der Vorkriegszeit (1900-1914). Praha 1963, S. 46; Sandgruber (1995), S. 311; Matis (⁵1994), S. 29

⁹⁷ Klein (1984), S. 286

⁹⁸ Vgl. Kolm (2001), S. 218, 219

⁹⁹ Sandgruber (1995), S. 309

Auf politischer Ebene konnten um die Jahrhundertwende bzw. in den Jahren nach der Jahrhundertwende starke Veränderungen beobachtet werden; zum einen trat die offizielle Regierungspolitik außenpolitisch in eine neue Phase, zum anderen veränderte sich durch neue, rasch stärker werdende politische Strömungen, durch nationale Spannungen und soziale Konflikte die politische Landschaft im Inneren der Monarchie. Diese Periode war vor allem vom Ende der liberalen Ära gekennzeichnet, wobei die neuen politischen Ideen sowohl in Fortführung liberaler Konzepte, als auch als Reaktion auf diese entstanden waren.¹⁰⁰

Außenpolitisch stieg die Bereitschaft zu einer aggressiveren Außenpolitik, was letztlich in der Annexion Bosniens und der Herzegowina 1908 einen deutlichen Ausdruck fand. Diese Veränderungen in der Außenpolitik sind mit dem Namen Aehrenthal verbunden, der ab 1906 die Geschäfte von seinem Vorgänger Agenor Goluchowski übernahm. In der Amtszeit Aehrenthals wurden jene Projekte initiiert, die als Merkmale eines sich herausbildenden österreichischen Imperialismus betrachtet werden, allen voran das Sandschakbahn-Projekt.¹⁰¹ Im Zuge der Balkankriege 1912/13 entwickelten sich Ambitionen der westeuropäischen Mächte, im traditionellen Einflussbereich des Osmanischen Reiches Fuß zu fassen. Die Habsburgermonarchie engagierte sich vor allem in Albanien und Südanatolien, wobei die Zusammenarbeit von Banken, Politik und Industrie „kurz vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges plötzlich sehr gut“¹⁰² funktionierte, sodass man davon sprechen kann, „daß kurz vor dem Ersten Weltkrieg eine Art ‚Qualitätssprung‘ in der Entwicklung eines österreichisch-ungarischen Imperialismus erreicht wurde.“¹⁰³ Die Tendenz dieser Entwicklung lässt sich sicherlich bis in die 1890er Jahre zurückverfolgen, allerdings war nun,

¹⁰⁰ Matis beschrieb diese Phase als „ideelle Abkehr vom Liberalismus“: „Der Liberalismus produzierte seinerseits neue politische Ideen und Parteien, die sich – obwohl teilweise Kinder des Liberalismus – nun gegen ihren Erzeuger wandten. [...] Es ist kennzeichnend für die innenpolitische Entwicklung des alten Österreich, dass der Begründer der deutsch-nationalen Bewegung Georg von Schoenerer genauso aus dem liberalen Lager kam, wie etwa die Führer der Sozialdemokratie Viktor Adler und Pernerstorfer, und auch Karl Lueger, der bekannte Führer der Christlichsozialen, war ursprünglich vom liberalen Bürgerklub in Wien-Landstraße in den Wiener Gemeinderat entsandt worden.“ vgl. Matis (2006 a), S. 72

¹⁰¹ Vgl. Kolm (1997), S. 211

¹⁰² Ebd. S. 217

¹⁰³ Ebd. S. 219

kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, erstmals eine Situation vorhanden, in der politische, industrielle und die Interessen der Banken in Einklang gebracht und entsprechende Projekte durchgeführt werden konnten und nicht – wie noch das Sandschakbahn-Projekt – am mangelnden Engagement eines der Beteiligten scheiterte. Neben unmittelbaren ökonomischen Interessen, sind diese Projekte und der generell aggressivere Ton der Außenpolitik auch als Ausdruck eines zurückgehenden Einflusses der Monarchie im Konzert der europäischen Mächte zu werten. Während sich die anderen Mächte nicht nur mitten im Wettlauf um die koloniale Aufteilung Afrikas befanden, sondern auch in Bereichen verstärkt engagierten, die zum traditionellen Einflussgebiet der Habsburgermonarchie zählten, versuchte die Monarchie durch intensivere Aktivitäten wieder an Einfluss zu gewinnen.

Innenpolitisch zeichneten sich diese Jahre wie bereits angedeutet durch massive Veränderungen und Konflikte aus, die Verschiebungen in den traditionellen gesellschaftlichen Strukturen der Monarchie mit sich brachten. Das Erstarken von Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie, die zunehmenden Nationalitätenkonflikte, sowie – teilweise auch in Reaktion auf diese Phänomene – der Aufstieg neuer konservativer Strömungen brachte vielfältige Herausforderungen für die herrschenden Eliten mit sich.¹⁰⁴ Die Forcierung außenpolitischer und militärischer Aggressivität war dementsprechend nicht nur eine für Teile der österreichischen Industrie erfolgversprechenden Strategie, sondern auch eine Möglichkeit, von innenpolitischen Entwicklungen abzulenken und Unzufriedenheit in außenpolitische Bahnen abzulenken.¹⁰⁵

Der aufgrund des steigenden Einflusses des Bürgertums machtpolitisch zurückgedrängte Adel befand sich paradoxerweise in einer ähnlichen Situation wie eben jenes Bürgertum, das durch den zunehmenden Einfluss der Sozialdemokratie und wachsenden Spannungen seine mühsam errungenen

¹⁰⁴ Vgl. Ernst Bruckmüller, *Sozialgeschichte Österreichs*. Wien 2001, S. 335-341

¹⁰⁵ Dabei handelt es sich keineswegs um eine nachträgliche Interpretation von HistorikerInnen, sondern um Argumente, wie sie von maßgeblichen Politikern und Armeevertretern vorgebracht wurden – Kolm etwa zitiert Andrassy und Franz Conrad von Hötzendorf. Kolm (2001), S. 46-48. Auch in diversen pro-expansionistischen Publikationsorganen, wie etwa der Zeitschrift des Flottenvereins, finden sich innenpolitische Argumente für außenpolitische Aggression.

Positionen gefährdet sah. Eine offensivere außenpolitische Orientierung war somit im Interesse beider Gruppierungen der herrschenden Klasse, denn

„die alten Eliten hätten sich von gloriosen Taten außerhalb der Reichsgrenzen neuen Ruhm und damit eine Stabilisierung ihrer Position erwarten können, die neuen nachrückenden bürgerlichen Eliten konnten sich davon eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten versprechen.“¹⁰⁶

Dies führte zu einer stets aggressiveren Tendenz in der österreichischen Politik, die sich in Aufrüstung und Militarismus äußerte und in die materiellen und ideologischen Vorbereitungen für kriegerische Auseinandersetzungen mündete.¹⁰⁷

Innerhalb dieses sozioökonomischen und politischen Rahmens agierten nun einige Autoren als Propagandisten politischer Aktivitäten Österreich-Ungarns außerhalb Europas und der traditionellen Einflussphären der Habsburgermonarchie. Viele dieser Autoren wiederum agierten nicht als Individuen, sondern versuchten, mittels Lobbyorganisationen größeren Einfluss zu erzielen und ihren Schriften eine größere Reichweite und LeserInnenschaft zu verschaffen.

Die Kolonialdebatte als politisch-gesellschaftliches Symptom

Die Kolonialdebatte in der Habsburgermonarchie war sicherlich keine breite Diskussion, sondern auf einen kleinen Kreis an Teilnehmern beschränkt. Das gesellschaftliche Umfeld aber war den Argumenten dieser Diskussion nicht zuwiderlaufend. In vielen Bereichen tauchen ähnliche Argumente und Themen auf, wurden aber in der Regel nicht so konsequent ausgeführt wie von den explizit kolonialistischen Autoren. Insofern ist diese Auseinandersetzung weniger hinsichtlich ihrer praktischen Auswirkungen oder ihrer Rezeption von Interesse,

¹⁰⁶ Kolm (2001), S. 304

¹⁰⁷ In diesem Zusammenhang dürfen auch die allgemeinen Militarisierungstendenzen in der Monarchie nicht übersehen werden, die sich in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen zeigten und von der „Ausweitung der Duellsitten“ bis zu neuen gesetzlichen Bestimmungen reichten, mit denen der Staat „das gesetzliche Instrumentarium für die gesellschaftliche Mobilisierung im drohenden Krieg“ erweiterte. Vgl. Bruckmüller (2001), S. 354, 355

sondern als Symptom. Was Sandgruber über Publikationen und Denkschriften zu Expansionsplänen in Südosteuropa und im Nahen Osten schreibt – dass diese „auch wenn sie das Resultat der Überlegungen der einzelnen Autoren wiedergeben mögen, doch als die Frucht eines kollektiven politischen Bewußtseins zu verstehen“¹⁰⁸ seien – kann mit gewissen Einschränkungen auch von jenen Autoren gesagt werden, deren Ambitionen noch weiter gingen und die ein koloniales Engagement der Monarchie forderten; als wichtigste Einschränkungen ist sicherlich der relativ geringe Einfluss und die beschränkte Reichweite der Publikationen zu nennen. Während Expansionspläne für Südosteuropa und Teile des Osmanischen Reiches auch im Außenministerium gewälzt wurden, spätestens im Zusammenhang mit der Okkupation und Annexion Bosniens und der Herzegowina Realität wurden, und somit entsprechende Äußerungen von politischen Autoren in direktem Zusammenhang mit einer öffentlichen Debatte und realpolitischen Ereignissen stehen, so stellten die Kolonial-Autoren den äußersten Rand dieser Debatte dar, deren Vorstellungen bestenfalls für einige politische Protagonisten das uneingestandene Ziel von Veränderungen in der österreichischen Außenpolitik hin zu einem offensiveren Agieren darstellten.

Diese expansionistisch-aggressiven Tendenzen – neben der Okkupation und Annexion Bosniens und Herzegowinas wären auch Engagements in Bulgarien, Albanien oder Südanatolien zu nennen, deren politische und ökonomische Relevanz nicht voneinander getrennt werden können¹⁰⁹ – verdeutlichen aber, dass Österreich-Ungarn kein Staat ohne imperialistische Tendenzen war, sondern aufgrund der spezifischen ökonomischen und politischen Entwicklung lediglich mit einiger Verspätung in die Phase aggressiveren Agierens eintrat.

Mit den Aktivitäten in Süd- und Osteuropa in den letzten Jahren vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges begann eine Phase in der Habsburgermonarchie, in der fast ein fast lehrbuchhafter Imperialismus Gestalt anzunehmen beginnt; Kolm spricht in Zusammenhang mit den politisch gestützten Geschäften der Rüstungsindustrie

¹⁰⁸ Roman Sandgruber, *Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. Wien 1995, S. 317

¹⁰⁹ Vgl. Kolm (2001), S. 219-223

(Anleihen für Bulgarien und Albanien wurden an Rüstungskäufe gekoppelt) vom „Klischee der Zusammenarbeit zwischen Finanzkapital und Politik“.¹¹⁰

3 Die Österreichisch-Ungarische Kolonialgesellschaft

Kolonialgesellschaft und Flottenverein

Organisatorische Zusammenfassungen kolonialistischer und imperialistischer Ambitionen fanden in der Habsburgermonarchie mehrfach statt. Die beiden wichtigsten Organisationen sind die 1894 gegründete „Österreichisch-Ungarische Kolonialgesellschaft“ und – in gewisser Hinsicht erfolgreicher¹¹¹ – der 1904 gegründete „Verein zur Förderung der österreichischen Schifffahrt“, 1907 umbenannt in „Flottenverein“. Die beiden Organisationen überschneiden sich in organisatorischer, personeller und inhaltlicher Hinsicht, zahlreiche Funktionäre waren sowohl in der Kolonialgesellschaft, als auch im Flottenverein aktiv, einfache Mitglieder hatten ebenfalls häufig eine Doppelmitgliedschaft, wobei vor allem Mitglieder der Kolonialgesellschaft auch Mitglieder des Flottenvereins waren, umgekehrt hingegen viele Mitglieder des Flottenvereins den enger gefassten Aktivitäten der Kolonialgesellschaft nicht folgten. Nicht zuletzt aufgrund der näher an realpolitischen Tendenzen orientierten Tätigkeit konnte der Flottenverein weitaus mehr Resonanz erzielen als die Kolonialgesellschaft und zählte am Ende an die 80.000 Mitglieder.¹¹² In beiden Organisationen waren auch

¹¹⁰ Kolm (1997), S. 219.

¹¹¹ So besteht mit dem „Österreichischen Marineverband“ ein bis heute aktiver Nachfolge-Verein des „Österreichischen Flottenvereins“. Unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde der Flottenverein in „Österreichischer Schifffahrtsverein“, kurz darauf in „Österreichischer Weltwirtschaftsgesellschaft“ umbenannt. 1924 schließlich konstituierte sich der „Österreichische Marine-Verband“, der mittels Symbolik und Traditionspflege an die Aktivitäten des „Flottenvereins“ anknüpfte. Mit der Zusammenlegung von „Marine-Verband“ und „Weltwirtschaftsgesellschaft“ 1927 war die Phase der Neuorientierung schließlich abgeschlossen. Vgl. Wladimir Aichelburg, Vom Flottenverein zum Marineverband. o.J. <http://www.marineverband.at/geschichte/flottenverein.htm> (15.04.2012)

¹¹² Vgl. Aichelburg (o.J.)

ganze Vereine als Mitglieder vertreten¹¹³, Mitgliederlisten weisen zum Teil äußerst prominente Namen aus Politik und Wirtschaft auf.

Bei den bekannten Mitgliedern der Kolonialgesellschaft – so tauchen etwa Namen wie Karl Lueger oder Wilhelm Franz Exner auf –, die nach bestehender Quellenlage¹¹⁴ nicht aktiv für die Kolonialgesellschaft in Erscheinung traten, stellt sich die Frage nach dem Stellenwert einer derartigen Vereinsmitgliedschaft. Personen des öffentlichen Lebens waren in der Regel Mitglieder zahlreicher Vereine und Gesellschaften, die ihre Anliegen eben durch diese prominenten Mitglieder unterstreichen wollten.¹¹⁵ Eine Mitgliedschaft bedeutete somit keineswegs auch ein aktives Eintreten für die Ziele der entsprechenden Vereinigung; im Gegenteil ist davon auszugehen, dass viele Personen über diese Ziele nur wenig informiert waren. So erwarben in der Zeit, als die Kolonialgesellschaft direkt an der Vermittlung von EmigrantInnen an Schifffahrtslinien mitwirkte, jene Personen, die eine Beratung durch die Gesellschaft in Anspruch nahmen, automatisch eine Mitgliedschaft.¹¹⁶

Aber auch unter den nachweisbar aktiven Mitgliedern und Funktionären der Kolonialgesellschaft¹¹⁷ befinden sich einige Personen, die in anderen Bereichen an

¹¹³ Kolm nennt den Österreichisch-Ungarischen Exportverein, den Niederösterreichischen Gewerbeverein, das Österreichische Handelsmuseum, die Niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer, den Industrielle Klub und das Bankhaus S.M. Rothschild. Kolm (2001), S. 26

¹¹⁴ Ein gesammelter Bestand der Österreichisch-Ungarischen Kolonialgesellschaft (z.B. Protokolle, Korrespondenzen etc.) ist nicht vorhanden, und auch von den regelmäßigen Publikationen der Gesellschaft scheinen nur noch einige wenige Exemplare zu existieren; von der *Österreichisch-Ungarischen Kolonialzeitung* etwa sind in der Österreichischen Nationalbibliothek lediglich einige Ausgaben aus den Jahren 1906, 1908, 1909, sowie von 1914 und 1915 vorhanden, vereinzelte Exemplare aus denselben Jahren finden sich auch verstreut in den Beständen des Haus-, Hof- und Staatsarchivs.

¹¹⁵ Vgl. die Auflistung der zahlreichen Mitgliedschaften, Ehrenmitgliedschaften und Funktionen Wilhelm Franz Exners bei Franz *Renisch*, Wilhelm Franz Exner 1840-1931. Wien 1999, S. 331-334. In dieser Liste wird Exners Mitgliedschaft bei der Kolonialgesellschaft nicht angeführt, was als Hinweis zu werten ist, dass er noch in einer erklecklichen Zahl weiterer Vereinigungen und Gesellschaften eingeschrieben war.

¹¹⁶ Vgl. die kritischen Bemerkung zu diesen Aktivitäten: o. A., Die Oesterr.-ungar. Colonialgesellschaft in ihrem Verhältnisse zu den zum Geschäftsbetriebe in Oesterreich zugelassenen Dampferlinien nach Nordamerika. Denkschrift der österreichischen Repräsentanten der Niederländisch-Amerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Rotterdam, des Norddeutschen Lloyd in Bremen und der Red Star-Linie in Antwerpen. Anknüpfend an die Artikel des Hrn. R. Schroft „Unsere neuen Statuten“ in der Gratisbeilage der „Oesterr.-ungar. Heereszeitung“ vom 1. und 20. August 1898. Wien 1898, S. 16

¹¹⁷ Vollständige Mitgliederlisten existieren nach derzeitiger Quellenlage nicht. Vorhanden sind allerdings Auflistungen von wichtigen Mitgliedern und Unterstützern der Kolonialgesellschaft,

einflussreichen Positionen zu finden waren: Stanislaus Schanzer (k.u.k. Kontreadmiral a.D. und auch Präsidiumsmitglied des Flottenvereins), Ernst Franz Weisl, Eduard Lippmann (Universitätsprofessor), der Afrikaforscher Friedrich J. Bieber, Emeric Boyer von Berghof (Chefredakteur der *Oesterreichischen Illustrierten Zeitung*), Jacques Jaeger, sowie zahlreiche weitere Personen, die aufgrund ihrer politischen Stellung – es handelte sich um Mitglieder des Reichsrats, des Abgeordnetenhauses, Landtagsabgeordnete, Bürgermeister etc. – über politischen Einfluss verfügten. Den tatsächlichen Stellenwert einer Mitgliedschaft bei der Kolonialgesellschaft zogen bereits zeitgenössische KritikerInnen in Zweifel. So hätte sich die Kolonialgesellschaft

„mit ihrem wunderschönen, von Patriotismus und Philantropie hell erglänzenden Programme und durch die unermüdliche, mündliche und schriftliche Werbethätigkeit ihres Erfinders und Inslebenrufers so viele volltönige Namen von Persönlichkeiten und Körperschaften zu drei Gulden jährlich zum Prangen in ihrer Mitgliederliste anzueignen verstanden (darunter auch ein Herr aus Raab und einer aus Budapest, vielleicht damit die Bezeichnung ‚österreichisch-ungarisch‘ gerechtfertigt erscheine), daß es ihr auch gelang, die hohen Behörden von ihrer Würdigkeit zu überzeugen.“¹¹⁸

Auch der Flottenverein verfügte über eine prominente Mitgliederliste, unter anderem fungierte der Wiener Bürgermeister Karl Lueger einige Zeit als Vizepräsident. Viel stärker als dies die Kolonialgesellschaft vermochte, haben die Aktivitäten des Flottenvereins immer wieder größeres Interesse bei wichtigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft hervorgerufen, was sich etwa auch an der Mitgliedschaft von Banken- und Industrievertretern zeigt:

„Von seiten der Banken beteiligten sich der Wiener Bankverein, die Länderbank, Carl Morawitz, Präsident der Anglo-Österreichischen Bank, die Zivnostenská

beispielsweise als Unterzeichner-Listen bei Eingaben. Vgl. etwa HHStA F 15, K 10, Eingabe Flottenverein 18. Juni 1918

¹¹⁸ Ebd. S. 7

banka und die Österreichisch-Ungarische Bank sowie die Creditanstalt. Die Firmen Schmarda, Meinl, Schenker, die Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten Gewerkschaft zahlten ebenfalls Mitgliedsbeiträge.“¹¹⁹

Die Kolonialgesellschaft gab die *Österreichisch-Ungarische Kolonialzeitung* heraus, in der das gesamte Spektrum der Fragen diskutiert wurde, die in Zusammenhang mit der „kolonialen Frage“ als relevant gesehen wurden: Migration, dem Status der österreichischen Kriegsmarine, handelspolitischen Themen und natürlich der konkreten Frage eines österreichischen Erwerbs überseeischer Gebiete wurde Platz eingeräumt. Darüber hinaus wurden einschlägigen Publikationen ausführlich besprochen, nicht zuletzt solche, die von Mitgliedern der Gesellschaft (und Autoren der Zeitung) publiziert wurden.¹²⁰ Die *Kolonialzeitung* wurde im Laufe der Jahre auf unterschiedlichen Wegen verbreitet; so erschien das Blatt etwa zeitweise als Beilage der *Heeres-Zeitung*.¹²¹ Weiters wurde von der Kolonialgesellschaft mit dem *Weltverkehr* einige Zeit eine weitere Zeitschrift publiziert. Aus vorhandenen Exemplaren schließend, scheint diese Publikation im Vergleich zur *Kolonialzeitung* in stärkerem Maße an reale proto-koloniale Unternehmungen anzuknüpfen. In dem 1905 publizierten Beitrag „Freiherr von Mylius über seine Expedition nach Kaffa“¹²² etwa wird neben dem vordergründigen ethnographischen und naturwissenschaftlichen Forschungsauftrag der Reise die ökonomischen Interessen ausgeführt, die hinter der Unternehmung steckten:

¹¹⁹ Kolm (2001), S. 27

¹²⁰ Vgl. etwa A. Schulte im Hofe, Zur österreichisch-ungarischen Siedlungs- und Kolonisationsfrage. Erwägungen zu zwei inhaltsgleichen Denkschriften. Sonderabdruck aus der „Kolonial-Zeitung“ (Wien) vom 15. Dezember 1916. Schulte im Hofe bespricht hier die bereits zitierte „Denkschrift“ von Seyfert und Mahr, wie auch Friedrich Hey, Volksverwertung, Kolonisation und Kolonialpolitik der Monarchie nach dem Kriege (Praktische Anregungen nach einschlägigen Erfahrungen aus drei Weltteilen.) Sonder-Druck aus der „Wochenschrift des Niederösterreichischen Gewerbevereines“ vom 12., 19. und 26. Oktober und 2. November 1916. Wien 1916. Die Schrift von Seyfert und Mahr wird in der Einleitung des Beitrages von der Redaktion der *Kolonial-Zeitung* als „Denkschrift unserer österr.-ungar. Kolonialgesellschaft“ bezeichnet.

¹²¹ Aufgrund der nur unvollständig erhaltenen Bestände der *Kolonialzeitung* ist es bei der derzeitigen Quellenlage nicht möglich, genauere Angaben hierüber zu machen. Dasselbe gilt für die folgenden Ausführungen zum *Weltverkehr*.

¹²² *Der Weltverkehr*, Nr. 11, 1905, S. 1-6

„Denn Djibuti ist auch für den österreichischen Export nach Aethiopien praktisch die einzige Eingangspforte und die Basis für alle wirtschaftlichen Bestrebungen Österreichs in diesem neu zu erschließenden kolossalen Gebiete.

Mit umso größerer Genugtuung ist unter diesen Umständen die Tatsache¹²³ zu begrüßen, daß nunmehr auch Österreich mit einem ersten entscheidenden Schritt in den friedlichen Wettbewerb der Nationen um die wirtschaftliche und kommerzielle Erschließung Äthiopiens getreten ist durch die Sicherung speziell der zentralen Teile Süd-Athiopiens¹²⁴, der als Quelle des sagenhaften Reichtums des Reiches geltenden Länder Dschimma, Kaffa und Kullo, für den heimischen Unternehmungsgeist.“¹²⁵

Zu den wichtigsten im Umfeld der Kolonialgesellschaft entstandenen Schriften zählen die Arbeiten von Richard Schroft, Leo Wessely, Richard Seyfert und Adolph Mahr. Richard Schroft war nicht nur einer der zentralen Autoren der österreichischen Kolonialdebatte im Allgemeinen, sondern zeichnete auch für die programmatische Ausrichtung der Kolonialgesellschaft verantwortlich.¹²⁶

Programm der Kolonialgesellschaft

Während Schroft sein 1894 erschienenes „patriotisches Mahnwort“¹²⁷ noch mit einem Appell zur Gründung einer „Colonial-Gesellschaft“ und mit konkreten Aufgaben für diese endet, kann bereits im folgenden Jahr ein von ihm verfasstes „Programm der Oest.-Ung. Colonial-Gesellschaft“ im „Selbstverlage“ der Gesellschaft erscheinen. Schroft erachtet nunmehr „die Möglichkeit der Theilnahme unserer Monarchie an überseeischer Cultivation, beziehungsweise Colonisation kraft ihrer geographischen Lage, kraft der Productionsverhältnisse

¹²³ Sic!

¹²⁴ Sic!

¹²⁵ *Der Weltverkehr* Nr. 11, 1905, S. 5, 6

¹²⁶ Vgl. Richard *Schroft*, Das Programm der Oest.-ung. Colonial-Gesellschaft. Wien 1895 (= *Schroft*, 1895 a)

¹²⁷ Richard *Schroft*, Die österr.-ungar. Culturarbeit und Auswanderung. Ein patriotisches Mahnwort. Wien 1894.

ihrer Gewerbe und Grossindustrien und kraft der Eignung ihrer Bevölkerung als vollkommen erwiesen.“¹²⁸ Es geht in der Darlegung des „Programmes“ also nicht mehr wie in der 1894 erschienen Schrift um die Diskussion der grundsätzlichen Möglichkeit kolonialer Betätigung, sondern um deren Notwendigkeit. Schroft beginnt mit einer Auseinandersetzung mit sinkenden Exporten, die für ihn als Symptom für die zunehmend schwächere Stellung Österreich-Ungarns „im Weltverkehre“ alarmierend sind. Dem gelte es – unter anderem durch entsprechende Investitionen, die dem Triester Hafen zu größerer Bedeutung für den Welthandel verhelfen würden – entgegenzuwirken, um die Monarchie überhaupt in die Lage zu versetzen, ihrer sonstigen Stellung als europäische Großmacht entsprechend aktiv zu werden. Erst wenn eine erfolgreichere Beteiligung am Welthandel erzielt worden sei, könne zu einer kolonialen Betätigung voran geschritten werden:

„Solange diese hiezu erforderlichen Mittel nicht angewendet und gehörig ausgenützt werden, kann der Zweck, die nachhaltige Schaffung neuer Absatzwege und Gebiete für die Producte Oesterreich-Ungarns, der Uebergang zur Cultivation und Colonisation, und hiedurch die Hebung des uns zukommenden Einflusses auf die Weltwirtschaft nicht erreicht werden.“¹²⁹

Die Durchführung des „zweiten Theiles des Programmes der Weltwirtschaft“, also der über Export-Tätigkeit gehende „Cultivation und Colonisation“ kann jedoch nicht lediglich von der Initiative von Einzelpersonen abhängen, vielmehr brauche es die „energische, zielbewusste Action der Industriellen, der Kaufleute, des Capitaless und zuletzt jene des Staates“ um dieses „Unternehmen“ gelingen zu lassen.¹³⁰ Und genau dieses „Unternehmen“ zu sein beansprucht die „Oesterreichisch-ungarische Colonialgesellschaft“, deren Ziele Schroft aus den Statuten zitiert:

¹²⁸ Schroft, Programm (1895a), S. 5

¹²⁹ Ebd. S. 9, 10

¹³⁰ Ebd. S.10

- „a) Die Anregung und Erhaltung des Interesses der Bevölkerung Oesterreich-Ungarns für den Schutz der Auswanderer und das Colonialwesen;
- b) eingehendes Studium zum Zwecke der Regelung des oesterreichisch-ungarischen Auswanderungswesens;
- c) die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Absatzgebiete für die Producte Oesterreich-Ungarns;
- d) die Erwerbung geeigneter Colonisations-Districte durch die Gesellschaft, die Besiedelung dieser Districte durch oesterreichisch-ungarische Auswanderer; die bestmögliche Unterstützung dieser Auswanderer behufs Gründung von Ackerbau-, Handels- und Industrieniederlassungen, wobei jedoch die Auswanderung in keiner Weise angeregt werden darf;
- e) unter der ad d) genannten Beschränkung die Fürsorge für alle oesterreichisch-ungarischen Auswanderer, welche sich nicht nach unter d) genannten Niederlassungen, sondern nach anderen Territorien begeben wollen, auf Grund gewissenhafter Informationen, sowie die bestmögliche Unterstützung dieser Auswanderer, namentlich auch dadurch, dass dem unredlichen Treiben gewissenloser Auswanderungsagenten vorgebeugt und entgegengetreten wird;
- f) die Kräftigung des geistigen und wirthschaftlichen Zusammenhanges der oesterreichisch-ungarischen Ausgewanderten untereinander und ihrem Vaterlande;
- g) die Förderung aller in Oesterreich-Ungarn auftretenden Bestrebungen, welche mit den Zielen der Gesellschaft übereinstimmen.“¹³¹

Zentral bleibt aber die Unterscheidung zwischen den „zwei Theilen“, in welche Schroft die Aufgaben der „Colonial-Gesellschaft“ unterteilt, wobei er betont, dass die Gesellschaft hinsichtlich des „ersten Theiles“, also der Förderung von Handel, von Im- und Export, „fast auf demselben Boden [steht], wie das verdienstvolle oesterreichische Handelsmuseum, der oesterreichisch-ungarische Exportverein und andere unserer einschlägigen oesterreichischen, beziehungsweise ungarischen Handelscorporationen.“¹³² Erst mit dem „zweiten Teil“, also der „Cultivation“ oder „Colonisation“ begibt sich die „Colonial-Gesellschaft“ „auf ein bisher noch

¹³¹ Ebd. S. 11

¹³² Ebd. S. 12

leider vollkommen unbekanntes Gebiet der Thätigkeit.“¹³³ Wie nun zu einer „Colonisations“-Politik vorangeschritten werden könne führt Schroft nicht näher aus. Eher geht er von einem fast automatischen Beginn derartiger Unternehmungen aus, sobald das Problem der „Auswanderung“ seinen Analysen entsprechend behandelt würde.

Schroft fasst den gesamten Komplex seiner Überlegungen in einem prägnanten Satz zusammen, in welchem er die soziale Frage, die Auswanderung, den Welthandel und schließlich koloniale Bestrebungen verknüpft:

„Habe ich die Aufgaben der oesterreichisch-ungarischen Colonial-Gesellschaft in zwei Theile getrennt, so stehen dieselben doch in innigem Zusammenhange, denn der organisierten Auswanderung ist nicht nur hinsichtlich der socialen Frage – der Arbeiterfrage – eine besondere Bedeutung beizumessen, indem sie eine Verminderung der allgemeinen Verarmung herbeiführt, dem Zurückbleibenden mehr Ellenbogenraum schafft und die Unterstützung aus öffentlichen und privaten Mitteln verringert, sie ist auch *das vorzüglichste Mittel, die Handelspolitik eines Staates zu unterstützen, welche sich bemüht, die Absatzgebiete für die heimischen Producte zu erweitern und ermöglicht es gleichzeitig auf leichte Art durch die Gründung überseeischer Niederlassungen zur praktischen Bethätigung auf colonialem Gebiete überzugehen.*“¹³⁴

Folgerichtig besteht für Schroft die Aufgabe der „Colonial-Gesellschaft“ zunächst darin, „Centralstelle für das oesterreichisch-ungarische Auswanderungswesen“¹³⁵ zu sein. Schroft gesteht durchaus ein, dass das von ihm skizzierte Projekt einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen würde, bevor tatsächlich Kolonisations-Projekte in Angriff genommen werden könnten, zuvorderst ginge es eben vor allem um die Unterstützung von Auswanderungswilligen, die

¹³³ Ebd. S. 13

¹³⁴ Ebd. S. 13, kursive Stelle im Original gesperrt

¹³⁵ Ebd. S. 14

„nicht gleich nach unbekannten Ländern geführt werden sollen, sondern – wohlgemerkt vorläufig – nach Ländern unter fremder Oberherrschaft, woselbst den Auswanderern sowohl die Erhaltung ihrer Religion, Sprache und Nationalität, als auch der Verband mit dem Vaterlande gewährleistet bliebe und die Früchte ihrer Arbeit nicht uns allein, sondern auch dem Einwanderungslande zugute kämen.

Wenngleich die Welt durchaus noch nicht vertheilt ist, so gebieten Vorsicht und Klugheit vorerst diesen Weg einzuschlagen.“¹³⁶

Die Kolonialgesellschaft änderte im Zeitraum ihres Bestehens ihre Positionen in einigen zentralen Punkten mehrmals und richtete so ihre Forderungen an den bestehenden oder angenommenen politischen Tendenzen aus.

Zum Zeitpunkt der Gründung wurde im Programm der Gesellschaft der Erwerb von Kolonien durch die Monarchie gefordert. Ab den späten 1890er Jahren schwächte man diese Haltung zugunsten eines fast ausschließlichen Fokus auf die „Auswanderungsfrage“ ab und thematisierte koloniale Erwerbungen nur mehr selten. In den Jahren vor und während des Ersten Weltkrieges schließlich ist wieder eine offensivere Argumentation vorhanden und das koloniale Engagement rückt wieder ins Zentrum der Forderungen.

Einschränkend muss hier festgehalten werden, dass die Veränderung der Positionen der Kolonialgesellschaft aufgrund des lückenhaften Quellenmaterials nur ansatzweise nachvollzogen werden können. In einem 1915 in der *Kolonialzeitung* publizierten Jubiläumsbeitrag wird die Geschichte der Gesellschaft – freilich aus dem Blickwinkel der Organisation selbst – geschildert. Dabei werden auch die taktischen Schwenks, die im Laufe der Jahre gemacht wurden, zumindest skizziert:

Im Jahre 1894 „nach dem Muster der Deutschen Kolonialgesellschaft gegründet“ und in ihren Zielen dieser verwandt, war zunächst „der Hauptprogrammpunkt die Gründung von Kolonien und ihre Besiedelung, ferner die Erschließung neuer Absatzgebiete für heimische Produkte und kommerzielle Wechselbeziehungen mit

¹³⁶ Ebd. S. 15

überseeischen Kolonialgebieten.“¹³⁷ Schon bald aber mussten diese ehrgeizigen Ziele den Realitäten der österreichisch-ungarischen Politik angepasst werden:

„Während aber die deutsche Schwestergesellschaft zu ganz bedeutenden Erfolgen gelangte, ist die österreichisch-ungarische Kolonialgesellschaft genötigt gewesen, diesen Programmpunkt alsbald zurückzustellen und sich auf den zweiten, den Informations- und Auswandererschutzdienst zu beschränken.“¹³⁸

Letzteres sei notwendig gewesen, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Gelegenheit für den Erwerb von Kolonien durch die Monarchie äußerst günstig gewesen sei. Bezogen auf den gescheiterten Erwerb Rio de Oros – von den Autoren als „gewaltiges Westreich Afrikas“ bezeichnet – sprechen die Autoren der *Kolonial-Zeitung* gar davon, dass die Weltgeschichte einen anderen Verlauf hätte nehmen können, wäre diese Unternehmung geglückt:

„Vielleicht hätte die Weltpolitik eine andere Richtung genommen, zum mindesten was Marokko betrifft, vielleicht wäre es zu keinem Weltkriege gekommen, wenn Oesterreich- Ungarn von jenem gewaltigen Westreich Afrikas, Rio de Oro genannt, Besitz ergriffen und dort mit der nötigen Handels- und Marinemacht Wurzel gefasst hätte.“¹³⁹

Aktivitäten der Kolonialgesellschaft

Das Rio-de-Oro-Unternehmen war einer der wenigen konkreten Versuche der Umsetzung kolonialer Ambitionen in der österreichisch-ungarischen Monarchie und gleichzeitig das größte Projekt, das zu einem bedeutenden Teil von Mitgliedern der Kolonialgesellschaft verfolgt wurde.¹⁴⁰

¹³⁷ *Kolonial-Zeitung*, 5/6 1915, S. 1

¹³⁸ Ebd.

¹³⁹ Ebd.

¹⁴⁰ Vgl. die Darstellung des Rio-de-Oro-Unternehmens bei Wagner (1955), S. 206-221; Kolm (2001), S. 84-86

Ausgangspunkt dieses Anlaufs eines kolonialen Erwerbs waren Veränderungen im Einflussbereich des spanischen Kolonialismus an der westafrikanischen Küste. Während dieser Einflussbereich 1884 erweitert wurde, kam es zu Veränderungen der Verwaltung des Gebiets Rio de Oro; die Agenden wurden von einer Handelsgesellschaft auf eine andere übertragen, gleichzeitig spielte dieser Teil der spanischen Kolonialterritoriums generell nur eine geringe Rolle. Einige österreichische Diplomaten und Geschäftsleute sahen in dieser Situation eine Möglichkeit, Rio de Oro zu erwerben. Österreich-Ungarn als in kolonialer Hinsicht „neutrale“ Macht wurde von diesem Kreis als besonders geeignet angesehen, hier aktiv zu werden, ohne dass der Gesamtkomplex Rio de Oro zu Komplikationen und Verstimmungen zwischen den Kolonialmächten führen würde.¹⁴¹ Zwischen diesen Geschäftsleuten und der spanischen Handelsgesellschaft hatten einige Verhandlungen stattgefunden, auch Kaufsummen wurden bereits genannt, ohne dass der Verkauf von der spanischen Regierung genehmigt worden war oder auf der anderen Seite zahlungskräftige Unterstützer des Projektes gefunden werden konnten:

„Die Gesuche an den Exportverein, den NÖ Handels- und Gewerbeverein und den Klub der Industriellen wurden abgelehnt oder gar nicht beantwortet. Grossindustrielle, die um Geldzuwendungen gebeten wurden, meinten, die Finanzierung des Projektes sei eine Angelegenheit des Staates, staatliche Stellen jedoch waren der Ansicht, dass dies ausschliesslich eine Angelegenheit von Einzelfirmen sei.“¹⁴²

Ernst Franz Weisl, mehrere Jahre lang Präsident der Kolonialgesellschaft, nahm sich des Anliegens engagiert an. Trotz der widrigen Voraussetzungen wurde ein Finanzierungskomitee gegründet und man betrieb intensive Lobbyarbeit bei möglichen privaten Interessenten, wie auch bei den zuständigen Ministerien. Höhepunkt der Arbeit des Komitees war eine „Vorexpedition“ nach Tanger, an der unter anderem Weisl selbst teilnahm. Zu diesem Zeitpunkt bekundeten allerdings

¹⁴¹ Vgl. Wagner (1955), S. 207, 208

¹⁴² Wagner (1955), S. 210

auch bereits englische und deutsche Gruppen Interesse an Rio de Oro, was die Chancen für die Realisierung des österreichischen Projektes weiter sinken ließ. Trotzdem gelang es dem Komitee, höchste politische Stellen für das Projekt zu interessieren.¹⁴³

Allerdings war dieses Interesse, wie auch jenes von Vertretern aus der Wirtschaft – unter anderem war der Industrielle Arthur Krupp kurzzeitig in die Verhandlungen einbezogen –, nur von kurzer Dauer, und letztlich verliefen die Bemühungen der Rio-de-Oro-Proponenten im Sand. Trotz des Scheiterns ist dieses Projekt eines der wenigen Beispiele kolonialer Anläufe in der Monarchie, bei welchem maßgebliche Vertreter aus Politik und Wirtschaft zumindest vorsichtiges Interesse bekundeten und ernsthafte Gespräche zur Realisierung des Projektes stattgefunden haben. Gleichzeitig waren weder diese Interessen, noch die eigentliche Möglichkeit – der wichtigste Akteur, die spanische Regierung, hatte nur verhaltene Bereitschaft zur Verpachtung Rio de Oros gezeigt – groß genug, um aus den Ansätzen ein Kolonialprojekt werden zu lassen. Immerhin wird aber deutlich, dass die Realisierung eines derartigen Projektes nicht gänzlich jenseits des politischen Horizonts der verantwortlichen Personen in der Monarchie stand.

Während von den meisten mit der kolonialen oder „Auswanderungsfrage“ befassten Autoren stets die Passivität und das mangelnde Engagement verantwortlicher politischer Akteure beanstandet wird, wurde von der Kolonialgesellschaft im Falle Rio de Oros rückblickend den politischen Verantwortlichen durchaus zugestanden, engagiert gehandelt zu haben:

„Minister *Goluchowski* und sein Referent Gesandter von *Tavera*, Minister *Dipauli* und sein Referent Hofrat *Rößler* waren sich alle der großen Tragweite der Sache bewußt und stellten sich in deren Dienst.“¹⁴⁴

¹⁴³ „Aus den Referatskonzepten kann entnommen werden, dass Graf Goluchowski zu diesem Zeitpunkt [August/September 1884, Anm. S.L.] selbst Interesse an dem Projekt nahm.“ Wagner (1955), S. 213

¹⁴⁴ *Kolonial-Zeitung*, 5/6 1915, S. 1

Letztendlich jedoch sei „über Einfluß aus der anderen Reichshälfte die Aktion fallen gelassen“¹⁴⁵ worden.¹⁴⁶ Es sollte mehr als 25 Jahre dauern, bevor seitens der Kolonialgesellschaft mit der *Studienkommission* ein weiteres aufwändiges Projekt initiiert wurde, das auf die Etablierung siedlungskolonialistischer Aktivitäten abzielte.¹⁴⁷ Bis dahin widmete sich die Gesellschaft der Propagierung ihrer Ideen und Konzepte. Letzteres passierte vor allem anhand der Thematisierung der Komplexe Auswanderung und „Überbevölkerung“, die in einen Zusammenhang mit der kolonialen Frage und anderen thematischen Feldern gestellt wurden.¹⁴⁸

Während also lange Zeit keine eigenen „Übersee“-Projekte verfolgt wurden, versuchte die Gesellschaft durch Beteiligung an der organisatorischen Abwicklung von Emigration, ihre Forderungen auch praktisch umzusetzen. Gleichzeitig verfolgte die Kolonialgesellschaft bei diesen Aktivitäten materielle Interessen. So verdiente die Kolonialgesellschaft über Mittelsmänner an der Vermittlung von EmigrantInnen an bestimmte Schifffahrtslinien. Dabei kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen mit etablierten Transportgesellschaften, die die Konkurrenz ablehnten und der Gesellschaft unlautere Methoden vorwarfen.¹⁴⁹ Tatsächlich fanden immer wieder Verleumdungen konkurrenzierender Linien etwa durch öffentliche Stellungnahmen zu Geschäftspraxen einzelner Unternehmen statt, die für EmigrantInnen von Nachteil wären. Diese Auseinandersetzungen gipfelten in der so genannten „Kanada-Affäre“. Dabei handelte es sich um eine Auseinandersetzung zwischen Transportgesellschaften, die sich auf das Geschäft mit der Emigration nach Nordamerika spezialisiert hatten. In die bestehende Konkurrenz der Unternehmen mischten sich die Lobbygruppen ein und bewirkten, dass von staatlicher Seite aufgrund angeblicher illegaler Methoden der Anwerbung von Auswanderungswilligen rechtliche Schritte gegen die Canadian Pacific Railway

¹⁴⁵ Ebd.

¹⁴⁶ Vgl. hierzu die Darstellung bei Wagner (1955), S. 206-221

¹⁴⁷ Siehe Kapitel 6 der vorliegenden Arbeit.

¹⁴⁸ Siehe dazu die Analyse der Themenkomplexe der Kolonialdebatte in Kapitel 4 der vorliegenden Arbeit.

¹⁴⁹ Vgl. o. A., Die Oesterr.-ungar. Colonialgesellschaft in ihrem Verhältnisse... (1898)

Company und andere Firmen eingeleitet wurden: „Die österreichische Regierung war zum Werkzeug einer Seite im internationalen Rechtsstreit der Schifffahrtsgesellschaften geworden.“¹⁵⁰ Die Lobbygruppen wiederum konnten mit ihrer Einmischung erreichen, dass das Thema „Auswanderung“ und die von diesen Gruppen mit der Emigration in Zusammenhang gestellten Probleme verstärkt diskutiert wurden und verfolgt bei dieser Intervention weniger die Anliegen von EmigrantInnen, sondern eigene materielle Interessen.¹⁵¹

Der nächste größere Versuch auf dem Feld der Praxis war schließlich die von der Kolonialgesellschaft ausgesandte „Studienkommission“ nach Brasilien in den Jahren 1911/12. Diese sollte durch Sondierung von Möglichkeiten zur Errichtung von Siedlungskolonien in Brasilien zur praktischen Umsetzung der im Zuge der „Auswanderungs“-Diskussion gewonnen Erkenntnisse beitragen. Das für die Kolonialgesellschaft äußerst unrühmliche Agieren der beiden Gesandten der Gesellschaft und das ergebnislose Ende der Studienreise¹⁵² führte allerdings dazu, dass selbige in den Publikationen – so auch im bereits zitierten Artikel der *Kolonial-Zeitung* zum 21-jährigen Bestehen der Gesellschaft – keine Erwähnung mehr findet. Gleichzeitig war die Studienkommission auch der letzte große Versuch der Gesellschaft, die in den Publikationen entwickelten Konzepte in die Praxis umzusetzen; danach trat sie bis zum Ende ihrer Aktivitäten nur mehr durch Publikationen und ministerielle Eingaben in Erscheinung.

Radikalisierung der Positionen während des Ersten Weltkrieges

In diesen Schriften und Eingaben wiederum veränderte sich mit dem Ersten Weltkrieg die Argumentation deutlich; die Phase des argumentativen Umwegs über „Auswanderung“ und Siedlungskolonien wurde beendet und die Autoren

¹⁵⁰ Hans *Chmelar*, Höhepunkte der österreichischen Auswanderung. Die Auswanderung aus den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern in den Jahren 1905-1914. Wien 1974, S. 164

¹⁵¹ Vgl. ebd. S. 144-152; Vgl. auch o. A., Die Oesterr.-ungar. Colonialgesellschaft in ihrem Verhältnisse... (1898)

¹⁵² Siehe dazu Kapitel 4 der vorliegenden Arbeit.

kehrte angesichts der sich rasch wandelnden weltpolitischen Konstellationen wieder zu den direkten Forderungen nach einem Erwerb von Kolonien zurück.

Zunächst bewegten sich diese Forderungen allerdings in einem relativ realistischen Rahmen, d.h. die bei anderen Autoren und von Seiten der Kolonialgesellschaft auch gegen Ende des Krieges auftauchenden ultimativen Aufforderungen an die Regierung, bei den zu erwartenden Friedensverhandlungen dafür Sorge zu tragen, dass Österreich mit Kolonien bedacht würde, finden sich während der ersten Kriegsjahre in der *Kolonial-Zeitung* noch nicht. Zwar schätzte man auch zu diesem Zeitpunkt bereits ein, dass die Kriegssituation zu einer völligen neuen Konstellation in der „kolonialen Frage“ führen würde, konstatierte aber, dass momentan die Situation „der Frage der Kolonialpolitik der Zentralmächte keine günstigen Aussichten zu stellen“¹⁵³ scheine.

Jedoch wertet der Autor des zitierten Jubiläums-Beitrags gerade diese nicht „günstigen Aussichten“ – wie auch die Kriegssituation insgesamt – als Bestätigung früherer Forderungen der Gesellschaft. Die Kriegsergebnisse hätten die Warnungen und Maßnahmen der Kolonialgesellschaft bezüglich der „Auswanderung“ und ihrer negativen Auswirkungen auf die militärischen Kräfte bestätigt; darüber hinaus sei auch deutlich geworden, dass die ursprünglich im Vordergrund stehende kolonialpolitische Orientierung richtig gewesen sei und zu einem Zeitpunkt, da sich die weltpolitische Situation grundlegend geändert hatte, wieder aufgenommen werden musste:

„Die Erfahrungen der Kriegsjahre 1914/15 haben die Kolonialgesellschaft belehrt, daß ihr ursprüngliches Programm das richtige war und daß sie zu dem kolonialpolitischen Programmpunkt zurückkehren muß.“¹⁵⁴

Die politische Situation hätte sich dieser Ansicht zufolge völlig anders dargestellt, wenn die Habsburgermonarchie über eigenen Kolonialbesitz verfügt hätte und eine stärkere Annäherung zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich bereits früher passiert wäre. Nicht nur wäre die Stellung der deutschen Kolonien

¹⁵³ *Kolonial-Zeitung*, 5/6 1915, S. 1

¹⁵⁴ Ebd. S. 19

stärker gewesen, österreichisch-ungarischer Kolonialbesitz wäre auch mit einer generellen Stärkung der militärischen Schlagkraft der Monarchie einhergegangen:

„Zunächst sei die Frage gestattet, ob sich nicht der deutsche Kolonialbesitz in einem größeren Umfange, als es geschehen ist, hätte behaupten können, wenn man rechtzeitig den wirtschaftlichen und kolonialen Zusammenhang mit Oesterreich-Ungarn und mit der Türkei gepflegt hätte und wenn Oesterreich-Ungarn auch hier mit Deutschland Schulter an Schulter gestanden wäre, d. h. wenn ein österreichisch-ungarischer Kolonialbesitz den deutschen Nachbarbesitz geschützt und gestärkt hätte und umgekehrt; auch wäre zu bedenken, ob nicht Oesterreich-Ungarn, wenn es einen Kolonialbesitz gehabt hätte, seine Handels- und Kriegsmarine rechtzeitig vor Ausbruch des Krieges so ausgebaut hätte, daß sie von vorneherein als größerer Machtfaktor in die Wagschale des Krieges hätte fallen können. So hätte sie dann zumindest im Mittelmeer und in Ostafrika, insbesondere aber in der Levante einen Einfluß üben können, der vielleicht eine andere politische Konstellation nach sich gezogen hätte.“¹⁵⁵

Wie freilich Österreich-Ungarn mit den deutschen Kolonien „Schulter an Schulter“ hätte stehen können, selbst wenn etwa das Rio-de-Oro-Projekt verwirklicht worden wäre – und dies war immerhin das einzige österreichische Kolonialprojekt, welches zumindest in die Nähe einer Realisierung gekommen war – wird nicht näher ausgeführt.

Letztlich ist somit die Charakterisierung Heinrich von Bülow's nur bedingt richtig, der in seinem 1903 erschienen Werk „Der Verlust von Österreichs Stellung in Deutschland vom kolonialpolitischen Standpunkte“ an mehreren Stellen betont, dass die „Art von Überseepolitik [...], die der österreichischen Kolonialgesellschaft vorschwebt“¹⁵⁶ lediglich im Auswandererschutz und der Förderung der Bindung von Ausgewanderten an die Heimat bestehe:

¹⁵⁵ *Kolonial-Zeitung*, 5/6 1915, S. 1

¹⁵⁶ Heinrich von Bülow, *Der Verlust von Österreichs Stellung in Deutschland vom kolonialpolitischen Standpunkte*. Berlin 1903 S. 52

„Und so erfüllt es denn mit hoffender Zuversicht, wenn man aus dem Programm dieser Gesellschaft ersieht, daß man auch in Österreich endlich daran denkt, eine Auswandererpolitik, frei von überseeischen Kriegs- und Eroberungsträumen, aber erfüllt von dem Streben, die zerstreuten Kräfte zu sammeln und einen friedlichen Zug ins große Gebiet der Weltwirtschaft auch in Österreich zu eröffnen, einzuleiten.“¹⁵⁷

Die Österreichisch-Ungarische Kolonialgesellschaft hat diese „friedliche“, lediglich von Auswanderung und Export bestimmte Kolonialpolitik nur während einer bestimmten Phase ihres Bestehens verfochten. Die Zurücknahme der ursprünglichen Ziele war zum einen aus taktischen Gründen erfolgt, da ein Eintreten für eine aggressive Kolonialpolitik das ohnehin kaum vorhandene Interesse bei politischen Entscheidungsträgern und ökonomischen Eliten noch weiter geschmälert hätte. Zum anderen fehlte es der Kolonialgesellschaft schlicht an der materiellen Grundlage, um wie ihr deutsches Vorbild Kolonialprojekte selbst finanzieren zu können.¹⁵⁸

Sobald sich die erste Voraussetzung nach Einschätzung der Kolonialgesellschaft geändert hatte und man davon ausging, dass ein koloniales Programm auf größeres Interesse stoßen würde, kehrte man zur ursprünglichen aggressiven Programmatik zurück. Die Ziele der Gesellschaft wurden schließlich in den während der letzten Kriegsmonate verfassten Publikationen und Stellungnahmen hin zu einem Plädoyer für eine aggressiv-militaristische Großmachtpolitik weiter

¹⁵⁷ Bülow (1903), S. 53

¹⁵⁸ In einem polemischen Kommentar zum Wirken der Kolonialgesellschaft, in dem die österreichischen Repräsentanten mehrerer Schifffahrtsgesellschaften verzerrte Darstellungen ihrer Tätigkeit durch die Gesellschaft zurückwiesen, heißt es bezogen auf die durch Mitgliedsbeiträge erwirtschafteten Mittel der Kolonialgesellschaft: „Da sich nun mit 182 x 3 fl. Jährlich = fl. 546 und 29 x 50 fl. ein- für allemal = fl. 1450 ein auf dem Globus auch nur mittelst der Lupe bemerkbarer Colonialbesitz sogar unter der genialsten Geschäftsführung nun einmal nicht erwerben läßt, so war die Gesellschaft gezwungen, ihr eigentliches Hauptziel bis auf Weiteres zurückzustellen und sich mit umso größerer Thatkraft auf die Verfolgung des zweiten Hauptzieles, den Schutz der Auswanderer nach Gebieten, zu werfen, welche einstweilen noch nicht der territorialen Oberhoheit der Oesterr.-ungar. Colonialgesellschaft unterstehen, nämlich *nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika.*“ o. A., Die Oesterr.-ungar. Colonialgesellschaft in ihrem Verhältnisse... (1898), S. 4. Kursive Stellen im Original gesperrt.

zugespitzt. Im Zentrum dieser Überlegungen stand nun in der Regel eine enge Anbindung Österreich-Ungarns an den deutschen Imperialismus.¹⁵⁹

4 Kolonialdebatten in Österreich-Ungarn zwischen 1885 und 1918

Das zentrale methodische Problem bei der Verortung der prokolonialen Publizistik aus dem Umfeld der Österreichisch-Ungarischen Kolonialgesellschaft im gesamtgesellschaftlichen Kontext sind fehlende Informationen über die Rezeption der untersuchten Werke, aber auch ein Mangel an noch grundlegenden Informationen über den sozialen und politischen Hintergrund der meisten Autoren. Nur von einigen der untersuchten Autoren sind nähere biographische Informationen verfügbar, von vielen waren bislang nur wenige oder keine Spuren in anderen Zusammenhängen auffindbar. Eine Rezeptionsanalyse wie auch eine Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Kontext der Autoren ist somit nur in Ansätzen möglich. Hinzu kommt, dass trotz des kleinen Rahmens, in dem sich die Diskussion um außereuropäische Kolonisation in der Monarchie bewegt, Verweise der Autoren aufeinander ebenfalls nur in wenigen Fällen vorhanden sind. Der tatsächliche Bezugspunkt fast aller Autoren ist wiederum die Österreichisch-Ungarische Kolonialgesellschaft. Die meisten der Autoren waren entweder selbst aktive Mitglieder der Gesellschaft, die Publikationen wurden in der *Kolonialzeitung* rezipiert, oder der Name eines Autors taucht in Zusammenhang mit der Kolonialgesellschaft auf.¹⁶⁰ Dennoch bleibt die Problematik bestehen, dass viele Publikationen vordergründig „für sich“ stehen, dass also keine unmittelbaren Bezugnahmen aufeinander nachweisbar sind.

Nichtsdestotrotz lässt sich eine Veränderung der Debatte über den untersuchten Zeitraum nachvollziehen. So bestehen beispielsweise deutliche Unterschiede in der Argumentation der meisten vorhandenen Publikationen am Beginn der von

¹⁵⁹ Siehe dazu ausführlicher Kapitel 4 der vorliegenden Arbeit.

¹⁶⁰ Leo Wessely beispielsweise, dessen 1918 erschienene Schrift „Eine Kolonie für Österreich-Ungarn“ die Kolonialgesellschaft an keiner Stelle erwähnt, findet sich als Unterstützer einer Eingabe des Flottenvereins, die auch von zahlreichen Mitgliedern der Kolonialgesellschaft unterzeichnet wurde. Ob Wessely Mitglied einer der beiden Vereine war, geht daraus nicht hervor; immerhin wird aber deutlich, dass Kontakte vorhanden waren.

mir untersuchten Periode (1880er Jahre) im Vergleich zum Ende der Debatte während des Ersten Weltkrieges, d.h. die Debatte wird in den 1880er Jahren in mancher Hinsicht anders geführt als in den Jahren des Krieges. Dies hängt jedoch weniger mit diskussionsinternen Entwicklungen zusammen als mit den veränderten Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Publikationen erschienen. Die zweifellos feststellbare Radikalisierung der Debatte ist somit weniger eine Weiterentwicklung der Kolonialdebatte von der vorsichtigen Thematisierung einer Nützlichkeit der Unterstützung von EmigrantInnen hin zu Forderungen nach kolonialen Annexionen, sondern eine Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen. Konkret ist dies an den oben skizzierten veränderten Argumentationsstrategien der Kolonialgesellschaft nachvollziehbar, die ganz bewusst ihre Argumente an die Rahmenbedingungen eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses anpasste. Ganz ähnliche Verschiebungen lassen sich auch bei jenen Autoren feststellen, von denen eine Reihe einschlägiger Publikationen vorliegt. Im Unterschied zu den Programmentwürfen der Kolonialgesellschaft ist bei Autoren wie Richard Schroft oder Friedrich Hey allerdings eine stetige Entwicklung der Positionen feststellbar, die dann unmittelbar vor und während des Ersten Weltkrieges eine Radikalisierung erfuhren, als ein veränderter gesamtgesellschaftlicher Diskurs infolge einer offensiveren Außenpolitik eine gesteigerte Akzeptanz pro-kolonialer Positionen wahrscheinlicher erscheinen ließ. Die Autoren gingen bis zum Ende des Krieges davon aus, dass die Monarchie als Siegermacht gestärkt aus diesem hervorgehen würde und dass als Folge des Krieges eine Neuverteilung des außereuropäischen Kolonialbesitzes erfolgen würde.

Insgesamt ist also vielleicht weniger von einer kontinuierlichen Kolonialdebatte in der Habsburgermonarchie zu sprechen als von kontinuierlich vorhandenen pro-kolonialen Beiträgen zu verschiedenen politischen Fragestellungen, die aus teilweise unterschiedlicher Motivation und mit unterschiedlichen Antworten die Diskussion in eine ähnliche Richtung (nämlich in Richtung der Lösung sozialer, politischer und ökonomischer Probleme durch

Auswanderung/Expansion/Kolonialismus) zu lenken versuchten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die im Folgenden untersuchten Schriften aufgrund der Beschränkung auf jene Beiträge, deren Perspektive auf außereuropäische Aktivitäten zielt, lediglich einen Ausschnitt an Diskussionsbeiträgen repräsentieren, die für ökonomische, soziale und politische Probleme der Habsburgermonarchie imperialistische und expansionistische Lösungsstrategien vorschlugen. Der Großteil dieser Autoren bezog sich allerdings auf Aktivitäten in Südosteuropa und ist für unseren Forschungszusammenhang nur von begleitendem Interesse. Nichtsdestotrotz zeigt die Existenz einer großen Anzahl entsprechender Publikationen, dass während der letzten Jahre der Habsburgermonarchie aggressiv-expansionistische Vorstellungen relativ weit verbreitet waren und als Ausdruck eines politischen Klimas gewertet werden können, in dem expansionistische, pro-imperialistische Politik auf breite Zustimmung fiel.¹⁶¹

Soziales Milieu von Autoren und Rezipienten

Wie bereits erwähnt, ist eine Auseinandersetzung mit Autoren wie Rezipienten der Kolonialschriften nach derzeitiger Quellenlage nur ansatzweise leistbar, über den Hintergrund von Autoren existieren in einigen Fällen keine, in den meisten Fällen nur wenige Informationen. Anhand einiger besser dokumentierter Fallbeispiele, sowie über vorhandene Aufstellungen von Mitgliedern der Kolonialgesellschaft, lässt sich aber zumindest rekonstruieren, in welchem gesellschaftlichen Milieu diese Debatten produziert und rezipiert wurden.

Richard Schroft (1857-1916) ist als einer der produktivsten Beiträge zur Kolonialdebatte und Gründungsmitglied der Kolonialgesellschaft von besonderem Interesse; gleichzeitig sind über seine Person zumindest einige Informationen vorhanden, da er auch einer jener Autoren ist, die von anderen zu einschlägigen Themen Publizierenden zitiert werden. So findet sich in einem der Werke

¹⁶¹ Vgl. Sandgruber (1995), S. 317

Heinrich von Bülow zur „überseeischen Kulturarbeit“ der Monarchie aus dem Jahre 1902 eine kurze Würdigung von Leben und Werk Schrofts. Schroft wurde in Klosterneuburg als Sohn einer – wie Bülow formuliert – „hochverdienstvollen, älteren österreichischen Militärfamilie“ geboren.¹⁶² Nach dem Studium begann er eine Karriere im Finanzministerium, die ihm die Stelle eines Oberrechnungsrates einbrachte. Nebenbei – „In seinen Mußestunden“¹⁶³ – beschäftigte sich Schroft mit ökonomischen und politischen Fragen, war an der Gründung der Kolonialgesellschaft beteiligt und bekleidete als erster das Amt des Vizepräsidenten der Gesellschaft.

Ebenfalls als Beamter tätig war mit Friedrich Hey ein weiterer äußerst produktiver Beiträger zur österreichisch-ungarischen Kolonialdebatte. Aufgrund eines Schreibens von Hey in Beantwortung eines „Aufruf[s] wegen Verwendung in Ruhestand befindlicher Beamter“ sind relativ genaue, von Hey selbst formulierte Informationen über seinen beruflichen Werdegang vorhanden:

„Bis vor Kriegsbeginn war ich durch 11 Jahre Chefgeometer im K. k. Handelsministerium. Vordem leitete ich bei Staats und Privateisenbahnbauten große geometrische Arbeiten und organisierte in französischen Diensten (Tunis) und bei südamerikanischen Neuansiedlungen kolonialwirtschaftliche Einrichtungen.“¹⁶⁴

Auch in Galizien hat sich Hey einige Zeit beruflich aufgehalten;¹⁶⁵ publizistisch taucht er ab 1912 auf: nach seiner Pensionierung, die offenbar während des Krieges erfolgte, beginnt er, seine zuvor ausgearbeiteten Positionen zu Auswanderung und Kolonialismus mittels Eingaben dem Innen- und Außenministerium zu unterbreiten. Einen Hinweis darauf, auf welche Resonanz seine Überlegungen und die im Umfeld der Kolonialgesellschaft entwickelten

¹⁶² Bülow (1902), S. 83, Fußnote

¹⁶³ Ebd.

¹⁶⁴ HHStA F 15, K 10, Brief Hey 29. Juni 1917

¹⁶⁵ HHStA F 15, K 10, Referentenbemerkung zu Hey

Konzeptionen bei den Adressaten der Eingaben, also den für die von Hey behandelten Themen politisch Verantwortlichen stießen, liefert dabei die Bemerkung eines Referenten, der Heys Schreiben bearbeitete:

So „scheint er die Verhältnisse in den Immigrationsländern nur oberflächlich zu kennen, jedenfalls zeigen seine Aufsätze nur von wenig Sachkenntnis, wie auch sein allgemeines Wesen sehr seicht zu sein scheint.

Er überschwemmt in der letzten Zeit sämtliche Behörden mit seinen Broschüren und Projekten, die man aber zum überwiegenden Teil als Utopien bezeichnen muss.

Bei mündlicher Besprechung lässt Hey, der übrigens einen etwas senilen Eindruck macht, durchscheinen, dass er eine entsprechend gut dotierte Stelle in dem von ihm propagierten k. u. k. „Siedelungsamte“ erwarte, wenn seine Pläne zur Durchführung gelangen.

In der Canadianaffaire wirkte er als Drahtzieher des Dr. *Weisl*, (Präsident der österr. Kolonialgesellschaft) und hat dadurch dabei eine gewisse Rolle gespielt, auf die er sich noch heute etwas zu Gute hält.“¹⁶⁶

Adolf Mahr (1887-1951) wiederum kommt aus einem akademisch-wissenschaftlichen Umfeld; dennoch gilt für ihn ebenfalls, dass die Auseinandersetzung mit ökonomischen und politischen Fragestellungen nicht seiner beruflichen Tätigkeit entsprang, sondern einem privaten Interesse an der kolonialen Frage zuzuschreiben ist. Mahr war Archäologe und leitete zum Zeitpunkt der Abfassung der „Denkschrift betreffend die Notwendigkeit eines überseeischen Kolonialbesitzes für die österreichisch-ungarische Monarchie und die Richtlinien einer solchen Kolonialpolitik“ die anthropologische Abteilung des Naturhistorischen Museums in Wien.¹⁶⁷ Diese Arbeit fand allerdings keinen Niederschlag in Mahrs kolonialistischen Äußerungen, wenngleich die Entstehung der Anthropologie als wissenschaftliche Disziplin in einem Naheverhältnis zu

¹⁶⁶ HHStA F 15, K 10, Referentenbemerkung zu Hey

¹⁶⁷ Vgl. Gerry *Mullins*, Dublin Nazi No. 1. The Life of Adolf Mahr. Dublin 2007

kolonialem Denken stand.¹⁶⁸ Die Museumstätigkeit scheint für Mahr, dessen wissenschaftliche Publikationen ausschließlich der Archäologie zuzuordnen sind, primär Brotberuf gewesen zu sein.

Der berufliche Hintergrund von Schroft, Hey und Mahr ist sicherlich typisch für einen Protagonisten – sei es als Autor oder als Rezipient der Publikationen bzw. der *Österreichisch-Ungarischen Kolonialzeitung* – der Kolonialdebatte in Österreich-Ungarn um die Wende zum 20. Jahrhundert. Wie an anderer Stelle näher ausgeführt, setzte sich die aktive Mitgliedschaft der Kolonialgesellschaft im Wesentlichen aus Staatsbediensteten (Beamte, Militärangehörige, Politiker), Unternehmern und Universitätsangehörigen zusammen, die sich in ihren „Mußestunden“ – also nicht im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit, sondern als Dilettanten – mit Fragen befassten, die in Zusammenhang mit Auswanderung, Wirtschaftspolitik und Kolonialismus standen.

Politisch sind die Vertreter der österreichischen Kolonialdebatte nicht einheitlich einzuordnen und grundsätzlich waren pro-koloniale Positionen auch in allen um die Jahrhundertwende in Österreich agierenden Parteien möglich. So machen die Debatten um die koloniale Frage in der österreichischen Sozialdemokratie deutlich, dass auch innerhalb der Arbeiterbewegung antiimperialistische und antikoloniale Positionen keineswegs auf der Tagesordnung standen.¹⁶⁹

Die Mehrheit der Autoren und Mitglieder der Kolonialgesellschaft allerdings ist tendenziell dem liberalen, konservativen und deutschnationalen Lager zuzuordnen, wobei hier den zentralen Unterschieden der vorhandenen politischen Positionen entsprechend sehr verschiedenartige Positionen und Argumentationslinien zum Kolonialismus zu finden sind. Die zwei Hauptpositionen waren eine österreich-patriotische, derzufolge Österreich-Ungarn als Großmacht aus Prestige Gründen und zur Vermeidung ökonomischer und

¹⁶⁸ Vgl. Gerard *Leclerc*, *Anthropologie und Kolonialismus*. München 1973; Priester (2003), S. 60-77, Fiedler (2005), S. 253-261

¹⁶⁹ Vgl. Kapitel 2 der vorliegenden Arbeit.

politischer Nachteile Kolonien in Besitz nehmen müsse und aufgrund seines militärischen und ökonomischen Potenzials dazu auch in der Lage sei.

Die andere Position wurde von deutschnational orientierten Autoren verfolgt, die zusammen mit einer kolonialen Betätigung der Monarchie eine engere Anbindung an das Deutsche Reich forderten, da Österreich-Ungarn selbst zu schwach sei, um als Kolonialmacht in Erscheinung treten zu können.¹⁷⁰

Unmittelbar vor und während des Ersten Weltkrieges, als sich die pro-kolonialen Äußerungen generell radikalisierten, näherten sich die Positionen jedoch an, wobei die enge Anbindung der Monarchie an das Deutsche Reich im Verlauf des Krieges schließlich zu einem Überhandnehmen deutschnationaler Orientierungen bei den Kolonial-Autoren führte, was im Wesentlichen wiederum eine Spiegelung der Positionen der Vertreter der bürgerlichen und rechten Parteien darstellte.¹⁷¹

¹⁷⁰ Albert Fuchs' Analyse der „zwei Varianten“, in der sich die „finanzkapitalistische, die imperialistische Politik der Monarchie“ um 1900 geäußert habe, läßt sich im Wesentlichen auch auf die im engeren Sinne pro-kolonialen Autoren, die ja vor dem Hintergrund realer politischer Vorgänge und Positionen argumentierten, übertragen: „Die *Liberalen* und die *Christlichsozialen* hielten den Bestand eines leidlich selbständigen österreichischen, vom deutsch-österreichischen Kapital geführten Imperialismus für möglich. [...] die Liberalen und die Christlichsozialen waren in erster Linie ‚Patrioten‘, bloß in zweiter Linie waren sie ‚deutschgesinnte‘ Politiker.

Bei den *Deutschnationalen* war die Sache umgekehrt. Für sie hatte die ‚deutsche‘ Tendenz den Vorzug vor der ‚patriotischen‘. [...] Der Gedanke eines besonderen österreichischen Imperialismus, der mit den großen Imperialismen der Welt hätte konkurrieren können, schien ihnen illusorisch.“ Fuchs (1996), S. 168, 169. In diesem Zusammenhang macht Bruckmüller darauf aufmerksam, dass der Großmachtanspruch Konflikte innerhalb der „unausgesprochenen Führungsnationen“ mit sich brachte, als etwa die „deutschen Liberalen“ gegen die Okkupation von Bosnien und der Herzegowina opponierten: „Der österreichisch-ungarische Imperialismus spielte daher zum Unterschied etwa vom deutschen keine integrative, sondern eher noch eine desintegrative Rolle für die Monarchie.“ Ernst *Bruckmüller*, *Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse*. Wien ²1996, S. 270, 271

¹⁷¹ „Während des Krieges wurde ihre [der Deutschnationalen; Anm. S.L.] Doktrin von sämtlichen bürgerlichen Gruppen beinahe vorbehaltlos übernommen. Auch die Führung der Sozialdemokratie machte sich Ideen des Deutschnationalismus zu eigen.“ Fuchs (1996), S. 170, 171. Zu den unterschiedlichen politischen Positionen des österreichischen Bürgertums und den Verschiebungen dieser Positionen während des Ersten Weltkrieges vgl. Brigitt *Morgenbrod*, *Wiener Großbürgertum im Ersten Weltkrieg. Die Geschichte der „Österreichischen Politischen Gesellschaft“ (1916-1918)*. Wien 1994.

Der Kolonialbegriff – Spezifika und Veränderungen im Lauf der Debatte

Eine der auffälligsten Veränderungen, die zwischen den 1880er Jahren und 1918 in den pro-kolonialen Publikationen zu finden ist, betrifft die zentralen Begriffe der Debatte selbst. Damit einher geht letztlich auch eine Verschiebung dessen, worum es den jeweiligen Autoren eigentlich geht, was also gemeint ist, wenn von „Kolonien“, „Kolonisieren“ etc. gesprochen wird und entsprechende Forderungen oder Empfehlungen an die politischen Verantwortlichen gefolgert werden.

Grundsätzlich ist hier zunächst festzuhalten, dass die Autoren der untersuchten Publikationen meist keine scharf abgegrenzten Begriffe von „Kolonialismus“ bzw. „Kolonisation“ verwenden. Vor allem in frühen Stellungnahmen zu Fragen der Emigration wird der Begriff „Kolonie“ oftmals für eine konzentrierte Ansammlung von EmigrantInnen in bestimmten Städten oder Regionen verwendet, also zur Bezeichnung von migrantischen „Siedlungskolonien“. Häufig vermischt sich dieser Siedlungskolonien-Begriff mit einem Kolonie-Begriff, der als territoriale Beherrschung eines Landes bzw. Landesteiles gedacht wird.¹⁷² Bei Überlegungen über Möglichkeiten, wie territoriale Herrschaft über Kolonien erlang werden könnte, ist bei einigen Autoren die Idee eines schleichenden Übergangs von einer lediglich zu Arbeitszwecken erfolgten Ansiedlung von EmigrantInnen über die Etablierung autonomer politischer Strukturen zusammen mit verstärkten Verbindungen zum Herkunftsland bis hin zu einer territorialen Herrschaft desselben über das von den migrantischen Gemeinschaften bewohnte Gebiet vorhanden. Eine derartige Entwicklung wird auch als Alternative zu einer militärischen Besetzung, wie sie von anderen europäischen Mächten durchgeführt würde, als positives, friedliches Gegenmodell zur gewaltsamen Kolonisierung, als

¹⁷² Hier handelt es sich um den „klassischen“ staatsrechtlichen Kolonie-Begriff; auch bei diesem sind natürlich die zahlreichen Ausprägungen zu berücksichtigen, die im Laufe der Geschichte von Kolonialismus und kolonialen Eroberungen sowie in der Historiographie über diese Phänomene vorhanden waren; vgl. Osterhammel (2003), S. 16

*penetration pacifique*¹⁷³ diskutiert. Heinrich Hirsch skizziert 1888 die Möglichkeit eines derartigen Vorganges:

„Das beste Mittel zur Colonisation überseeischer Länder besitzt Oesterreich-Ungarn in der bedeutenden Zahl seiner Auswanderer. Es wäre daher zu erheben, in welchen überseeischen Ländern die österreichisch-ungarischen Auswanderer in grösserer Anzahl beisammen wohnen. Mit ihnen ist vom Mutterlande ein regerer Verkehr anzubahnen und zu unterhalten, zu ihnen ist die Ableitung der Auswanderung vorzunehmen und dafür zu sorgen, dass sich bei ihnen unser staatliches Bewusstsein lebendig erhalte. Handels- und Schifffahrtsstationen sind dort entweder aus Staatsmitteln zu errichten oder deren Errichtung durch Privatunternehmungen zu begünstigen, eventuell durch staatliche Subventionirung¹⁷⁴ zu sichern.“¹⁷⁵

Hirsch denkt das Modell nicht ganz zu Ende, jedoch finden sich hier bereits die zentralen Argumente, die später immer wieder in Zusammenhang mit der Diskussion um eine „friedliche Eroberung“ auftauchen. Insgesamt wird seine Argumentation noch von der Vorstellung beherrscht, „Colonisation“ könne durch friedliche Teilnahme an der ökonomischen und kulturellen „Cultivierung“ zum Nutzen der Auswanderer, des Ziellandes, vor allem aber auch des Herkunftslandes passieren, und folgerichtig denkt Hirsch „Colonisation“ generell weniger in Kategorien der politischen und ökonomischen Beherrschung – wenn auch beispielsweise „Handels- und Schifffahrtsstationen“ eine nicht unwesentliche Rolle in seinen Überlegungen einnehmen – als vielmehr in solchen eines kulturellen Fortschritts. Den europäischen „Culturnationen“¹⁷⁶ obliege hier eine zivilisatorische Aufgabe, an der sich die Monarchie beteiligen müsse. Hirsch

¹⁷³ Dieser Begriff taucht bei einigen Autoren auf, auch bei jenen, die – bereits während des Ersten Weltkrieges – keine Notwendigkeit mehr zur Betonung „friedlicher“ Mittel sehen und in Abgrenzung zu dem von ihnen kritisierten Konzept einer *penetration pacifique* die militärische Besetzung von Kolonien fordern. Vgl. etwa Seyfert/Mahr (1917), die der Frage „Kolonialpolitik oder Pénétration pacifique“ ein eigenes Kapitel ihrer „Denkschrift“ widmen. Seyfert/Mahr (1917), S. 43-59

¹⁷⁴ Sic!

¹⁷⁵ Hirsch (1888), S. 22

¹⁷⁶ Auch Hirsch verwendet diesen Begriff an manchen Stellen lediglich in Anführungszeichen.

konstatiert eine allgemeine ökonomische Entwicklung hin zu einer „Weltwirthschaft“, an deren objektivem Entstehen sich die europäischen Mächte zu beteiligen hätten:

„Wie sich aus der Hauswirtschaft allmählig die Volkswirtschaft entwickelt hat, so entwickelt sich gegenwärtig aus der Volkswirtschaft nach und nach die Weltwirthschaft, um die Weltherrschaft eines oder mehrerer Staaten vorzubereiten. [...] Weltwirthschaft und Weltherrschaft werden bald das Arbeitsprogramm fast aller grossen Staaten Europas werden.“¹⁷⁷

Für die Monarchie gelte es nun, die ihr entsprechenden Aufgaben in diesem Prozess zu erfüllen, und diese findet Hirsch vor allem auf kulturellem Gebiet. Dem möglichen Einwand mangelnder militärischer Potenz begegnet Hirsch folgerichtig mit dem Hinweis auf die kulturelle Stärke der Monarchie, die mangelnde Kräfte auf anderen Gebieten aufwiege, wenn auch militärische Stärke zur Unterstützung dieser kulturellen Potenz nicht von Nachteil wäre, wie Hirsch ausführt:

„Was für uns demnach wichtig ist, ist vorerst nicht die Seemacht, sondern die **gute Schule**, die die Pflanzstätte unserer Culturmacht sein und bleiben soll. [...] Trotzdem es fast selbstverständlich ist, dürfte es doch für Viele nicht überflüssig sein, wenn wir hinzufügen, dass wir die Pflege unserer Marine doch für sehr nothwendig halten, jedoch nicht zum Zwecke unserer staatspolitischen Macht als ‚Seemacht‘, sondern zur Förderung unserer culturellen Ziele in überseeischen Gebieten, auf allen Continente und Inseln als ‚*Culturmacht*‘.“¹⁷⁸

Das Argument einer expansive politische Strategien bzw. die Aufrüstung der (See-)Streitkräfte rechtfertigenden kulturellen Überlegenheit taucht in einigen Publikationen dieser frühen Phase der österreichisch-ungarischen Kolonialdebatte

¹⁷⁷ Hirsch (1888), S. 6

¹⁷⁸ Hirsch (1888), S. 10, Fußnote 1) Hervorhebung im Original, kursive Stellen im Original gesperrt.

auf und wird als positiver, friedlicher Ansatz eines Engagements in außereuropäischen Regionen dargestellt. Auch Richard Schroft etwa stellt dem „Cultur“-Ansatz explizit einem „politischen“ Ansatz entgegen. Das „culturelle“ Engagement sei nicht durch machtpolitische Erwägungen bestimmt, sondern erwachse lediglich einer den „Culturnationen“ auferlegten Pflicht gegenüber dem Rest der Welt; mit dem Hinweis auf die historische Rolle der Monarchie als „Culturmacht“ wird so für Aufrüstung und die Legitimität militärischen Engagements außerhalb des eigenen Staatsterritoriums argumentiert:

„[...] denn ebensowenig wie heute für Deutschland, kann auch für uns die Colonialfrage eine politische Machtfrage, sondern lediglich eine Culturfrage bilden.

Indem wir daran gehen, für uns passende Cultivations-, eventuell Colonisations-Gebiete zu suchen, werden wir dabei nicht von dem Wunsche nach Machterweiterung geleitet, sondern wir wollen hiedurch bloß der sittlichen Pflicht des Culturstaates nachkommen, der ein Recht besitzt, fremde Gebiete der Naturvölker an sich zu nehmen, wenn er diese mit den Segnungen der Civilisation zu beglücken entschlossen ist [...].“¹⁷⁹

Hier knüpft Schroft an ein klassisches Motiv an, das im Zentrum „westlicher“ Kolonialideologien steht und durch Rudyard Kiplings Ballade „White Man's Burden“ seine sprichwörtliche Ausprägung erfuhr: Kolonialismus als moralische Verpflichtung des „Westens“, allen Widrigkeiten, die dieser mit sich bringe zum Trotz, außereuropäische Gesellschaften zu „zivilisieren“.¹⁸⁰

Die Frage der „Colonisation“ steht für Schroft ebenfalls in direkten Zusammenhang mit der „Auswanderung“, also der oft diskutierten Frage, wie die wachsende Anzahl von EmigrantInnen aus der Habsburgermonarchie in einer Weise gelenkt werden könne, dass sowohl für die EmigrantInnen, als auch für die Monarchie positive Effekte erzielt werden können. Konkret ging es dabei wieder

¹⁷⁹ Schroft (1894), S. 14

¹⁸⁰ Vgl. Reinhard *Wendt*, *Vom Kolonialismus zur Globalisierung. Europa und die Welt seit 1500*. Paderborn 2007, S. 272

um ein Konzept von Siedlungskolonien, die eine Assimilierung der EmigrantInnen an ihre neuen Heimatländer verhindern und eine stärkere Bindung an Österreich-Ungarn ermöglichen sollten. Der Autor führt verbesserte Handelsbeziehungen und mögliche territoriale Erwerbungen als Ziele derartiger gelenkter Auswanderung an. Der „Colonisation“ gegenüber ist die „Cultivation“ für Schroft nicht so sehr mit Auswanderung und Ansiedlung verbunden, sondern meint „die Erziehung von Naturvölkern zur Arbeit in sich, durch welche deren Länder zu ihrem eigenen und zum Vortheile der Cultivatoren zur culturellen Entwicklung gebracht werden [...]“.¹⁸¹ Der Gedanke, die „Naturvölker“ mit den „Segnungen der Civilisation zu beglücken“ wurzelt in einer durch die Aufklärung geformten und zugleich von einem Überlegenheitsgefühl bestimmten Sichtweise, die noch nicht offen die politische und ökonomische Unterwerfung und Ausbeutung propagiert wie dies bei späteren Autoren der Fall ist, sondern die Vorstellung einer künftigen kulturell gleich gut „erzogenen“ weltwirtschaftlich verbundenen übernationalen Gemeinschaft hegt.¹⁸² Diesem Ideal einer erziehenden „Cultivation“ stellt Schroft auch eine Kolonisierungs-„Pflicht“ an die Seite; diese ergäbe sich nicht allein aus der historischen Aufgabe des zivilisierten Staates, sondern auch aus den inneren Verhältnissen desselben. Schroft schließt hier eine weitere, für die gesamte europäische Kolonialideologie zentrale Argumentation zur „Überbevölkerung“ an und verknüpft so zwei unterschiedliche Aspekte einer „Pflicht“ zur kolonisatorischen Betätigung. Diese sei nämlich vor allem dann gegeben, wenn dieser Staat „in seinen Landesgrenzen für das materielle und geistige Wohl seiner Unterthanen nicht mehr zu sorgen imstande ist [...]“.¹⁸³

Die Frage, wie ein Kolonisierungsprozess angestoßen werden könnte, beantwortet Schroft ähnlich wie Hirsch einige Jahre vorher und macht auf die grundlegende Bedeutung einer organisierten Auswanderung aufmerksam:

¹⁸¹ Schroft (1894), S. 15

¹⁸² Zu den im Zuge der Aufklärung entwickelten Beiträge zu rassistischen Konzeptionen vgl. Mosse 2006), S. 28-41, Hund (1999), S. 39-53, Hund (2006), S. 23-27

¹⁸³ Schroft (1894), S. 15

„Colonisation (Colonial-Politik) bedingt die Erwerbung und Entwicklung überseeischer Gebiete durch europäische Arbeitskraft und steht somit im innigen Zusammenhange mit einer Organisation der Auswanderung, deren Hauptaufgabe eben darin gipfelt, den unter vaterländischer Flagge Auswandernden in überseeischen Gebieten Bedingungen zu schaffen, unter denen sie nicht nur wirtschaftlich gedeihen, sondern unter Wahrung ihrer Sprache und Nationalität auch in reger nationaler und ökonomischer Wechselwirkung mit dem Mutterlande verbleiben können.“¹⁸⁴

Im Laufe der Debatte verändert sich sowohl der Inhalt des mit „Kolonie“ oder „Kolonisierung“ Bezeichneten, als auch die Haltung zur Frage „friedlicher“ Kolonisierung. Das Konzept der „Cultivation“ verschwindet allmählich und wird von Vorstellungen einer rassistisch untermauerten Ideologie territorialer Eroberung abgelöst. Selbstverständlich gibt es während des gesamten untersuchten Zeitraumes unterschiedliche nebeneinander stehende Konzepte, jedoch ist auffällig, dass auch moderat argumentierende Autoren während des Ersten Weltkrieges in der Regel radikalere Positionen vertraten als zuvor. Häufig führte eine pragmatische Sicht auf den realen Stellenwert kolonialer Anläufe in der Politik der Monarchie zu einer vorsichtigen Argumentation.

Angesichts dessen, dass Richard Schroft Autor des Programms der Kolonialgesellschaft war, liegt der Schluss nahe, dass auch die in seinen anderen Schriften vor der Jahrhundertwende vorhandenen Positionen – vor allem also der von Schroft verwendete Siedlungs-Begriff von „Kolonie“ – weniger einer Zurückhaltung hinsichtlich des Ziels der Errichtung von kolonialer Territorialherrschaft geschuldet war, als vielmehr einem taktischen Zurückschrauben der Ziele angesichts der politischen Realität gleichkam. Der Erste Weltkrieg und der bereits in den Jahren vorher vorherrschende, stärker chauvinistisch und militaristisch geprägte gesellschaftliche Diskurs, ermutigte

¹⁸⁴ Ebd.

vorübergehend vorsichtiger argumentierende Autoren, wieder ihre ursprünglichen Vorstellungen zu präsentieren.

Einer der produktivsten österreichischen Kolonialautoren, Friedrich Hey, veränderte in seinen zwischen 1912 und 1917 erschienen Schriften und Eingaben zu Emigration und Kolonisation ebenfalls seine Vorstellungen von den Zielen einer „Lenkung“ der Emigration. Von Beginn an sind bei ihm verschiedene Varianten von Kolonisation für verschiedene Regionen angedacht; während er für einige Länder Südamerikas empfiehlt, die Emigration dorthin zu „lenken“ und mittels „Kolonialgesellschaften“ Siedlungskolonien zu gründen, scheint ihm als Zielgebiet für territoriale Besitzergreifung lediglich Afrika möglich, welches jedoch bereits aufgeteilt sei. Hey macht klar, dass es sich bei der vorgeschlagenen Besiedlung von Ländern Südamerikas um „friedliche Kolonisation“ handeln müsse, die deshalb notwendig sei, da es für andere Formen der Kolonisation bereits zu spät sei:

„Österreich-Ungarn besitzt nun einmal keine eigenen Kolonien und da alle geeigneten Landstriche Afrikas sich überdies längst in festen Händen befinden, bleibt uns nur übrig, sich mit dem Surrogat friedlicher Kolonisation zu begnügen.“¹⁸⁵

Diese Tatsache stellt für Hey zu diesem Zeitpunkt aber kein Problem dar, da er Siedlungskolonisation als durchaus gleichwertig mit Formen territorialer Kolonialherrschaft begreift: „Dabei dürften sowohl ethisch-moralisch als auch handelspolitisch die gleich hohen Werte zu erreichen sein wie in Territorien, die zu früheren Zeiten auch der staatlichen Oberhoheit hätten untergeordnet werden können.“¹⁸⁶ Auffällig ist hier vor allem, dass für Hey offenbar die Gründung „richtiger“ Kolonien lediglich in Afrika möglich erscheint; mit der Aufteilung Afrikas unter den europäischen Mächten ist für ihn die Aufteilung der Welt abgeschlossen, die Erwägung eines Erwerbs von bereits bestehenden Kolonien

¹⁸⁵ Hey (1912), S. 17

¹⁸⁶ Ebd. S. 17

scheint keine Option; dies vor allem deshalb, weil ihm die „friedliche Kolonisierung“ als weitaus sinnvollere Alternative erscheint und es ihm nicht um Machtpolitik und die Symbolik eines Kolonialbesitzes, sondern lediglich um ökonomischen Nutzen geht. Der Autor nennt Brasilien, Argentinien und Uruguay als mögliche zu besiedelnde Gebiete, weshalb die Emigration in diese Länder gefördert werden solle. Die „Auswanderer“ könnten hier als Selbständige agieren und wirtschaftliche Kontakte und Handelsbeziehungen zur Heimat knüpfen. Die Aufgabe des Staates wäre es nun, die Voraussetzungen für eine derartige Auswanderung zu schaffen, also

„Kolonisationsgesellschaften ins Leben zu rufen und durch sie [...] kleine Landstreifen aufzukaufen, deren Länderein billigst an unsere Auswanderer abzugeben wären. Solche geschlossenen Kolonien blieben in dauerndem Kontakte und in wirtschaftlichem Zusammenhange mit der Heimat zum Heile unserer Industrie, unserer Schifffahrt, unseres Handels und Gewerbes. Solche Kolonien bildeten dann aber auch das Aufnahmsreservoir für den Überschuss unserer Handwerker und Intelligenzberufe.“¹⁸⁷

Da auch „den Interessen der hier in Aussicht genommenen Einwanderungsländer gedient wäre“¹⁸⁸, würde eine derartige Politik auch in den betreffenden Ländern auf Zustimmung stoßen.

In seinen späteren Schriften verändert sich die Position Heys merklich hin zu einer direkten Forderung des Erwerbs von Territorialkolonien. Auch hier stellt der Erste Weltkrieg einen Wendepunkt dar, durch welchen der Autor die Möglichkeit zu einer Revision der kolonialen Situation sieht. Zur Lösung der von ihm untersuchten „Auswanderungsfrage“ verfolgt Hey nun eine Doppelstrategie: während in seinen früheren Schriften lediglich die Gründung von ihm so genannter „Wirtschaftskolonien“ – also die kontrollierte Ansiedlung in Ländern mit ökonomisch günstigen Voraussetzungen mit dem Ziel, dass auch für Österreich durch Handelsverbindungen etc. Vorteile aus dieser Ansiedlung

¹⁸⁷ Hey (1912), S. 13

¹⁸⁸ Ebd.

entstehen würden –, so fordert Hey nunmehr ganz klar auch die Gründung von territorial kontrollierten „politischen Kolonien“. Das vormalige Hauptziel der Gründung von „Wirtschaftskolonien“ sieht Hey jetzt als vorläufige Notwendigkeit zur Steuerung der Auswanderung, solange noch nicht alle Auswanderer in die „politischen Kolonien“ auswandern könnten:

„Wenn auch die Gründung von Kolonien mit eigener Territorialhoheit in Afrika beschlossen würde, so empfiehlt sich dennoch sowohl in Kleinasien als auch in Südamerika sogenannte Wirtschaftskolonien zu errichten, weil wir alle Auswanderer doch nicht sofort in den politischen Kolonien unterbringen können und die Gründung von Wirtschaftskolonien in den genannten Staaten uns reichliche Absatzmöglichkeiten für unsere Industrieprodukte eröffnen, in Südamerika noch überdies äußerst wertvolle politische Freundschaften erwachsen würden, die wir nach Friedensschluß nicht entbehren können.“¹⁸⁹

Unverändert bleibt also seine Einschätzung, dass lediglich in Afrika die Möglichkeit für die Errichtung von Territorialkolonien bestünde, dies hingegen in Südamerika aus politisch-taktischen Gründen nur bedingt möglich sei. Allerdings scheint Hey hinsichtlich des Ausgangspunkts seiner Argumentation – Kolonisation zur „Lenkung“ von Emigration – skeptisch, was die Ansiedlung von Angehörigen der Monarchie in afrikanischen Gebieten betrifft. Die klimatischen Voraussetzungen in Afrika lassen den Autor sogar über Sklaverei nachdenken – ein Motiv, das ansonsten in der österreichisch-ungarischen Kolonialdebatte nicht zu finden ist:

„Auf *frei verfügbare* Terrains wäre – wie schon erwähnt – nur in *Afrika* zu rechnen, aber klimatisch dürften sich dieselben für eine Bauernansiedlung in unserem Sinne nur in einzelnen Teilen, im allgemeinen jedoch mehr für eine Plantagenwirtschaft mit Eingebornen unter Aufsicht unserer Beamten eignen.“¹⁹⁰

¹⁸⁹ Hey (1916), S. 17

¹⁹⁰ Hey (1916), S. 18

In einem vermutlich 1917 erschienen Artikel aus der „Österreichischen Illustrierten Rundschau“ radikalisiert Hey seine Forderungen weiter und spricht nunmehr ausschließlich von der Notwendigkeit für die Monarchie, kolonial aktiv zu werden:

„Wie kein zweiter Staat in Europa ist die Monarchie geeignet, Kolonialstaat¹⁹¹ zu werden. Die bisherige Auswanderung und die damit verbundenen hohen Volksverluste liefern wohl den klarsten Beweis, daß wir längst Kolonialstaat sein sollten.“¹⁹²

Die bisher vorhandenen differenzierten Überlegungen zu unterschiedlichen Möglichkeiten auf verschiedenen Kontinenten spielen nur mehr eine untergeordnete Rolle; im Zentrum steht die Forderung, möglichst rasch kolonial aktiv zu werden. Der Artikel ist eine Zusammenfassung umfangreicherer Ausarbeitungen Heys, die er als Eingaben an Ministerien und andere staatliche Stellen versandte, teilweise unterstützt von Kolonialgesellschaft und Flottenverein.¹⁹³

Innenkolonisation

Eine weitere häufig auftauchende Bedeutung des „Kolonisations“-Begriffes bezieht sich auf politische und ökonomische Tätigkeiten in Gebieten, die sich in unmittelbarer Nähe zum Staatsterritorium der Monarchie oder sogar innerhalb der Grenzen dieses Territoriums befinden:

„Bei dem Worte ‚Kolonisation‘ braucht man übrigens nicht bloß an entlegene Länder jenseits des Ozeans zu denken, an ungesundes Klima und wilde Kämpfe;

¹⁹¹ Sic!

¹⁹² Hey (o. J.), Österr. Illust. Rundschau, o. Seitenangaben

¹⁹³ Vgl. hierzu das Kapitel „Eingaben, Anfragen und Stellungnahmen der Kolonialgesellschaft während des Ersten Weltkrieges“

vielmehr bietet sich oft in der Nachbarschaft, ja innerhalb der eigenen Grenzen Gelegenheit zu solcher Betätigung.“¹⁹⁴

So wie bei den oben skizzierten Debatten, setzt auch dieses Modell kulturelle und entwicklungsmäßige Unterschiede zwischen den „kolonisierenden“ und den zu „kolonisierenden“ Gebieten voraus. In der Regel handelt es sich bei ersteren um die deutschsprachigen Gebiete der Monarchie, bei letzteren hingegen um südosteuropäische Gebiete. Okkupation und Annexion von Bosnien und Herzegowina wird zumeist als Musterfall angeführt, der die Befähigung der Monarchie zu kolonialer Betätigung hinreichend bewiesen hätte:

„Als ein spannendes Kapitel Kolonialgeschichte läßt sich wohl die Besetzung und schließliche Aneignung *Bosniens* und der *Herzegowina* auffassen; denn daß man eine Kolonie nicht bloß jenseits des Meeres zu suchen hat, lehrt das Beispiel Rußlands.“¹⁹⁵

Die Erwähnung Russlands als Vorbild einer Kolonialmacht durch Lukas ist insofern bemerkenswert, als dieser Vergleich zwar aufgrund der russischen Außenpolitik durchaus nahe liegt, in der österreichischen pro-kolonialen Literatur aber kaum vorhanden ist. In der Regel dienen die westeuropäischen Kolonialmächte als Vorbilder, selbst wenn für die Betätigung der Monarchie eine Beschränkung auf Südosteuropa angedacht wird.

Eine metaphorische Verwendung des Topos der „inneren Kolonisation“ findet sich in einem Beitrag der *Heeres-Zeitung*, wo der ungenannte Verfasser mit einer Kolonisierung „nach innen“ nicht eine Erschließung bereits annektierter Gebiete bzw. weitere Annexionen meint. Vielmehr spricht er über „Pioniere“¹⁹⁶, die das Land aus seiner wirtschaftlichen Lethargie aufrütteln“¹⁹⁷ müssten. Mit der

¹⁹⁴ Lukas (1912), S. 3

¹⁹⁵ Ebd. S. 11 Kursive Stellen im Original gesperrt.

¹⁹⁶ Sic!

¹⁹⁷ *Heeres-Zeitung*, 10. Jänner 1900, S. 2

„inneren Kolonisation“ meint der Autor also die Herstellung von politischen und charakterlichen Voraussetzungen zu kolonialer Tätigkeit, welche durch die „Lethargie“ der ÖsterreicherInnen verhindert würde; auch dies ist ein Topos, der von vielen Autoren aufgegriffen wird.

Die Verwendung der Begriffe „Kolonie“, „kolonisieren“ etc. konkretisiert sich im Laufe der Jahre und spätestens in den während des Ersten Weltkrieges erschienenen Diskussionsbeiträgen wird ein staatsrechtlicher territorialer Begriff von „Kolonie“ selbstverständlich. Ursache für diese Veränderung ist in fast allen Fällen eine ebenfalls veränderte Einschätzung der Voraussetzungen für koloniale Argumente in der österreichischen Gesellschaft. Die Autoren passten ihre Argumentation an herrschende Diskurse an, d.h. die Radikalisierung der Kolonialdebatte während des Ersten Weltkrieges ist analog zu einer Radikalisierung und Militarisierung anderer gesellschaftlicher Debatten zu verstehen. Die Kolonialautoren sahen eine Chance, nun mit ihren noch weiter führenden Vorstellungen auf mehr Interesse zu stoßen als dies vor dem Krieg der Fall war. Die meisten Autoren nahmen keinen vollständigen Kurswechsel vor, sondern modifizierten lediglich die Schwerpunkte ihrer Argumentation, andere hingegen, die bislang in der Debatte noch nicht aufgetaucht waren, präsentieren in den Jahren des Krieges radikalere prokoloniale Positionen.¹⁹⁸

5 Themenkomplexe und Motive der Kolonialdebatte

In den folgenden Kapiteln wird versucht, die österreichische Kolonialdebatte inhaltlich nachzuzeichnen. Die zentralen und in den meisten Texten auftauchenden Themenkomplexe werden herausgearbeitet und die unterschiedlichen Ausprägungen, die diese Themen in diversen Publikationen erfuhren, erläutert und zueinander in Beziehung gesetzt. Dabei zeigt sich, dass sich die Debatte um eine relative beschränkte Anzahl immer wiederkehrender Themen drehte, die von redundanten Argumenten begleitet wurden. Die Autoren

¹⁹⁸ Siehe Kapitel „Radikalisierung der Kolonial-Debatte während des ersten Weltkrieges“

knüpfen dabei häufig an tagesaktuelle Themen oder zeitgenössische Diskurse an und versuchen, ihre Anliegen in diesen Debatten zu verankern. Darüber hinaus sahen sich die Kolonialautoren in einer – nicht zuletzt von ihnen selbst konstruierten – kolonialen Tradition und argumentierten in einem europäischen Kontext kolonialistischer Theorie und Praxis, der häufig auch thematisiert wurde.

Koloniale Tradition und europäischer Kontext

Auffällig ist, dass trotz des beschränkten Rahmens, innerhalb dessen die österreichisch-ungarische Kolonialdebatte stattfand, die Autoren sich nur in Ausnahmefällen aufeinander beziehen und sich gegenseitig zitieren. Gleichzeitig ist in vielen Fällen der Versuch bemerkbar, eine „koloniale Tradition“ Österreichs zu konstruieren, in die sich der jeweilige Autor stellt, um so eine Verankerung seiner Konzepte in der österreichischen Geschichte zu suggerieren.

Während also kaum versucht wird, durch Bezug auf andere Autoren mit ähnlichen Vorstellungen die eigenen Argumente als Teil einer breiteren Debatte erscheinen zu lassen, findet sich häufig der Ansatz, eine österreichische Kolonialgeschichte in den Rang einer historischen Tatsache zu erheben. Die konkrete Ausformung dieser „kolonialen Tradition“ gestaltete sich dabei – je nach dem politischen Ansatz und der weiteren Argumentationsstrategie des jeweiligen Autors – sehr unterschiedlich und reicht von der Schilderung der Beteiligung der Monarchie an den ersten Erscheinungsformen kolonialer Expansion bis hin zur Konstruktion einer spezifisch österreichischen Kolonialgeschichte. Lukas etwa, der auch für die Gegenwart eine Beteiligung Österreich-Ungarns am deutschen Kolonialismus einfordert, untersucht die Rolle, welche die Monarchie bei expansionistischen Aktivitäten des Deutschen Bundes gespielt hat:

„An dem Wachstum deutscher Seegelung war unser engeres Vaterland als Glied des Deutschen Bundes unmittelbar beteiligt, mehrfach sogar führend (z. B. durch die Gründung der ersten großen Seeschiffahrtsgesellschaft, des Österreichischen Lloyd, 1836, durch die nicht bloß der Naturforschung dienende berühmte

Weltreise der Fregatte Novara 1857-1859, durch Tegetthoffs Waffentat bei Helgoland 1864), und auch nach 1866 haben Österreicher mitgeholfen, den Kolonialraum des Deutschen Volkes zu verwirklichen.“¹⁹⁹

Unmittelbar an diese Verortung Österreichs innerhalb der deutschen Kolonialgeschichte knüpft Lukas aktuelle Konzepte und Vorschläge, die sich aus seiner Darstellung „von selbst“ ergäben:

„Es wird nach solchen Betrachtungen schließlich von selbst die Erkenntnis sich einstellen, daß dem unternehmungs- und auswanderungslustigen Österreicher, zumal dem Deutsch-Österreicher, kein naturgemäßerer Ziel winkt als die Mitarbeit an dem Aufschwunge der Schutzgebiete des engverbündeten Nachbarreiches, die uns doch näher stehen sollten als die meisten Besitzungen des fremden Auslandes. Bei dem Mangel eigener überseeischer Kolonien könnten uns jene des Reiches nicht völligen, aber doch weit wirksameren Ersatz schaffen als dies bisher geschah.“²⁰⁰

Einen sehr umfassenden Ansatz wählen Richard Seyfert und Adolph Mahr, die – obwohl deutschnationalen Tendenzen offen – in ihrer während des Ersten Weltkriegs verfassten „Denkschrift“ einer österreichische Kolonialtradition auf sehr unterschiedlichen Ebenen nachspüren. Dabei beziehen sie sich deutlich auch auf solche Aktivitäten, die von der späteren Forschung lange Zeit nicht zur kolonialistischen Betätigung gezählt wurden, von den Autoren jedoch als Bestätigung ihrer kolonialen Konzepte gewertet werden:

„In dieser Richtung [der „nahe und weitere Orient“; Anm. S.L.] liegen nicht nur die Länder unserer historischen Handelsbeziehungen, stolzer geschichtlicher Erinnerungen (Schlacht von Lepanto, Königreich von Jerusalem, das noch heute in unserem Herrschertitel fortlebt), einer eifrigen wissenschaftlichen Forschertätigkeit (kleinasiatische, syrische, südarabische und peträische

¹⁹⁹ Lukas (1912), S. 13

²⁰⁰ Ebd.

Forschungen – Musil –, die Reisen eines *Rusegger*, *Mylius*, *Baumann*, *Lenz*, auch *Holub*, dann *von Höhnel*, *Grafen Teleki*, *Bieber* usw. in Ostafrika), liegen nicht nur langjährige segensreiche Bemühungen unserer Missionen, *Slatin Paschas* grundlegende Tätigkeit im Sudan, sondern liegt auch, eben im gegenwärtigen Zeitpunkte, die Möglichkeit, uns an der kulturellen Erneuerung einer halben Welt mitzubeteiligen.²⁰¹

Seyfert und Mahr – wie auch andere pro-koloniale Autoren – stellen Forschungsreisen, Missionsarbeit oder die diplomatische Arbeit Slatins ganz klar in den Kontext europäischen kolonialen Wirkens in Afrika. Handelsbeziehungen und kriegerische Auseinandersetzungen stellen sich für sie als ein Gesamtkomplex dar, an den sie mit ihren weitergehenden kolonialen Konzepten anknüpfen. Seyfert/Mahr konstruieren eine koloniale Tradition, die von der historischen Forschung teilweise bis heute nicht als solche gewertet wird; für die zeitgenössischen Autoren waren diese Verbindungen sichtbar, da sie die von Seyfert/Mahr genannten Ereignisse als kleine Schritte einer Entwicklung der Monarchie zu einer Kolonialmacht werteten. Die Konstruktion einer kolonialen Tradition bot den pro-kolonialen Autoren die Möglichkeit einer stringenteren Argumentation, die dem Vorwurf eines realitätsfernen Utopismus durch den Verweis auf historische Fakten begegnen konnte.²⁰²

Auch Franz Heiderich verweist auf historische Beiträge Österreichs zur Kolonialgeschichte und zieht dabei eine Linie von der Nikobaren-Besetzung 1778-84 zur Teilnahme Österreich-Ungarns an der Niederschlagung des

²⁰¹ Seyfert/Mahr (1917), S. 68. Kursive Stellen im Original gesperrt.

²⁰² Gleichzeitig bestätigen neuere Forschungen indirekt die Ausgangsposition der Kolonialautoren, wenn auch in der Regel in kolonialkritischer Perspektive. Lange Zeit von der Kolonialforschung unberücksichtigte Phänomene wie Forschungsreisen, Expeditionen, Missionstätigkeit, die auch die österreichischen Kolonialautoren einer kolonialen Tradition zurechnen, können ausschließlich vor dem Hintergrund der europäischen Expansion und der Geschichte des Kolonialismus angemessen interpretiert werden. Vgl. etwa div. Beiträge in Sauer (Hg. 2007)

Eine methodische Schwierigkeit bei der Auseinandersetzung mit der Kolonialpropaganda ist, solche Verbindungslinien nachzuvollziehen, ohne einfach nur die zeitgenössischen pro-kolonialen Argumente zu übernehmen und kolonialkritisch zu wenden.

Boxeraufstands und der damit einhergehenden Etablierung einer Niederlassung in Tientsin.²⁰³

Neben einer spezifisch österreichischen Kolonialtradition stellen die Kolonialautoren ihre Argumentation für koloniales Engagement in den Kontext einer europäischen Kolonialmission, an der sich Österreich weniger zum eigenen Vorteil als aus moralischer Verpflichtung beteiligen müsse. Hier geht es vor allem auch um eine zivilisatorische Mission, welche die Autoren ansprechen, an der sich „in mohammedanischen Ländern“ wie auch in Ländern der „Völker der gelben Rasse“ zu beteiligen sei.²⁰⁴ Seyfert und Mahr entwickeln auch hier eine der umfangreichsten Argumentationen innerhalb der österreichischen Kolonialpropaganda. Konkret sehen die Autoren wiederum jene Gebiete, zu denen die Monarchie aufgrund der Tätigkeit von Slatin Pascha und den österreichischen Missionen bereits eine historische Beziehung hat als mögliche Zielländer kolonialer Betätigung, führen dabei aber auch bündnispolitische Argumente an:

„Da wir nun unsere kolonialpolitischen Bedürfnisse keinesfalls auf Kosten unseres türkischen Verbündeten befriedigen können und wollen, andererseits im fernen Osten sich wohl nur schwer ein in jeder Hinsicht gefestigter, geschützter und wohlarrondierter Kolonialbesitz erwerben ließe, beschränken sich die augenblicklich zur Erwägung stehenden Möglichkeiten auf gewisse Gebiete des *nördlichen oder östlichen Afrikas*.“²⁰⁵

Die Autoren konstruieren hier eine Art historischer Mission, die weit über die Etablierung eines Kolonialbesitzes aus Prestige Gründen hinausreicht. Ein Festsetzen in Nord- bzw. Ostafrika böte nämlich letztlich die Möglichkeit eines Zugangs zu den „afrikanischen Tropen“ und hier sehen die Autoren „die Lebensinteressen einer noch größeren Gemeinschaft auf dem Spiele.“²⁰⁶ Die

²⁰³ Vgl. Franz Heiderich, Die weltpolitische und weltwirtschaftliche Zukunft von Österreich-Ungarn. Wien 1916. S. 15, 16

²⁰⁴ Seyfert/Mahr (1917), S. 68, 69

²⁰⁵ Ebd. S. 69

²⁰⁶ Ebd. S. 70

bereits dargelegte Frage der Versorgung mit tropischen Rohstoffen betreffe nämlich nicht allein die Monarchie, sondern ganz Europa:

„Und ähnlich, wie wir auf dem Berliner Kongresse 1878 das *europäische Mandat* zur Regelung der Verhältnisse im nordwestlichen Eck der Balkanhalbinsel übernahmen, so dürfen wir es vielleicht hier **als unsere geschichtliche Aufgabe betrachten, für „Mitteleuropa“ den Weg nach „Mittelafrika“ freizuhalten.**“²⁰⁷

Hier wird ein weiteres Mal das Konzept eines kollektiven imperialistischen Interesses deutlich, das allfällige Konkurrenz zwischen den Mächten im Zweifelsfall nebensächlich werden lässt.

Durch das Einbetten einer österreichischen Kolonialtradition in den größeren Rahmen einer europäischen Kolonialgeschichte einerseits, die politische Verantwortung der Monarchie für das „Mitteleuropa“ der Gegenwart andererseits geben die Autoren ihrer Argumentation zudem ein Fundament, das mögliche Vorwürfe eines mangelnden Bezugs zur historischen und zeitgenössischen Realität entkräften soll.

„Auswanderung“ und „Überbevölkerung“

Das zentrale Motiv, das sich durch die gesamte Kolonialdebatte zieht, ist jenes der „Auswanderung“. Diese wird je nach Perspektive des Autors als sozioökonomisches Problem analysiert, als Lösung drängender sozialer Probleme präsentiert, als Vorwand für die „Notwendigkeit“, sich mit der kolonialen Frage zu befassen vorgeschoben oder als notwendige Voraussetzung für Kolonialaktivitäten gesehen, die deshalb gefördert und „gelenkt“ werden müsse; gleichzeitig wiederum finden sich Argumente, die umgekehrt Kolonialismus als Lösung des „Problems“ der Emigration sehen. Im Phänomen der Massenemigration des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts fanden die Kolonialautoren einen plausibel erscheinenden Möglichkeit, an reale gesellschaftliche Phänomen und Diskurse

²⁰⁷ Ebd. S. 71 Kursive Stellen im Original gesperrt, Hervorhebung im Original.

anzuknüpfen. Gleichzeitig konnten die Autoren so eine Verbindung zur ähnlichen Argumenten und Diskussionen in anderen Ländern herstellen, denn Emigration spielt in der gesamten europäischen Kolonialdebatte im späten 19. bzw. frühen 20. Jahrhunderts eine wesentliche Rolle.

Die dabei vorgebrachten Argumente standen in direktem Zusammenhang mit der Diskussion um mögliche Lösungen der „sozialen Frage“ und hängen so unmittelbar mit der in diesen Jahren vorherrschenden, auf Malthus zurückgehenden Rückführung der sozialen Frage auf eine angebliche „Überbevölkerung“ zusammen. Der Überbevölkerungsdiskurs Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts steht in Zusammenhang mit einer diffusen Angst vor den neuen Entwicklungen der Moderne, deren nicht unwesentlichste eine Verschärfung der sozialen Frage inklusive damit einhergehender politischer Konfliktpotenziale war:

„Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, im ‚fin de siècle‘, schlug das optimistische Bild der ‚strahlenden Zukunft‘ aufgrund der wachsenden Beherrschung der ‚Gegebenheiten‘ durch die menschliche Vernunft allerdings wieder in tiefe Ängste und Niedergangsfurcht um. Die negativen Auswirkungen der modernen industriellen Lebensweise schienen bedrohlich überhandzunehmen: Verstädterung, Schmutz, Enge, Krankheiten, aber auch ‚Genußsucht‘, ‚Dekadenz‘, die ‚Verluderung der Sitten‘ und die allgemeine ‚Entwurzelung‘ schienen den ‚gesellschaftlichen Untergang‘ greifbar nahe erscheinen zu lassen.“²⁰⁸

Als Hauptursache wurde nun von vielen Anhängern derartiger kulturpessimistischer Sichtweisen die „Überbevölkerung“ identifiziert, die infolge des Überschusses an Arbeitskräften nicht nur soziale Probleme mit sich bringe, sondern eben auch in moralisch-ethischer Hinsicht Verwerfungen nach sich ziehe. Die naheliegendste Lösung wurde folgerichtig in der Auswanderung gesehen, die zunächst vor allem einen unmittelbaren Nutzen durch die Lösung der drängendsten sozialen Probleme hätte; darüber hinaus waren jedoch auch

²⁰⁸ Barbara Rainer, *Der Diskurs der Überbevölkerung. Zu Metaphorik und Funktion einer in Aussicht gestellten globalen Katastrophe*. Diss. Innsbruck 2001, S. 165, 166

Vorstellungen vorhanden, dass die mit einer Auswanderung verbundenen Herausforderungen einen positiven Effekt auf die Auswandernden hätten und dem angenommenen Sittenverfall entgegenwirken würden. Vor allem jenen Konzepten, die Auswanderung in ländliche Gebiete fremder Länder propagierten, lag auch die Kritik am modernen Großstadtleben zugrunde, dem das Bild einer ursprünglichen Lebensweise der EmigrantInnen als bäuerlich Kolonisierende und hart Arbeitende entgegengehalten wurde. Dies führte auch zu dem ungewöhnlich hohen Stellenwert, den die Emigrationsdebatten in Auseinandersetzungen um Kolonialismus in ganz Europa einnahmen, sodass neben ökonomischen und politischen Fragen die „Auswanderungsfrage“ den Ausgangspunkt der meisten Auseinandersetzungen mit Kolonialismus darstellte.²⁰⁹ Das „Überbevölkerungs“-Argument wird zwar nicht immer ausführlich angeführt, jedoch spielt dieser Diskurs eine grundlegende Rolle, ist im Hintergrund stets vorhanden, vor allem aber immer dann, wenn die „soziale Frage“ in der Debatte um Kolonialismus eine Rolle spielt. Die Vorstellung, dass die Auswanderung in Kolonien die sozialen Probleme im Heimatland lösen würde, zieht sich durch die gesamte europäische Kolonialdiskussion und ist sicherlich vor allem als ideologische Konstruktion zu qualifizieren.²¹⁰

²⁰⁹ „Der Gedanke an die Bewältigung gesellschaftlicher Probleme durch koloniale Expansion und Migration war neben Mächterivalität und Wirtschafts- bzw. Handelsinteressen eine dritte wesentliche Komponente imperialen Denkens im Europa des 19. und frühen 20. Jahrhunderts.“ Klaus J. *Bade*, *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München 2000, S. 169

²¹⁰ Eine tatsächlichen „positiven“ Effekt auf die innenpolitischen Verhältnisse bzw. auf die sozial und politische Befriedung hatte hingegen in gewisser Weise die legitimatorische Funktion von Kolonialismus und Imperialismus: „Für manche Länder – insbesondere Deutschland – hat man das Aufkommen des Imperialismus sogar in erster Linie mit dem ‚Primat der Innenpolitik‘ erklärt. [...] Es gibt keine stichhaltigen Anhaltspunkte, daß koloniale Eroberungen als solche einen besonderen Einfluß auf die Beschäftigungsquote oder die Realeinkommen der meisten Arbeiter in den Mutterländern gehabt hätten, und die Vorstellung, daß die Auswanderung in eine Kolonie ein Sicherheitsventil für überbevölkerte Länder darstelle, war kaum mehr als eine demagogische Phantasie. [...] Weit bedeutsamer war die gängige Praxis, den Wählern Ruhm statt Reformen, die weit kostspieliger gewesen wären, anzubieten: Und was wäre ruhmreicher gewesen als die Eroberungen exotischer Territorien und dunkelhäutiger Rassen, vor allem wenn diese in der Regel billig zu haben waren? Allgemeiner ausgedrückt ermutigte der Imperialismus die Massen und insbesondere die potentiell Unzufriedenen, sich mit dem imperialen Staat, der imperialen Nation zu identifizieren und damit unbewußt das vom Staat repräsentierte politische und soziale System zu rechtfertigen und ihm Legitimität zu verleihen. [...] Kurz, ein Kolonialreich ergab einen guten ideologischen Kitt.“ Hobsbawm (2004), S. 94, 95

Nichtsdestotrotz war die Vorstellung, soziale Spannungen würden sich durch die Auswanderung in die Kolonien von selbst lösen, von zentraler Bedeutung für die Kolonialpropaganda.²¹¹ Die zeitgenössischen Kritiker derartiger Vorstellungen ließen sich auf die Argumentation ihrer Gegner ein und widerlegten jegliche positive soziale Effekte von kolonialen Eroberungen. John A. Hobson etwa zerstreute in seiner 1902 erstmals erschienenen Imperialismus-Studie alle Illusionen hinsichtlich positiver Rückwirkungen der Auswanderung in die Kolonien auf die inneren Verhältnisse Großbritanniens und führt zunächst vor allem die Proportionen vor Augen:

„The total emigration of Britons represents no large proportion of the population; that proportion during the years of imperial expansion perceptibly diminished: of the emigrants less than one-half settled in British possessions, and an infinitesimally small fraction settled in the countries acquired under the new Imperialism.“²¹²

Die für soziale Argumente ernüchternden Erfahrungen älterer Kolonialmächte hinderte deutsche und in weiterer Folge dann auch österreichische Autoren nicht daran, dieselben Argumente zu wiederholen, die zuvor bereits vor allem von britischen Autoren vorgebracht worden waren. Die österreichische Debatte ist im Wesentlichen ein Widerhall der deutschen, welche wiederum von den realen Erfahrungen anderer Kolonialmächte relativ unbeeindruckt blieb, entsprechende Zahlen kaum zur Kenntnis nahm und sich an den ideologischen Argumenten pro-

²¹¹ Prägnant wird dieser imaginierte Zusammenhang von sozialer Frage, Überbevölkerung und Auswanderung in Kolonien in dem berühmten, von Lenin angeführten Zitat von Cecil Rhodes aus dem Jahr 1895 ausgesprochen: „Ich war gestern im Ostende von London (Arbeitsviertel) und besuchte eine Arbeitslosenversammlung. Und als ich nach den dort gehörten wilden Reden, die nur ein Schrei nach Brot waren, nach Hause ging, da war ich von der Wichtigkeit des Imperialismus mehr denn je überzeugt... Meine große Idee ist die Lösung des sozialen Problems, d. h., um die vierzig Millionen Einwohner des Vereinigten Königreichs vor einem mörderischen Bürgerkrieg zu schützen, müssen wir Kolonialpolitiker neue Ländereien erschließen, um den Überschuß an Bevölkerung aufzunehmen, und neue Absatzgebiete schaffen für die Waren, die sie in ihren Fabriken und Minen erzeugen. Das Empire, das habe ich stets gesagt, ist eine Magenfrage. Wenn Sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen Sie Imperialisten werden.“ Rhodes, zit. W. I. *Lenin*, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. In: *Lenin, Werke* Bd. 22, S. 189-309. Berlin 1988, hier S. 261

²¹² J.A. *Hobson*, *Imperialism. A Study*. London 1961, S. 43

kolonialer Propagandisten orientierte.²¹³ Während im Falle Österreich-Ungarns die Falsifikation der vorgebrachten Argumente mangels kolonialer Realität nicht eintrat, entfernte sich die pro-koloniale Debatte in Deutschland von Anbeginn in vielen Punkten eklatant von der kolonialen Wirklichkeit in den „Schutzgebieten“, vor allem in jenen Punkten, die soziale und bevölkerungspolitische Argumente betrafen: „Die sozialimperialistische Perspektive hatte dabei von Anbeginn mehr in der Propaganda als in der Wirklichkeit der imperialen Expansion gelebt.“²¹⁴

Da für die österreichische Debatte die klassischen ökonomischen Argumente – also etwa die Notwendigkeit neuer Absatzgebiete – kaum haltbar waren, wählten fast alle Autoren den Umweg über die Emigrations-Thematik, um ökonomische und soziale Fragen in die Debatte einbringen zu können. Die „Auswandererfrage“ ist somit ein zentrales Motiv, das sich durch die gesamte kolonialpolitische Debatte zieht bzw. für einige Autoren den Ausgangspunkt der angestrebten Kolonialpolitik darstellt. Fast alle Autoren aber, die sich mit einer kolonialen Betätigung Österreich-Ungarns auf die eine oder andere Weise befassen, beziehen sich auf die Frage der Emigration aus der Monarchie, vor allem auf die „überseeische“ Emigration, also kurzfristige (als SaisonarbeiterInnen) oder dauerhafte Emigration vor allem in die USA und Kanada, sowie in Länder Südamerikas. Anhand der Migrations-Problematik diskutieren die Autoren dabei eine Vielzahl an Aspekten. Nicht selten wird die Auswanderungsfrage unter dem Aspekt der „Abenteuerfreudigkeit“ behandelt, also inwieweit BewohnerInnen der Monarchie bereit und in der Lage sind, ihre Heimat zu verlassen und in unbekannten Ländern Fuß zu fassen – häufig wird hier vom jeweiligen Autor ein Kontrast zwischen jenen Bevölkerungsteilen festgestellt, die durchaus bereit sind, Österreich-Ungarn zu verlassen und der breiten Masse inklusive verantwortlicher Politiker sowie in Industrie und Handel Tätiger, denen eine zu engstirnige Fixierung auf das vertraute Umfeld und ein zu geringer Wagemut attestiert wird. Ein weiteres Motiv ist die Auseinandersetzung mit der sozialen Frage, einerseits in Zusammenhang mit der „sozialen Qualität“ der Auswandernden, also der

²¹³ Vgl. Bade (2002), S. 184

²¹⁴ Ebd. S. 184

Behandlung des von GegnerInnen der Auswanderung ins Spiel gebrachte Argument, dass ohnehin nur jene Teile der Bevölkerung auswandern, die eine Belastung für die Volkswirtschaft darstellen würden; dem halten einige Autoren die diversen Erfolge von Ausgewanderten in den jeweiligen Zielländern gegenüber.

Ein anderer wichtiger Aspekt ist ein für die koloniale Frage insgesamt zentraler und in der gesamteuropäischen Diskussion um Kolonialismus und Imperialismus immer wiederkehrender, nämlich die Frage nach einem Zusammenhang von Auswanderung, Kolonisation und territorialer Expansion mit den sozialen Verhältnissen im „Mutterland“. Für die Monarchie im Speziellen stehen neben den positiven Auswirkungen kolonialer Betätigung und Auswanderung auf die sozialen Verhältnisse auch ebensolche Effekte für die Nationalitätenfrage im Zentrum der Argumentation.

Den Hintergrund all dieser Überlegungen bildete jedoch stets die nie hinterfragte und oft nicht einmal explizierte Annahme, dass die Grundlage der sozialen Frage eine zu große Population bilde. Die zentralen von Thomas Robert Malthus in seinem 1798 erstmals veröffentlichten „Essay on the Principle of Population“ entwickelten Thesen flossen in verschiedene Debatten des 19. Jahrhunderts ein. Die zugrunde liegende Vorstellung einer „unaufhaltsamen Auseinanderentwicklung von Bevölkerungs- und Nahrungsmittelvermehrung“²¹⁵, also eines tendenziell die Nahrungsmittelproduktion übersteigendes Wachstums der Bevölkerung, entwickelte sich zu einer Grundannahme in sozialpolitischen, ökonomischen und naturwissenschaftlichen Diskussionen, deren Auswirkungen sich bis ins 21. Jahrhundert verfolgen lassen.²¹⁶ In vielen Fällen wurde die Grundthese einer Überbevölkerungstendenz nicht weiter argumentiert, sondern lag den jeweiligen Debatten als unhinterfragte Annahme zugrunde. Dies ist auch bei den meisten Beispielen aus der österreichischen Kolonialdebatte der Fall. Im Folgenden werden einige Diskussionsbeiträge mit Blick auf ihren Bezug zur Überbevölkerungsdebatte untersucht; hierfür wurden solche Beispiele ausgewählt, wo dieser Bezug an mehreren Stellen explizit vorhanden ist. Insgesamt ist aber bei

²¹⁵ Rainer (2001), S. 68

²¹⁶ Vgl. Rainer (2001)

der Auseinandersetzung mit der gesamten (österreichischen) Kolonialdebatte das Vorhandensein (neo-)malthusianischer Vorstellungen stets mitzudenken.

Die Kehrseite des „Überbevölkerungs“-Arguments in der Kolonialdebatte ist die Forderung nach einer Regulierung bzw. Förderung der Auswanderung. Die politische Forderung, Auswanderung zu fördern bzw. dieser zumindest keine Schranken in den Weg zu legen, ist Ausdruck einer ökonomischen Entwicklung, die eine zunehmende Mobilität von Arbeitskräften im Rahmen einer modernen, sich herausbildenden Weltwirtschaft mit sich bringt. Herkömmliche etatistische Auffassungen stehen demgegenüber einer Auswanderung von Staatsangehörigen tendenziell negativ gegenüber, da diese der Kontrolle durch den bürokratischen Zentralstaat unterworfen bleiben sollen, etwa aus Gründen der Steuereintreibung, aber auch weil in den sich entwickelnden kapitalistischen Gesellschaften zunächst immer wieder Arbeitskräftemangel vorhanden war.²¹⁷

Mit dem Staatsgrundgesetz von 1867 war in der Habsburgermonarchie grundsätzlich Auswanderungsfreiheit garantiert²¹⁸, Einschränkungen galten aber nach wie vor; so durften Wehrpflichtige nicht ausreisen bzw. mussten nach ihrer Remigration mit Sanktionen rechnen. Auf Seiten der Behörden waren nach wie vor die traditionellen Vorbehalte gegenüber der nunmehr stark ansteigenden Emigration vorhanden, jedoch entsprachen die von den Kolonialautoren suggerierten „Hindernisse“, die Emigrationswilligen in den Weg gestellt würden, kaum der Realität, zumal die Gesetzeslage für die Mehrzahl der Bevölkerung keine Restriktionen vorsah. Autoren, die für eine Liberalisierung der Auswanderungspolitik bzw. die Förderung von Emigration plädierten, argumentierten dahingegen, dass dem Faktum der Emigration nicht durch Verbote entgegengewirkt werden könne, eine koordinierte Auswanderung aber zumindest minimale Verbindungen mit der Heimat garantiere und die Auswandernden so – nicht zuletzt in ökonomischer Hinsicht durch Geldsendungen, sowie durch die Förderung des Absatzes von Produkten aus der Monarchie etc. – der „Heimat“

²¹⁷ Vgl. Saskia Sassen, *Migranten, Siedler, Flüchtlinge. Von der Massenauswanderung zur Festung Europa*. Frankfurt am Main 1996, S. 25-27

²¹⁸ Vgl. Sylvia Hahn, *Migration – Arbeit – Geschlecht. Arbeitsmigration in Mitteleuropa vom 17. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts*. Göttingen 2008, S. 33

erhalten blieben. Die Kolonialpropagandisten griffen dieses Argument auf und erweiterten es dahingehend, dass durch die Gründung von Kolonien (in dieser Phase häufig verstanden nicht als territoriale Kolonien, sondern lediglich als Ansammlung von EmigrantInnen der gleichen Nationalität) diese Verbindung institutionalisiert würde.

In vielen pro-kolonialen Beiträgen lässt sich ein argumentativer Dreischritt nachvollziehen: ausgehend von der Thematisierung der sozialen Frage wird der Zusammenhang mit der Auswanderungs-Problematik hergestellt und von dieser dann auf die Lösung dieses Komplexes durch koloniales Engagement übergeleitet. Die Grundannahme des Vorhandenseins einer Überbevölkerung bildet dabei den Hintergrund der gesamten Argumentation, und viele Autoren sehen sich nicht veranlasst, diese Basis der Diskussion näher zu begründen.

Insgesamt verschiebt sich Diskussion während des untersuchten Zeitraums von der Notwendigkeit der Auswanderung (aufgrund von Überbevölkerung, soziale Spannungen etc.) hin zu ökonomischen Nachteilen von Auswanderung, jedoch ist bis zum Ende der Monarchie auch die klassische Überbevölkerungs-Argumentation, verbunden mit der Notwendigkeit von Auswanderung vorhanden. Bei einigen Autoren findet sich sowohl Überbevölkerungsargumentation, als auch eine Warnung vor möglichen ökonomischen Nachteilen von Emigration für die Volkswirtschaft, so dass insgesamt eher von Widersprüchen in der Argumentation gesprochen werden muss als von einer inhaltlichen Verschiebung der Debatte bzw. signifikanten Unterschieden in den Analysen. So thematisiert beispielsweise Wessely innerhalb weniger Seiten sowohl „Überbevölkerung“ als grundlegenden sozialen Faktor, als auch die negativen Auswirkungen von Emigration auf die Volkswirtschaft des Heimatlandes:

„Kraftvolle, aufblühende Völker mit Menschenüberschuß werden immer, *müssen* immer die vom Zwange gezogenen Grenze überfluten – wie will man das verhindern? [...] Wir entließen jährlich Hunderttausende nach den Bergwerken

und Fabriken der Vereinigten Staaten, die jetzt Granaten drehen, und nach den riesigen Brachen Kanadas; ganze Armeekorps, sagt man, gingen uns verloren.“²¹⁹

Im Folgenden versuche ich, jenen Teil der österreichischen Kolonialdebatte zu analysieren, der sich im Kern um die Frage der Emigration dreht bzw. von dieser Frage ausgeht. Anhand unterschiedlicher zwischen 1885 und 1918 erschienener Texte sollen verschiedene, immer wieder auftauchende Themen und Diskussionsstränge herausgearbeitet und Veränderungen der Argumentationsstrategien nachvollzogen werden. Insgesamt lässt sich feststellen, dass in den späteren Texten – vor allem in den während des Ersten Weltkrieges publizierten – im selben Maße wie die Forderung nach einem Erwerb von Kolonien radikaler formuliert wird, die Bewertung von Auswanderung tendenziell negativ ausfällt und die Thematisierung von „Überbevölkerung“ abnimmt. Damit erübrigt sich schließlich auch die Forderung nach staatlicher Regulierung der Auswanderung – ein Thema, das die Diskussion in den Jahren um die Jahrhundertwende geprägt hatte.

Soziale Frage und „Überbevölkerung“

Wie bereits ausgeführt, war die These einer quantitativ ständig steigenden „Überbevölkerung“ grundlegend für eine Vielzahl unterschiedlicher politischer und wissenschaftlicher Debatten um die Jahrhundertwende. Die Kolonialautoren führen diese These nicht weiter aus, da die damit verbundenen Annahmen die Qualität allgemein anerkannter Überzeugungen hatten. Dies führte letztlich auch zu dem Paradoxon, dass vor allem in späteren Diskussionsbeiträgen, als der Hauptakzent auf die negativen Auswirkungen von Emigration auf die Volkswirtschaft der Monarchie gelegt wurde, dieses Axiom nach wie vor unhinterfragt blieb. Seyfert/Mahr beispielsweise behaupten in ihrer „Denkschrift“ von 1917 „daß *kein anderer Staat* in den ungefähren Größenmaßen unserer Monarchie so *große und uneinbringliche Verluste* durch die Auswanderung

²¹⁹ Wessely (1918), S. 8, 12 Kursive Stelle im Original gesperrt.

erlitten hat.“²²⁰ Gleichzeitig begründen sie die Notwendigkeit kolonialer Betätigung der Monarchie unter anderem mit einer in Europa vorhandenen „Überbevölkerung“:

„Europa ist heute für seine Völker zu enge geworden, die, unternehmungs- und expansionslustig, erfahren mußten, daß ihre kulturelle Weiterentwicklung, ja ihr ganzer Weiterbestand von der Kolonisation außerhalb Europas abhinge.“²²¹

Im frühesten Beitrag des untersuchten Zeitraums fasst Neumann-Spallart den suggerierten Zusammenhang von „überschüssiger Volkskraft“, Auswanderung und Kolonialismus prägnant zusammen:

„Mit Recht betont man daher heute, dass keine Culturnation mit gesunder wirtschaftlicher Entwicklung auf die durch Colonisation allein gesicherte Verwerthung ihrer überschüssigen Volkskraft und ihrer übrigen ökonomischen Hilfskräfte verzichten soll und dass es zu einem Gebote der Selbsterhaltung wird, mindestens die Auswanderung in solche Bahnen zu lenken, auf welchen noch das Volksthum des Heimatslandes erhalten bleibt.“²²²

Hier wird deutlich, dass der Autor keine Notwendigkeit sieht, die seiner Argumentation zugrunde liegende Annahme (der Bedarf einer „Verwerthung“ der „überschüssigen Volkskraft“) weiter zu begründen.

Der Bezug zu zeitgenössischen sozio-ökonomischen Entwicklungen und damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen zeigt sich bei dem besorgten Verweis Schrofts auf die „Nothwendigkeit, die Auswanderung endlich als Medicin in die sociale Staatsapothek aufzunehmen“, um „den in übergroßer Anzahl vorhandenen Proletariern Gelegenheit zum Auswandern zu bieten, die mit Hinblick auf die große Vermehrung ihrer Familien für den inneren Frieden des

²²⁰ Seyfert/Mahr (1917), S. 89 Kursive Stellen im Original gesperrt.

²²¹ Ebd. S. 104 Hervorhebung im Original.

²²² Neumann-Spallart (1885), S. 74

Staates stets die größte Gefahr bilden.“²²³ Die Frage einer „Überbevölkerung“ bezieht sich allerdings nicht lediglich auf Bevölkerungsgruppen oder sogar einzelne Berufsgruppen²²⁴, sondern stelle eine Bedrohung für den gesamten Staat dar, was für die Kolonialautoren in weiterer Folge die „existenzielle“ Wichtigkeit der kolonialen Frage bedeutet: „Die Kolonienfrage ist daher jetzt ins Rollen geraten und bildet bei überbevölkerten Staaten geradezu eine Existenzfrage [...]“.“²²⁵

Manfred Ragg entwickelt in seiner Argumentation eine mathematische Beweisführung, bei welcher die Emigration und Demographie die entscheidenden Teile zur Berechnung der Notwendigkeit und Berechtigung kolonialer Betätigung in Form eines „Kolonialfaktors“ darstellen. Ragg nimmt die

„drei Größen: Auswandererzahl, Bevölkerungsdichte und Bevölkerungszunahme [...], woraus sich auf einfache Weise eine weitere Größe ableiten lässt, die kurzweg Kolonialfaktor genannt sei und ein viel klareres Bild abgibt von der Notwendigkeit, ja sozusagen sozialen Berechtigung eines Staates, Kolonien zu besitzen oder zu erwerben.“²²⁶

Aus der Annahme einer „existenzbedrohenden“ Zunahme der Bevölkerung wird hier die „Berechtigung“ – und implizit natürlich die Verpflichtung der verantwortlichen Politiker – zu kolonialem Engagement abgeleitet.²²⁷

²²³ Schroft (1894), S. 35

²²⁴ Vgl. auch *Heeres-Zeitung*, 10. Jänner 1900, S. 1. Auch Friedrich Hey spricht von Siedlungskolonien als „Aufnahme-reservoir für den Überschuß unserer Handwerker und Intelligenzberufe.“ Hey (1912), S. 13

²²⁵ Bülow (1902), S. 80

²²⁶ Ragg (1911), S. 18, 19

²²⁷ Ragg verweist allerdings neben diesen Aspekten auch auf jenes Argument, das bei den meisten Begründungen kolonialen Engagements das letzte und ausschlaggebende ist, die Verpflichtung der Monarchie, ihrer „Großmachtstellung“ entsprechend zu agieren: „Jedenfalls gebe es eine schöne und dankenswerte Aufgabe für unsere Diplomatie auf dem Wege friedlicher Verständigung der österreich-ungarischen Monarchie in den genannten Gebieten beizeiten jenen Anteil zu sichern, den wir zufolge unserer Auswandererzahl, Bevölkerungsdichte und – Zunahme und nicht zuletzt zufolge unserer Großmachtstellung, mit Fug und Recht beanspruchen können.“ Ragg (1911), S. 35

Auch in den zahlreichen Schriften zur „Auswanderung“ von Friedrich Hey ist die „Überbevölkerung“ Ausgangspunkt und Grundlage der Argumentation:

„Die *Notwendigkeit* der Auswanderung ergibt sich aus der Tatsache, daß einzelne unserer Kronländer übervölkert sind und daß das Anwachsen unserer Produktion mit der Bevölkerungsvermehrung nicht gleichen Schritt hält.“²²⁸

Für Hey ist nun einerseits die Auswanderung „bis zu einem gewissen Grade zu dulden, um dem allzustarken Anwachsen des Proletariats zu steuern“²²⁹, gleichzeitig warnt er aber vor negativen Auswirkungen der Auswanderung für die Volkswirtschaft und kritisiert das nicht vorhandene Bewusstsein über entsprechende Zusammenhänge bei den politisch Verantwortlichen:

„In Österreich, dem Lande des Menschenüberflusses, gilt das Einzelindividuum blutwenig, ja es wird direkt als lästig empfunden, wenn es sich mit Auswanderungsgedanken trägt. Mit tiefer Befriedigung läßt man den Auswanderer ziehen; man atmet förmlich auf, weil man wieder der Sorge um ein Menschenleben enthoben ist. Vergessen sind die grundlegendsten Begriffe und Theorien der Nationalökonomie, die da lehren, daß der Mensch ein wesentliches Glied in der Kette der Volkswirtschaft bilde; daß seine Arbeitskraft ein Vermögen darstelle und daß die Nutzung dieser Arbeitskraft, dieses Vermögens, vor allem Vorrecht jenes Staates sei, der sich um die Erziehung und Schulung des Menschenmaterials bemüht habe.“²³⁰

„Menschenüberfluss“ ist zwar Heys Ansicht nach eine grundlegende Tatsache, allerdings scheint dieses Phänomen kein für den Staat nur durch Emigration lösbares Problem zu sein; der Autor konstatiert einerseits einen „unbeschäftigten *Volksüberschuß*“²³¹, besteht aber auf das „Vorrecht jedes Staates“ auf die

²²⁸ Hey (1912), S. 4, 5

²²⁹ Ebd.

²³⁰ Ebd. S. 5

²³¹ Ebd. S. 3

Arbeitskraft auch der „Auswanderer“. In erster Linie vermisst der Autor eine öffentliche Debatte zu dieser Frage, wie er vor allem in seinen späteren Schriften ausführt:

„Anscheinend erachten unsere offiziellen Kreise diese Materie nicht für wichtig genug, um sich ihrer in Kriegszeiten zu widmen.“²³²

Gerade der Krieg wäre jedoch ein Anlass, über Probleme nachzudenken, die diesem nachfolgen würden. Um die Notwendigkeit der Erörterung der Frage des „Volksüberschusses“ zu unterstreichen deutet Hey die Möglichkeit an, dass durch Überbevölkerung mit dem Ende des Krieges das Elend erst beginnen könnte:

„Um also ein noch größeres Unglück, als es der Krieg selbst ist, zu verhüten, erfordert es die Staatsraison, rechtzeitig entsprechende Vorkehrungen zu treffen.“²³³

Denselben Gedanken einer Verschärfung des „Überbevölkerungs“-Problems nach Beendigung des Krieges, führt auch Wessely an. Dass die Autoren dabei den Krieg und dessen Folgen verharmlosen, indem sie der imaginierten „Überbevölkerung“ die Schuld an der sozio-ökonomischen Situation zuschreiben, ist vor dem Hintergrund verständlich, dass die meisten pro-kolonialen Autoren sich an vielen Stellen positiv zum Krieg äußern und einer militaristischen Tradition verpflichtet sind.

Wessely geht dabei soweit, allfällige Befürchtungen eines Arbeitskräftemangels aufgrund der zahlreichen Gefallenen umzudrehen; er verweist dabei auf Veränderungen, die sich im Zuge des Krieges hinsichtlich geschlechterspezifischer Berufs-Aufteilungen ergeben haben. Damit gelingt es ihm, mehrere Aspekte miteinander in Verbindung zu bringen und aus einer konservativen Perspektive die sozialen Folgen des Krieges zu erklären, wobei er als Hauptursachen Überbevölkerung und Berufstätigkeit von Frauen ausmacht:

²³² Ebd.

²³³ Ebd.

„Es ist recht wohl denkbar, daß wir bei der Abrüstung eher unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben, sodaß eher ein Abfluß von Kräften erwünscht sein mag. Sollte es nicht gar einen Überschuß von männlicher Kraft geben, wenn die Frauen begreiflicherweise aus den vielen Berufen, die sie jetzt mit ziemlichem Geschick ausüben, nicht herausgehen wollen?“²³⁴

Eng verwoben mit der expliziten Bezugnahme auf „Überbevölkerung“ ist, wie bereits deutlich wurde, die Thematisierung von sozialen Veränderungen und Erscheinungen, die eine Lösung der „sozialen Frage“ drängend machen würde. Vor allem geht es hier um das relativ neue Phänomen des organisierten Auftretens der ArbeiterInnenbewegung²³⁵. Aber auch andere Phänomene der zeitgenössischen Politik werden von einigen Autoren diskutiert und entsprechende Lösungen erörtert. Deziert plädiert beispielsweise Hirsch für die Lösung der sozialen Frage durch koloniale Betätigung bzw. „weltwirtschaftliche Organisation“ der Volkswirtschaften. In einer Fußnote spricht er diesen Zusammenhang an, wobei vor allem der Hinweis nicht nur auf den „Klassenhass“, sondern auch auf Antisemitismus und Rassismus bemerkenswert ist:

„Die socialen Strömungen im dritten und im vierten Stande sind ein Product der Massenarmuth. Sie offenbaren sich im dritten als **Rassen-**, im vierten Stande als **Classenhass**. - Antisemitismus und Socialdemokratie. - Sie sind, vom socialökonomischen Standpunkte aus beurtheilt, Erscheinungen der grossen bestehenden Wirtschaftskrise, unter der sich der Uebergang vom neunzehnten ins zwanzigste Jahrhundert vollzieht und die voraussichtlich in der weltwirtschaftlichen Organisation der europäischen Volkswirtschaften dereinst ihre befriedigende Lösung finden wird.“²³⁶

²³⁴ Wessely (1918), S. 29, 30

²³⁵ Anfang 1889 hatte sich in Hainfeld die Sozialdemokratie als Partei konstituiert. Vgl. Bruckmüller (²2001), S. 340, 341. Zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung von ihrer Gründung bis zum Ende der Ersten Weltkriegs vgl. einführend Fuchs (1996), S. 85-129; Hans *Hautmann* und Rudolf *Kropf*, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik. Wien 1974, S. 80-124

²³⁶ Hirsch (1888), S. 45, Anm. 2, Hervorhebungen im Original

Vor allem bei Schroft, der weitaus drastischere Bilder der sozialen Situation evoziert, ist die Überzeugung deutlich vorhanden, dass innenpolitische Maßnahmen die Probleme nicht zu lösen vermögen und soziale Maßnahmen an ihre Grenzen gestoßen seien:

„[...] der zunehmende Verfall geordneter, gesellschaftlicher Verhältnisse, das Anwachsen von Demoralisation und Verbrechen aller Art u. s. w., der Socialismus und Anarchismus lassen sich weder durch Unterstützungscassen, noch durch Almosen, Armenpflege u. dgl., noch dadurch aus der Welt schaffen, dass wir Verbrechern ihr Lebenlang Wohnung, Kleidung und Kost geben, dafür aber arme, ehrliche Teufel der Arbeitslosigkeit und dem Hungertode überliefern.“²³⁷

Für diese Probleme, „deren Änderung zum Besseren selbst der im modernen Staatswesen so vielvermögende Militarismus nicht wird herbeiführen können, erscheint eine organisierte Auswanderung das einzige Auskunftsmitglied gegen die Hauptübel der Tag für Tag stürmischer nach einer Lösung verlangenden sozialen Frage!“²³⁸

Nicht näher ausgeführt wird die Überlegung einer kollektiven europäischen Lösung der sozialen Frage durch ebendieses Heilmittel der Auswanderung; es sei verwunderlich, überlegt Schroft, „dass sich nicht wenigstens diejenigen Staaten, welche bereits militärisch und wirtschaftlich vereinigt sind, auch in der so wichtigen Auswanderungsfrage zu einer Collectivaction verbinden.“²³⁹ Bemerkenswert an dieser Stelle ist, dass Schroft vor dem Hintergrund bestehender temporärer militärischer und ökonomischer Bündnisse die Möglichkeit koordinierter Lösungen innenpolitischer Fragen diskutiert.

Während des Ersten Weltkrieges wurde schließlich die soziale Frage und die damit einhergehenden divergierenden Lösungen angesichts sich verstärkender

²³⁷ Schroft (1894), S. 35

²³⁸ Ebd. S. 36

²³⁹ Ebd. S. 37

politischer Auseinandersetzungen zu einem noch zentraleren Aspekt in der Debatte. Zur allgemeinen Unzufriedenheit vor allem jener Teile der bäuerlichen Bevölkerung, denen er bereits in seinen vorangehenden Schriften seine Aufmerksamkeit widmete – verarmte und proletarisierte Teile der Landbevölkerung, die eben auf die Auswanderung als Lösung setzen würden – sieht Hey nun ein weiteres beunruhigendes Problem hinzukommen: die politische Agitation, welche sich durch das (vor)revolutionäre Russland bestätigt und unterstützt sieht:

„Die während des Krieges ins Land und über die Karpathen vorgedrungenen Russen haben den auf einer niederen Kulturstufe stehenden Bauern in den besetzten Gebieten als radikales Mittel gegen ihre weitere Verarmung und zur Rettung aus ihrem derzeitigen Elend die Aufteilung des Großgrundbesitzes versprochen.“²⁴⁰

Nicht zuletzt ein (tatsächliches oder imaginiertes) Erstarken politischer Agitation scheint zu der Änderung der Position Heys zur Frage des territorialen Erwerbs einer Kolonie geführt zu haben. Der Autor widmet dieser Frage ein eigenes Kapitel mit dem Titel „Was hätte mit den politisch unerwünschten Einwohnern zu geschehen?“. Die Antwort gibt Hey gleich im ersten Satz dieses Abschnitts:

„Politisch unerwünschte Elemente [...] wären aus Österreich-Ungarn und aus den zu annektierenden Ländern auszuweisen und, falls gegen ihr Verbleiben in unserer Volksgemeinschaft nicht besondere Gründe vorlägen, in einer eventuell zu gründenden Kolonie anzusiedeln, *womit sie uns wirtschaftlich erhalten blieben und weiterhin unter unserer Aufsicht ständen.*“²⁴¹

Ausgenommen von dieser Sorge des Autors um den Erhalt der ökonomischen Verbindung mit den Auszusiedelnden wären lediglich besonders gefährliche Elemente: „Politische Hetzer und bekannte Feinde der Monarchie, insbesondere

²⁴⁰ Hey (1916), S. 4

²⁴¹ Ebd. S. 13

jene aus der Intelligenzklasse, wären gänzlich auszuweisen und ihre Ansiedlung auch in den eventuell zu gründenden Kolonien nicht zu gestatten.“²⁴²

Die Idee einer „Verbrecherkolonie“ ist ein in der österreichischen Kolonialdebatte immer wieder auftauchender Ansatz, der beispielsweise auch bereits im Kolonialplan Ignaz Pallmes²⁴³ aus dem Jahr 1851 auftaucht. Für Pallme diene die Funktion außereuropäischen Territorialbesitzes als „Verbannungsort“ und entsprechende Nutzungen von Kolonien durch andere europäische Mächte sogar als zentrales und abschließendes Argument für den Erwerb einer Kolonie.²⁴⁴

Insgesamt prognostizieren einige Autoren Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Gesellschaft der Monarchie, die durch den Krieg ausgelöst werden könne und zur Verschärfung der Situation beitragen würde: „Hüten wir uns, das Proletariat durch vor dem Krieg selbständig gewesene Existenzen und anspruchsvollere Element unbekümmert zu vermehren; das hieße den stärksten Gärstoff im Innern schaffen.“²⁴⁵

Der appellartige Charakter dieser Bemerkung soll den LeserInnen vermitteln, dass die Möglichkeit einer Veränderung der Situation durchaus gegeben sei und lediglich ein stärkeres Interesse an den besprochenen Vorgängen nötig wäre, um die Diskussionen und Maßnahmen zu beeinflussen. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass die kaum vorhandenen kolonialen Aktivitäten der Monarchie vor allem auf ein zu geringes Interesse in der Bevölkerung zurückzuführen wäre, das wiederum in spezifischen Ausbildungen des nationalen Charakters begründet sei, der sich vor allem durch wenig „Abenteuerlust“ und einen kaum ausgebildeten „Auswanderungstrieb“ auszeichne.

²⁴² Ebd. S. 14, 15

²⁴³ Vgl. Michael Zach, Ignaz Pallme. Ein unbekannter Kolonialentwurf für Nordostafrika aus dem Jahr 1851. In: Sauer (Hg. ²2007), S. 79-109

²⁴⁴ Pallmes „Pläne und Vorarbeiten zur Eroberung von Abissinien, Darfur und Tripolis für Österreich“ endet mit einem Verweis auf die Nützlichkeit einer „Verbrecherkolonie“: „Und bedarf unser Staat nicht einen sogenannten Verbannungsort, hat nicht England seine Botny Bay? Frankreich sein Cajenn, Spanien seine Persidos, Neapel seine Pantelerya, und Rußland sein Sybirien für ihre Verbrecher? Wäre eine entfernte Oase im Lande Tripolis nicht der geeignetste Ort für unsere Verbrecher dahin zu schicken? So eine entfernte Oase ist durch das einfache Mittel, das man keine Kamele duldet, zu überwachen. Die Verbrecher sollen das Land bebauen und sich selber ernähren, wodurch der Staat die hunderttausende welche der Erhaltung der Verbrecher in Anspruch nimmt ersparen kann. Eine solche Oase ist gleich einer Insel im Ozean welche keine Fahrzeuge hat.“ zit. nach Zach (²2007), S. 109

²⁴⁵ Hey (1916), S. 25

„Abenteuerfreudigkeit“ und „Auswanderungstrieb“

Ein ähnlich dem „Überbevölkerungs“-Argument unabhängig von sonstigen Aussagen und nicht selten in Widerspruch zu diesen stehender Grundgedanke der meisten pro-kolonialen Autoren ist das unterstellte Fehlen einer positiven Einstellung der Bevölkerung der Monarchie zu Auswanderung, kolonialer Betätigung sowie eine nicht vorhandene Zurkenntnisnahme von Vorgängen außerhalb der Monarchie. Angenommen wird eine kollektive psychische Disposition aller MonarchiebewohnerInnen, die mit Begriffen wie einem fehlenden „Auswanderungs- und Niederlassungstrieb“²⁴⁶, einer „Weltfremdheit, ja sogar Weltscheu“²⁴⁷ umschrieben wird. Ursache für diese Einstellungen ist das angebliche außenpolitische Desinteresse der Monarchie, gleichzeitig verstärkte die dadurch bedingte „Weltfremdheit“ wiederum diese Tendenz kolonialen Nicht-Engagements.²⁴⁸ „Das Ende des Kontinentalismus in Österreich“²⁴⁹ könne durch eine stärkere Thematisierung weltpolitischer Vorgänge durch Medien und Politik erreicht werden, was schließlich automatisch zu einem verstärkten Drang nach Betätigung außerhalb der Monarchie bzw. außerhalb Europas führen würde.

Mangelnde Berichterstattung über weltwirtschaftliche Ereignisse führten zu anhaltendem Desinteresse der Bevölkerung an derartigen Zusammenhängen und insgesamt zu einer Stimmung, die einer außereuropäischen Betätigung ablehnend bzw. ignorant gegenüber stand, wie Wessely mit ironischer Polemik ausführt:

„Der Brite, der die ‚Times‘ las, wenn er Cold Mutton zum Frühstück aß, fand die unmittelbare Beziehung zwischen Neuseeland, das ihm den Hammelbraten lieferte und der Tätigkeit im Geschäft, die er in einer Stunde aufnehmen sollte; der Zusammenhang zwischen Weltwirtschaft und seinem Wohlbefinden war ihm

²⁴⁶ Neumann-Spallart (1885), S. 75

²⁴⁷ Seyfert/Mahr (1917), S. 31

²⁴⁸ Vgl. ebd. S. 31

²⁴⁹ So der Titel einer weiteren Schrift zu Kolonialismus und „Seegeltung“ der Monarchie: Anton von Mörl, *Das Ende des Kontinentalismus. Entwicklung und Bedeutung unserer Seegeltung*. Saaz 1912; auch Seyfert/Mahr sprechen von den „kontinentalen Anschauungen“ der Bevölkerung der Monarchie, Seyfert/Mahr (1917), S. 31.

ohne weiteres klar. Wir aber verzehrten eine ‚Melange‘ mit zwei Kipfeln, dachten an unsere Greislerei und den Sonntagsausflug nach Purkersdorf.“²⁵⁰

Auch hier tauchen wieder einander widersprechende Argumente auf, wenn der „Migrationstrieb“ in unmittelbarem Zusammenhang mit kolonialer Betätigung gebracht wird. So beklagt Neumann-Spallart etwa die geringe Anzahl an Auswanderern aus der Monarchie, die zeigen würde, „dass der Migrationstrieb die Bewohner unseres Vaterlandes nicht so intensiv beeinflusst, um von demselben die Gründung eines nennenswerthen Volksthumes in einer eigenen Colonie hoffen zu können.“²⁵¹ Und wenn auch bei diesem Autor die Argumentation noch stimmig ist, führt die Übernahme der Vorstellung eines nicht vorhandenen „Migrationstriebes“ bei jenen Autoren zu Inkonssequenzen, in deren Schriften die angeblichen negativen Auswirkungen von Auswanderung in den Vordergrund gestellt werden.²⁵²

Fehlende koloniale Betätigung ist nach Ansicht der meisten untersuchten Autoren einerseits das Ergebnis der konstatierten „Welfremdheit“ und wäre gleichzeitig auch die einzig mögliche Lösung, diese zu überwinden. Abgesehen von der Beseitigung der „Weltscheu“ hätte eine derartige Betätigung auch praktische Auswirkungen auf jene, die trotz der allgemeinen Lethargie bereits in überseeische Handelsaktivitäten involviert seien, indem deren „Unternehmungslust“ zur Betätigung außerhalb der Grenzen der Monarchie noch weiter verstärkt würde:

„so gibt vor allem koloniale Betätigung dem Wagemut und der Unternehmungslust der mutterländischen Bevölkerung *neue Impulse* und eine Bereicherung, die in Geldwerten gar nicht faßbar ist [...]. **Eigene Kolonien sind**

²⁵⁰ Wessely (1918), S. 12. Ähnlich polemisch äußert sich Ragg zu diesem Thema: „Unsere jungen Leute kommen zu wenig hinaus, lernen die Welt zu wenig kennen. In der Regel bleibt der Sohn dort kleben, wo der Vater saß und das Endergebnis ist eine Reinkultur von Spießbürgern, deren Gesichtskreis kaum weiter reicht als höchstens bis zu den Grenzen des Kronlandes. [...] Weder hämorrhoidenranke Amtsstubenmenschen, noch monokelbewaffnete Gigerl sind geeignet, Koloniarbeit zu leisten. Dazu sind ganze Männer, tüchtige, arbeitswillige Charakter von Nöten, die was von der Welt verstehen.“ Ragg (1911), S. 24, 32

²⁵¹ Neumann-Spallart (1885), S. 75

²⁵² Vgl. Seyfert/Mahr (1917), S. 11, 12, 31

die beste Schule für diese Wirtschaftsroutine; auf grund der dort gemachten Erfahrungen entwickelt sich schließlich jener Stand weitblickender, unternehmungslustiger, zielbewußter und doch vorsichtiger Kaufleute, geschickter Verwaltungsbeamter und aller anderen Vertreter des Mutterlandes, die seinem Namen Ehre machen und die *besten Pioniere seiner wirtschaftlichen, politischen und moralischen Weltmachtstellung sind.*²⁵³

Die von fast allen zur kolonialen Frage publizierenden Autoren konstatierten mangelhaften charakterlichen Voraussetzungen der Monarchie-BewohnerInnen betrifft nicht nur die unmittelbare Frage eines kolonialen Engagements, sondern wird auch zur Erklärung des allgemeinen Status der Monarchie herangezogen, der weit unter den potenziellen Möglichkeiten liege. Die Ursache für soziale, politische und ökonomische Probleme wird nicht in den gesellschaftlichen Grundlagen der Monarchie gesucht, sondern einem Nationalcharakter zugeschrieben, der sich vor allem in jenen Teilen der Gesellschaft negativ auswirke, die die Richtung ökonomischer Entwicklung zu bestimmen hätten. So beklagt Schroft vor allem die „Theilnahmslosigkeit der Industriellen“²⁵⁴, die, zusammen mit der „Indolenz der gesamten Bevölkerung“ dazu geführt habe, dass „wir schon jetzt in eine große Abhängigkeit zu fremden Verhältnissen gebracht worden [sind], die sich durch die Rührigkeit anderer Staaten mit der Zeit folgerichtig zu unserem größten Schaden nur noch steigern muss.“²⁵⁵ Das Argument ökonomischen Unvermögens eines kolonialen Engagements Österreichs sei, so Schroft, „lediglich die Bemäntelung der Energielosigkeit des österreichischen Unternehmungsgeistes [...]“²⁵⁶

„Soziale Qualität“ von Auswandernden

Jedoch spielen nicht nur die psychische Voraussetzungen potenzielle AuswanderInnen eine Rolle in der Debatte, sondern auch die „soziale Qualität“

²⁵³ Seyfert/Mahr (1917), S. 39 Hervorhebung im Original, kursive Stellen im Original gesperrt.

²⁵⁴ Schroft (1894), S. 8

²⁵⁵ Ebd. S. 8

²⁵⁶ Ebd. S. 20

der EmigrantInnen, deren Beschaffenheit sowohl Argumente für eine verstärkte Regulation und Lenkung von Auswanderung untermauern soll, gleichzeitig aber auch von Skeptikern eines kolonisatorischen Potenzials der österreichischen EmigrantInnen vorgetragen wird. Vor allem bei Letzteren schwingt oftmals die Vorstellung mit, dass die Ursache von Emigration in einem sozialen Versagen in der „Heimat“ zu suchen wäre. Emigration wird hier nicht als Symptom sozialer Probleme gesehen, sondern als Eingeständnis des sozialen Unvermögens von Emigrierenden. Die Emigration wird von derart argumentierenden Autoren also weder als Verlust für die heimische Volkswirtschaft, noch als Keimzelle für Siedlungskolonien mit ökonomischem Nutzen für die Monarchie gesehen, sondern als Erleichterung für diese. Neumann-Spallart beispielsweise behauptet, dass eine große Anzahl der Auswandernden aus der Monarchie sozialen Gruppen angehören würde, deren Verbindung mit Österreich ohnehin nicht wünschenswert sei, von denen aber auch keine Lösung der weltwirtschaftlichen Rückständigkeit der Monarchie zu erwarten sei; so

„bietet auch die Qualität dieser Emigranten keinen Anlass, zu hoffen, dass sie in einer eigenen Colonie bald zu blühender Kraftentfaltung gelangen könnten. [...] nur wenige derselben gehören in die arbeitslustige, gebildete, mit vorläufigen Unterhaltsmitteln versehene Classe, wie sie Deutschland und Grossbritannien über den Atlantischen Ocean hinüberschickt [...].“²⁵⁷

Der Autor behauptet sogar, dass die von der US-Regierung erlassenen Immigrations-Gesetze sich „wenn man von den Chinesen absieht, in erster Linie gegen die Schweizer, in zweiter gegen die österreichisch-ungarische Einwanderung“ richten würden, denn „viele derselben, besonders die ungarischen Slovaken, fallen sogleich durch Bettel und Vagabondage der Union zur Last [...]“. ²⁵⁸ Diese Voraussetzungen lassen Neumann-Spallart daran zweifeln, dass eine österreichisch-ungarische Kolonie überhaupt erstrebenswert wäre, denn ein „besonders lebhaftes Verlangen, diese Bevölkerungs-Elemente in einer eigenen,

²⁵⁷ Neumann-Spallart (1885), S. 75

²⁵⁸ Ebd. S. 75

neu zu gründenden Colonie dem Mutterlande zu erhalten, dürfte nach solchen Erfahrungen kaum wachgerufen werden [...].“²⁵⁹

Tendenziell lässt sich eine positivere Bewertung des sozialen Status von EmigrantInnen bei jenen Autoren feststellen, die Emigration eher ablehnen bzw. deren angebliche negative ökonomische Auswirkungen auf die Volkswirtschaft der Monarchie anführen. In den Stellungnahmen, die während des Ersten Weltkrieges publiziert wurden und Auswanderung als direkte oder indirekte Stärkung der gegnerischen Staaten sehen, wird der durch Emigration entstehende „Verlust“ für die Monarchie durch die Betonung der besonderen „Qualität“ der Auswandernden noch zusätzlich unterstrichen:

„Das agrarische und industrielle Menschenmaterial, das wir in Gestalt unserer Auswanderer hauptsächlich an Amerika geliefert haben, hat sich bei aller Verschiedenheit im einzelnen doch in der Gesamtheit als *qualitativ hochstehend* erwiesen.“²⁶⁰

Die Autoren gehen hier also davon aus, dass gerade die „Besten“ aufgrund mangelhafter ökonomischer und sozialer Voraussetzungen in Österreich-Ungarn emigrieren würden, um ihr Potenzial in besser entwickelten Gesellschaften ausschöpfen zu können. Dies wiederum stärke die betreffenden Länder bei Vergrößerung der Rückständigkeit Österreich-Ungarns noch zusätzlich, und dieser Zustand nun habe gravierende Auswirkungen auf die Situation während des Krieges:

„Man hat mit Recht gesagt, daß die neueste Größenentwicklung und Blüte der amerikanischen Industrie – indirekt also auch ihre Kriegslieferungen an unsere Feinde – ohne dieses anstellige Menschenmaterial, das sich willig jedem Dienste darbot, undenkbar gewesen wäre.“²⁶¹

²⁵⁹ Ebd. S. 75

²⁶⁰ Seyfert/Mahr (1917), S. 92

²⁶¹ Ebd. S. 92

Hier unterscheidet sich die Analyse des Autors wesentlich von Positionen anderer Autoren, die im Rahmen des „Überbevölkerungs“-Ansatzes davon ausgingen, dass Emigration einen positiven Effekt auf die Volkswirtschaft des Auswanderungslandes habe.

Wesselys Hinweis auf die Einwanderungsgesetze ist natürlich auch Ausdruck der sich verändernden Voraussetzungen für Emigration. Gerade in den USA, dem Land, das sowohl Seyfert/Mahr, als auch Wessely als Musterbeispiel für die in vielerlei Hinsicht negativen Auswirkungen von Auswanderung für die Monarchie anführen, wurden seit den 1880er Jahren Gesetze erlassen, die Einwanderung zunehmend erschwerten und reglementierten, und ImmigrantInnen vor allem entlang sozialer Kriterien selektierten.²⁶²

Generell lässt sich feststellen, dass die Argumente zur „sozialen Qualität“ von EmigrantInnen bzw. Emigrationswilligen willkürlich an die jeweilige Argumentationsstrategie angepasst wurden und mit der Migrations-Realität der Habsburgermonarchie insofern wenig zu tun hatten, als sich die soziale Herkunft von MigrantInnen in den Jahrzehnten um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert nicht wesentlich veränderte. Hierbei ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der MigrantInnen tendenziell Angehörige niedrigerer sozialer Schichten waren. Für die USA-Emigration etwa wurde festgestellt, dass „insgesamt eher verarmte ländliche Unterschichten, gesellschaftliche ‚Verlierer‘ eines Industrialisierungsprozesses, ethnische Minderheiten und die Bevölkerung peripherer und entwicklungsschwacher Regionen der Monarchie“²⁶³ die Auswanderung als Ausweg aus einer unbefriedigenden sozialen Situation wählten und dass „mit der Ausweitung der Überseewanderung eine Verschlechterung der Qualifikation“²⁶⁴ einherging. Autoren und Politiker, die der Auswanderung negativ

²⁶² Vgl. Willi Paul *Adams*, *Die USA vor 1900*. Oldenbourg 2000, S. 115. Die neuere Migrationsforschung geht allerdings davon aus, dass trotz konjunktureller Schwankungen, deren politische, ökonomische, soziale etc. Ursachen vielfältig sind, „hinter den wellenförmigen Fluktuationen der Auswanderung aus dem Europa des 19. Jahrhunderts im Grunde nur eine einzige große, durch verschiedene Hindernisse gestörte Auswanderungswelle stand [...]“. (Bade, 2000), S. 145

²⁶³ Heinz *Faßmann*, *Auswanderung aus der österreichisch-ungarischen Monarchie 1869-1910*. In: Traude *Horvath* und Gerda *Neyer* (Hg.), *Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Mit einer umfassenden Bibliographie zur österreichischen Migrationsgeschichte*. Wien, Köln, Weimar 1996, S. 33-55, hier S. 41

²⁶⁴ *Faßmann* (1996), S. 41

gegenüberstanden nutzten dieses Phänomen, um einen Zusammenhang von Auswanderungspropaganda und einer naiven Anfälligkeit für selbige zu suggerieren.²⁶⁵ Einige Kolonialautoren wiederum wiesen in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit eines regulierenden Eingreifens des Staates oder einer offiziellen Auswanderungsbehörde hin, um allfälligem Missbrauch durch kommerziell an der Auswanderung Interessierte entgegenwirken zu können. Einen Höhepunkt in diesem Eingreifen der Kolonialpropagandisten in Emigrationsangelegenheiten stellte die bereits erwähnte Affäre um Transportgesellschaften für Nordamerika-EmigrantInnen dar. Die Ereignisse rund um diese „Kanada-Affäre“ waren eine der wenigen Situationen, in denen Protagonisten der Kolonialgesellschaft über einen engen Publikumskreis hinaus wahrnehmbar aktiv wurden.

Nationale Frage und Emigration

Wie bereits in Zusammenhang mit der Diskussion um die „sozialen Qualität“ von EmigrantInnen deutlich wurde, spielte die Frage danach, *wessen* Auswanderung gefördert werden solle, um für die Monarchie die erwünschten Resultate zu erlangen, eine wesentliche Rolle für die Kolonialdebatte. Je konkreter die Forderung nach Errichtung einer Kolonie und der Förderung nach Auswanderung in dieselbe artikuliert wurde, um so konkreter wurde auch dieser Aspekt diskutiert. Dabei drehen sich die Bemerkungen der Autoren vor allem um den mit dieser Frage verknüpften Nationalitätenaspekt, also darum, welcher Teil der Bevölkerung der Monarchie für Auswanderung/Ansiedlung/Kolonisierung am besten geeignet sei. Die Unterschiede in der Diskussion sind hier augenscheinlich: während in den Beiträgen aus den 1880er Jahren positive Verweise auf die multinationalen Voraussetzungen der Monarchie vorhanden waren, so tauchten gegen Ende der Monarchie zunehmend rassistische, vor allem anti-slawische Antworten auf diese Frage auf.

²⁶⁵ Vgl. ebd. S. 41

Noch unbeantwortet lässt zunächst Neumann-Spallart die von ihm aufgeworfene Frage, die für ihn neben der angeblich insgesamt zu geringen Zahl an „Auswanderungswilligen“ das Grundproblem der Debatte um die „Gründung eines Volksthumes“ in einer zu errichtenden österreichischen Kolonie darstellt:

„Und welches Volksthum sollte denn von jenen 14.000 Menschen²⁶⁶ in überseeische Gebiete übertragen werden? Das deutsche, czechische, polnische, ruthenische, slovenische, serbo-croatische, slovakische, rumänische, magyarische, italienische oder alle zusammen?“²⁶⁷

Hirsch beantwortet diese Frage in seiner 1888 erschienen Schrift „Ueberseeische Kolonisation durch Oesterreich-Ungarn“ ebenfalls nicht, weist aber auf einen grundlegend positiven Effekt kolonialer Betätigung hin, welcher der Gefahr einer „Aufsaugung“ der Nationalitäten entgegenwirken könne. Der Autor führt diese Vorstellung einer „Aufsaugung“ nicht genauer aus, suggeriert damit aber ein im Zuge nationaler Konflikte zwischen oder innerhalb von Staaten mögliches Verschwinden einzelner Nationalitäten. Die „überseeische Colonisation“ nun ist nach Hirschs Ansicht das Betätigungsfeld, auf dem sich herausstellen würde, welche Nationalitäten innerhalb der Monarchie diesen nationalen Überlebenskampf gewinnen würden:

„Derjenige Volksstamm nun, der sich in Oesterreich-Ungarn zur überseeischen Colonisation in folge seiner Initiative am besten eignet, wird diese nationale Mission in Oesterreich-Ungarn auch am besten lösen und den Lohn darin empfangen, dass er die Aufsaugung seiner Nationalität von den kräftigeren Nationen Europas in den künftigen Jahrhunderten möglicherweise zu retten vermag.“²⁶⁸

²⁶⁶ Dies ist die Anzahl der Personen, die nach Neumann-Spallarts Berechnungen im Jahre 1884 aus der Monarchie in außereuropäische Länder emigrierten.

²⁶⁷ Neumann-Spallart (1885), S. 75

²⁶⁸ Hirsch (1888), S. 55, 56

Mit der Lösung der „nationalen Mission“ bezeichnet der Autor die Frage, welche Nationalität innerhalb der Monarchie hinkünftig nicht nur im Rahmen des österreichisch-ungarischen Staates vorherrschend sein würde, sondern darüber hinaus sich auch gegenüber weiterführende nationale Konflikte in Europa durchsetzen könne. Ob künftig eine Nationalität der Monarchie diesen Kampf gegen die „kräftigeren Nationen Europas“ antreten könne und welche Nationalität dies sein würde, das müsse im kolonialistischen Wettstreit ausgetragen werden:

„Was kann uns retten? Was verschafft jeder Nationalität in Oesterreich-Ungarn die Garantie der freien Entfaltung? Ich antworte: die Bethätigung unserer Nationalitäten in der überseeischen Colonisation. Der Orient und Ostasien, Afrika, Australien und Südamerika stehen unseren Nationalitäten zur *Colonisation* von Gebieten mit gemässigtem Klima und zur *Cultivation* von tropischen Ländern offen. Es wäre dies ein Wettstreit, der Oesterreich nur nützlich wäre.“²⁶⁹

Die nationalen Bewegungen innerhalb der Monarchie bewertet der Autor positiv im Sinne einer insgesamt ansteigenden kulturellen Entwicklung, die zu „extensiver Cultur“-Betätigung, also zu kolonialem Engagement, geradezu dränge:

„Was sich im Innern Oesterreich-Ungarns jetzt vollzieht, indem jede Nationalität nach Gleichberechtigung strebt, ist nichts anderes, als die intensive Entwicklung der Cultur unserer zurückgebliebenen Völkerschaften im Innern unseres Staates, welche von unserer Staatsverfassung begünstigt wird und bereits zu einem Punkte gediehen ist, wo den wachgewordenen Culturkräften unserer Nationen positive Leistungen auf dem Gebiete der extensiven Cultur zugemuthet werden können. Solche positiven Leistungen sind die von Erfolg gekrönte Colonisation und Cultivation überseeischer reicher Gebiete, welche die Bestimmung haben, das volkswirtschaftliche Gebiet unseres Staates weit über seine europäischen

²⁶⁹ Ebd. S. 55, 56

Grenzen hinaus zu erweitern und zu einem weltwirtschaftlichen Gebiete umzugestalten.“²⁷⁰

Seine vorhergehenden Überlegungen zu einem Wettkampf zwischen den Nationalitäten etwas zurücknehmend, gleichzeitig aber die Notwendigkeit kolonialer Betätigung unterstreichend, bemüht Hirsch schließlich noch einmal den Überbevölkerungs-Aspekt. Gerade die Vielzahl der in der Monarchie lebenden Nationalitäten mache die Notwendigkeit „überseeischer“ Festsetzung notwendig: „Nur indem Oesterreich-Ungarn sein Wirtschaftsgebiet ‚übersee‘ erweitert, schafft es Raum für alle seine Nationalitäten.“²⁷¹

Ein weiterer Aspekt der Diskussion der nationalen in Hinblick auf die koloniale Frage ist eine mögliche positive Rückwirkung „überseeischen“ Engagements auf die nationale Konflikte innerhalb der Monarchie. Wie bereits in Zusammenhang mit der sozialen Frage, sehen die Autoren die Chance, dass durch die kolonialen Aktivitäten der Monarchie eine Ablenkung von den vorhandenen Spannungen erzielt und im konkreten Fall die Einheit der unterschiedlichen Nationalitäten in der Monarchie durch das Nationalitäten und Klassen übergreifende Projekt kolonialer Eroberungen gefördert werden würde. Richard Schroft etwa kommt in seinen Überlegungen zu dem Ergebnis, dass die Nationalitätenproblematik nicht nur kein Hindernis für eine österreichische Kolonialpolitik sei, sondern letztere möglicherweise sogar positive Auswirkungen auf die inneren Verhältnisse haben könnte. Schroft beschwört eben dieses Bild eines Nationalitäten und Klassen übergreifenden Projektes, das jenseits politischer Auseinandersetzungen von allen geteilt werden könne,

„da gerade die Colonial-Politik ebenso den Deutschen, als den Ungarn, Polen, Böhmen u. s. w., ebenso den Realisten als den Idealisten, dem Gelehrten und

²⁷⁰ Hirsch (1888), S. 57

²⁷¹ Ebd. S. 58

Beamten, dem Lehrer wie dem Handwerker ganz gleiche Vortheile für die weitgehendste Bethätigung einräumt.“²⁷²

Denselben Gedanken greift auch Wessely 1918 wieder auf, indem er hervorhebt, wie prekär die ideologischen Grundlagen der Doppelmonarchie in nationaler Hinsicht seien und dass diese demnach dringend weitere verbindende Elemente benötigen würde:

„Was haben wir Österreicher und Ungarn eigentlich gemeinsam? Den Herrscher, die Delegationen, das Heer, die Zölle, den Sprachenstreit, den Völkerhader im Großen und das Gezänke im Kleinen, die Schulden, viele Feinde und einen Pack Sorgen. Man sieht daraus, daß es sehr gut täte, wenn das nützliche, fördernde Gemeinsame einen Zuwachs erführe. Ein solcher lieber Zuwachs, um den und in dem unser Hader ausgeschaltet wäre, wäre eine überseeische Kolonie.“²⁷³

Richard Seyfert und Adolf Mahr wiederum versuchen das Argument zu entkräften, dass die Vielsprachigkeit und kulturelle Vielfalt der Monarchie einer einheitlichen Kolonialpolitik schädlich sei. Ganz im Gegenteil hätte eine derartige Betätigung als einigende Kraft positive Auswirkungen: „Es ist zu erwarten, daß der heimische Partikularismus rasch und gründlich vor den weiteren Horizonten des Kolonialmenschen in Nichts zerstiebt.“²⁷⁴

Auch grundlegende organisatorische Fragen, die in Zusammenhang mit der Nationalitätenfrage auftauchen, beantworten Seyfert und Mahr. Hinsichtlich der in den Kolonien zu verwendende Sprache etwa verweisen die Autoren lediglich auf die „Armeesprache“, gestehen aber zu, dass

„die Rechte anderer Sprachen nicht unterdrückt werden sollen, und daß durch Verlautbarung in beiden Staatssprachen, durch Bestellung von Dolmetschern in

²⁷² Schroft (1894), S. 17

²⁷³ Wessely (1918), S. 15

²⁷⁴ Seyfert/Mahr (1917), S. 86

allen wichtigen Amtssitzen usw. usw. *alle jene sprachlichen Konzessionen gewahrt werden sollen, die mit der unerläßlichen Einheitlichkeit des Dienstes nur irgendwie vereinbar sind.*²⁷⁵

Im Subkapitel „Kolonialpolitik als gemeinsame Angelegenheit“ betonen Seyfert und Mahr ein weiteres Mal die für die Einheit der Monarchie positiven Auswirkungen überseeischer Kolonialbetätigung:

„Andererseits ist es auch über jeden Zweifel erhaben, daß gerade die gemeinschaftliche Arbeit österreichischer und ungarischer Staatsbürger auf einem neu erschlossenen Heimatboden und unter dem Schutze der Gesamtmonarchie das *gesamtstaatliche Zusammengehörigkeitsgefühl* in einem ganz anderen Grade stärken würde, als etwa die getrennte Tätigkeit in gesonderten österreichischen und ungarischen Kolonien.“²⁷⁶

Die Autoren gehen noch weiter und rühmen die Multikulturalität der Monarchie als ihren Vorzug:

„So sehr auch der Krieg die Vielheit in der Einheit unseres Staatsgefüges als eine unserer wesentlichsten Kraftquellen und den Dualismus als unsere natürliche Reichsorganisation erwiesen hat, so hat er doch auch andererseits mit separatistischen Gedankengängen in beiden Hälften der Monarchie aufgeräumt.“²⁷⁷

Speziell die Vielsprachigkeit stelle einen großen kulturellen Vorteil für die Erschließung neuer Gebiete dar:

„Überhaupt ist die *sprachliche Vielfältigkeit* der österreichisch-ungarischen Monarchie sicherlich nicht nur *kein ernstes Hindernis* für eine koloniale

²⁷⁵ Ebd. S. 87

²⁷⁶ Ebd. S. 88

²⁷⁷ Ebd. S. 89 Kursive Stelle im Original gesperrt.

Betätigung derselben, sondern ganz im Gegenteile sogar von manchem *Vorteil*. Sie ermöglicht von Fall zu Fall die Auswahl geeigneten Menschenmaterials und seine größere innere Anpassungsfähigkeit.“²⁷⁸

Die koloniale Migrationsdebatte aus migrationshistorischer Perspektive

Die hier untersuchten zeitgenössischen Beiträge zur „Auswanderungs“-Frage stellen lediglich einen kleinen Teil einer breiten Emigrationsdebatte im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert dar. In den meisten Fällen hatte diese Debatte keinen Bezug zur kolonialen Frage. Umgekehrt jedoch konnte die koloniale Frage nicht diskutiert werden ohne Bezug auf die als reales gesellschaftliches Phänomen vorhandene Emigrations-Thematik, da dies eine naheliegende Möglichkeit für die Kolonialautoren war, an vorhandene Diskussionen anzuknüpfen. Dabei reproduzierten diese vorhandene Annahmen über Migration oder stellten Migrationsprozesse auf eine Weise dar, wie es der jeweiligen Argumentation angemessen war. Da das Motiv der „Auswanderung“ eine so prominente Rolle in der Kolonialdebatte spielte, sollen die oben analysierten Beiträge kurz mit einigen grundlegenden Erkenntnissen aus der Migrationsforschung konfrontiert werden. Auf diese Weise können einige der Grundannahmen bzw. Behauptungen aus den migrationsspezifischen Argumenten der Kolonialautoren hervorgehoben werden, die auch in der breiteren Debatte zur Migration sowohl unter Zeitgenossen der zu untersuchenden Vorgänge, als auch in der späteren Forschung vorhanden waren und erst in jüngster Zeit durch neue Studien relativiert wurden.

Der für unseren Zusammenhang augenscheinlichste Aspekt ist sicherlich das Ausblenden kleinräumiger Migration oder vielmehr der ausschließliche Fokus auf transnationale und vor allem transkontinentale Migration durch die Kolonialautoren. Diese wurde lange Zeit unabhängig von jenen Wanderungsbewegungen analysiert, im Zuge derer keine Grenzen überschritten wurden. Erst in jüngster Zeit hat man in der Migrationsforschung begonnen, klein- und großräumige Migrationsbewegungen als unterschiedlichen Ausdruck

²⁷⁸ Ebd. S. 93

eines Phänomens zu betrachten und zueinander in Verhältnis zu setzen.²⁷⁹ Zu dieser Überschätzung von transnationaler und transkontinentaler Migration kommt noch die oft explizierte, fast immer aber angenommene Vorstellung einer Linearität von Migration; die temporäre oder dauerhafte Rückkehr von EmigrantInnen bzw. umgekehrt die nur vorübergehende Emigration, blieben lange Zeit weitgehend unberücksichtigt, obwohl derartige Phänomene einen nicht unbedeutenden Teil von Migrationsbewegungen kennzeichnen.²⁸⁰ In der Kolonialdebatte wird die temporäre Migration allerdings immer wieder thematisiert, vor allem in Zusammenhang mit Saisonarbeitern aus der Monarchie in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten, deren dauerhafte Ansiedlung als Siedlungskolonisten von einigen Autoren diskutiert wird.

Offensichtlich ist bei den für die Kolonialdebatte relevanten Beiträgen auch die von der Migrationsforschung thematisierte Unterschätzung subjektiver Faktoren in Zusammenhang mit Migration. Gerade das in jeder Hinsicht unhaltbare „Überbevölkerungs“-Argument, das Emigration nicht nur notwendig mache, sondern sogar automatisch mit sich bringe, blendet subjektive Praktiken von EmigrantInnen und deren Netzwerken aus und suggeriert ein Bild von MigrantInnen „als Partikel im Spiel objektiver Kräfte [...]“²⁸¹, wie es letztlich auch lange Zeit in der Migrationsforschung tradiert wurde. Umgekehrt wurde der Frage des Unvermögens von Migration, also jenen Faktoren, die einer Auswanderung entgegenstehen, wenig bzw. gar keine Aufmerksamkeit gewidmet, was aber in Zusammenhang mit der häufig vorhandenen Voraussetzung zu sehen ist, dass Migration als „Problem“ analysiert wird. Auch letzteres ist für die Texte österreichischer Kolonialautoren teilweise zu relativieren, da einige Autoren Auswanderung als positiv im Sinne einer beginnenden Kolonisierung betrachten. Die in nicht-kolonialen Migrationsdebatten im Vordergrund stehenden negativen Auswirkungen von Migration auf das Herkunftsland wird von den

²⁷⁹ Sigrid Wadauer, Historische Migrationsforschung. Überlegungen zu Möglichkeiten und Hindernissen. In: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 1/2008, S. 6-14, hier S. 8

²⁸⁰ Vgl. Faßmann (1996), S. 43; Annemarie Steidl, Ein ewiges Hin und Her. Kontinentale, transatlantische und lokale Migrationsrouten in der Spätphase der Habsburgermonarchie. In: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 1/2008, S. 15-42

²⁸¹ Wadauer (2008), S. 8

Kolonialautoren in der Regel insofern relativiert, als für eine „gelenkte“ Migration in Kolonien bzw. Siedlungskolonien plädiert wird, welche die angenommenen negativen volkswirtschaftlichen Aspekte von Auswanderung aufheben würde.

Eine von der Migrationsforschung nur unzureichend beantwortete Frage, die in der zeitgenössischen „Auswanderungs“-Diskussion jedoch zentral war, ist jene nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Auswanderung. Dem oft vorgebrachten Argument des Verlustes von Arbeitskräften stehen Überlegungen einiger Kolonialautoren gegenüber, dass Geldsendungen von Auswanderern positive Effekte auf die Volkswirtschaft Österreich-Ungarns haben.²⁸²

Bosnien und Herzegowina als kolonialpolitischer Testfall

Die Auseinandersetzung mit der Okkupation und Annexion Bosniens und der Herzegowina aus einer kolonialgeschichtlichen Perspektive ist keine Erfindung der Geschichtswissenschaften des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts, wenn auch die Frage ab diesem Zeitpunkt verstärkt und umfassend gestellt wurde.²⁸³ Die im Zuge neuerer Publikationen und Forschungsarbeiten oft kontrovers diskutierte Frage, inwieweit es legitim sei, Bosnien und Herzegowina als Kolonien Österreich-Ungarns zu analysieren, wurde nicht nur in früheren Forschungen, sondern vor allem auch in zeitgenössischen Darstellungen und Kommentaren positiv beantwortet.²⁸⁴ Die Beschreibung von Bosnien und Herzegowina als

²⁸² Bei Křížek (1963) finden sich einige diesbezügliche Überlegungen; er untersucht die Emigration vor allem in die USA vor dem Hintergrund der „Einbeziehung Österreich-Ungarns in den imperialistischen Weltmarkt für Arbeitskräfte“ (Křížek, 1963, S. 60). Neben Geldsendungen weist Křížek auf das lukrative Geschäft der Reedereien mit massenhaften Migrationsbewegungen hin und führt beides als Grund dafür an, weshalb Initiativen für eine gesetzliche Beschränkung von Auswanderung letztlich gescheitert seien; sozialpolitische Überlegungen flankierten diese ökonomischen Interesse: „Und so liegt es klar auf der Hand, warum schließlich jede Bemühung um eine gesetzliche Einschränkung der Auswanderung im zisleithanischen und transleithanischen Parlamente scheitern mußte [...]. Dieser Menschenhandel war doch für das österreichisch-ungarische Finanzkapital viel ertragsreicher und befreite es gleichzeitig von einer großen Zahl unzufriedener Elemente.“ Křížek (1963), S. 60, 61

²⁸³ Vgl. Kolm (2001), S. 235-253; Feichtinger (2003)

²⁸⁴ Berühmtestes Beispiel ist wiederum Hobson, der in einer Tabelle „Austria-Hungary“ zwei Kolonien zuschreibt, ohne diese namentlich zu nennen. S. Hobson, 1961, S. 23. Zur geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzung über diese Thematik vgl. Kolm (2001), S. 235-238

Kolonien wurde von Zeitgenossen sowohl in kritischer wie auch in affirmativer Hinsicht verwendet, der Verweis auf den „Ersatz“ für außereuropäische Kolonien findet sich in beiden Argumentationsmustern. In den meisten Fällen ist dieser Verweis mit dem je nach Position wohlwollenden oder bedauernden Faktum des kolonialen „Zu-spät-Kommens“ verbunden; dabei ist aber festzuhalten, dass diese Betrachtungsweise von Bosnien und Herzegowina als Kolonien nicht notwendigerweise mit weitergehenden Forderungen nach kolonialer Betätigung der Monarchie verbunden ist, dass also zwar in vielen Fällen und von unterschiedlichen Personen diese Perspektive auf Bosnien und Herzegowina geteilt wurde, darüber hinaus gehende pro-koloniale Positionen – wie sie für unsere Analyse vor allem relevant sind – ein marginales Phänomen darstellen.²⁸⁵

Umgekehrt hingegen findet sich bei pro-kolonialen Autoren der Verweis auf Bosnien und Herzegowina ebenfalls, häufig wird auf die positive Rolle verwiesen, welche die Monarchie in den okkupierten Gebieten spielte und damit ihre Befähigung zu kolonialer Betätigung bewiesen habe.²⁸⁶ Darüber hinaus gab es – zumindest bei Einzelpersonen – eine Überschneidung zwischen der pro-kolonialen Lobby und der politisch-militärischen Durchführung der Okkupation, wie zum Beispiel in Person des Mitglieds der Kolonialgesellschaft und Reichsrats-Abgeordneten Anton Vuković, der an der Okkupation und Verwaltung in Bosnien und Herzegowina beteiligt war.²⁸⁷

Die Okkupation und Verwaltung von Bosnien und Herzegowina wurde von den Kolonialautoren auf mehreren Ebenen in die Argumentation eingebracht. Die im Zuge des Aufbaus der Verwaltungsstrukturen gemachten Erfahrungen der österreichisch-ungarischen Bürokratie wurden als Vorbild, Beweis für die Fähigkeit des Staates, derartige Aufgaben zu bewältigen, und nicht zuletzt als

²⁸⁵ Zu Reaktionen auf die österreichisch-ungarischen Bosnien-Politik aus unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Bereichen vgl. Kolm (2001), S. 236-238

²⁸⁶ Die Reaktionen der Bevölkerung Bosniens/Herzegowinas auf die Okkupation finden in der Regel keine Erwähnung; insbesondere der breite Widerstand unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen gegen Okkupation und österreichische Präsenz wird von den zeitgenössischen Autoren verschwiegen. Vgl. hierzu Martha M. Čupić-Amrein, *Die Opposition gegen die österreichisch-ungarische Herrschaft in Bosnien-Herzegowina (1878-1914)*. Bern 1987

²⁸⁷ Vgl. Kolm (2001), S. 26f.; Wolfgang Pav, *Die dalmatinischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat nach der Wahlrechtsreform 1907*. Dipl. Wien 2007, S. 85-87

Mahnung zu weiterergehendem „kolonisatorischem“ Engagement dargestellt. Die von den Autoren unterstellten positiven Auswirkungen des Engagements am Balkan auf die inneren Verhältnisse der Monarchie, auf die Beziehungen der EinwohnerInnen unterschiedlicher kultureller und ethnischer Herkunft, wurden von allen Autoren in den Vordergrund gestellt, die Bosnien/Herzegowina als Beispiel für erfolgreiches koloniales Agieren der Monarchie heranzogen. Die Annexion habe, schreibt Ragg im Jahre 1911, als „Blitzableiter“ gedient und die Einheit und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Monarchie-Bevölkerung gestärkt, was gleichzeitig bester Beweis für die positiven Auswirkungen von Kolonialismus für den kolonisierenden Staat in politischer Hinsicht sei:

„Gemeinsame Arbeit bringt die Menschen näher und durch ein gemeinsames Ziel läßt sich oft leicht das erreichen, was zehn Ministerkonferenzen nicht zustande brachten. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina meint nicht nur die paar Tausend km², die uns praktisch ohnedies schon gehörten; das Gefühl der Reichszusammengehörigkeit hat sie diesseits und jenseits der Leitha erweckt und gestärkt. Und gar oft wirkten Fragen, die außerhalb der Parteien stehen, als Sicherheitsventil, als Blitzableiter für übergroße Tatkraft, als Mittel um Energien, die in anderer Richtung Schaden anrichten würden, zu nützlicher Arbeit zu verwenden.“²⁸⁸

Vor allem aber sehen die Autoren in der Okkupation den Beweis dafür, dass Österreich-Ungarn grundsätzlich fähig zu kolonisatorischer Betätigung sei, dass es die organisatorischen Voraussetzungen für den Aufbau einer Kolonialverwaltung zu erfüllen vermag:

„Unser Vaterland hat den Beweis glänzend erbracht, daß es im Stande ist, fremden Besitz richtig zu verwalten und wer es nicht glaubt, der gehe nach Bosnien und sehe mit eigenen Augen, welches Stück Kulturarbeit wir dort in der Zeit von 30 Jahren zu Stande gebracht haben.“²⁸⁹

²⁸⁸ Ragg (1911), S. 26

²⁸⁹ Ebd. S. 31, 32

Ganz ähnlich äußert sich auch Lukas in seinem kurz nach Ragg erschienen Beitrag, in dem der Autor vor allem die Notwendigkeit einer ausführlichen Darstellung österreichischer Kolonialgeschichte in den Schulbüchern unterstreicht. Lukas sieht in der „Kulturmission Österreichs“ in Bosnien und Herzegowina den Beweis dafür erbracht, „daß unser Staat ein kolonisatorisches Geschick entfaltet hat, wie es ihm weder vom In- noch vom Auslande zugetraut worden ist.“²⁹⁰ Lukas befürchtet vor allem, dass durch ein „Totschweigen“ der „zivilisatorischen Arbeit in Bosnien der Verdacht aufsteigen müßte, als sei Österreich allein von allen Groß- und vielen Mittelstaaten Europas zu solchen Leistungen unfähig – ein Verdacht, der nicht nur unrichtig wäre, sondern auch schädlich.“²⁹¹

Was der Autor mit dem „kolonisatorischen Geschick“ und der „zivilisatorischen Arbeit“ meint, bleibt unklar, zumeist geht die Darstellung der Autoren über angebliche Errungenschaften österreichischer Verwaltung in den okkupierten Gebieten nicht wesentlich hinaus.²⁹² Bemerkenswert ist jedenfalls, dass bei der Erwähnung Bosniens und der Herzegowina in den kolonialistischen Schriften fast ausschließlich die Verwaltung und die kulturelle Befähigung Österreich-Ungarns zu kolonialer Betätigung unterstrichen werden. Die Frage nach ökonomischen

²⁹⁰ Lukas (1912), S. 11

²⁹¹ Ebd. S. 11

²⁹² Čupić-Amrein verweist auf die beschränkten Möglichkeiten der während der Okkupation neugeschaffenen Verwaltungsebenen in Bosnien/Herzegowina, politische Entscheidungen tatsächlich mitzubestimmen: „In die Landesausschüsse, die in den österreichischen Kronländern der Exekutive auf Landesebene entsprachen, konnten die Landesvertreter ihre eigenen Delegierten senden, die dafür Gewähr boten, dass die dort behandelten Angelegenheiten auch im Interesse des Landes erledigt wurden. Im Gegensatz dazu war die Bosnisch-hercegovinische Landesregierung keine autonome Behörde. Sie setzte sich aus Vertretern der österreichischen und der ungarischen Hälfte der Monarchie zusammen, die keine eigenen Entscheide fällen durften, sondern restlos vom gemeinsamen Finanzminister in Wien abhingen und dem Landtag gegenüber nicht verantwortlich waren. Die Landesverwaltung wurde also von landesfremden Leuten geleitet, die ihren Regierungssitz weit weg von Bosnien-Hercegovina hatten und deshalb nur ungenau über die wirklichen Verhältnisse Bescheid wussten.

So war der Vorwurf, den die Bosnier und Hercegoviner immer wieder vorbrachten, als Leute zweiter Kategorie behandelt zu werden, in staatsrechtlicher Hinsicht sicher berechtigt.“ Čupić-Amrein (1987), S. 59. Kolm kommt zu einer ähnlichen Einschätzung, sieht aber eine Veränderung nach der formellen Annexion: „Erst nach der Annexion gestand man Bosnien und der Herzegowina eine Landesverfassung zu und wertete in der Folge die Position des Landeschefs deutlich auf.“ Kolm (2001), S. 240

Aspekten – weder nach einem ökonomischen Nutzen der annektierten Gebiete für die Monarchie, noch modernisierungstheoretische Implikationen von Kolonialpolitik – spielen in der zeitgenössischen Auseinandersetzung keine zentrale Rolle.²⁹³

Ausführlich behandeln auch Seyfert und Mahr die Bosnien/Herzegowina-Frage, wobei sie ebenfalls die Errungenschaften der österreichischen Verwaltung positiv bewerten, vor allem aber den Aspekt der kulturellen Kompetenz unterstreichen, der durch die österreichisch-ungarischen Okkupation erworben wurde. So loben Seyfert und Mahr die Vielsprachigkeit sowie die in Bosnien gewonnen positiven Erfahrungen mit dem Islam als wichtige Voraussetzungen für künftige erfolgreiche koloniale Betätigung der Monarchie. Hier ist nach Ansicht der Autoren nicht nur Bedeutendes für die Monarchie geleistet worden, sondern Österreich-Ungarn habe mit seinem Agieren in Bosnien aufgrund der dort vorhandenen islamischen Traditionen Kompetenzen erworben, die es unter den anderen Kolonialmächten hervorhebe:

„Der bosnischen Militärverwaltung gebührt zweifellos der Hauptanteil an der kulturellen Eingliederung dieser Länder [Bosniens und der Herzegowina; Anm. S.L.] in den Reichsverband. Damit haben wir aber, vor allem bei kolonisatorischer Arbeit in *mohammedanisch* beeinflussten Ländern, auch ein *ganz bedeutendes Plus* vor allen anderen Staaten gewonnen. Außer Rußland, das wegen seiner Unterdrückerpolitik hierfür nicht in Betracht kommt, sind wir doch der erste europäische Großstaat, in *welchem der Islam anerkannte Staatsreligion* ist. Wir können die erste, zunächst militärische und politische *Erschließung durch Glaubensgenossen* (Imame!) vornehmen lassen [...].“²⁹⁴

²⁹³ Dies gilt für die Kolonial-Autoren; in anderen Bereichen wurde die Okkupation sehr wohl unter ökonomischen Gesichtspunkten diskutiert, und auch für die jüngere historische Forschung steht dieser Aspekt im Vordergrund. Einen Überblick über zeitgenössische Debatten wie über die Einschätzung durch die Geschichtswissenschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gibt Kolm (2001), S. 241-253

²⁹⁴ Seyfert/Mahr (1917), S. 93

Als Beweis für die Befähigung des österreichisch-ungarischen „Menschenmaterials“, wie die Autoren potentielle oder tatsächliche EmigrantInnen bezeichnen²⁹⁵, für kolonisatorische Betätigung führen sie einerseits die Produktivität von EmigrantInnen aus der Monarchie in diversen Ländern der Amerikas an und verweisen andererseits auf Südosteuropa:

„Der sprechendste Beweis für die kolonisatorische Befähigung der Monarchie ist aber zweifellos *im Okkupationsgebiete* erbracht worden.

Bosnien und die Herzegowina haben in einer von ganz Europa anerkannten Weise gezeigt, daß unsere dort tätigen Kulturpioniere – Militär, Zivil- und Verwaltungsbeamte, Techniker, Kaufleute und alle anderen Berufe – ihrer schweren Aufgabe voll und ganz gewachsen waren. Gerade der Erfolg in Bosnien und der Herzegowina könnte *für eine koloniale Betätigung Österreich-Ungarns in Übersee nur eine gute Vorschule einen äußerst wertvollen Gradmesser* für die uns innewohnenden Fähigkeiten abgeben.“²⁹⁶

Überhaupt erscheint die Monarchie den Autoren aufgrund ihrer Geschichte als multiethnische Entität als der für Kolonialbetätigung geeignete Staat *par excellence*:

„Es ist auch ganz natürlich, daß wir uns in hervorragendem Maße zu solcher kulturbringenden und kolonisatorischen Arbeit eignen. Ist doch unser Staat unter steter Kolonial- und Kulturarbeit, die er seit Jahrhunderten an seinen Grenzen und im Orient verrichtet, groß geworden. Die Vielsprachigkeit ließ ganz allgemein die Fähigkeit zur *verständnis- und schonungsvollen Behandlung des Fremden* erwachsen und unsere bevorzugte Stellung im islamistischen Oriente beruhte nicht zum mindesten auf dem anerkannt geschickten Vorgehen unserer dort angesessenen Reichsangehörigen.“²⁹⁷

²⁹⁵ Der Begriff taucht in der „Denkschrift“ an mehreren Stellen auf. Vgl. etwa Seyfert/Marh (1917), S. 54, 81, 98, 92, 93

²⁹⁶ Seyfert/Mahr (1917), S. 93

²⁹⁷ Ebd. S. 93, 94 Kursive Stelle im Original gesperrt.

Der Komplex Bosnien/Herzegowina dient aber nicht nur zur Unterstreichung der Faktizität österreichischer Kolonialtätigkeit und der vorhandenen Kompetenz für diese, sondern auch zur Schärfung der diskutierten Begrifflichkeiten. Zum einen geht es hier darum, möglichen Argumenten, die koloniales Agieren als unrealistisch zurückweisen könnten, mit dem Hinweis auf bereits existierende österreichische Kolonialtätigkeit zu begegnen, andererseits versuchen die Autoren, durch das Beispiel Bosnien/Herzegowina die Debatte konkreter erscheinen zu lassen. „Kolonialismus“ wird so von einer in Zukunft wünschenswerten zu einem real existierenden Prozess, der lediglich vorangetrieben und forciert werden müsse und außerdem nicht notwendigerweise den (natürlich oft durchaus erwünschten) Hauch eines exotischen Abenteuers haben müsse:

„Bei dem Worte ‚Kolonisation‘ braucht man übrigens nicht bloß an entlegene Länder jenseits des Ozeans zu denken, an ungesundes Klima und wilde Kämpfe; vielmehr bietet sich oft in der Nachbarschaft, ja innerhalb der eigenen Grenzen Gelegenheit zu solcher Betätigung.“²⁹⁸

Trotz dieser positiven Bewertung der Okkupation und Kolonial-Verwaltung in Bosnien und Herzegowina und der von ihnen angemahnten stärkeren Berücksichtigung derselben in der öffentlichen Debatte, bestehen jene Autoren, die weiterergehende koloniale Projekte fordern, darauf, dass es sich bei der Betätigung in Südosteuropa nur um ein Vorspiel hierfür handeln könne.

Lukas nimmt hier eine Zwischenposition ein und relativiert gleich zu Beginn der bereits zitierten Schrift seine Position zur kolonialen Frage dahingehend, dass er sowohl die Relevanz der Okkupation Bosniens für diese in Frage stellt und gleichzeitig die Möglichkeit eines Großmachtstaates *ohne* Kolonialbesitz grundsätzlich gegeben sieht:

²⁹⁸ Lukas (1912), S. 3

„Österreich-Ungarn nennt sich doch eine *Großmacht*; will es diese Bezeichnung verdienen, *ohne* wie alle anderen europäischen Großstaaten zugleich eine Kolonialmacht zu sein (Bosnien reicht zur Begründung dieses Namens doch wohl nicht aus), so muß es wenigstens für weltwirtschaftliche Vorteile, die ohne eigene Kolonisation erreichbar sind, Interesse bekunden und den festen Willen, solche zu wahren.“²⁹⁹

Lukas' weitere Ausführungen zeigen aber deutlich dass dies für ihn lediglich eine Minimalvariante darstellt, der er aktives koloniales Engagement durch die Monarchie vorzieht.

Beiträge von Militärangehörigen zur Kolonialdebatte

Innerhalb der österreichisch-ungarischen Armee gab es stark voneinander abweichende Ansichten zu Fragen der Außen- und Militärpolitik des Staates. Die unterschiedlichen Positionen wurden auch in der Öffentlichkeit vorgetragen, wobei Stellungnahmen in der Tagespresse nicht erwünscht bzw. für Militärangehörige verboten und nur unter Pseudonym möglich waren.³⁰⁰ In den zahlreichen militärischen Fachzeitschriften hingegen wurden kontroverse politische Themen und vor allem politische Weichenstellungen, welche die Armee ganz unmittelbar betrafen, ausgiebig diskutiert. Trotz der sehr vielfältigen Beiträge kann insgesamt von einer Tendenz ausgegangen werden, die Aufrüstung und imperialistischen Konzeptionen weitaus positiver gegenüberstand als dies in anderen gesellschaftlichen Milieus der Fall war.³⁰¹ Nichtsdestotrotz finden sich in den einschlägigen Zeitschriften³⁰² nur vereinzelte Beiträge, die dezidiert über

²⁹⁹ Ebd. S. 3, 4

³⁰⁰ Vgl. Günther *Kronenbitter*, „Krieg im Frieden“. Die Führung der k. u. k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906-1914. Oldenbourg 2003, S. 198

³⁰¹ „Militärische Traditionen sowie neue weltanschauliche Argumentationsstränge wie Imperialismus und Sozialdarwinismus stützten die Überzeugung [in Kriegsministerium und Generalstab; Anm. S.L.], daß die Selbstbehauptung des Habsburgerreiches und damit auch der Armee der Fähigkeit bedürfe, einen Großmachtkrieg mit Aussicht auf Erfolg zu führen.“ *Kronenbitter* (2003), S. 197, 198

³⁰² Die wichtigsten Zeitschriften für Militärangelegenheiten waren „Streffleurs Militärische Zeitschrift“, „A hadsereg“ („Das Heer“), „Danzers Armeezeitung“, „Armeeblatt“ und die „*Oesterreichisch-ungarische Heeres-Zeitung*“. Vgl. auch *Kronenbitter* (2003), S. 199

tatsächlich stattfindende militärpolitische Entwicklungen hinausgehen und etwa in die Diskussion um Imperialismus und Kolonialismus eingreifen.

In den vorhandenen einschlägigen Beiträgen wurde die koloniale Frage bzw. die Positionierung Österreich-Ungarns zu weltpolitischen Ereignissen in Zusammenhang mit Kolonialismus ganz ähnlich diskutiert wie in den pro-kolonialen Kreisen um die Kolonialgesellschaft. Es wurden dieselben Ziele formuliert und auch fast identische Argumentationsmuster bemüht wie in den von der Kolonialgesellschaft publizierten Broschüren. Dass es ein Naheverhältnis zwischen Kolonialgesellschaft und Herausgebern der *Heeres-Zeitung* ist auch dadurch deutlich, dass die *Kolonial-Zeitung* zeitweise als Beilage der *Heeres-Zeitung* verbreitet wurde.³⁰³

Eine umfassende Beantwortung der Frage, wie kolonialistische und imperialistische Konzepte in den führenden Militärkreisen bewertet wurden, ist im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht durchführbar und würde eigene Forschungsarbeit erfordern, welche strategische Auseinandersetzungen in der militärischen Führung der Monarchie analysiert. Allerdings ist als Arbeitshypothese zur Einordnung der pro-kolonialen Äußerungen aus militärischen Kreisen davon auszugehen, dass sich bei wichtigen Akteuren der österreichisch-ungarischen Armee ab der Jahrhundertwende zunehmend Vorstellungen eines aggressiven außenpolitischen Engagements der Monarchie durchsetzten, die nicht mehr auf den unmittelbaren Aktionsradius der Monarchie in den benachbarten Gebieten am Balkan beschränkt waren, sondern die Idee eines Engagements außerhalb Europas als Option enthielten.

Besondere Bedeutung kommt dabei Äußerungen des Generalstabschefs während des Ersten Weltkrieges, Franz Conrad von Hötzendorf, zu, der zu den prominentesten und einflussreichsten Befürwortern einer offensiven Militärstrategie der Monarchie zu zählen ist.³⁰⁴

³⁰³ Vgl. o. A., Die Oesterr.-ungar. Colonialgesellschaft in ihrem Verhältnisse... (1898), S. 3

³⁰⁴ Vgl. Friedrich Heer, Der Kampf um die österreichische Identität. Wien 1981, S. 316. Zu Hötzendorf vgl. auch Heinz Angermeier, Der österreichische Imperialismus des Generalfeldmarschalls Conrad von Hötzendorf. In: Dieter Albrecht, Andreas Kraus und Kurt Reindel (Hg.), Festschrift für Max Spindler zum 75. Geburtstag. München 1969, S. 777-792;

Dabei ist grundsätzlich zu unterstreichen, dass es sich bei den Äußerungen Hötzendorfs um einen Ausdruck einer generellen Tendenz innerhalb der österreichisch-ungarischen Armeeführung, wie auch der außenpolitischen Führung handelt. Denn trotz vielfältiger Unterschiede in Detailfragen – die freilich oft in erbitterte politische Auseinandersetzungen mündeten – gab es keine außenpolitischen und militärischen Konzepte, die einer expansiven Tendenz grundsätzlich entgegenstanden. Die Kontroversen bezogen sich vor allem auf taktische Überlegungen und kurz- bis mittelfristige Konzeptionen; exemplarisch sei hier auf die Auseinandersetzungen zwischen Hötzendorf und Außenminister Aehrenthal verwiesen, die 1911 zur Absetzung Hötzendorfs führten. Kronenbitter kommt zu dem Schluss, dass die Eskalation dieses Konflikts nicht in grundsätzlichen Differenzen zu suchen ist; kontrovers war lediglich die mittelfristige Vorgangsweise:

„Einen wirklichen Grundsatzkonflikt, der den Meinungs austausch belastet hätte, gab es nicht einmal in der Frage einer Zerschlagung Serbiens, denn die strebte auch Aehrenthal durchaus an. Er bevorzugte allerdings ein indirektes Vorgehen [...]. Conrads Forderung, Serbien samt der Region um Niš umgehend zu annektieren, stand jedoch im Widerspruch zur Bulgarienpolitik Aehrenthals und der vorläufig abwartenden Haltung, bis die internationale Lage eine Unterwerfung Serbiens ermöglichte. [...] 1908 betrafen die Differenzen zwischen ihm und Conrad weniger die Zielbestimmung als die Umsetzung der Balkanpolitik. Um seine neue, aktivistische Linie der österreichisch-ungarischen Diplomatie innenpolitisch durchzusetzen, hatte Aehrenthal der Armee sogar eine zentrale Rolle zugeordnet.“³⁰⁵

Das fünfbandige Memoiren-Werk „Aus meiner Dienstzeit“ des Feldmarschall Franz Conrad von Hötzendorf ist bei der Auseinandersetzungen mit

Lawrence *Sonderhaus*, Franz Conrad von Hötzendorf. Architekt der Apokalypse. Wien, Graz 2003

³⁰⁵ Kronenbitter (2003), S. 331-332

expansionistischen Tendenzen der Monarchie nicht nur als Quelle für aggressive Konzepte am Balkan von Bedeutung, viele Bemerkungen Hötzendorfs weisen über diese Region als Aktionsfeld der Monarchie hinaus. In diesem nach dem Ende der Monarchie erschienen Werk sind Erinnerungen Hötzendorfs, aber auch zeitgenössische Dokumente (Korrespondenzen, Denkschriften, Artikel) vorhanden, anhand derer die Entwicklung der Vorstellungen Hötzendorfs nachvollzogen werden kann. So finden sich auch mehrere Passagen, in denen Hötzendorf andeutet, dass der Balkan letztlich nur als Sprungbrett für eine politisch-militärische Festsetzung der Monarchie im Mittelmeer-Raum bis nach Afrika dienen könne. In einer Denkschrift vom 31. Dezember 1907 skizziert Hötzendorf, ausgehend von einem weiteren Erstarken der ostasiatischen Länder (er nennt China und Japan) und einem damit verbundenen Zurückdrängen des ökonomischen Einflusses der europäischen Mächte in Ostasien (v.a. eines Rückganges des Absatzes europäischer Produkte) eine langfristige und eine kurzfristige Auswirkung dieser neuen Konkurrenz Europas. Während er langfristig eine europäische Einigung gegen die gemeinsame Konkurrenz für möglich zu halten scheint, macht er sich keine Illusion darüber, dass dies für die folgenden Jahre noch keine Rolle spielen würde:

„Das direkte Eingreifen dieser Völkerschaften in die Weltgestaltung mit den politischen Mitteln der Gewalt steht jedoch dermalen noch insoweit in der Ferne, daß es nicht jetzt schon einigend in die politischen Interessen der europäischen Staaten einzuwirken vermag, so daß diese ihre Sonderinteressen noch geraume Zeit gegeneinander verfechten werden.“³⁰⁶

Dahingegen müsse man sich auf eine verschärfte Konkurrenz der europäischen Mächte um nähere Gebiete ihrer Handelsinteressen und auf damit verbundene militärische Konflikte einstellen, wobei sich auch Österreich-Ungarn entsprechend vorbereiten müsse:

³⁰⁶ [Hötzendorf] (1921), S. 536

„Gerade für die Monarchie, welche an der fernen ostasiatischen Konkurrenz ohnehin weniger beteiligt ist, ist in den obgeschilderten Verhältnissen die Aufforderung gelegen, sich beizeiten jener der näher liegenden Absatzgebiete zu versichern, die ihr nach ihrer Lage geographisch und überhaupt naturgemäß zufallen, es ist dies die Adria, die Balkanhalbinsel, das östliche Mittelmeergebiet, ein Teil Nordafrikas, Vorderasien (die Levante).

Die Chance, als direkte Nachbarin mit den Mitteln der Landmacht ihre Interessen vertreten zu können, muß ausgenützt und durch eine kräftig zu entwickelnde Seemacht unterstützt werden.

Damit scheint mir die große Richtung der Politik und damit auch der Weg gegeben, auf welchem Land- und Seemacht zu entwickeln wären.“³⁰⁷

Weiter führt Hötzendorf aus:

„Nur eine aggressive Politik mit positivem Ziel vermag vor dem Untergang zu bewahren und Erfolge zu erzielen.

Wer den Mut zu einer solchen Politik nicht hat, muß auf den Niedergang gefaßt sein. Einer solchen Politik muß sich die Monarchie daher gleichfalls zuwenden und alle militärischen Vorbereitungen in den Dienst derselben stellen. Nur bei solcher Politik ist es möglich, diesen Vorbereitungen eine zielbewußte Richtung zu geben.“³⁰⁸

Für Hötzendorf ist daher die Annexion weiterer Gebiete am Balkan (er spricht von „Serbien inklusive des Zentralraumes von Niš“³⁰⁹) essentiell wichtig für den weiteren Ausbau des Einflussgebietes der Monarchie, auch in Hinsicht auf den Mittelmeerraum und darüber hinaus:

³⁰⁷ Ebd. S. 536

³⁰⁸ Ebd. S. 537

³⁰⁹ Ebd. S. 537

„Die Position an der Adria hat eine Basis, auf welche gestützt das nächste aggressive Ziel der Monarchie verfolgt werden kann, nämlich die Entwicklung der Seemacht und des Handels zur See.“³¹⁰

Während bei Hötzendorf die Möglichkeit eines immer weiteren militärisch-expansionistischen Ausgreifen zumindest angelegt ist, so führen andere Autoren im militärischen Milieu der Monarchie dies ganz konkret aus. Die Texte aus der *Heeres-Zeitung* setzen sich direkter mit der Frage einer Teilnahme der Monarchie an der kolonialen Aufteilung auseinander. Gerade die Tatsache, dass es sich hierbei nicht um eine ausführliche Debatte handelt, sondern um prominent platzierte Beiträge zu einer kontroversen Thematik, gibt den Texten den Charakter von Grundsatzartikeln zur kolonialen Frage. Gleichzeitig ähneln die Artikel bereits besprochenen pro-kolonialen Texten sowohl hinsichtlich ihrer Argumentationsmuster, als auch was die auftauchenden Themen und Motive betrifft. In dieser Hinsicht kann die folgende Analyse auch wie eine Zusammenfassung der Auseinandersetzung mit der österreichisch-ungarischen pro-kolonialistischen Publizistik um die Jahrhundertwende gesehen werden. Darüber hinaus ist die Relevanz der Beiträge in einer von Militärangehörigen rezipierten Zeitung³¹¹ höher einzuschätzen als solche Beiträge zur kolonialen Frage, die mutmaßlich kaum jenseits einschlägig interessierter Kreise zur Kenntnis genommen wurden. Zwischen der *Heeres-Zeitung* und der Kolonial-Gesellschaft existierten zudem personelle Verflechtungen; so war Ernst Franz Weisl, erster Präsident der Kolonialgesellschaft, auch als Redakteur der *Heeres-Zeitung* tätig³¹² und nahm in dieser Funktion mutmaßlich Einfluss auf entsprechende Äußerungen bzw. publizierte auch selbst einschlägige Artikel in der Zeitung.

³¹⁰ Ebd. 537

³¹¹ Die *Heeres-Zeitung* erschien dreimal im Monat mit einer Auflage von 4200 Exemplaren, vgl. Kronenbitter (2003), S. 199

³¹² Vgl. *Der Gerichtssaal*, Jg. 60, 1902, S. 394

Die koloniale Frage in der Heeres-Zeitung

In der *Heeres-Zeitung* vom 10. Jänner 1900 ist an prominenter Stelle – auf den Seiten 1 und 2 – unter dem Titel „Colonialpolitik“ ein namentlich nicht gekennzeichnete Beitrag abgedruckt, in dem der Autor sich grundlegend mit den Bedingungen zeitgenössischer Kolonial-Politik auseinandersetzt. An erster Stelle steht auch bei dieser Analyse die Frage der Auswanderung, und diese wird – ähnlich wie in Beiträgen von anderen Autoren zur kolonialen Frage – als Argument eingesetzt, das den realpolitischen im Gegensatz zu einem lediglich machtpolitisch begründeten Ansatz der Argumentation unterstreichen soll. Die Geschichte habe gezeigt, dass ein derartiger machtpolitischer Ansatz oft gescheitert sei, wenn die ökonomischen Bedingungen für die Kolonialpolitik nicht vorhanden sind:

„Nur dienenige Colonialpolitik hat eine gesicherte ökonomische Basis, welche – die Colonisationsfähigkeit des Zielpunktes vorausgesetzt – auf einem drängenden Bedürfnisse nach Auswanderung gegründet ist. Colonisationspolitik als Machtpolitik zur Befriedigung des Landkartenappetits festländischer Expansionspolitiker hat im vorigen Jahrhundert in Nordamerika, später in allen spanischen und portugiesischen Colonien in Südamerika, Westindien, Afrika und überall sonst schwere Niederlagen erlitten und wird voraussichtlich noch weitere Loslösungen stärker gewordener Niederlassungen vom Mutterlande zeitigen.“³¹³

Um das Auswanderungs-Argument zu unterstreichen zeichnet der Verfasser des Beitrages ein dramatisches Bild eines durch „Überbevölkerung“ verursachten „Concurrenzkampfes“ in nahezu allen Wirtschaftszweigen:

„Über das passive Colonisationsbedürfnis in Österreich äußerte sich R. *Kohn-Schlackenwerth*³¹⁴ dahin, daß Österreich unter allen mitteleuropäischen Staaten

³¹³ *Heeres-Zeitung*, 10. Jänner 1900, S. 1

³¹⁴ Vgl. *Die Welt* Nr. 49, 8.12.1899, S. 1 Der unbekannte Autor der *Heeres-Zeitung* bezieht sich nicht nur auf den Beitrag Kohn-Schlackenwerth aus der *Welt*, sondern übernimmt ganze Absätze fast wörtlich. Ob es sich bei dem Autor der *Heeres-Zeitung* um Kohn-Schlackenwerth

vielleicht der *relativ überbevölkertste* ist, und infolge des hierdurch verschärften und verbitterten Concurrenzkampfes die Verhältnisse auf den meisten Wirtschaftsgebieten, soweit nicht eine Cartellierung dem vorgebeugt hat, geradezu unerträglich geworden sei, indem alle Berufe überfüllt sind, und die dadurch hervorgerufenen Reibungen in Gebieten, in denen der Wettbewerb sonst in milderer Formen auftrat, in den sogenannten liberalen Berufen, Erscheinungen gezeitigt haben, welche beschämend wirken und den Anschein erweckt haben, als ob nur das Überhandnehmen einer bestimmten Concurrenz in gewissen Berufen die Ursache des Niederganges in den Standesgewohnheiten sei.³¹⁵

Bemerkenswert ist allerdings, dass der Verfasser in der von ihm konstatierten „industrielle[n] Rückständigkeit Österreichs“ keinen Hinderungsgrund dafür sieht, koloniale Politik in Angriff zu nehmen, sondern umgekehrt hier einen Grund für entsprechende Bestrebungen erkennt:

„Wenn also die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes bei aller nothwendigen und zu erhoffenden Exportförderung keine unbedingt günstigen Aussichten verheißen kann, so ist das für Österreich ein wichtiger Grund mehr, sich mit der Colonialpolitik zu befassen.“³¹⁶

Eine genauere Argumentation bleibt der Autor jedoch schuldig, stattdessen wird noch einmal mit drastischen Bildern die allgemeine wirtschaftliche Situation in Österreich skizziert:

„Die Zustände im Zwischenhandel sind bekannt, die Zustände im Ärzte- und Juristenproletariat, in der Lage der Lehrer, der erbitterte Wettbewerb der Journalistik, in der Mann gegen Mann kämpft und der in Österreich einen blutigen Ton hervorgebracht hat, dem man nirgends sonst findet, sind unerträglich

handelt oder ob es sich bei dem Artikel lediglich um ein teilweises Plagiat des Beitrages von Kohn-Schlackenwerth handelt, konnte nicht festgestellt werden.

³¹⁵ *Heeres-Zeitung*, 10. Jänner 1900, S. 1

³¹⁶ Ebd. S. 1

geworden. Es gib auf dem ganzen Erdenrund kein Land, in dem die fiscalischen Abzüge vom Arbeitslohn in Form von Mietsteuern, Gebäudesteuern, Verzehrssteuern, Staatsmonopolen und Gebühren so hoch sind, wie in Österreich, und kein Land, in welchem so niedrige Durchschnittslöhne gezahlt werden.“³¹⁷

Als ersten notwendigen Schritt nennt der Verfasser des Beitrags in der *Heeres-Zeitung* – und auch hier ist die Argumentation mit jener Richard Schrofts und der Kolonialgesellschaft fast identisch – die Schaffung einer planmäßigen Auswanderung um der Situation Abhilfe zu verschaffen, in welcher sich derzeit Auswandernde oftmals finden würden, sie

„gerathen mangels einer Auswanderungs-Organisation, mangels eines Stützpunktes in der Heimat und infolge der Unkenntnis der fremden Sprachen sehr oft in die Lage, nach jahrelangen Mühsalen noch ärmer als vorher zurückzukehren, um zu Hause die proletarische Reservearmee zu vermehren.“³¹⁸

Die Schaffung einer derartigen Organisation oder behördlichen Einrichtung sei somit „latentes Bedürfnis und eine drängende Aufgabe für die österreichische Socialpolitik“³¹⁹ und müsse auch deshalb unverzüglich in Angriff genommen werden, weil sich erwiesen habe, dass sämtliche Versuche, die geschilderten Problem zu lösen bislang gescheitert seien:

„Alle anderen Heilmittel, welche die zahlreichen politischen Doctoren Österreichs vorgeschlagen haben, sind nutzlos oder schädlich und nur dadurch möglich geworden, daß die politische Diskussion in Österreich ausschließlich aus liederlichem, persönlichem Geschwätz besteht und die sogenannten

³¹⁷ Ebd.

³¹⁸ Ebd.

³¹⁹ Ebd. S. 2

volkswirtschaftlichen Schriftsteller meisthin nur Stilisten für Zeitungskreise und dergleichen sind.“³²⁰

Der Verfasser prangert die mangelnden Aktivitäten und die nicht vorhandene Ernsthaftigkeit an, die dazu geführt habe, dass Österreich auf kolonialem Gebiet abgeschlagen sei:

„Während von allen Nachbarländern ökonomische Eroberungszüge nach den entlegensten Gebieten der Erde organisiert werden, wird bei uns geschwätzt und gespielt.“³²¹

Diese zu geringe Ernsthaftigkeit bei den politisch Verantwortlichen hat sich nach Ansicht der Autoren längst auf die Bevölkerung übertragen und habe nicht nur dazu geführt, dass eine Generation herangewachsen sei, die weder für Arbeit noch für Militärzwecke zu gebrauchen sei, sondern lediglich auf ein angenehmes Leben bedacht sei:

„Der Sinn für ersprießliche Arbeit ist unter dem Drucke der Verhältnisse in weiten Volkskreisen zurückgegangen und eine ganze Generation von jungen Leuten träumt von keiner anderen Hoffnung, als von mühelosem Gewinne. Diese Generation verdirbt aber das Heeresmaterial. Ihre Widerstandskraft ist gering, ihr Muth ein geringer, ihre Opferfreudigkeit fürs Vaterland eine geringe. Ideale haben dies Jungens nicht und keine durch Ideale verschönte Auffassung von Soldatenpflicht und Soldatendienst. Autoritätsglauben haben sie oft mit dem Glauben überhaupt abgeschworen. Und übrig ist geblieben: Recht nach Genuß und Sehnen in trügerischen Hoffnungen.“³²²

Diese Argumentation verweist direkt auf das in der Kolonialdebatte zentrale Thema der positiven Auswirkungen von Kolonialismus auf die kolonisierende

³²⁰ Ebd. S. 2

³²¹ Ebd.

³²² Ebd.

Macht. Dabei geht es einerseits um die Aktivität nicht zuletzt der „jungen Generation“, vor allem aber um die Ablenkung von sozialen Problemen, im Falle der Monarchie im Besonderen auch um die unterstellte positive Rückwirkung expansiver Betätigung auf die Spannungen zwischen den Nationalitäten der Monarchie. Das „Primat der Innenpolitik“³²³ bei der Begründung der Notwendigkeit expansionistischer Tätigkeit ist hier deutlich vorhanden. Die kulturpessimistische Sicht des Autors beschränkt sich nämlich nicht auf die heranwachsende Generation, sondern bezieht sich auf „ganze Völker“ der Monarchie, auf deren Unabhängigkeitsbestrebungen und nationale Bewegungen hier offensichtlich angespielt wird: „Und so wie bei den einzelnen die impulsive Thatkraft sich in verträumte Apathie verwandelt hat, so sieht man in Österreich ganze Völker in unmöglichen Hoffnungen dahintaumeln.“³²⁴

Eine koloniale Politik wäre nun nach Ansicht des Autors bestens geeignet, sämtliche Probleme zu lösen. Nicht nur die mit Emigration in Verbindung stehenden Problem würden dadurch gelöst, sondern generell positive Impulse für das von „Lethargie“ und „unmöglichen Hoffnungen“ heimgesuchte Österreich-Ungarn von einer Kolonial-Politik wären zu erwarten. Die oft in der Kolonialdebatte in der Monarchie auftauchende Kritik an der Passivität und am mangelnden Interesse an weltwirtschaftlichen Ereignissen sind auch hier als zentrale Punkte zu sehen. Die zwei grundlegenden in der Monarchie vorhandenen sozialen Tendenzen seien Lethargie und Überbevölkerung, die beide koloniale Betätigung notwendig machen; um erster Abhilfe schaffen zu können, müsse jedoch zunächst eine „innere“ Kolonisierung stattfinden:

„In Österreich muß colonisiert werden, nach innen und nach außen; nach innen brauchen wir eine Colonie thatkräftiger Pionniere, welche das Land aus seiner wirtschaftlichen Lethargie aufrütteln, nach außen eine Colonie, die unsere Überzähligen aufnehmen kann. *Wir brauchen Colonien, aus materiellen und aus*

³²³ Hobsbawm (2004), S. 94

³²⁴ *Heeres-Zeitung*, 10. Jänner 1900, S. 2

ethischen Gründen und nicht zuletzt aus *militärischen*. Nicht bloß Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser!“³²⁵

In einem wenige Wochen später erschienen, ebenfalls anonymen Beitrag werden aktuelle Fragestellungen und Ideen mit einem Rückgriff auf eine österreichische Kolonialtradition verknüpft. Durch die so konstruierte koloniale Vergangenheit der Monarchie soll die Legitimität eines erneuten außereuropäische Engagements unterstrichen werden. Bereits im Titel des Beitrages, der sich um aktuelle koloniale Rivalitäten in Ostafrika dreht, – „Die Delagoabay einst österreichisch“ – aktualisiert der Autor diese Tradition, aus welcher auch Lösungen für die zeitgenössischen Auseinandersetzungen in dieser Region herausgeschält werden könnten. Hintergrund des Beitrages war der gerade stattfindende zweite Burenkrieg, wobei die Sympathien der *Heeres-Zeitung* eindeutig zugeordnet werden können:

„Die ‚Oesterreichisch-ungarische Heeres-Zeitung‘ kann sich dessen rühmen, dass sie das erste deutsch geschriebene Militärblatt war, welches bei Beginn der Feindseligkeiten enthusiastisch Partei für die Freiheitskämpfer, die Buren, genommen hat.“³²⁶

Der Autor beschränkt sich aber nicht auf eine Positionierung in diesem Konflikt, sondern bietet auch eine Lösung an, die „unbedingt“ beinhalten müsse, „daß England gestatte, daß die Transvaal-Republik das jetzt portugiesische *Gebiet der Delabogabay* erwerbe [...]. Nur wenn Transvaal im Besitze dieses Küstenstriches sein wird, kann es politisch und militärisch zuversichtlich in die Zukunft

³²⁵ Ebd. S. 2 In dem bereits zitierten Artikel von Kohn-Schlackenwerth lautet die entsprechende Passage folgendermaßen: „In Oesterreich muss colonisiert werden, nach innen und nach aussen, nach innen brauchen wir eine Colonie thatkräftiger Pionniere, welche das Land aus seiner wirtschaftlichen Lethargie aufrütteln, nach aussen eine Colonie, die unsere Ueberzähligen aufnehmen kann. Wir brauchen – nicht nur die Juden – Colonien, aus materiellen und aus ethischen Gründen. Gelingt es, in Palästina einen Platz für die Bethätigung der überschüssigen jüdischen Volkskraft zu finden, so wird das sittliche und körperliche Niveau unserer Rasse gehoben werden, bei den Ausgewanderten sowohl als bei den Zurückgebliebenen.“ (*Die Welt*, Nr. 49, 8.12.1899, S. 2)

³²⁶ *Heeres-Zeitung*, 1. Februar 1900, S. 1

blicken.“³²⁷ Weshalb der Besitz dieses „Küstenstriches“ von derart zentraler Bedeutung sei, führt der Autor nicht näher aus, verweist aber auf die historische Rolle der Monarchie in dieser Region; dort habe „zu allererst [...] die **österreichische Flagge** geweht (eigentlich die toskanische, weil durch einen Irrthum diese Flagge unter Maria Theresia circa 36 Jahre die kaiserlichen Galeeren schmückte.)“³²⁸ Unvermittelt, jedoch mit dem Hinweis auf ein weiteres historisches Beispiel präsentiert der Verfasser nun seinen Vorschlag:

„Wie seinerzeit Venedig durch den Zwischenmann Napoleon III. an Italien abgetreten wurde, so sollte nun jetzt von Portugal an Österreich (gegen Transvaal zu leistender Entschädigung) und dann von diesem von³²⁹ Transvaal die Delagoabay abgetreten werden.“³³⁰

Abgesehen davon, dass der Autor diese Lösung als „ehrlicher und niemanden demüthigender Frieden“ sieht, ergreift er die Gelegenheit, um die Möglichkeit einer österreichischen Kolonialpolitik jenseits der bloßen Vermittlerrolle ins Spiel zu bringen:

„Ob nicht *Österreich-Ungarn* bei dieser Gelegenheit das Land nördlich von der Delagoabay (Hlenga-Gassaland) erwerben und sich die freie Einfahrt für seine Kriegs- und Handelsschiffe in die Delagoabay sichern sollte, wäre zu erwägen.“

³³¹

Dem Autor gelingt es hier, zwei Ideologien zusammenzuführen, nämlich jene des „Felix Austria“, die zeitbezogen dahingehend interpretiert wurde, dass sich Österreich-Ungarn aus den in den außereuropäischen Gebieten ausgetragenen machtbedingten Rivalitätskämpfen der europäischen Großmächte herausgehalten

³²⁷ Ebd.

³²⁸ Ebd.

³²⁹ Sic!

³³⁰ Ebd.

³³¹ Ebd. S. 1, 2

habe und nunmehr quasi als neutrale Friedensstifterin auftreten könne³³²; diese Vorstellung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Darstellung der Monarchie als friedlicher Vielvölkerstaat, die während des gesamten 19. Jahrhunderts die zentrale Legitimationsideologie des österreichischen Kaisertums als Erbin des Heiligen Römischen Reiches war. Der tendenzielle Zerfall dieses Selbstbildes durch die politische Praxis nationaler Unterdrückung und der stärkeren Annäherung der Monarchie an das Deutsche Reich, die wiederum mit einer deutschnationalen Orientierung von Teilen der deutschsprachigen Bevölkerung, sowie mit dem Erstarren deutschnationaler politischer Gruppierungen verbunden war, äußerte sich nicht zuletzt in deutlich aggressiveren außenpolitischen Konzepten. Dem Autor der *Heeres-Zeitung* gelingt es, diese beiden Tendenzen zusammenzuführen, indem er die Monarchie als Friedensstifterin in den von anderen Staaten kolonisierten Gebieten sieht. Diese Konzeption ist vor allem deshalb möglich, weil in der Vorstellung des europäischen Kolonialismus außereuropäische Regionen ohnehin jenseits eines völkerrechtlichen Verständnisses lagen. Aggressive expansionistische Aktionen in Afrika galten nur dann als expansionistisch, wenn andere europäische Mächte von diesen Aktionen betroffen waren, bzw. – wie im Falle der Burenkriege – wenn aus Europa stammende Bevölkerungsgruppen betroffen waren. Die afrikanische Bevölkerung lag gänzlich außerhalb dieser Überlegungen.³³³ Im abschließenden Absatz führt der Autor noch einmal diese beiden Stränge – die Vorstellung von der

³³² Es handelt sich hierbei um die außenpolitische Entsprechung der vor allem innenpolitisch relevanten Ideologie des „Österreichischen“, das über den Nationalitäten stehe, aus denen sich die Monarchie zusammensetzt, dem als „übernationale bzw. nichtnationale Größe“ (Bruckmüller, ²1996, S. 294) die Fähigkeit zu Völkerverständigung inhärent sei. Zur Verortung dieses Konzepts innerhalb der Nationsbildungsprozesse in der Habsburgermonarchie vgl. Bruckmüller (²1996), S. 294-298. Die „sprachnationale“ Identifikation, die bei den deutschsprachigen Teilen der Monarchie zunehmend zu einer deutschen Identität führte, trug zu den Zerfallsprozessen am Ende der Monarchie bei: „während des Ersten Weltkrieges mußte diese deutsche Orientierung, die von den Parteien und Organisationen massiv gefordert und von Regierungen infolge dieses inneren ebenso wie des Druckes des Deutschen Reiches exekutiert wurde, das Ende der Monarchie letztlich nur beschleunigen.“ Bruckmüller (²1996), S. 298

³³³ Vgl. auch Wessely (1918): „Und wenn politische, militärische und wirtschaftliche Erwägungen oder die moderne Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker es uns verbieten sollten, die Hand nach Neuland an den Grenzen unseres Reiches auszustrecken, so wird man doch hoffentlich beim Erwerbe einer überseeischen Siedelung nicht die gleiche Empfindlichkeit zeigen.“ S. 5

Monarchie als europäische Friedensmacht, sowie die Erinnerung an das Ausgreifen dieser Macht in außereuropäische Gebiete – zusammen und zeichnet das Bild einer zum Wohle der friedlichen Beziehungen zwischen den Kolonialmächten wirkenden Habsburgermonarchie:

„Österreich würde aber anknüpfen an die große Tradition der Kaiserin Maria Theresia.

Wir haben keinen Feind! Deutschland und Italien sind unsere Bundesgenossen, Russlands edler Kaiser ist Verbündeter der mächtigen französischen Republik, die beide Dank der klugen und männlich offenen Politik unseres Staatsmannes *Goluchowski* uns freundschaftlich gesinnt sind. England erblickt in uns keinen Rivalen und Transvaal würde Österreich-Ungarn den Freundschaftsdienst wohl ewig danken. Und Österreich – das ist Friede!“³³⁴

Ebenfalls grundlegende Aspekte der kolonialen Frage in Österreich thematisiert ein Beitrag, der – abermals ohne Autoren-Kennzeichnung – in der Ausgabe vom 10. Jänner 1901 auf den Seiten 1 bis 3 der *Oesterreichisch-ungarischen Heeres-Zeitung* unter dem Titel „Die Weltstellung Österreich=Ungarns“ erschien. Der Autor nimmt Bezug auf einen im *Finanziellen Tagblatt* erschienenen Aufsatz, in welchem unter dem Titel „Vertrau‘ auf Gott und halte dein Pulver trocken“ eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Rolle der Monarchie bei der kolonialen Aufteilung erschienen war. Der Autor des *Tagblattes* habe allgemein die „Frage der militärischen und colonialen Machtentfaltung“ aufgeworfen, und diese Frage habe

„das finanzielle Fachblatt in vollster Übereinstimmung mit den Ansichten der militärischen Presse beantwortet, nämlich dahin, daß Österreich=Ungarn Gefahr drohe, weil es in seinen militärischen Aufgaben und dem Ausbau der Flotte zurückblieb und von colonialen Bestrebungen sich fernhielt.“³³⁵

³³⁴ *Heeres-Zeitung*, 1. Februar 1900, S. 1-2 Hervorhebungen im Original, kursive Stellen im Original gesperrt.

³³⁵ *Heeres-Zeitung*, 10. Jänner 1901, S. 1

Für den Verfasser des Beitrags in der *Heeres-Zeitung* bedeutet die übereinstimmende Analyse nicht weniger als den Beweis für deren Wahrheit: „Diese Übereinstimmung beweist die Richtigkeit der Anschauung.“³³⁶

Auch in diesem Artikel findet sich eine Reihe von Motiven, die von den Protagonisten der Kolonialdebatte bevorzugt thematisiert wurden. So wird beispielsweise auch in der *Heeres-Zeitung* die Annexion Bosniens als koloniale Ersatzhandlung gewertet, die den Verlust des Großmacht-Status der Monarchie verhindern konnte:

„Unsere Monarchie hat demnach räumlich ihren Platz in der Welt nur eben behauptet, indem sie an Stelle der verlorenen italienischen Provinzen Bosnien erwarb.“³³⁷

Jedoch sei diese Ersatzhandlung nur aus politischem Kalkül durchgeführt worden und habe keineswegs entsprechenden expansionistischen Kräften in der Monarchie entsprochen, was der Verfasser in der Hinsicht beurteilt, dass eine Förderung solcher nur rudimentär vorhandenen Kräfte unabdingbar sei. Die Okkupation Bosniens stelle sich als Glücksfall dar, der sowohl der üblichen Regierungspolitik als auch und vor allem der Stimmung innerhalb der „maßgebenden Classen der Bevölkerung“ zuwiderlaufe:

„Diese Erwerbung vollzog sich – es muß als kennzeichnend ausdrücklich bemerkt werden – gegen den Widerspruch der gebildeten und wirtschaftlich maßgebenden Classen der Bevölkerung, also nicht als Wirkung eines den Völkern der Monarchie innewohnenden Expansionstriebes, sondern lediglich infolge einer klugen, aber nach allen Richtungen durch Widerstand behinderten Action der Regierung.“³³⁸

³³⁶ Ebd. S. 1

³³⁷ Ebd. S. 2

³³⁸ Ebd. S. 2

Auch hier ist das grundlegende Motiv der Auseinandersetzung mit der kolonialen Frage der mangelnde „Expansionstrieb“, die in dieser Hinsicht vorhandene Passivität der Bevölkerung, die auch von anderen Autoren beklagt wird.³³⁹

Der Autor setzt die negativen Auswirkungen des Verzichts auf eine Kolonialpolitik auseinander und interessiert sich dabei neben ökonomischen und demographischen Fragen vor allem für militärische Aspekte:

„Aber auch die fremden Colonien bilden fast durchwegs einen Zuwachs von wirtschaftlicher und militärischer Macht. Und keine Thatsache läßt darauf schließen, daß speciell die *militärische Hilfe*, welche die Völker des Kaukasus, Centralasiens, Indiens und Afrikas ihren Besiegern zu wiederholtenmalen und in immer wirksamerer Weise geleistet haben, in Zukunft versagen möchte.“³⁴⁰

Vor allem der Zusammenhang von wirtschaftlichen und militärischen Entwicklungen im Rahmen von Kolonial-Politik und entsprechende mangelhafte Entwicklungen in Österreich beschäftigen den Autor der *Heeres-Zeitung*:

„Diese wenig befriedigende wirtschaftliche Entwicklung unserer Monarchie liegt also evident zum Theile in der *Abkehr von allen colonialen Bestrebungen*, und gestattet ihr wiederum nicht jenen militärischen Aufwand zu bestreiten, welcher dem der großen Mächte entspricht.“³⁴¹

Dies habe einen Entwicklungsrückstand der Monarchie in militärischer Hinsicht zur Folge, der nicht nur die militärische Schlagkraft Österreich-Ungarns unmittelbar betreffe, sondern auch mittelfristig negative Auswirkungen auf die Bündnisfähigkeit zeitigen würde:

³³⁹ Vgl. etwa Wessely (1918), S. 11, 12

³⁴⁰ *Heeres-Zeitung*, 10. Jänner 1901, S. 2

³⁴¹ Ebd. S. 2 Kursive Stellen im Original gesperrt.

„Der Gesamtmasse der Heere und Flotten derjenigen Mächte gegenüber, welche eventuell eine Angriffspolitik zu befolgen beabsichtigen, bleiben demnach unsere Machtmittel immer mehr im Rückstande.

Angesichts solcher Verhältnisse erscheint eine kluge Bündnispolitik gewiß sehr empfehlenswert. Ein Staat, dessen Machtmittel ihm unter den geänderten Verhältnissen jedoch nicht mehr gestatten, nach seinem Ermessen angriffsweise zu verfahren, der vermag auch seinem Alliierten nicht mehr solch eclatante Vortheile zu bieten, daß er unter den Mächten nur zu wählen hätte. Wir sind heute noch ein sehr geschätzter Verbündeter, aber morgen oder übermorgen?

Dieses militärische Memento muß beachtet werden.“³⁴²

Radikalisierung der Kolonial-Debatte während des Ersten Weltkrieges

Der Erste Weltkrieg bot für einige Autoren der Kolonialdebatte Anlass, die zu diesem Zeitpunkt vertretenen Positionen zu radikalisieren. Dieser Prozess der Radikalisierung ist sicherlich bereits in den Jahren vor Beginn des Krieges feststellbar, die im Laufe des Krieges publizierten Stellungnahmen zur Kolonialfrage sind nun einerseits von einem weitaus stärker militaristischen und chauvinistischen Ton geprägt, andererseits zeigen sich die Autoren aber auch weit optimistischer, dass ihre Analysen realpolitisch wirksam werden könnten.

Der Umweg über „Auswanderungslenkung“ und „Siedlungskolonisation“ spielt nur mehr eine untergeordnete Rolle, die Forderung kolonialer Eroberung wird – beispielsweise von Richard Seyfert und Adolf Mahr – direkt und unmittelbar formuliert:

„Wahre Kolonialpolitik ist nur die wirtschaftliche und kulturelle Erschließung außereuropäischer Gebiete nach vorausgegangener politischer Besitzergreifung.“³⁴³

³⁴² Ebd. S. 3

³⁴³ Seyfert/Mahr (1917), S. 43 Hervorhebung im Original

Eine entsprechende Betätigung in europäischen Ländern – etwa „unsere kaufmännische Rolle auf dem Balkan, in der Levante und überhaupt im Orient“³⁴⁴ – kann daher für Seyfert und Mahr per definitionem kein Ersatz mehr für „wahre Kolonialpolitik“ sein, wie dies für andere Autoren zumindest in dem Sinn der Fall ist, dass etwa die Balkanpolitik der Monarchie nicht wesentlich von einer „außereuropäischen“ Kolonialpolitik unterschieden wird, jene vielmehr als Vorschule für diese betrachtet wird.

Auch bei Redlich (1917) und Wessely (1918) spielt zwar die „Auswanderungsfrage“ nach wie vor eine zentrale Rolle in der Gesamtargumentation, jedoch liegt den entwickelten Konzepten ein territorialer Kolonien-Begriff zugrunde, der unter anderem durch Verweise auf die Kolonialpolitik des Deutschen Reiches und Erörterungen der Möglichkeit einer Anlehnung an diese deutlich zum Ausdruck kommt. Obwohl nicht deutschnational orientiert, sieht etwa Redlich in einer solchen Anlehnung die beste Chance für die Monarchie, selbst kolonialpolitisch aktiv zu werden, weshalb er folgert,

„daß die Monarchie in ihrem eigensten Interesse wenigstens in der Zwischenzeit verpflichtet ist, die deutsche Kolonialpolitik aktiv zu fördern. Denn wenn überhaupt, so würde nur das Bestehen eines deutschen Kolonialreiches der Monarchie die Möglichkeit gewähren, auch ihrerseits die ersten Schritte auf diesem Wege zu tun.“³⁴⁵

Auch Wessely verfißt die Forderung nach kolonialem Erwerb im Zuge des Krieges bzw. der Friedensverhandlungen:

„Wenn wir am Ende des Krieges so günstig dastehen, daß wir fordern *können*, nun, dann wollen wir fordern! Und wenn politische, militärische und wirtschaftliche Erwägungen oder die moderne Rücksicht auf das

³⁴⁴ Ebd. S. 43

³⁴⁵ Redlich (1917), S. 127

Selbstbestimmungsrecht der Völker es uns verbieten sollten, die Hand nach Neuland an den Grenzen unseres Reiches auszustrecken, so wird man doch hoffentlich beim Erwerbe einer überseeischen Siedelung nicht die gleiche Empfindlichkeit zeigen.“³⁴⁶

Bemerkenswert an dieser Stelle ist die Differenzierung zwischen dem „Neuland an den Grenzen unseres Reiches“ und dem allfälligen „Erwerbe einer überseeischen Siedelung“, welche nicht mehr – wie in den meisten anderen Beiträgen zur Kolonialdebatte – grundsätzlich gleichberechtigt als Zielobjekte kolonialer Betätigung betrachtet wurden. Der Kolonialbegriff kann nunmehr – aufgrund „moderner Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ – nicht mehr ohne Weiteres auf expansionistische politische Konzepte innerhalb Europas angewandt werden, sondern ist auf die außereuropäischen Gebiete beschränkt; dies kommt einer Verengung und Präzisierung des Kolonialbegriffes gleich, der gleichzeitig um eine „Rassen“-Komponente erweitert wird.

Die inhaltlichen Verschiebungen des Kolonialbegriffes werden von den einzelnen Autoren (etwa Friedrich Hey, Richard Schroft) nicht thematisiert, sondern stillschweigend vorgenommen. Lediglich in einem Beitrag – dem bereits zitierten Jubiläumsartikel der *Kolonialzeitung* – wird die Akzentverschiebung zunächst hin zu einer gemäßigten Argumentation, um schließlich im Zuge des Krieges wieder zu den ursprünglichen Forderungen und Konzepten zurückzukehren, explizit thematisiert.

Der Krieg eröffnete nach Einschätzung den Autoren nicht nur die Möglichkeit, bislang utopisch erscheinende Forderungen tatsächlich umsetzen zu können, sondern würde generell die Analysen und Forderungen bestätigen, die der kolonialpolitischen Argumentation insgesamt zugrunde liegen.

Die zunächst von einigen Autoren selbst zurückgenommenen Analysen finden dieselben Autoren nunmehr ex post von den realen Entwicklungen bestätigt.

³⁴⁶ Wessely (1918), S. 5 Kursive Stelle im Original gesperrt.

Tatsächlich jedoch wird lediglich eine zuvor unrealistische Einschätzung der außenpolitischen Möglichkeiten der Monarchie nunmehr durch eine Interpretation der Kriegssituation „bestätigt“, welche die faktischen Entwicklungen abermals ignoriert.

Krieg und Gewalt

Der in der gesamten österreichischen Kolonialdebatte vorhandene Topos der mangelhaften charakterlichen Vorbedingungen der ÖsterreicherInnen für koloniale Betätigung ist zwar in den während des Ersten Weltkrieges erschienen Schriften nach wie vor zu finden, allerdings wird die Kriegssituation als neue Konstellation gesehen, die dazu benutzt werden solle, bislang Versäumtes nachzuholen. Der Krieg wird so insgesamt positiv bewertet, gleichzeitig aber auch als letzte Chance für die Monarchie, ihrem Großmachtstatus gerecht zu werden. Friedrich Hey etwa sieht in den zeitgenössischen Ereignissen die Voraussetzungen dafür, dass sich nunmehr „eine starke, mächtige, gut regierte österreichisch-ungarische Monarchie“ entwickle und alte Fehler nicht mehr begangen würden:

„Der Krieg, so jammervoll er für den Einzelnen auch sein mag, ist für die Monarchie ein Glück zu nennen. Benützen wir diese Gelegenheit. Hilfe jeder Gutgesinnte, alles Trennende zu beseitigen und die Autorität des Staates neu zu beleben.“³⁴⁷

Bei Hey ist die durch den Krieg ausgelöste Radikalisierung besonders deutlich nachzuvollziehen. Während er in seinen 1912/13 erschienen Schriften ausschließlich für eine Neuregelung der Auswanderungsgesetzgebung im Sinne einer Förderung von Emigration mit dem Ziel eines Erhalts der Verbindungen von EmigrantInnen mit Österreich-Ungarn plädiert, bedient er sich während des Krieges einer deutlich aggressiveren Argumentation. Hey hält nunmehr auch eine territoriale Kolonisation, der er bislang friedliche Handelsbeziehungen entgegengehalten hat, für ein mögliches und wünschenswertes Ziel. Ursache für

³⁴⁷ Hey (1916), S. 30

diese Neuausrichtung der Position des Autors sind nicht nur in den veränderten außenpolitischen Voraussetzungen und den damit einhergehenden Verschiebungen im gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu suchen, die innerhalb der Kolonialdebatte ein Weitertreiben der Debatte möglich erscheinen ließ, sondern auch in veränderten innenpolitischen Voraussetzungen. Dabei scheint vor allem für Hey ein Erstarken politischer Agitation zu einer Neubewertung der kolonialen Frage geführt zu haben.³⁴⁸

Ein weiteres neues Merkmal kolonialistischer Beiträge während des Krieges ist der nunmehr deutlich ausgeprägte Gewalt- und Herrschaftsdiskurs. War die Berufung auf eine „*penetration pacifique*“, also eine friedliche „Durchdringung“ durch Handel zuvor häufig als für die Monarchie besonders geeignete Strategie diskutiert worden, die diese nicht zuletzt von den gewalttätigen Kolonialmächten unterscheiden würde, so taucht nun die Argumentation auf, dass gerade die Anwendung von Gewalt eines der bestimmenden Merkmale einer Groß- und Kolonialmacht seien.

Einer friedlichen wirtschaftlichen „Durchdringung“ durch Handelsbeziehungen ohne politische Absichten stehe entgegen, dass eine Beschränkung auf eine derartige Vorgehensweise sich nicht mit dem Anspruch auf den Status einer Großmacht und deren „Würde“ vereinbaren lasse:

„Rein *politisch* betrachtet entspricht es schon an und für sich *nicht der Würde* einer Großmacht, die wirtschaftliche Erschließung anderer Länder, so aner kennenswert sie ja an sich ist, *ausschließlich* unter *fremder Flagge* vorzunehmen, als geduldeter Handelspionier aufzutreten, ihr wertvollstes Menschenmaterial, das sich zu Kulturbringern eignet, staatlich preiszugeben, – möglicherweise noch, wie dies leider oft vorgekommen ist, zur wirtschaftlichen und politischen Stärkung des künftigen Gegners.“³⁴⁹

³⁴⁸ Ebd. S. 4

³⁴⁹ Ebd. S. 54 Kursive Stellen im Original gesperrt.

Damit ist auch eine negative Konnotation von Vorbehalten gegen Gewaltanwendung als politisches Mittel in den internationalen Beziehungen verbunden. Leo Wessely etwa prangert einen Diskurs der „Bankrotteure“ an, den er als Zeichen von Schwäche und Dekadenz interpretiert, wobei er diese Eigenschaften zusätzlich mit „rassischen“ Eigenschaften in Zusammenhang bringt:

„Keine Annexionen? Daß ein Volk, das militärisch, politisch und wirtschaftlich bankrott gemacht hat, diesen Ruf ausstößt, ist begreiflich, aber sonst pflegt es auf der Welt nicht zu sein, daß man die Grundsätze nachbetet, welche Bankrotteure aufstellen. Bis jetzt galt auf der Welt der Schlachtruf des *Erfolges*; der Bankrotteur bekam in seinem Winkel einen Blick des Bedauerns. Eine seltsame Welt, die auf die Predigt und die Salbadereien des Bankrotteurs zu hören beginnt. Welche Weichlichkeit, ja Verkommenheit der Gedanken! In diesem Selbstverzicht steckt viel Slavisch-Weiches und Slavisch-Mystisches.

Franzosen oder schon gar Engländer hätten nicht so geredet, und Deutsche sollten sich nicht so einspinnen und einfangen lassen.“³⁵⁰

Deutschnationalismus und „Herrenvolk“-Konzepte

Der letzte Satz verweist auf eine weitere Verschiebung hin zu einem stärkeren Einfluss deutschnationaler Ansätze in der Kolonialdebatte. Auch jene Autoren, die bislang eher aus einer österreich-patriotischen Grundhaltung für einen Erwerb von Kolonien oder eine stärkere handelspolitische Betätigung der Monarchie eintraten, nähern sich in den Jahren des Krieges deutschnationalen Anschauungen an oder betonen zumindest die zentrale Rolle des Deutschen Reichs als Bündnispartner Österreich-Ungarns. Als Beispiel für diese Verschiebung in der Argumentation kann abermals Friedrich Hey dienen. Während für Hey 1912 die Aufteilung der Welt in Kolonien abgeschlossen schien und er den Vorteil für Österreich als friedliche Handelsmacht unterstrich, so liegt für ihn während des Krieges die

³⁵⁰ Wessely (1918), S. 5, 6 Kursive Stelle im Original gesperrt.

Strategie in einer durch die Kriegereignisse befestigten und weiter zu befestigenden Kooperation mit dem Deutschen Reich. Da nun die Verhältnisse in den Kolonien unter neuen Voraussetzungen zu betrachten sind und Hey „grosse Grenzverschiebungen und Gebietsveränderungen aller Art“³⁵¹ erwartet, stellt sich für ihn die Frage, wie diese für die Monarchie gewinnbringend durchgeführt werden könnten und sieht zwei Möglichkeiten, die sich, wie er betont, auch nicht ausschließen, sondern ergänzen würden: „Der eine Weg ist der eigener Erwerbung, der andere der einer möglichst innigen kolonialwirtschaftlichen Kooperation mit dem Deutschen Reiche.“³⁵² Die Begründung für diese Kooperation liegt einerseits in den während des Krieges gemachten Erfahrungen, andererseits im gegenseitigen Nutzen für beide Länder:

„Deutschland, mit dem wir vereint so harte Kämpfe durchfechten, dürfen wir in Afrika nicht allein lassen. Wir sollen uns dort gleichfalls ‚Schulter an Schulter‘ als befreundeter und wegen unserer nationalen Verhältnisse umso stärkerer Nachbar an seine Seite stellen, was beiden Staaten nur zum höchsten Nutzen gereichen würde.“³⁵³

Für viele Autoren war es nunmehr selbstverständlich, deutschsprachige ÖsterreicherInnen als „Deutsche“ oder „Germanen“ zu bezeichnen, wobei die Argumentation unmittelbar mit einer Bewertung dieser Kategorien – und etwa einer Abwertung anderer europäischer „Volksgruppen“ – einher ging. Den „Germanen“ wurde dabei eine besondere Rolle zugeschrieben, die anderen Bevölkerungen Europas nicht zukomme:

„Die Tätigkeit deutscher Handelshäuser und Kolonisten in fremden Weltteilen (z. B. Südsee, Südafrika) schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts mag neuerdings

³⁵¹ HHStA F 15, K 10, Brief Hey, 22. Jänner 1918, S. 5 (Eingabe Kolonialgesellschaft und Flottenverein)

³⁵² HHStA F 15, K 10, Eingabe Flottenverein 18. Juni 1918 Hervorhebungen im Original, kursive Stellen im Original gesperrt

³⁵³ HHStA F 15, K 10, Brief Hey, 22. Jänner 1918, S. 5 (Eingabe Kolonialgesellschaft und Flottenverein)

Anlaß geben, die hervorragende Befähigung der Germanen zur positiven Kolonisationsarbeit zu betonen gegenüber den Romanen, die im wesentlichen nur zerstören konnten.“³⁵⁴

Eine Veränderung ist auch bei der Benennung möglicher Ziele für koloniale Betätigung feststellbar, die mit der Entwicklung neuer rassistischer Konzepte in Beziehung zu setzen sind. Dabei wird nunmehr stärker als zuvor zwischen Europa und dem Rest der Welt differenziert und eine koloniale Betätigung in Europa hinkünftig ausgeschlossen. So würdigen Seyfert/Mahr wie andere Kolonialautoren die Okkupation und Annexion Bosniens und der Herzegowina als kolonisatorische Leistung der Monarchie, halten aber für die Gegenwart und Zukunft Aktivitäten auf dieser Ebene nicht für wünschenswert:

„Kolonialpolitik ‚alten Stils‘, das heißt eine ethnische und kulturelle Einstampfung fremdländischer Gebiete, die uns auch wirtschaftlich dienen und ergänzen sollen, muß heute in Europa als ausgeschlossen gelten. Nur eine solche kann aber darauf Anspruch erheben, als wirkliche Kraftbereicherung des Herrenvolkes im kolonialpolitischen Sinne zu gelten.“³⁵⁵

Damit ist nicht nur eine Absage an koloniale Betätigung „in Europa“ ausgesprochen, sondern auch die Art und Weise, wie Kolonialismus durchzuführen sei festgeschrieben, nämlich als „Kraftbereicherung des Herrenvolkes“ durch „ethnische und kulturelle Einstampfung fremdländischer Gebiete“; von Kolonialpolitik auf dem Balkan könne auch deshalb *„gar keine Rede sein“*³⁵⁶, weil dies dem habsburgischen Staatsgedanken widersprechen würde, welcher den die Monarchie umfassenden Nationalitäten deren Eigenständigkeiten zugestehe:

³⁵⁴ Lukas (1912), S. 11

³⁵⁵ Seyfert/Mahr (1917), S. 45

³⁵⁶ Ebd. S. 46 Kursive Stelle im Original gesperrt.

„In deren Eigenleben eingreifen, hieße in den Fehler der von uns bekämpften feindlichen Staaten verfallen, hieße die herkömmliche Politik und Grundlage der Habsburgermonarchie verleugnen.“³⁵⁷

In einer Fußnote zu diesem Gedanken merken die Autoren an, dass dieser „Staatsgedanke“ keinesfalls zu weit auszudehnen sei wie es der Fall sei bei dem Autor der „trefflichen Schrift ‚Österreich-Ungarns Schicksalstunde‘“³⁵⁸, der geneigt scheint, den habsburgischen Staatsgedanken auch auf Neger und Hottentotten auszudehnen [...]. Für eine Erstreckung unseres Staatsgedankens auf Eingeborenenvölker danken wir.“³⁵⁹ Die Ähnlichkeit zu Wesselys Vorbehalt gegenüber der Anwendung der „modernen Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ bei „überseeischer“ Betätigung ist evident.

6 Von der Theorie zur Praxis: Die Lobby-Arbeit der Österreichisch-Ungarischen Kolonialgesellschaft

Um 1900 begann die Österreichisch-Ungarische Kolonialgesellschaft verstärkt, sich der Umsetzung ihrer Programmatik zu widmen. Einerseits kam es zu einem Aufschwung lobbyistischer Initiativen, andererseits wurde mit der 1910/11 durchgeführten „Studienkommission“ in Brasilien ein Anlauf unternommen, ein siedlungskoloniales Projekt anzustoßen. Damit versuchte die Kolonialgesellschaft erstmals seit dem Rio-de-Oro-Projekt – welches allerdings noch vor Gründung der Gesellschaft, jedoch mit zentraler Beteiligung späterer Protagonisten derselben angestoßen worden war – die praktische Umsetzung eines Projektes außerhalb Europas.

In den Jahren zuvor versuchten die Protagonisten der Kolonialgesellschaft vor allem, durch öffentliche Stellungnahmen und Eingaben und Anträge an

³⁵⁷ Ebd.

³⁵⁸ Es handelt sich hierbei um eine 1916 anonym erschienen Schrift, in welcher die Rolle der Monarchie als Großmacht analysiert und Maßnahmen zur Festigung eines solchen Status vorgeschlagen werden. Die koloniale Frage spielt eine untergeordnete Rolle. Vgl. *k.A.*, Österreich-Ungarns Schicksalstunde. Wien und Leipzig 1915.

³⁵⁹ Seyfert/Mahr (1917), S. 46

Ministerien, für ihre Konzepte zu werben. Eine der ersten Anläufe, die Konzepte der Gesellschaft einer Realisierung näher zu bringen, war die Initiative zur Etablierung einer neuen Abteilung im Niederösterreichischen Gewerbeverein.

Die „Abtheilung für Export- und Colonialwesen“ im Niederösterreichischen Gewerbeverein

Am 29. Dezember 1899 wurde auf der 1676. Plenarversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereins die Einrichtung einer „Abtheilung für Export- und Colonialwesen“ beschlossen.³⁶⁰ Der Antrag wurde von Ernst Franz Weisl et. al. gestellt. In seiner den Antrag erläuternden Rede erörtert Weisl die Lage, in welcher sich die „Colonisationsidee“ in Österreich derzeit befinde. So sei nach einem jahrelangen totalen Unverständnis von Seiten der politischen Verantwortlichen nun endlich eine gewisse Bereitschaft vorhanden, sich mit den Fragen Auswanderung/Kolonisation auseinander zu setzen. Diese Veränderungen führt Weisl nicht zuletzt auf das Engagement einiger Personen zurück:

„Dass die Colonisationsidee in Oesterreich anfängt Verständnis zu finden und zur Erörterung gelangte, ist das Verdienst seiner Excellenz des Grafen Goluchowski, des ehemaligen Handelsministers Baron Di Pauli und last not least des derzeitigen Leiters des Handelsministeriums, Sectionschef Stibral.“³⁶¹

Weisl argumentiert abermals vor allem mit der Frage der Auswanderung und verweist auf die positiven Effekte, die sich durch eine aufgeschlosseneren Herangehensweise in dieser Frage für die österreichische Wirtschaft ergeben würden:

„Da wir den Auswandererstrom nicht aufhalten können, so müssen wir ihn eindämmen und in bestimmte Bahnen lenken, dass er der Heimat Ehre, Nutzen und Reichthum bringe.“³⁶² Weisl verweist auf Zahlen „wonach galizische

³⁶⁰ HHStA 13 P.A. XXXII

³⁶¹ Ebd.

³⁶² Ebd.

Auswanderer im abgelaufenen Jahre an ihre in der Heimat Zurückgebliebenen 23 Millionen als Ersparnisse einsandten.“³⁶³

Da die Privat-Ersparnisse von Auswanderern wohl noch nicht überzeugend genug sein würden, entwirft Weisl die Idee einer Siedlungs-Kolonie in Venezuela und verweist auf Gespräche mit der venezolanischen Regierung, die bereits stattgefunden hätten. Als Hauptargument für die Verfolgung eines derartigen Projektes führt Weisl die Überlegung an, dass

„bei richtiger Auswanderungsleitung die in gewisse Colonisationscentren gebrachten Oesterreicher die natürlichsten Abnehmer unserer Industrieproducte wäre“ da ja Venezuela ohnehin auf den Import von *„Kurz-, Baumwoll-, Leinen-, Wollwaaren und Glas, alle Arten von Stahl- und Eisenwaaren, Lederwaaren, Holzwaaren, optische und mechanische Instrumente, Papierwaaren und insbesondere Maschinenbestandtheile und Werkzeuge“* angewiesen sei.

Die von der Österreichisch-Ungarischen Kolonialgesellschaft bereits geführten Gespräche mit der venezolanischen Regierung beinhalteten dementsprechend auch

*„für die österreichischen Colonien Exportfreiheit für Rohproducte und Importfreiheit für österreichische Gewerbe- und Industrieerzeugnisse und selbstverständlich volle Wahrung der Nationalität, Sprache und Confession der österreichisch-ungarischen Auswanderern durch den venezuelanischen Staat.“*³⁶⁴

Obwohl Weisl betont, dass in den höchsten politischen Kreisen bereits ein Umdenken in der „Kolonial-Frage“ eingesetzt habe, deutet gerade der Antrag auf Einrichtung der „Abtheilung für Export- und Colonialwesen“ beim Niederösterreichischen Gewerbeverein eher darauf hin, dass Lobby-Organisationen wie die „Kolonialgesellschaft“ um die Jahrhundertwende versuchten, auf unteren Ebenen eine pro-koloniale Politik anzustoßen. Denn wenn

³⁶³ Ebd.

³⁶⁴ Ebd.

auch der Gewerbeverein um die Jahrhundertwende sicher eine der einflussreichsten Interessensvertretungen war, so zeigt die Initiative doch, dass die Kolonialgesellschaft für eine direkte Einflussnahme auf politisch Verantwortliche weitaus zu schwach war. Tatsächlich scheint die Einrichtung der „Abtheilung“ eher sogar den Höhepunkt des Einflusses der Kolonialgesellschaft zu markieren, wobei die personellen Überschneidungen zwischen Gewerbeverein und Kolonialgesellschaft als Hinweis darauf gedeutet werden können, dass eine pro-koloniale Strömung innerhalb der österreichischen Industrie durchaus vorhanden war. Für Weisl steht jedenfalls fest, dass eine erfolgreiche Propagierung des kolonialen Anliegens lediglich durch Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen erreicht werden könne und dass die Einrichtung der „neuen Abtheilung des Gewerbevereines“ einen wichtigen Schritt bei der Bündelung der pro-kolonialen Kräfte darstelle. Vor allem wertet Weisl dieses Ereignis als einen Schritt der Praxis, wohingegen andere Institutionen wie die Kolonialgesellschaft „nur in grossen Zügen oder weltpolitisch handeln könnten“, was wohl nicht anders interpretiert werden kann denn als eine Umschreibung der relativen Erfolglosigkeit der kolonialen Pläne und Theorien wie sie im Umfeld der Kolonialgesellschaft und der *Österreichisch-Ungarischen Kolonial-Zeitung* entwickelt wurden. Mit der Einrichtung der „Abtheilung“ wurde nun erstmals ein Schritt gesetzt, welcher in Richtung einer praktischen Umsetzung der „Theorien“ deutet:

„Die Erörterung aus der theoretischen Behandlung in die praktische Bethätigung umzusetzen, ist der nächste Zweck der neuen Abtheilung des Gewerbevereines. Neben der segensreichen Thätigkeit des k. k. Handelsmuseums, des Exportvereines und der österr.-ungar. Colonialgesellschaft, die entweder nur in grossen Zügen oder weltpolitisch handeln könnten, soll die neue Abtheilung die Actionen unterstützen oder detailisiren.“³⁶⁵

³⁶⁵ Ebd.

Der Erfolg dieser Initiative lag für die Kolonialgesellschaft darin, dass im Rahmen einer offiziellen Institution eine Abteilung eingerichtet wurde, die im Sinne der Gesellschaft und unter dem Einfluss derselben arbeiten sollte. Ganz unabhängig davon, inwieweit dies tatsächlich gelang, bedeutete das angesichts dessen, dass – wie aus dem Folgenden ersichtlich wird – die Initiativen der Gesellschaft in der Regel scheiterten, bereits einen großen Schritt für diese.

„...zur Kenntnis genommen und ad acta gelegt.“ – Eingaben und Anträge der Kolonialgesellschaft

Die Österreichisch-Ungarische Kolonialgesellschaft sowie Autoren aus ihrem Umfeld entwickelten neben der publizistischen Arbeit zahlreiche Initiativen, die darauf abzielten, staatliche Aktivitäten zu initiieren oder zumindest erhöhte Aufmerksamkeit und Unterstützung staatlicherseits zu erlangen.

In den Archivbeständen finden sich zahlreiche Eingaben der Kolonialgesellschaft, des Flottenvereins sowie von Einzelpersonen, in denen um Unterstützung diverser Projekte angesucht, eigene Positionen angeboten oder direkte politische Vorschläge unterbreitet wurden. In den meisten Fällen allerdings stießen diese Bemühungen nur auf geringes Interesse, Vorschläge wurden kaum Ernst genommen und die Seriosität der pro-kolonialen Lobbyisten oftmals angezweifelt; zu einem eher schlechten Image Letzterer trug nicht nur ein nach wie vor kaum vorhandenes Interesse an kolonialem Engagement vonseiten der maßgeblichen politischen Kräfte, sondern konkret auch die dilettantische Durchführung einiger Aktivitäten der Kolonialgesellschaft bei; nicht zuletzt die Korrespondenz zwischen Ministerien und dem k. u. k.-Konsul von Brasilien über die von der Kolonialgesellschaft initiierte „Studienreise“ nach Brasilien zeigt dies deutlich.³⁶⁶ Da bislang kein geschlossener Archivbestand der Österreichisch-Ungarischen Kolonialgesellschaft gefunden werden konnten, ist für die nachfolgenden Ausführungen zu beachten, dass fast ausschließlich jene Schriftstücke vorhanden sind, die an die Ministerien oder andere Stellen gerichtet wurden. Die Antworten an die Kolonialgesellschaft sind nur in Ausnahmefällen, indirekt durch

³⁶⁶ Siehe weiter unten in diesem Kapitel.

Weiterleitungen von Korrespondenzen, oder lediglich als Entwürfe vorhanden, da von Seiten des Ministeriums die Antworten nicht in allen Fällen als Kopien archiviert wurden. Nichtsdestotrotz lässt sich aus dem vorhandenen Material die Haltung der Behörden gegenüber den Initiativen der Kolonialgesellschaft erschließen.

„Auswandererschutz“-Enquete

Generell ist festzustellen, dass alle bekannten Anfragen der Kolonialgesellschaft an Ministerien negativ beschieden wurden. Das zentrale Anliegen der Gesellschaft – der „Auswandererschutz“ – sollte angesichts der Tatsache, dass derartige Fragen auf der Ebene der Gesetzgebung in diesen Jahren ebenfalls behandelt wurden, gleichsam als Einfallstor für die Kolonialgesellschaft dienen, als Möglichkeit, Diskussionen über tagesaktuelle Thematiken in ihrem Sinne zu beeinflussen. Im November 1905 richtete die Kolonialgesellschaft ein Ansuchen an das Ministerium des Inneren, in welchem angefragt wurde, „ob das hohe Ministerium eine von unserer Gesellschaft einzuberufende Auswanderungschutz-Enquete³⁶⁷ zu unterstützen die Gneigtheit³⁶⁸ hätte.“³⁶⁹

Die ganze Aktion war ein verspäteter Versuch von Seiten der Kolonialgesellschaft, einer parlamentarischen Initiative in dieser Frage eigene Positionen entgegenzuhalten; zuvor war die Kolonialgesellschaft zur Teilnahme an einer „parlamentarischen Expertise“ zur Auswanderung eingeladen worden, die vom volkswirtschaftlichen Ausschuss des Abgeordnetenhauses im Juni 1905 durchgeführt worden war, wobei „wir dieser Einladung durch eine gutachtliche Fragebeantwortung und Entsendung des geschäftsführenden Vizepräsidenten zu der Tagung der Expertise am 26. bis 28. Juni 1905 entsprachen.“³⁷⁰

Die Kolonialgesellschaft versuchte nun, dieser parlamentarischen Initiative eine eigene, ähnliche, jedoch inhaltlich stärker im Sinne des Programms der

³⁶⁷ Sic!

³⁶⁸ Sic!

³⁶⁹ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Kolonialgesellschaft 14. November 1905

³⁷⁰ *Weltverkehr* Nr. 11, 1905, S. 12

Gesellschaft ausgerichtete Aktion entgegenzustellen. Die genauen Hintergründe dieser „Gegen-Enquete“ sind unklar, jedoch ist zu vermuten, dass sich die Vertreter der Kolonialgesellschaft im Zuge ihrer Teilnahme an der parlamentarischen Expertise mit ihren Vorstellungen nicht durchsetzen konnten. Darüber hinaus war die Untätigkeit der Behörden in Fragen der Auswanderung von Beginn ihres Bestehens eines der zentralen Argumente der Kolonialgesellschaft gewesen; die Tatsache, dass sich dies nun offensichtlich zu ändern begann, ohne dass die Positionen der Gesellschaft sich durchsetzen konnten, dass also Fragen der Regulierung von Migration verstärkt auf der politischen Tagesordnung standen, die Verfechter einer Verknüpfung dieser Thematik mit der kolonialen Frage jedoch nach wie vor im Abseits standen, veranlasste die Kolonialgesellschaft, mit einer eigenen Initiative an die Öffentlichkeit zu gehen.

Die Antwort des Ministeriums auf die Initiative der Kolonialgesellschaft fiel negativ aus. Vor allem wird in der Antwort auf den bereits stattfindenden legislativen Weg verwiesen, der es unmöglich erscheinen lasse, dass in dieser Frage nunmehr die Debatte neu begonnen würde:

„In Beantwortung der geschätzten Note vom 18. November 1905, Z. 82820, beehrt sich das k.k. Ministerium des Innern mitzuteilen, daß dasselbe in dem gegenwärtigen Zeitpunkte, da der Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Auswanderer, dem Abgeordnetenhouse zur verfassungsmäßigen Behandlung vorliegt, es für seinen Bereich für ausgeschlossen erachtet, sich an einer diesen Gegenstand betreffenden, von anderer als parlamentarischer Seite einberufenen Enquête irgendwie zu beteiligen. Ganz besonders gilt dies, wenn eine solche Enquête [...] in einem Gegensatz zu der jüngst vom Abgeordnetenhouse abgehaltenen Enquête sich stellen soll.“³⁷¹

Diese Anfrage der Kolonialgesellschaft bildet den Auftakt zu einer Reihe von Eingaben und Initiativen, die von der Gesellschaft während der folgenden Jahre in

³⁷¹ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Ministerium des Inneren 25. November 1905

Angriff genommen und in vielen Fällen offiziellen Stellen vorgebracht bzw. um entsprechende Unterstützung angesucht wurden. Wie auch im Fall der Enquete-Eingabe war die Resonanz von den jeweiligen Stellen überwiegend ablehnend. Darüber hinaus war die Enquete-Initiative insofern musterhaft für weitere Versuche der Kolonialgesellschaft, Gehör und Unterstützung zu finden, als auch in einigen anderen Fällen die Aktionen der Gesellschaft Initiativen oder Vorgänge in Gang setzen sollten, die tatsächlich bereits Realität waren. Vor allem die über mehrere Jahre immer wieder auftauchende Schulbuch-Initiative der Kolonialgesellschaft verfolgte ein Anliegen, das bereits vom zuständigen Ministerium des Äußern durchgeführt wurde.

Schulbuch-Initiative und Wehrpflichtigen-Unterstützung

Im Februar 1908 beginnt eine über mehrere Jahre geführte Korrespondenz zwischen der Kolonialgesellschaft und diversen Ministerien über eine beabsichtigte Unterstützung von „Schulen österreichischer Kolonisten im Auslande“ durch die Kolonialgesellschaft; zumeist handelte es sich dabei um Anfragen der Gesellschaft an das Unterrichtsministerium, in denen dieses um Überlassung nicht mehr benötigter Lehrbücher gebeten wurde, welche die Gesellschaft in weiterer Folge den Auslandsschulen zur Verfügung stellen würde. Auch in diesen Fällen waren die Antworten der zuständigen ministerialen Stellen durchweg abschlägig, nicht zuletzt deshalb, weil in Betracht kommende Schulen ohnehin über das Ministerium mit Lehrwerken versorgt wurden. Darüber hinaus waren die entsprechenden Anträge der Kolonialgesellschaft in der Regel sehr unspezifisch und enthielten keine konkreten Angaben, was genau benötigt würde³⁷².

³⁷² So wird in dem Bescheid angemerkt „dass in dem von der österr. ung. Kolonialgesellschaft anher gerichteten Gesuche auch gar keine Anhaltspunkte enthalten sind, welche Lehrmittel und wieviele Exemplare hievon dieser Gesellschaft zuzumitteln wären [...]“. HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Ministerium für Kultus und Unterricht an Kolonialgesellschaft, 9. Juli 1908

„In Erledigung der Eingabe vom 1. Februar 1908 wird der österr. ung. Kolonialgesellschaft eröffnet, dass das Ministerium für Kultus und Unterricht auch bisher schon die Schulen österreichischer Kolonisten im Auslande nach Tunlichkeit mit Lehrbüchern und Lehrmitteln aus dem k.k. Schulbücherverlage unterstützt hat, wenn der Bedarf von solchen von der betreffenden Schulleitung im Wege des k.u.k. Ministerium des Aeussern anher bekannt gegeben wurde.“³⁷³

Im Ministerium sah man in dem Engagement der Kolonialgesellschaft vor allem eine Prestige-Aktion in eigener Sache, die dem zugrunde liegenden Anliegen – eben einer Unterstützung von Auslandsschulen – möglicherweise sogar abträglich sein könnte. Bei den Akten findet sich eine handschriftliche Notiz mit einer Anweisung, wie mit derartigen Ansuchen umzugehen sei:

„Sollte die ö. u. Kolonialgesellschaft mit speziellen einschlägigen Ansuchen [...] an das MdÄ³⁷⁴ herantreten, so sind letzteres – bevor es dieselben beim hm f. K. u. U. befürwortet – in jedem einzelnen Falle ein Gutachten des zuständigen Konsulates einzuholen, wodurch [...] eine Zersplitterung der Aktion am besten zu vermeiden sein wird.“³⁷⁵

Die Kolonialgesellschaft versuchte dennoch weiterhin mit dem Thema „Auslandsschulen“ die Frage des Kontakts zwischen EmigrantInnen und der Monarchie zu thematisieren. Hinzu kamen Ende 1908 weitere Themen, allen voran die Wehrpflicht von Emigranten und eine mögliche Unterstützung von Wehrpflichtigen bei der Rückreise in die Monarchie zur Ableistung des Militärdienstes, sowie mehrere Anläufe der Kolonialgesellschaft, eine Spende für das in Rio de Janeiro „vom österr. ungar. Hilfsvereine mit dem k. u. k. Konsul Nikolaus Post gegründete Franz-Josef-Asyl für obdach- und arbeitslose Oesterreicher und Ungarn in Rio de Janeiro beziehungsweise für die Kapelle

³⁷³ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Ministerium für Kultus und Unterricht an Kolonialgesellschaft, 9. Juli 1908

³⁷⁴ Ministerium des Äußern

³⁷⁵ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Ministerium für Kultus und Unterricht an Kolonialgesellschaft, 9. Juli 1908

desselben³⁷⁶ zu tätigen. Finanziert wurden diese Aktionen durch einen von der Kolonialgesellschaft initiierten „Kaiser-Jubiläums-Auswanderer-Schutzfond“, als deren Protektorin Fürstin Adam Marie Lubomirska genannt wird.³⁷⁷

Am 15. Februar 1909 berichtet die Kolonialgesellschaft an das Außenministerium über eine weitere Spende des Fonds an das Generalkonsulat in Rio de Janeiro, die durch den Konsul August Haller von Hallenburg zur Unterstützung von Schulen in Parana verwendet werden solle:

„Die Verhältnisse der Schulen der Oesterreicher in Südamerika sind wenig günstige und ist eine Aktion zu ihrer Unterstützung von grosser Bedeutung für die Erhaltung der Nationalität und Konfession unserer Landsleute über See, weshalb eine systematische Unterstützung dieser Schulen geplant ist, wodurch die anzustrebende Wechselbeziehung unserer Landsleute mit dem Heimatlande rege erhalten werden dürfte.“³⁷⁸

Immer wieder kam es zu ähnlichen Eingaben, die von den Adressaten schließlich nur mehr oberflächlich zur Kenntnis genommen und lediglich in Ausnahmefällen beantwortet wurden. Vor allem bezüglich der Schulen häuften sich die Anfragen und Stellungnahmen der Kolonialgesellschaft, was zu Aktennotizen wie der folgenden führte:

„Die fragliche Eingabe [betreffend „Unterstützung d. Kolonialschulen in Amerika“; Anm. S.L.] hat denselben Wortlaut wie das h.o. ersch. 15700/8-09. Das K. u. U. M. hat dieselbe einfach zur Kenntnis genommen u. ad acta gelegt.“³⁷⁹

³⁷⁶ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, KG an Ministerium, 7. Dezember 1908. Kursive Stellen im Original gesperrt.

³⁷⁷ Vgl. HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, KG an Ministerium, 7. Dezember 1908.

³⁷⁸ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, KG an Ministerium 15. Feber 1909 Kursive Stellen im Original gesperrt.

³⁷⁹ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Aktennotiz k.u.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, 2. März 1909

Am 17. September 1909 wandte sich die Kolonialgesellschaft mit einem weiteren ausführlichen Schreiben an das Außenministerium, in dem wiederum die beiden zentralen Anliegen der Gesellschaft – Schulen und Unterstützung von Wehrpflichtigen – angesprochen wurden; gleichzeitig nutzte man die Gelegenheit und informierte über Spendenaktionen der Kolonialgesellschaft. Wenn auch letzteres – nämlich die Aufmerksamkeit auf die Spendentätigkeit der Kolonialgesellschaft zu richten – vermutlich der eigentliche Zweck der oftmaligen Schreiben war, so ist die September-Eingabe dennoch von Interesse, weil in dieser die Anliegen etwas detaillierter ausgeführt wurden. Vor allem die Idee einer Unterstützung von Wehrpflichtigen ist hier näher ausgeführt; dabei ging es um ein von der zeitgenössischen Debatte als zentral angesehenes Problem von Emigration, nämlich um die Frage der Vereinbarkeit von Auswanderung und allfälliger Wehrpflicht, in den Worten der Kolonialgesellschaft also um die

„betrübende Tatsache, dass alljährlich eine grosse Anzahl von Stellungspflichtigen Auswanderern oder im Auslande sich aufhaltenden Oesterreichern, trotz ihrer besten Absicht, ihrer Wehrpflicht zu genügen, in die Heimat nicht zurückkehren können, weil ihnen die zur Rückreise aus dem Auslande und namentlich von Uebersee erforderlichen Geldmittel nicht zur Verfügung stehen.“³⁸⁰

Da einer großen Anzahl von Personen, die zwecks Ableistung ihrer Wehrpflicht nach Österreich zurückkehren wollen, zu geringe Ressourcen zur Verfügung stünden, habe der Präsident der Kolonialgesellschaft, Ernst Franz Weisl, „an das k. u. k. Generalkonsulat in Rio de Janeiro den Betrag von 2000 K für die zwecks Ableistung der Wehrpflicht nach Galizien rückwandernde Oesterreicher“³⁸¹ übermittelt.

Als weiteren großen „Uebelstand“ sieht die Kolonialgesellschaft nach wie vor die Tatsache der

³⁸⁰ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, KG an Ministerium d. Ä., 17. September 1909

³⁸¹ Ebd.

„mangelhaften Unterstützung der von Oesterreichern errichteten oder zum grösseren Teile von ihnen besuchten Schulen. Während fremde Staaten die Schule ihrer Staatsangehörige³⁸² in Brasilien direkt und offiziell unterstützen, wie es z.B. von Seite der deutschen und italienischen Regierung in ganz namhafter Weise geschieht, finden die Schulen der Oesterreicher keine solche³⁸³ Unterstützung. Dadurch sind die dort lebenden Oesterreicher gezwungen ihre Kinder in die bestehenden allgemeinen Schulen zu senden, in welchen selbstverständlich auf die Erhaltung des österreichischen Volkstums nicht nur kein Gewicht gelegt, sondern das Bestreben gezeigt wird, die Kinder so bald als möglich zu entnationalisieren.“³⁸⁴

Dies beinhaltete natürlich eine indirekte und dennoch fundamentale Kritik an den österreichischen Behörden, die sich weder um ihre Wehrpflichtigen, noch um die „Erhaltung des österreichischen Volkstums“ bei jenen Kindern kümmern würden, welche fernab der Heimat ausgebildet würden.

Die vollständige Antwort des Ministeriums ist nicht vorhanden, in den Akten findet sich lediglich ein Entwurf des Antwortschreibens, aus dem ein knappes Dankesschreiben des Ministeriums hervorgeht, jedoch nicht näher auf die Sache eingegangen wird.³⁸⁵ Vorhanden ist jedoch ein Brief von Konsul Nikolaus Post an das Ministerium des Äußern „über die bisherige Verteilung der von der österr. ungar. Kolonialgesellschaft zur Verfügung gestellten Fonde“³⁸⁶.³⁸⁷ Post berichtet über die Art und Weise der Bekanntmachung der Spende für die Reisekosten von Wehrpflichtigen über die Konsularämter und Konsularkorrespondenten, und dass lediglich die Überfahrt nach Triest bzw. Fiume, nicht aber die An-, Weiter- oder Rückreise der Wehrpflichtigen bezahlt würde:

³⁸² Sic!

³⁸³ Hs. unterstrichen und hs. Randnotiz: „Das österr. Unterrichtsministerium beteiligt die Schulen in Brasilien rgelmäßig [sic!] mit Lehrmitteln!“

³⁸⁴ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, KG an Ministerium d. Ä., 17. September 1909

³⁸⁵ Ebd.

³⁸⁶ Sic!

³⁸⁷ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, N. Post an Ministerium d. Ä., 26. März 1910

„Da diese Spende einem langgefühlten Bedürfnisse unserer Auswanderer entsprach, um letztere vor der Stellungsflucht und deren Folgen zu bewahren, fand die Nachricht von ersterer in unseren Kolonien³⁸⁸ in Brasilien ein freudiges Echo und hatte ich bisher bereits Gelegenheit, zwei junge Landsleute, welche sich zur Ableistung ihrer Wehrpflicht in die Heimat zu begeben hatten, auf Kosten dieses Fondes nach Hause zu senden.“³⁸⁹

Post zeigt sich auch besorgt um allfällige missbräuchliche Verwendung der Gelder zur Rückkehr in die Heimat von anderen als Wehrpflichtigen; um Derartiges zu verhindern

„bestehe ich darauf, dass sie der Unterstützung nicht früher teilhaft werden, als sie nicht ha. oder bei einer anderen k.u.k. Vertretungsbehörde in Brasilien auf ihre Militärtauglichkeit untersucht, als diensttauglich befunden werden und auch ihrer Wehrpflicht unbedingt nachzukommen haben.“³⁹⁰

Weiters berichtet der Konsul über die Verwendung der zweiten Spende zur Unterstützung von Schulen: „[...] so wurden hievon gleichfalls obenerwähnte Konsularämter und -Korrespondenten verständigt und zur Vorlage von Gesuchen einschlägiger unterstützungsbedürftiger Schulen eingeladen.“³⁹¹ Unterstützung durch die Spende der Kolonialgesellschaft bekamen schließlich die deutsch-evangelische Gemeindeschule in Petropolis, die deutsche Schule der hochw. Katharinenschwestern in Juiz de Fora und die Schule des deutsch-österreich. Schulvereines in Ijuhy.

Auch Post erwähnt die Problematik, dass die Kolonialgesellschaft in Bereichen tätig sei, die ohnehin vonseiten der österreichischen Behörden unterstützt würden:

³⁸⁸ Mit „Kolonien“ sind hier migrantische Siedlungsgemeinschaften gemeint.

³⁸⁹ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, N. Post an Ministerium d. Ä., 26. März 1910. Bei den beiden „jungen Landsleuten“ handelte es sich um Giuseppe Furlani, geb. 1875 in Trient, sowie um Franz Nossek, geb. 1888 in Zuckmantel.

³⁹⁰ Ebd.

³⁹¹ Ebd.

„Da eine Unterstützung von Schulen, welche seitens vaterländischer Kinder in Brasilien besucht werden, auch seitens der hohen k. und k. Gesandtschaft aus der Derselben seitens Euerer Excellenz zur Verfügung gestellten Dotation von 10.000 K erfolgt, so ermangle ich nicht, meine Verteilung im Einvernehmen mit der vorerwähnten diplomatischen Vertretung vorzunehmen, um etwa eine unnötige doppelte Subventionierung von Schulen zu vermeiden.“³⁹²

Als Aktennotiz findet sich schließlich noch der Hinweis auf ein weiteres Schreiben der Kolonialgesellschaft in dieser Sache, in der offenbar noch einmal auf die Übersendung der genannten Summen hingewiesen wird.³⁹³

Das Interesse der Kolonialgesellschaft an der Unterstützung von Schulen dauerte auch nach dieser Spendenaktion weiter an, und so kam es 1911 zu einem neuerlichen Versuch, die bereits 1908 entwickelte Idee einer Schulbuchaktion zu realisieren. Im Mai 1911 wandte man sich in dieser Frage wieder an die staatlichen Stellen, wie aus einem Schreiben des Außenministeriums an das Ministerium für Kultus und Unterricht hervorgeht:

„Die österr.-ungar. Kolonialgesellschaft [...] hat sich neuerlich mit einem Ansuchen um Ueberlassung ausser Gebrauch gesetzten Schulbücher und Lehrmittel für die Schulen österreichischer Kolonisten im Auslande anher gewendet.

Indem ich dem löblichen k.u.k. Ministerium im Anschlusse die bezüglich Eingabe nebst einer Aeüßerung der Zentralkommission der k. k. Schulbuchverlage gegen Kommunikationsrückschluß zur gefl. Einsichtnahme übermittle, gestatte ich mir das löbliche k. u. k. Ministerium um gefl. Aeüßerung im Gegenstande zu ersuchen.“³⁹⁴

³⁹² Ebd.

³⁹³ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, KG an Ministerium d. Ä., 17. September 1909, Aktennotiz 22. Oktober 1909

³⁹⁴ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, MKU an MdÄ, 30. Mai 1911

Die Antwort ist lediglich als Entwurf in der Aktennotiz vorhanden: grundsätzlich würden derartige Aktivitäten bezüglich der Übermittlung von Lehrmitteln an entsprechende Schulen begrüßt, jedoch sieht man keine Notwendigkeit, da die Behörden entsprechend tätig und weder diese noch die fraglichen Schulen auf „aufdringliche“ Spendaktivitäten der Kolonialgesellschaft angewiesen seien:

„Was die Durchführung dieser Beteiligung betrifft, so glaubt das Mdä, bei aller Sympathie für die Bestrebungen der oest.ung Kolonialgesellschaft, sich der in der gleichfalls mitfolgenden Aeüßerung der Centraldirektion der k.k. Schulbücher Verlage vom 17. v. Mts. Nr. 1026 zum Ausdrücke gebrachten Anschauung anschließen zu sollen, wonach die in Rede stehenden Schul- und Lehrbücher, wie bisher, als Geschenk der k.k. Unterrichtsverwaltung im Wege der kuk Vertretungsbehörden in Brasilien unter den dortigen deutsch-österreichischen Kolonisten Schulen zu verteilen wären und nicht etwa durch die Vermittlung der oest. ung. Kolonial Gesellschaft als Spende dieser letzteren, um auf diese Art unseren [...] ³⁹⁵ in Brasilien das Interesse und die Fürsorge ihrer heimatlichen Regierung für ihre kulturellen Bedürfnisse in einer unaufdringlicheren Weise in Erinnerung zu bringen.“ ³⁹⁶

Die Versuche der Kolonialgesellschaft, über den Behördenweg offiziell legitimiert zu werden, scheiterten letztlich allesamt; die Eingaben waren der ambitionierteste Anlauf der Gesellschaft, sich in staatliches Engagement einzuschalten und sich als von den jeweiligen Ministerien beauftragte Institution für Nischenbereiche der Außenpolitik zu etablieren. Wäre dies gelungen, so hätte es für die Kolonialgesellschaft einen großen Prestigegewinn bedeutet und gleichzeitig wäre man in jenen Bereichen aktiv geworden, die von der Gesellschaft zu diesem Zeitpunkt tatsächlich als relevant im Sinne der programmatischen Ausrichtung der Kolonialgesellschaft gesehen wurden. Die Überlegung, dass es sich bei Schulbüchern für brasilianische Schulen oder bei der Unterstützung

³⁹⁵ unleserlich

³⁹⁶ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Aktennotiz MdÄ an MKU, 30. Mai 1911

Wehrpflichtiger um Bereiche handelt, die für die jeweils zuständigen Behörden nicht erste Priorität besaßen, war sicherlich richtig. Die vorsichtigen Antworten der Ministerien und die Korrespondenz zwischen diesen, sowie mit den Schulbuchverlagen deuten darauf hin, dass die mit den Eingaben der Kolonialgesellschaft konfrontierten Beamten unsicher waren, wie diesen zu begegnen sei.

Obwohl diese Aktivitäten der Kolonialgesellschaft zu keinen Ergebnissen geführt hatten, wurden auch weiterhin – bis zum Ende der Monarchie – Eingaben an Ministerien verfasst. Diese drehten sich jedoch in der Regel nicht mehr um konkrete Aktionen, sondern waren allgemein gehaltene Stellungnahmen, die während des Krieges erneut von radikaleren Tönen geprägt waren.

Die „Studienkommission“ der Kolonialgesellschaft

Nachdem die Versuche, sich als staatlich beauftragte Institution zu etablieren, gescheitert waren, versuchte die Kolonialgesellschaft noch einmal, in Brasilien aktiv zu werden. Man vermied nunmehr den Umweg über die zuständigen österreichisch-ungarischen Behörden und entsandte auf eigene Faust eine „Studienkommission“, die aufgrund umfassender Recherchen vor Ort eine fundierte Einschätzung der Möglichkeiten für siedlungskoloniale Projekte in Brasilien liefern sollte. Ab 1910 waren Jacques Jäger und Miloš Čihař im Auftrag der Kolonialgesellschaft in Brasilien im Rahmen dieser „Studienreise“ unterwegs, um Informationen für weitere Initiativen der Kolonialgesellschaft zu sammeln. Die Kolonialgesellschaft versuchte, siedlungskolonialistische Aktivitäten in Brasilien zu forcieren und sandte zu diesem Zweck nicht nur Anfragen, sondern eben auch „Aussendlinge“³⁹⁷ nach Brasilien, um argumentative Grundlagen für eine größere Unternehmung zu sammeln. Dabei kam es von Beginn an zu Verwicklungen; für die Kolonialgesellschaft waren Jacques Jäger und Miloš Čihař in Brasilien unterwegs, wobei ersterer offiziell nicht mehr der Kolonialgesellschaft angehörte, und die Tatsache, dass letzterer im Auftrag der

³⁹⁷ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Handelsministerium an MdA 29. August 1912

Kolonialgesellschaft unterwegs war, lange Zeit verheimlicht wurde, „da wir wünschen, dass er ganz unbeeinflusst durch Freundschaft oder Gegnerschaft, die er dort erfahren könnte, seine Eindrücke uns mitteilen könne.“³⁹⁸ Die Aktivitäten der beiden wurden vor Ort mit Interesse verfolgt und sorgten für Auseinandersetzungen in deutschsprachigen Zeitungen in Brasilien, wobei vor allem die anfänglichen Anstrengungen der Kolonialgesellschaft, die „Studienreise“ verdeckt durchzuführen, Verwirrungen mit sich brachten.³⁹⁹

Während Jacques Jäger auch in anderen Zusammenhängen als Mitglied der Kolonialgesellschaft auftaucht, ist Čihař abgesehen von der „Studienkommission“ im vorhandenen Aktenmaterial zur Österreich-Ungarischen Kolonialgesellschaft nicht vorhanden. Allerdings ist Čihař auch ein Verbindungsglied zwischen der Kolonialgesellschaft und einer professioneller Auswanderungsorganisation in Gestalt der „Bohemia Bank“⁴⁰⁰. Die 1909 gegründete „Bohemia Bank“ mit Sitz in Prag befasste sich zu einem großen Teil mit Emigrations-Geschäften und betrieb neben dem Bankgeschäft auch ein Reise- und Transportbüro. Eines der größeren Projekte der Bank war es, zur besseren Abwicklung ihrer Südamerika-Geschäfte eine Filiale in Rio de Janeiro zu etablieren, „zunächst zur Hebung des Handels-

³⁹⁸ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Schreiben KG an Troppmair.

³⁹⁹ Vgl. HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, KG ans Konsulat São Paolo, 17. November 1911

⁴⁰⁰ Zur Bohemia-Bank vgl. *Kolonial-Zeitung* Nr. 23, 20.12.1909 (Beilage „Wiener Handelsblatt“ Nr. 289, 46. Jg., 20.12.1909): „Am 5. Dezember 1909 ist in den Lokalitäten der Zentralbank der böhmischen Sparkassen in *Prag* die konstituierende Generalversammlung der Aktienbank „*Bohemia*“ abgehalten worden. Der statutenmäßige Zweck dieser Bank ist der Schutz der Auswanderer, vornehmlich der aus der österreichisch-ungarischen Monarchie, durch Vermittlung des Handels-, Geld- und Bankverkehrs und durch Vollzug sonstiger wirtschaftlicher Dienste. Die Bank ist berechtigt zur Vornahme aller sogenannten Bankgeschäfte, und zwar nicht bloß mit einzelnen Personen, sondern auch mit Gemeinden, Ländern, Staaten und öffentlichen Korporationen. Die Bank ist ferner berechtigt, im In- und Auslande Filialen und Zweigtablissements zu errichten. [...] Bei der vorgedachten konstituierenden Generalversammlung, bei welcher das Aktienkapital mit zwei Millionen Kronen bestimmt wurde, wurde ein 15-gliedriger Verwaltungsrat gewählt, welcher aus folgenden Herren besteht: Frank *Brodsky*, Gesellschafter der Firma Brodsky & Sovak; Direktor Karl *Eger*, J. Dr. Karl *Havelka*-Chrudim, Ober direktor Josef *Patek*, Michael *Pilnaček*-New York [sic!], Dr. Gustav *Pöschl*, Präsident der Zentralbank in Melnik; kais. Rat J. E. *Slavik*, Prof. Ingenieur Anton *Smrček* in Brünn, Franz *Sovak*, Gesellschafter der Firma Brodsky & Sovak in New-York; Dr. J. *Schreiner* in Prag, Dr. Ernst Franz *Weisl*, Präsident der Oesterreichisch-ungarischen Kolonialgesellschaft und Hof- und Gerichtsadvokat in Wien und kais. Rat Dr. E. M. *Zeiß* in Prag.“

und Verkehrs zwischen Oesterreich und Brasilien, dann vielleicht aber auch zur Finanzierung dieser südamerikanischen Handels- und Besiedlungskompanie.“⁴⁰¹

Die Bank sollte auch „Exportförderungsbank“ sein, „denn Auswanderung und Export steht bei gutem Funktionieren der berufenen Institutionen in enger Relation. Unter anderem war es in diesem Zusammenhang Ziel der Bank, „Geldheimsendungen“ von EmigrantInnen abzuwickeln.“⁴⁰²

Nach eigener Darstellung war die Kolonialgesellschaft neben Vertretern österreichischer Industriebetriebe und diplomatischer Vertreter sowohl Brasiliens als auch Österreich-Ungarns in die Entwicklung dieses Konzepts mit eingebunden. Der Verbindungsmann zwischen „Bohemia Bank“ und Kolonialgesellschaft war Miloš Čihař, der einem späteren Schreiben der Kolonialgesellschaft zufolge „Bureauvorstand“ der Bank gewesen war und von dieser der Gesellschaft empfohlen worden sei. Diese Empfehlung führte letztlich zur Teilnahme Čihařs an der von der Kolonialgesellschaft initiierten und vom Handelsministerium subventionierten Studienreise. Dabei scheint die Kolonialgesellschaft die Information über eine von Čihař geplante Reise nach Südamerika genutzt zu haben, um ihn mit zusätzlichem Geld und Aufträgen auszustatten und ihn als Protagonisten der „Studienreise“ darzustellen.“⁴⁰³

Dieses Zustandekommen erklärt auch, warum die beiden Protagonisten der „Studienkommission“ unabhängig voneinander reisten und offensichtlich während Reise keinen Kontakt miteinander hatten. Es ist also davon auszugehen, dass die „Studienkommission“ der Kolonialgesellschaft aus einer zufälligen Reise Čihařs entstand, welche die Kolonialgesellschaft für ihre Zwecke zu nutzen versuchte

⁴⁰¹ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Abschrift von KG, Instruktion brasilianische Studienkommission.

⁴⁰² *Kolonial-Zeitung* Nr. 23, 20.12.1909 (Beilage „Wiener Handelsblatt“ Nr. 289, 46. Jg., 20.12.1909)

⁴⁰³ „Ueber die Empfehlung der Aktienbank ‚Bohemia‘ in Prag, deren Bureauvorstand Miloš Čihař war und von der wir erfuhren dass er über Empfehlung seiner Excellenz des Ministers a.D. Herrn Dr. *Braf* von einer sehr seriösen Korporation eine Subvention für eine sechsmonatliche Studienreise nach Süd-Amerika erhielt, haben wir ihn gleichfalls mit einer Subvention dagegen bedacht, dass er die Einwanderungsverhältnisse und jene des Handels und Verkehrs in Brasilien studiere und uns fortlaufende Details berichte und schliesslich einen Generalbericht erstatte, welchen wir an das k.k. Handelsministerium einzusenden hätten, welches unserer Gesellschaft zum Zwecke der Absendung zur Studienkommission eine Subvention erteilte.“ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Abschrift KG an Kostanjevic, 6. Oktober 1911

und zu diesem Zweck ein Mitglied der Gesellschaft ebenfalls nach Brasilien entsandte.

Dieses spontane Zustandekommen der „Studienreise“ hatte zur Folge, dass die Aktivitäten der Kolonialgesellschaft in Brasilien unkoordiniert durchgeführt wurden. Dies wiederum führte etwa dazu, dass in einigen Fällen Vertreter der Gesellschaft selbst nicht wussten, wer für sie bzw. in ihrem Namen tätig war. So wandte sich die Kolonialgesellschaft im November 1911 an den Konsul in São Paulo und bat um Auskünfte über zwei Herren – Rudolf Troppmair und Felix Leibinger, beide journalistisch tätig –, welche „unserer Gesellschaft die Gründung einer Kolonie in São Paulo angeraten und sich geradezu auf den Herrn k.u.k. Generalkonsul von Rio de Janeiro Herrn Dr. Bertoni berufen“ hätten; die Kolonialgesellschaft erbittet sich Auskünfte

„über die Persönlichkeit der vorgenannten zwei Herrn nach der Richtung, ob man sich mit der Angelegenheit befassen soll und ob die dortige Regierung tatsächlich gewillt und in der Lage ist, solche Ländereien zur Verfügung zu stellen und in welcher offiziellen Weise das geschehen soll, damit man mit Beruhigung die Aktion einleiten könnte.“⁴⁰⁴

In einem weiteren Schreiben vom 22. Jänner 1912 fragt die Kolonialgesellschaft noch einmal speziell nach Felix Leibinger nach,

„in welcher Weise sich der Genannte seit seiner Einwanderung in Rebouças betätigt hat und was für ein Renommée⁴⁰⁵ er sich durch seine Kolonisationsarbeiten dort geschaffen hat und ferner ob ihm soviel persönliche und sachliche Kenntnis bereits zugemutet werden kann, dass ein grösseres Baumwollunternehmen oder eine grössere Besiedlung unter seine Leitung gestellt werden könnte und er

⁴⁰⁴ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, KG ans Konsulat São Paulo, 17. November 1911

⁴⁰⁵ Hs. in „Renommé“ geändert

eventuell zur Führung von Verhandlungen mit den dortigen Behörden betraut werden kann.“⁴⁰⁶

Der österreichische Konsul von Rémy beantwortet die Anfragen der Kolonialgesellschaft sehr rasch. Über Rudolf Troppmair erfolgt in dem Schreiben vom 27. Februar 1912 die Auskunft, dass er sich „eines guten Rufes“ erfreue:

„Er scheint in geordneten finanziellen Verhältnissen zu leben und gilt als über hiesige Verhältnisse gut informiert. Da auch sonst nichts Nachteiliges gegen Troppmair vorliegt, entfällt auch der Grund seinen Angaben mit Misstrauen zu begegnen.“⁴⁰⁷

In Hinblick auf die Anfrage der über Leibinger überrascht die Antwort des Konsuls zunächst:

„Felix Leibinger ist gänzlich unbekannt, erscheint beim hiesigen Ackerbausekretariat als gewöhnlicher Kolonist auf der Kolonie ‚Nova Venezia‘ eingetragen, hat weder bei Privatleuten noch auch bei⁴⁰⁸ Regierungskreisen irgendwelchen Einfluss und machte hier sein debut⁴⁰⁹ auf Grund des Empfehlungsschreibens der österr.ungar. Kolonialgesellschaft, d.h. er wurde seinerzeit dem Ackerbausekretariat weiterempfohlen. Die eingangs erwähnte Tatsache, dass er auch bei dem Sekretariat nicht näher als nur dem Namen nach bekannt ist, dürfte dagegen sprechen, dass er sich kolonisatorisch irgendwie betätigt hat.“⁴¹⁰

Leibinger dürfte tatsächlich von der Kolonialgesellschaft mit einem Empfehlungsschreiben ausgestattet worden sein; so wird in einem weiteren

⁴⁰⁶ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, KG ans Konsulat São Paolo, 22. Jänner 1912

⁴⁰⁷ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Konsulat São Paolo an KG, 27. Februar 1912

⁴⁰⁸ „bei“ hs. durchgestrichen und durch „in“ ersetzt

⁴⁰⁹ Sic!

⁴¹⁰ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, von Rémy an KG, 27. Februar 1912

Schreiben der Kolonialgesellschaft an das Konsulat erwähnt, Leibinger habe „den ihm seinerzeit ausgestellten Empfehlungsbrief kürzlich zurückgestellt, da er sich mit Troppmair solidarisch erklärte.“⁴¹¹ Den Hintergrund dieses „solidarisch erklären“ bildete eine über mehrere Beiträge in lokalen Zeitungen geführte Auseinandersetzung zwischen Troppmair und Jäger, im Zuge derer Troppmair die „Demission“ aus der Kolonialgesellschaft nahegelegt wurde.⁴¹² Aus welchem Grund die Kolonialgesellschaft über Mitglieder bzw. von ihr mit Empfehlungsschreiben ausgestattete Personen Auskünfte vom Konsulat zu erhalten versuchte, ist unklar. Möglicherweise versuchten Privatpersonen den klingenden Namen „Kolonialgesellschaft“ zu nutzen und stießen bei derselben auf großzügiges Gewähren, ohne dass diese genau wusste, wer die betreffenden Personen waren bzw. was diese unternahmen.

Da die Kolonialgesellschaft in ihrem Schreiben auch um allgemeine Informationen über siedlungskoloniale bzw. unternehmerische Optionen in Brasilien gebeten hatte, setzte der Konsul in seinem Antwortschreiben die Möglichkeiten von Besiedlungsplänen und „privater Kolonisation“ auseinander und führte das Beispiel einer japanischen Besiedelungsgesellschaft an, die ein ähnliches Projekt verfolgt habe und

„welcher ausgedehnte Ländereien im Flussgebiete des Iguape unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden.

Die Bedingungen sind: innerhalb von längstens⁴¹³ 2 Jahren 5.000 Familien einzuführen – gegen teilweise Vergütung der Reiseauslagen.“⁴¹⁴

Diese Zahlen waren angesichts des realen Potentials der Kolonialgesellschaft für weitere Planungen sicherlich ernüchternd, und auch die weiteren Ausführungen des Konsuls machten deutlich, dass derartige Projekte weitaus komplexer und die

⁴¹¹ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, KG ans Konsulat São Paolo, 17. November 1911

⁴¹² Vgl. ebd.

⁴¹³ Sic!

⁴¹⁴ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, von Rémy an KG, 27. Februar 1912

Voraussetzungen schwieriger waren als dies von der Kolonialpropaganda dargestellt worden war:

„Schliesslich erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass ausschliesslich nur Kolonisten, die an Landarbeit gewöhnt sind und etwas Kapital mitbringen Aussicht auf Erfolg haben. Bei der Auswahl der Ansiedler kann nicht genug Vorsicht geübt werden. Die Erfahrung lehrt, dass speziell bei unseren Landsleuten die Meinung vorherrscht, die Einwanderung nach Brasilien sei gleichbedeutend mit einer plötzlichen Verbesserung des bisherigen Lebens. Klimawechsel, ungewohnte Kost, erschwerte Lebensbedingungen jeder Art und deren Folgen werden nicht dem Lande – sondern dem ‚fazendeiro‘ zugeschrieben, gegen den unaufhörliche Reklamationen ergehen.“⁴¹⁵

Diese Schilderung falscher Erwartungen von nach Brasilien Auswandernden klingt wie ein Echo auf die in den österreichischen Publikationen zu Auswanderung und Kolonialismus vorhandenen Argumente über die Möglichkeiten, die sich Auswandernden unmittelbar eröffnen würden. Insbesondere die Tatsache, dass Auswanderung nach Auskunft des Konsuls nicht „einer plötzlichen Verbesserung des bisherigen Lebens“ gleichkomme, läuft der von der Kolonialgesellschaft und ihren Autoren geführten Argumentation diametral entgegen. Auswanderung und „Kolonisation“ wurde von den Kolonialautoren nicht nur als Lösung für soziale und politische Probleme dargestellt, sondern darüber hinaus als einfach zu bewerkstelligen und als individuelle und unmittelbare Verbesserung der Lebenssituation der Auswandernden.

Auftrag der „Studienkommission“

Aus der Instruktion der Kolonialgesellschaft für die beiden Protagonisten der „Studienkommission“ lassen sich sowohl die Vorstellungen der Gesellschaft über

⁴¹⁵ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, von Rémy an KG, 27. Februar 1912

die Voraussetzungen eines Siedlerkolonialismus in Brasilien, als auch die Ideen für eine konkrete Umsetzung desselben rekonstruieren.

Ausgangslage war nach Ansicht der Kolonialgesellschaft der beiderseitige Nutzen einer Besiedlungsinitiative für Österreich-Ungarn wie für Brasilien: die „brasilianische Regierung hat ein grosses Interesse daran, dass österreichische – und ungarische Auswanderer sich daselbst als Kolonisten niederlassen.“⁴¹⁶ Aus diesem Grunde wolle man eine „österreichisch-südamerikanische Handels- und Besiedlungs-Kompagnie“ gründen. Vorrangige Aufgabe dieser Kompagnie wäre die Förderung der österreichisch-brasilianischen Handelsbeziehungen, sowie darüber hinaus der Erwerb von Land, auf welchem „Oesterreicher und Ungarn“ Landwirtschaft treiben sollten.⁴¹⁷ Man ging von einem Klima „wie in Südeuropa“⁴¹⁸ und entsprechenden Voraussetzungen für diese Tätigkeit aus.

Die konkreten Aufgaben der „Studienkommission“ war es nun, alle für diese Initiative notwendigen Informationen zu sammeln und dem Anliegen der Kolonialgesellschaft dienliche Gespräche zu führen und Beziehungen zu knüpfen:

„Die Herren der Kommission hätten die Aufgabe, alle einschlägigen Verhältnisse zu studieren, insoweit sie irgendwelchen Bezug auf die österreichisch-ungarische Auswanderung, auf die Hebung des Verkehrs zwischen Brasilien und Oesterreich und umgekehrt von Wirkung sind und welche Massnahmen zu ergreifen sind, damit die gegenseitige Schifffahrt und Handel gefördert werden können.“⁴¹⁹

Darüber hinaus sollten auch geologische, botanische Studien betrieben sowie Informationen über Kommunikationsverhältnisse gesammelt werden: „Kurz es ist alles zu beobachten und zu registrieren, was für⁴²⁰ die österreichische Volkswirtschaft von Wichtigkeit sein könnte.“⁴²¹

⁴¹⁶ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Abschrift von KG, Instruktion brasilianische Studienkommission.

⁴¹⁷ Vgl. ebd.

⁴¹⁸ Ebd.

⁴¹⁹ Ebd.

⁴²⁰ Sic!

⁴²¹ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Abschrift von KG, Instruktion brasilianische Studienkommission.

Zu diesem Zweck sollten die „Herren der Kommission“ als Repräsentanten der Kolonialgesellschaft mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Diplomatie vor Ort Kontakte knüpfen, Informationen jeglicher Art sammeln und entsprechende Notizen und Berichte übermitteln. Möglichst detaillierte Angaben über mögliche Import- und Exportwaren sollten zusammengetragen und entsprechende Handelsmöglichkeiten ausgelotet, in keinem Fall jedoch bereits verbindliche Abmachungen getroffen werden: „Von Kaufabschlüssen oder Uebernahme von Ordres haben sie sich aber streng fern zu halten und solche etwa dem k. u. k. Konsulate zur Weiterbeförderung zu übermitteln.“⁴²²

Insbesondere sollte die Studienkommission über die Möglichkeit günstigen Tabakhandels recherchieren. Detailliert werden in den Instruktionen mögliche Handelsbeziehungen für Tabak skizziert, bei welchen die Kolonialgesellschaft, „da diese als rein humanitär patriotischer Verein Erwerbsgeschäfte ablehnt“ nicht als Zwischenhändlerin sondern lediglich als Vermittlerin einer Kommissionsgesellschaft fungieren könnte, die wiederum die Waren direkt von den Produzenten an die österreichisch-ungarische Tabakregie liefern würde; dabei

„würde die Regie den Kaufpreise an die Gesellschaft bezahlen, welche ihn nach Abzug der Kommissionsgebühren an die Tabakpflanzervereinigung abführen würde. Dadurch würden die Händler in Hamburg und Bremen, welche einen grossen Verdienst aus dieser Sache ziehen, aus geschaltet und würden die brasilianischen Tabakpflanzler einen grösseren Nutzen erzielen.“

Aber auch bei diesen bereits sehr konkreten Ideen sollten die beiden Reisenden „nur informativ handeln da diesfalls nichts ohne frühere Mitteilung an die bezügliche k.k. österreichische Behörde im Wege der Kolonialgesellschaft vereinbart werden darf.“⁴²³ Der Verweis auf die Legalität und das Einverständnis mit den österreichischen Behörden war den Initiatoren der Kolonialgesellschaft wichtig, da die Brasilien-Initiative ja letztlich ein Ansporn für die Behörden sein

⁴²² Ebd.

⁴²³ Ebd.

sollte, in Sachen Auswanderung und Siedlungskolonien selbst stärker aktiv zu werden.

Schließlich sollte von der Studienkommission auch die Situation bereits nach Brasilien emigrierter StaatsbürgerInnen der Monarchie untersucht werden, da es ja explizites Anliegen der Kolonialgesellschaft war, die Verbindungen von Ausgewanderten mit Österreich-Ungarn aufrechtzuerhalten und deren nationale Identität als Österreicher zu bewahren, wie dies in den pro-kolonialen Schriften konzipiert worden war: „Es wäre festzustellen, welche Massregeln notwendig sind, damit die Kolonisten in religiöser und nationaler Hinsicht der Heimat erhalten bleiben. Insbesondere, wie ihre Schul- und kirchlichen Bedürfnisse beschaffen sind.“⁴²⁴

Der Auftrag der „Studienkommission“ bestand also im Wesentlichen darin, möglichst viele und grundlegende Informationen zu sammeln, die in irgendeiner Weise für die Zwecke der Kolonialgesellschaft von Relevanz sein könnten und entsprechende Kontakte zu knüpfen. Alle diese Eindrücke, Informationen und Erkenntnisse sollten die beiden Studienreisenden umgehend ihrer Auftraggeberin schriftlich übermitteln „und zwar laufender Bericht und nach Abschluss der Reise einen wissenschaftlichen Schlussbericht.“⁴²⁵

Die „Studienkommission“ in der Beurteilung des k.u.k. Konsuls

Die Brasilien-Aktivitäten der Kolonialgesellschaft stießen vor Ort auf große Skepsis. Der Vizekonsul von São Paulo übermittelt im Oktober 1911 ein Schreiben der Kolonialgesellschaft an das Außenministerium und bittet um Hinweise, wie auf Gesuche um Interventionen zu reagieren sei, „die, strenge genommen, in den Wirkungskreis der k. und k. Vertretungsbehörde gehören.“⁴²⁶

Darüber hinaus hatte das Konsulat zu diesem Zeitpunkt bereits Aktivitäten durch „Aussendlinge dieser Gesellschaft“ in São Paulo registriert, ohne über genauere

⁴²⁴ Ebd.

⁴²⁵ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Abschrift von KG, Instruktion brasilianische Studienkommission

⁴²⁶ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Schreiben Vizekonsul an MdÄ, 28. Oktober 1911

Informationen über den Hintergrund der Personen bzw. ihrer Auftraggeber zu verfügen, weshalb der Vizekonsul um entsprechende Angaben „sowie Verhaltensmassregeln für Interventionsansuchen“ bat.⁴²⁷

Während die Brasilien-Unternehmung zunächst trotz ihres auf den ersten Blick überambitionierten Charakters noch Ansätze von Seriosität in den Augen Außenstehender zu haben schien, zeichnet ein Schreiben des Leiters des k.u.k. Konsulats in Porto Alegre, Kostanjevic ein durchwegs negatives Bild der „Studienkommission“. Das mit 11. April 1912 datierte Schreiben „betreffend die von der oesterreichisch-ungarischen Kolonialgesellschaft in Wien im Jahre 1910 in Brasilien eingeleitete Studienreise ihrer Delegierten Jacques Jaeger und Miloš Čihař, samt Beilagen [...]“⁴²⁸ wird am 25. April 1912 von Ritter von Egger, k.u.k. Geschäftsträger in Petropolis, an das Ministerium des Äußeren übermittelt. In dem an Egger gerichteten Schreiben berichtet Kostanjevic ausführlich über die von ihm seit Längerem beobachteten Aktivitäten von Jacques Jäger und Miloš Čihař; die Ausführungen, von Kostanjevic als „kritisches Wort“ zu den Aktivitäten der beiden bezeichnet, kommen einer detailliert vorgetragenen vernichtenden Darstellung dieser Aktivitäten gleich, in welcher der Verfasser nicht zuletzt auch die Charaktere der beiden Protagonisten mit besonderer Eindringlichkeit skizziert. Gemäß Kostanjevic‘ Bericht begannen Čihař und Jäger ihre Tätigkeiten unabhängig voneinander, nachdem beide offenbar auch einzeln nach Brasilien gereist und im August (Čihař) bzw. September (Jäger) in Porto Alegre eingetroffen waren. Kostanjevic schildert nun die Tätigkeit der beiden, wobei seine Skepsis den Personen wie ihren Aktionen gegenüber das Schreiben von Beginn an prägt. So schreibt er etwa über Jägers sofort aufgenommene „fieberhafte Reportertätigkeit“: „Ich hatte den Eindruck, dass er viel hören wollte um viel schreiben zu können, einerlei was und wie.“⁴²⁹

⁴²⁷ Ebd.

⁴²⁸ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, von Egger an MdÄ, 25. April 1912

⁴²⁹ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Kostanjevic an Egger, 11. April 1912, Kursive Stellen im Original gesperrt.

Kostanjevic überredete Jäger dazu, zwei Siedlungskolonien zu besuchen und organisierte auch die Reise, wobei er sich seinen eigenen Angaben zufolge sowohl um Jägers Transport kümmerte, als auch Kontakte zu verschiedenen Personen herstellte, die für Jägers Auftrag von Nutzen sein sollten.⁴³⁰ Da Jäger offensichtlich viel früher wieder zurückkehrte als vorgesehen – bereits zehn Tage nach seiner Abreise war er bereits wieder in Porto Alegre – hatte er nach Kostanjevic‘ Ansicht den Zweck der Reise nicht erfüllt. Der Konsul schätzte Jäger als völlig ungeeignet für seine Aufgabe ein und beschreibt die dilettantische Durchführung der Studienreise:

„Details der Reise kann man füglich übergeben⁴³¹. Es war eine Kette von nervösen Auftritten, die hauptsächlich in einer aussergewöhnlichen Sparsamkeit ihren Ursprung nahmen [...] Herr Jaeger war augenscheinlich mit ungenügenden Mitteln auf eine so lange Reise in ausnehmend teuren Ländern gesandt worden; daher dessen Hast weiterzukommen, die mit dem Zweck seiner Reise im absoluten Gegensatz stand.“⁴³²

Kostanjevic sah die Ursache für Jägers Unvermögen, seiner „Aufgabe“ nachzukommen also weniger in dessen mangelhafter Befähigung, als vielmehr in der unzureichenden Finanzierung der Studienreise. Dies gab der Skepsis des Konsuls den Aktivitäten der Kolonialgesellschaft gegenüber zusätzlich Nahrung:

„Man darf mit Fug und Recht annehmen, dass eine Gesellschaft, die sich seit Jahren angeblich damit beschäftigt Fäden zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Auslande zu spinnen, über die Verhältnisse in irgendeinem Lande, für welches sie sich interessiert, genügsam orientiert ist, um ihre Delegierten mit ernstlich durchführbaren Aufgaben dorthin zu senden.“⁴³³

⁴³⁰ Vgl. ebd.

⁴³¹ Sic!

⁴³² HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Kostanjevic an Egger, 11. April 1912

⁴³³ Ebd.

War nun bereits die Mission Jägers in der Darstellung des Konsuls in Porto Alegre ein Misserfolg, so gilt dies noch mehr für die von Miloš Čihař durchgeführte Reise. In dem an Egger übermittelten und von diesem ans Ministerium weitergeleiteten Konvolut findet sich auch ein Briefwechsel zwischen der Kolonialgesellschaft und Kostanjevic. Die Korrespondenz beginnt mit einer Anfrage der Gesellschaft an den Konsul betreffend allfällige Informationen über den Verbleib von Čihař, wissend

„dass Euer Wohlgeboren über die Persönlichkeit und den Aufenthalt des Herrn Miloš Čihař informiert sind. Da ein von uns an den Genannten adressierter Brief vom k. u. k. Generalkonsulate von Rio de Janeiro als unbestellbar zurückkam, so erbitten wir uns freundliche Mitteilung.“⁴³⁴

Da die Informationen über den Verbleib des von der Kolonialgesellschaft Subventionierten sehr spärlich waren, und die Gesellschaft darüber hinaus von Jacques Jäger einen „ungünstigen Bericht über den Herrn Miloš Čihař“⁴³⁵ erhielt, und schließlich mehrmalige Versuche, mit ihm in Kontakt zu treten ebenfalls gescheitert waren, wandte sich die Kolonialgesellschaft nun also an den Konsul mit der Bitte um eventuelle Auskünfte. Die Antwort von Kostanjevic lässt einige Monate auf sich warten, fällt allerdings um so ernüchternder aus. Den Grund für die verzögerte Antwort führt der Konsul selbst aus, seine Einschätzung von Čihařs Aktivitäten gleich im Eingangssatz zusammenfassend:

„Da ich einerseits Ereignissen nicht vorgreifen wollte, andererseits es mir widerstrebte über eine Sache zu schreiben, deren ungünstiges Ende zwar zu erwarten aber immerhin noch ungewiss war, bin ich erst jetzt in der Lage das gefl. Schreiben vom 6. Oktober 1911, betreffend Ihren Delegierten Miloš Čihař zu beantworten.“⁴³⁶

⁴³⁴ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Abschrift KG an Kostanjevic, 6. Oktober 1911

⁴³⁵ Ebd.

⁴³⁶ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Schreiben Kostanjevic an KG, 21. März 1912

Was nun folgt, ist die Beschreibung der Mission Čihař aus der Sicht Kostanjevic‘; diesen Aspekt im Auge zu behalten ist wichtig, da die Beschreibung einerseits ganz offensichtlich mit einer gewissen Genugtuung über den Misserfolg der Reise erfolgt, andererseits Kostanjevic‘ Schilderungen aufgrund der Quellenlage kaum bestätigt oder widerlegt werden können. Nichtsdestotrotz ist zu vermuten, dass die Darstellung in den wesentlichen Punkten dem tatsächlichen Geschehen entspricht; so hatte die Kolonialgesellschaft offensichtlich tatsächlich jeden Kontakt zu Čihař verloren und die vorhandenen Zeitungsberichte⁴³⁷ über Čihařs letzte Aktivitäten und seine Flucht bestätigen zumindest einige Punkt von Kostanjevic‘ Darstellung. Darüber hinaus sind keine Gegendarstellungen von Seiten der Kolonialgesellschaften vorhanden, die „Studienkommission“ findet in weiterer Folge keine Erwähnung mehr in den Publikationen der Gesellschaft. Bei einem Erfolg dieses aufwändigen Projektes der Gesellschaft wäre dieses sicherlich ausführlich dargestellt und zitiert worden.

Čihař ließ sich unmittelbar nach seiner Ankunft politischen Repräsentanten (Kostanjevic nennt Einwanderungs-Kommissär, Staatspräsidenten, Staatssekretär für öffentliche Arbeiten und Direktor für Land und Kolonisation⁴³⁸) und Persönlichkeiten aus der brasilianischen Wirtschaft – „Bankdirektoren und Vertreter des Handels“ – vorstellen, auch die Presse berichtete über den Aufenthalt Čihař in Brasilien und den Zweck der Reise:

„Es war sohin die Aufmerksamkeit weiter Kreise der Bevölkerung auf Herrn Čihař gelenkt.“⁴³⁹

Čihař verbrachte zunächst einige Wochen in Porto Alegre, wobei es sich hierbei nach Kostanjevic‘ Einschätzung um einen „vollständig müssigen Aufenthalt“

⁴³⁷ Vgl. *Deutsche Zeitung* (Porto Alegre), 29.2.1912; *Deutsches Volksblatt* (Porto Alegre), 1.3.1912; *Die Kolonie* (Santa Cruz), 1.3.1912

⁴³⁸ Ebd.

⁴³⁹ Ebd.

gehandelt habe. Danach gab Čihař an, nach Encruzilhada reisen zu wollen, „um sich über die dortigen Wolframminen und dem⁴⁴⁰ Mineralreichtum zu informieren“⁴⁴¹, sowie diverse von Immigranten besiedelte Orte (Kostanjevic nennt Santo Angelo, S. Feliciano, Mariana Pimentel und Barão do Triumpho) zu besuchen.⁴⁴² Ausgestattet mit Empfehlungsschreiben und Freikarten reiste er mit einem deutschen Besitzer einer Wolframmine ab. Sein Hotelzimmer gab er nicht auf, da er beabsichtigte, nach drei bis vier Tagen wieder zurückzukehren. Nach drei Wochen erkundigte sich der Hotelier beim Konsul nach dem Verbleib des Gastes. Kostanjevic holte daraufhin Erkundigungen ein und erfuhr, dass sich Čihař nach wie vor als Gast des deutschen Minenbesitzers in Encruzilhada aufhielt, „d.h. vollkommen auf dessen Kosten und ohne irgend etwas zu tun, was dem Zwecke seiner Reise entsprochen hätte. Hier sagte Čihař, er hätte umfangreiche Berichte für die Kolonialgesellschaft geschrieben.“⁴⁴³

Mitte Oktober kehrte Čihař nach Porto Alegre zurück, ließ von Kostanjevic Geld und begab sich auf eine mehrtägige Reise nach Erechim. Nach seiner Rückkehr fasste er den Plan, sich nach dem Ende seiner Studienreise in Erechim „niederlassen zu wollen, um Landwirtschaft, eventuell auch eine kleine Industrie zu betreiben.“ Für dieses Vorhaben begab er sich sofort auf die Suche nach einem „Kompagnon“:

„In den nächsten Tagen war Čihař sichtlich bestrebt diesen Kompagnon, bzw. Geld zu finden. Gleichzeitig hörte ich, dass der Hotelier ihn schon wiederholt zur Begleichung der schon bedeutend angewachsenen Rechnung jedoch ohne Erfolg aufgefordert hatte und nun Skandal zu schlagen drohte. Ferner erfuhr ich, dass Čihař verschiedene Herren, mit welchen er durch mich bekannt geworden war, um kleine Beträge mit Erfolg angepumpt und bei Landsleuten für eine Kirche oder Schule gesammelt hatte und dass er besonders einer alleinstehenden Dame, die er

⁴⁴⁰ Sic!

⁴⁴¹ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Schreiben Kostanjevic an KG, 21. März 1912

⁴⁴² Ebd.

⁴⁴³ Ebd.

in meinem Hause kennen gelernt hatte, unermüdlich zusetzte, um sie an dem Landgeschäfte teilnehmen zu lassen.“⁴⁴⁴

Für den Konsul war nun die Situation Čihař jedenfalls deutlich geworden:

„Mir wurde plötzlich klar, dass Čihař vollständig mittellos war und womöglich mit nur wenig Geld hier angekommen war, was sich nachher als richtig herausstellte, da er schon in Rio eine Anleihe versucht haben soll. Deswegen hatte er auch während seiner langen Abwesenheit sein Hotelzimmer nicht aufgegeben. Er hätte die jeweilige Rechnung nicht begleichen können.“⁴⁴⁵

Kostanjevic sah sich nun in der Situation, Čihař aus seiner misslichen Lage helfen zu müssen, da seine eigene Position durch einen Skandal beschädigt worden wäre:

„Man stelle sich vor: einen von einer österr. Korporation mit Unterstützung eines österr. Ministeriums ausgesandten, hohen Föederalbehörden in Rio de Janeiro vorgestellten, durch das österr.-ungar. Konsulat bei den Spitzen der Staatsregierung und der Portoalegreenser Gesellschaft eingeführten Herrn, als Zechpreller oder Hochstapler verhaftet oder, im Falle seiner Flucht, gebrandmarkt zu sehen.“⁴⁴⁶

Dabei unterließ Kostanjevic es nicht, abermals auf die offensichtlich dilettantische Arbeitsweise der Kolonialgesellschaft hinzuweisen:

„Anfänglich hoffte ich, dass sich eine Rimesse verspätet hätte, denn wie konnte ich annehmen, dass ein von der österr.-ungar. Kolonialgesellschaft ausgesandter und vom k.k. Handelsministerium subventionierter Herr ohne Heller in einer fremden Stadt eintreffen und dort monatelang sich aufhalten würde?“⁴⁴⁷

⁴⁴⁴ Ebd.

⁴⁴⁵ Ebd.

⁴⁴⁶ Ebd.

⁴⁴⁷ Ebd.

Kostanjevic ließ Čihař nach eigenen Angaben erneut Geld, um den von ihm befürchteten Skandal abzuwenden. Čihař reiste wieder ab und gab diesmal als Ziel Argentinien an, wobei er vorhatte, zuvor einige weitere Orte in Brasilien zu besuchen:

„Während der nächsten 4 Wochen hörte ich merkwürdigerweise nichts von Čihař, bis ich im Dezember aus mehreren Briefen entnehmen konnte, dass er nur bis Erechim gereist war, dort angeblich Land erworben, eine Kuh gekauft habe und mit Ziegelbrennen beschäftigt sei.“⁴⁴⁸

Berichten Dritter zufolge begann Čihař nun in Erechim umfangreiche Tätigkeiten und wurde von der ansässigen Gesellschaft aufgenommen. So sei Kostanjevic berichtet worden, dass Čihař

„vom Koloniedirektor Dr. Severiano de Almeida in freundlichster Weise aufgenommen worden sei und dass er dank seines guten Klavierspiels häufiger Gast in dessen Hause wäre. Ferner erfuhr ich, teilweise auch aus Zeitungsberichten, dass er sich um die neueinwandernden Kolonisten durch seine Sprachkenntnisse sehr verdient mache, dass er Anstoss zur Bildung eines landwirtschaftlichen Vereins und Schulvereins gegeben habe und an Sonntagen bemüht sei, den Kolonisten die für den Bauern notwendigsten portugiesischen Begriffe beizubringen. Auch für eine teilweise von mir ins Werk gesetzte und durch Gönner unterstützte Weihnachtsbescherung der österr. und deutschen Kolonistenkinder in Erechim zeigte er viel Interesse.“⁴⁴⁹

Čihař machte sich bei diesen Aktivitäten seinen Ruf als Delegierter der Kolonialgesellschaft zunutze und stellte sich als Abgesandter des österreichischen Handelsministerium dar. Kostanjevic untersagte ihm die Selbstdarstellung als „Experte des k.k. österr. Handelsministeriums“ und „als ich ihm Mitte April Ihre

⁴⁴⁸ Ebd.

⁴⁴⁹ Ebd.

[der Kolonialgesellschaft; Anm. S.L.] Widerrufung seiner Qualifikation als Delegierter zugestellt hatte, konnte ich auch auf amtliche Schreiben keine Antworten mehr von ihm erhalten.⁴⁵⁰ Erst als die über eine Bank abgewickelte⁴⁵¹ Zahlung des ausgeborgten Geldes fällig wurde, meldete sich Čihař wieder und bittet um Aufschub, da er ein Ziegelgeschäft mit der „Jewish Colonisation Association“ abgeschlossen habe, welches aber erst abgewickelt würde. Im Juni tauchte Čihař noch einmal in Porto Alegre auf, zahlte einen Teil seiner Schulden und fuhr anschließend wieder nach Erechim zurück: „Seit jenem Tage war es mir nicht mehr möglich von Čihař direkte Mitteilungen, noch Antwort auf Briefe, die ich ihm in verschiedenen Angelegenheiten, besonders in Betreff einer Sendung von Tabaksamen der k.k. Tabakregie schrieb, zu erhalten.“⁴⁵²

Ab diesem Zeitpunkt verlieren sich die Spuren Čihařs, das endgültige Ende seiner „Karriere“ als Delegierter der Kolonialgesellschaft hinterließ auch Spuren in einigen deutschsprachigen Zeitungen Brasiliens⁴⁵³, die über Betrugsverdacht in Zusammenhang mit den letzten bekannten Aktivitäten Čihařs berichteten. Auch Kostanjevic konnte keine genauen Angaben darüber machen, was Čihař nach seinem letzten Aufenthalt in Porto Alegre gemacht hatte, mutmaßt allerdings, dass dieser anders beschäftigt war als er selbst es dargestellt hatte:

„Zuletzt hörte ich nur, dass er in der Nähe der Bahnstation Capoeré, auch Kolonie Erechim, mit einem Deutschen namens Bürger ein kleines Geschäft, richtiger eine Schnapsbutike eröffnet hatte. Der Erwerb der Ländereien und die anderen Unternehmungen waren fingiert.“⁴⁵⁴

⁴⁵⁰ Ebd.

⁴⁵¹ „Erfahrungsgemäss nehmen die meisten Menschen Verpflichtungen, welche sie gegenüber Privatpersonen eingehen, nie so ernst wie solche, die sie mit einem Institut, einer Bank u. dgl. kontrahieren. Von dieser Erfahrung wollte ich Nutzen ziehen und trachten, Čihař glauben zu machen, nicht ich, sondern ein Bankinstitut habe ihm das Geld vorgestreckt. Der mir befreundete Direktor der hiesigen Filiale der Brasilianischen Bank für Deutschland sagte mir seine Mitwirkung zu und es sollte Čihař, nach Einzahlung einer gleichen Summe meinerseits, das Geld durch die Bank ausgezahlt erhalten.“ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Schreiben Kostanjevic an KG, 21. März 1912

⁴⁵² Ebd.

⁴⁵³ Ebd.

⁴⁵⁴ Ebd.

Kostanjevic Haltung spiegelt sicherlich die grundsätzliche Skepsis wider, die österreichische Behörden gegenüber den Aktivitäten Kolonialgesellschaft an den Tag legten. Der Verlauf der Studienreise bestärkte diese Haltung gegenüber der Kolonialgesellschaft und deren Ambitionen. In späteren internen Stellungnahmen zur Kolonialgesellschaft und allfälligen Eingaben derselben taucht der Verweis auf die Studienreise wiederholt als negatives Beispiel für die Aktivitäten der Gesellschaft auf.

Im August 1912 etwa erbat das Außenministerium vom Handelsministerium „Informationen über die ‚Oesterreichische-Ungarische Kolonialgesellschaft‘, nachdem diese sich mit Anfragen und Eingaben an das Außenministerium gewandt hatte. Das Handelsministerium bewertet die Kolonialgesellschaft und deren Aktivitäten überwiegend negativ; so wurde einerseits „weder auf dem Gebiete der Exportförderung noch auf dem des Kolonial- oder Auswandererwesens eine besonders bemerkenswerte Tätigkeit entwickelt“, andererseits waren die wenigen tatsächlichen Aktivitäten (genannt wird die Befürwortung von Auswanderung nach Südamerika) von einer Richtung, „welcher das k.k. Handels-Ministerium aus verschiedenen Gründen wohl nicht ohne weiteres beizupflichten vermag“⁴⁵⁵. Die Aktivitäten der Kolonialgesellschaft werden allgemein als zu bedeutungslos eingeschätzt, um sich von Seiten der Behörden weiter darum zu kümmern. Dies könne sich bei künftigen Aktivitäten der Gesellschaft allerdings ändern:

„Sollten jedoch Auskünfte in Angelegenheiten erbeten werden, denen hinsichtlich ihrer Initiierung oder Weiterverfolgung eine prinzipielle Bedeutung beigemessen werden muss, wäre das⁴⁵⁶ k.k. Handelsministerium mit Rücksicht auf die im Vorstehenden angedeuteten Tendenzen der Kolonialgesellschaft, sowie im Hinblick auf die [...] minder erquicklichen Erfahrungen mit einzelnen

⁴⁵⁵ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Handelsministerium 29. August 1912

⁴⁵⁶ „wäre das“ hs. durchgestrichen und durch „so würde das“ ersetzt

Aussendlingen derselben für⁴⁵⁷ eine vorgängige Mitteilung der vom Konsularamte⁴⁵⁸ in Aussicht genommenen Auskunftserteilung dem löblichen k.u.k. Ministerium zu Dank verpflichtet.“⁴⁵⁹

Eingaben, Anfragen und Stellungnahmen der Kolonialgesellschaft während des Ersten Weltkrieges

Die Studienreise nach Brasilien war der aufwändigste von der Österreichisch-Ungarischen Kolonialgesellschaft durchgeführte Versuch, den in den Broschüren und Artikeln formulierten Analysen Aktivitäten folgen zu lassen. Nach dem ergebnislosen Ende derselben trat die Gesellschaft in den folgenden Jahren nicht mehr durch konkrete Aktionen in Erscheinung. Der – nicht zuletzt finanzielle – Misserfolg der Studienreise hatte sicherlich den Ausschlag dafür gegeben, dass sich die Gesellschaft während der folgenden Jahre wieder ausschliesslich auf publizistische Tätigkeit und ministerielle Eingaben beschränkte.

Dementsprechend stieg die Zahl der Eingaben und Anfragen an Ministerien, und auch konkrete Vorschläge zur Umsetzung politischer Vorstellungen der Kolonialgesellschaft wurden während der letzten Jahre der Monarchie wieder verstärkt an Behörden übermittelt.

Die Tatsache, dass ein großer Teil dieser Schreiben von den zuständigen Stellen nicht bzw. abschlägig beantwortet wurde, führte keineswegs zu einem Ende der Bemühungen, vielmehr wurden diese während des Ersten Weltkrieges noch intensiviert. Ähnlich wie bereits bei der Analyse der pro-kolonialen Schriften festgestellt wurde, dass während des Krieges eine Radikalisierung zu verzeichnen ist, so stand nun auch bei der Kolonialgesellschaft die Forderung nach dem Erwerb von Kolonien, der durch eine erhoffte Neuordnung des außereuropäischen Territorialbesitzes der europäischen Mächte im Verlauf des Krieges erreicht werden sollte, wieder dezidiert auf der Tagesordnung. Emigration wurde wieder zu einem Hauptargument für den *Erwerb* von Kolonien und die in

⁴⁵⁷ Hs. durchgestrichen, durch „auf“ ergänzt

⁴⁵⁸ Hs. durchgestrichen, durch „kuk Vertretungsbehörden“ ersetzt

⁴⁵⁹ HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen, Handelsministerium an MdA 29. August 1912

den Jahren zuvor geforderte Förderung von Auswanderung, die bestenfalls als mögliches Fernziel Territorialbesitz ins Auge fasste, stand nun nicht mehr im Vordergrund.

Anhand einiger Eingaben der Kolonialgesellschaft lässt sich die Veränderung der Argumentationsrichtung nachvollziehen. Die ersten beiden datieren vom 16. Jänner bzw. 28. März 1914, also wenige Monate vor dem Beginn des Krieges, weitere wurden zwischen 1916 und 1918 abgefasst.

Während 1914 Migration noch im Zentrum des Bemühens stand, wurde im Schreiben von 1916 wieder dezidiert auf den Erwerb von Kolonien Bezug genommen.

Mit der Eingabe vom Jänner 1914 übersandte die Gesellschaft eine „Denkschrift betreffend die Regelung des Auswanderungsproblems“, und auch die Selbstdarstellung schob die Frage der Lösung dieses „Problems“ in den Vordergrund:

„Unsere Gesellschaft ist ein ausschliesslich humanitär-patriotischer Verein, der statutenmässig (§ 3 d. St.) hauptsächlich die Herstellung geordneter Auswanderungsverhältnisse, Abwehr der Verleitung zur Auswanderung, Schutz der Auswanderer und Repatriierten einerseits und die Erschliessung neuer Absatzgebiete für Industrie und Handel auf überseeischem Gebiete andererseits bezweckt und (§ 4 d. St.) zu Eingaben, Berichten und Petitionen an gesetzgebende Körperschaften und Behörden in allen diesen Fragen befugt, bzw. verhalten ist.“⁴⁶⁰

Hauptinteresse sei demnach die Regelung der Emigration, zwar verbunden mit ökonomischer Stoßrichtung, wobei letztere lediglich ein weiterer Nutzen des „ausschliesslich humanitär-patriotischen“ Bemühens der Gesellschaft um den Schutz der Interessen von Auswandernden darstelle.

Der Zusammenhang mit kolonialen Ambitionen wird zwar nicht gänzlich verschwiegen, taucht aber in der „Denkschrift“ lediglich in Nebensätzen auf:

⁴⁶⁰ HHStA F 15, K 10, Denkschrift Kolonialgesellschaft, 16. Jänner 1914

„Deutschlands Welthandel, ja Weltpolitik, Italiens Seemacht und koloniale Expansion basieren auf der geregelten Massen-Auswanderung [...].“⁴⁶¹ Die Forderung nach einer derartigen „kolonialen Expansion“ durch „Massen-Auswanderung“ stand jedoch nicht am Programm der Kolonialgesellschaft, vielmehr wurde die sogenannte „wirtschaftliche Kolonisation“ propagiert, also die ökonomische Eroberung von Absatzgebieten; außerdem sollten sämtliche Gebiete der Monarchie den ökonomischen Bedürfnissen der Zentralmacht entsprechend mittels „Innenkolonisation“ zugerichtet werden. Die Tatsache, dass Österreich-Ungarn nicht über außereuropäischen Kolonialbesitz verfügte, wird als Faktum konstatiert und akzeptiert; dies müsse aber durch intensive ökonomische Aktivitäten im In- und Ausland kompensiert werden: „Da Oesterreich darauf verzichtete, Staatskolonisation zu betreiben, oder politische Kolonien zu gründen oder zu erwerben, so muss es überseeische wirtschaftliche und Innenkolonisation betreiben.“⁴⁶²

Ganz ähnlich ist auch die Stoßrichtung der zweiten Eingabe vom 28. März 1914, bei der es sich lediglich um die Übermittlung einer Ausgabe der *Kolonial-Zeitung* handelt, jedoch „mit dem ergebenen Hinweise auf den Artikel ‚Zur Lösung des Auswanderungsproblems‘“⁴⁶³.⁴⁶⁴ In selbigem werden im wesentlichen dieselben Argumente der „Denkschrift“ vom Jänner wiederholt.

Völlig anders stellte sich die Situation während der Kriegsjahre dar. Eine Eingabe der Kolonialgesellschaft vom 15. März 1916 an Außen- und Innenministerium, das gemeinsame Finanzministerium in Angelegenheiten Bosnien-Herzegowina, das Ministerratspräsidium, Ackerbauministerium, Ministerium für Landesverteidigung, sowie an die jeweils entsprechenden ungarischen Stellen befasst sich mit der „Canada-Frage“. Noch einmal wird die Canadian-Pacific-Affäre von 1912/13 zum Anlass genommen, um vor angeblichen negativen

⁴⁶¹ Ebd.

⁴⁶² Ebd.

⁴⁶³ *Kolonial-Zeitung*, Nr. 4 1914, 23. März 1914

⁴⁶⁴ HHHStA F 15, K 10, Eingabe Kolonialgesellschaft 28. März 1914

Auswirkungen nicht-regulierter Auswanderung zu warnen; allerdings schwingt hier vor dem Hintergrund des Krieges eine generelle Ablehnung von Auswanderung in Gebiete mit, die nicht mit der Monarchie assoziiert waren. Auswanderung in Länder, die der Monarchie im Krieg gegenüberstanden wurde nun wieder als direkte Schädigung eingeschätzt, man habe es hierbei

„mit der für die österreichisch-ungarische Wehrmacht und Volkswirtschaft schädlichsten Form der Auswanderungsbewegung zu tun, nämlich der dauernden Besiedlung durch unsere Auswanderer, was vollständige Lostrennung der Betreffenden von ihrer Heimat in wirtschaftlicher, staatsbürgerlicher und wehrpflichtiger Hinsicht bedeutet, welche aber die Gefahr mit sich bringt, dass die nach längstens 5 Jahren entnationalisierten Auswanderer im gegebenen Falle die Marine oder das Heer Canadas beziehungsweise Grossbritanniens verstärkt [...]“. ⁴⁶⁵

Entscheidend bei der Darstellung dieser Migrationsbewegungen ist, dass sie von den KritikerInnen so dargestellt werden, als ob es sich um nicht ganz freiwillige, von unhaltbaren Versprechungen begleitete Abwerbungen von Staatsangehörigen der Monarchie handeln würde. Fragen nach den Ursachen für die Emigration, die Beweggründe der Auswandernden etc. werden nicht gestellt:

„Es scheint, dass sofort nach dem Kriege wiederum die bekannten Anstrengungen gemacht werden sollen, um aus unseren Ländern Auswanderer nach Canada und zwar nicht vielleicht bloss zu einer vorübergehenden Arbeitsleistung, sondern zu Ansiedlungszwecken anzulocken.“ ⁴⁶⁶

Mit dieser negativen Bewertung der Emigration zeichnete sich bereits ein Umschwung in der Linie der Kolonialgesellschaft und mit ihr assoziierter Personen ab, der im Verlauf des Krieges zur Wiederaufnahme früherer

⁴⁶⁵ HHStA F 15, K 10, Eingabe Kolonialgesellschaft zur Canada-Frage

⁴⁶⁶ Ebd.

Forderungen der Gesellschaft nach dem Erwerb von Kolonien führte, in welche die EmigrantInnen „gelenkt“ werden sollten.

Vor allem Friedrich Hey, selbst Verfasser zahlreicher Publikationen zu kolonial- und migrationspolitischen Schriften, der diese beiden Aspekte stets unmittelbar verknüpfte, jedoch in den Jahren um die Jahrhundertwende die kolonialpolitischen Aspekte und Argumente stark in den Hintergrund drängte, trat nun noch einmal als aktiver Betreiber kolonialpolitischer Vorstellungen in den Vordergrund und wurde dabei von der Kolonialgesellschaft und vom Flottenverein unterstützt.

In einer Brief vom 25. Februar 1917 legt Hey nun erstmals ein umfassendes Konzept zum Erwerb von Kolonien durch die Habsburgermonarchie vor. Angelpunkt von Heys Überlegungen bildet ein weiteres Mal die These einer zu bewältigenden „Überbevölkerung“:

„Wie kein zweiter Staat in Europa, ist die Monarchie – wegen ihrer grossen Volkszahl und Auswanderung – prädestiniert den künftigen Volksüberschuss nicht nur innerhalb der eigenen Grenzen, sondern auch jenen aller unserer Nachbarn in Nord- und Südosten aufzunehmen und unter seinen Fittichen in österreichisch-ungarischen Kolonialgebieten, oder eventuell in unpolitischen Kolonien zu sammeln und nicht mehr für gegnerische, sondern für die Interessen unseres Staates zu verwerten.“⁴⁶⁷

Hey skizzierte also die künftige Rolle der Monarchie als Drehscheibe für Auswanderung in Kolonialgebiete; sowohl von letzteren, als auch von den Migrationsbewegungen würde Österreich profitieren können, weshalb der Erwerb von Kolonien zum zentralen Kriegziel gemacht werden müsse:

„Wir würden ungeheure wirtschaftliche und machtpolitische Vorteile für die Zukunft verlieren, wenn wir es versäumen, für die Zeit der Friedensverhandlungen rechtzeitig Beschlüsse zu fassen, nach welchen unsere

⁴⁶⁷ HHStA F 15, K 10, Brief Hey 25. Februar 1917

Forderung nach Kolonialgebieten formuliert und als einer unserer Hauptansprüche behandelt werden soll.“⁴⁶⁸

Der Autor wiederholte dabei bekannte Argumente aus der pro-kolonialen Publizistik, argumentiert etwa mit dem Vorteil, der die Multikulturalität der Monarchie mit sich bringe („[...] denn alle würden sich als Gleichberechtigte vertrauensvoll in österreichisch-ungarische Kolonien begeben.“⁴⁶⁹), und weist neben „Militär-, Macht- und finanzpolitischen Gründen“ auf die vielfältigen Vorteile für dieses multikulturelle Staatswesen hin (der Besitz von Kolonien „kann versöhnend und verbindend in der ganzen Monarchie zur Wirkung gebracht werden, da alle Nationalitäten am glücklichen Gedeihen das gleiche Interesse haben.“⁴⁷⁰).

Für Hey sind Krieg und bevorstehende Friedensverhandlungen der Anlass für ein dezidiertes Plädoyer zugunsten des Erwerbs von Kolonien im völkerrechtlichen Sinn; die Möglichkeit der lange Zeit befürworteten abgeschwächten Alternative von Siedlungs- oder „Wirtschafts“kolonien bzw. die Anlehnung bei der Umsetzung kolonialpolitischer Konzepte an das Deutsche Reich erwähnt Hey zwar auch in diesem Brief, jedoch stellen diese Möglichkeiten nunmehr lediglich zweitrangige Konzepte im Falle des Scheiterns einer eigenständigen Kolonialpolitik dar:

„Sollte gegen alle Voraussetzung und aus irgendwelchen Gründen auf eigene Kolonien oder kolonialwirtschaftliche Unternehmungen nicht zu denken sein [...] dann [...] würde ich mir erlauben zu empfehlen, dass wir unseren künftigen Volksüberschuss den Deutschen [...] überlassen, eventuell selbst Wirtschaftskolonien in Klein-Asien oder in den südamerikanischen Staaten gründen [...].“⁴⁷¹

⁴⁶⁸ Ebd.

⁴⁶⁹ Ebd. Hervorhebungen im Original

⁴⁷⁰ Ebd.

⁴⁷¹ Ebd. Hervorhebungen im Original

Hey war offenbar fest von dem Beginn einer österreichischen Kolonialbewegung mit dem Ende des Krieges überzeugt. Die über mehrere Jahre von ihm und anderen Autoren entwickelten Konzepte von „Wirtschaftskolonien“ rückten nun wieder in den Hintergrund und waren lediglich als Ausweg präsent, falls die Kolonialkonzepte sich „aus irgendwelchen Gründen“ als nicht durchführbar erweisen sollten.

Etwas vorsichtiger und weniger hinsichtlich der Durchführbarkeit kolonialer Erwerbungen während des Krieges bzw. nach Beendigung desselben zeigte sich die Kolonialgesellschaft. In einer Eingabe vom 31. August 1917 wird auch weiterhin kein direktes koloniales Engagement der Monarchie gefordert, sondern noch einmal die „ungeheure Bedeutung der Auswanderungsfrage für die österreichisch-ungarische Monarchie“ unterstrichen, die „breiteren Schichten der Bevölkerung eigentlich erst in den Kriegsjahren etwas zum Bewusstsein gekommen“ sei.⁴⁷² Nicht zuletzt ein Vergleich von Emigration und „Verlusten“ durch Kriegshandlungen sollte die Tragweite der Problematik unterstreichen und setzt jenes oft vorgebrachte Argument voraus, wonach wehrfähige Emigranten nicht nur dem österreichisch-ungarischen Heer verloren gegangen, sondern darüber hinaus durch ihre Arbeitskraft den militärischen Gegnern zugute gekommen seien: „Nach vorsichtiger Schätzung beträgt die Zahl unserer wehrfähigen Ausgewanderten allein 7-800.000 Mann, eine Zahl, die den Verlusten eines verlorenen Feldzuges gleichkommt.“⁴⁷³ Mit dieser Stellungnahme der Kolonialgesellschaft waren keine konkreten Forderungen oder Konzepte verknüpft, vielmehr ging es den Initiatoren darum, die Migrationsfrage weiterhin zu thematisieren, denn in „krassem Gegensatze zu dieser Wichtigkeit der Frage steht die vollkommene Gleichgültigkeit, mit welcher sie bisher selbst von berufenen Faktoren und von der breiten Öffentlichkeit behandelt worden ist.“⁴⁷⁴

Mit derartigen Stellungnahmen versuchte die Kolonialgesellschaft, grundlegende Argumente und Überzeugungen aus der Kolonialdebatte zu aktualisieren und

⁴⁷² HHStA F 15, K 10, Eingabe Kolonialgesellschaft 31. August 1917

⁴⁷³ Ebd.

⁴⁷⁴ Ebd.

weiterzutragen, auch wenn – wie im vorliegenden Fall – kein direkter Bezug zur kolonialen Frage hergestellt wurde.

Die Eingaben von Seiten der Kolonialgesellschaft und einiger ihrer Mitglieder wurde von den Adressaten nicht in allen Fällen zur Kenntnis genommen und beantwortet. Im Falle zweier Schreiben von Friedrich Hey vom Jänner 1918 kam es im Juni desselben Jahres zu Folge-Eingaben an Außenminister Stephan Burián sowohl durch die Kolonialgesellschaft, als auch durch den Flottenverein. In diesen beiden letzteren wurden jeweils die Schreiben von Hey noch einmal übermittelt und das Außenministerium zu einer Antwort aufgefordert. Offenbar hatte es auf die Eingaben Heys keine Antworten gegeben, weshalb man im Juni 1918 durch nochmalige Postsendungen von mehreren Seiten versuchte, das Ministerium zu einer Antwort zu provozieren. Kolonialgesellschaft und Flottenverein hatten zu diesem Zeitpunkt sogar dieselbe Postadresse, die betreffenden Eingaben unterschieden sich somit lediglich durch einige unterschiedliche Formulierungen in den Begleitschreiben, sowie durch das verwendete Briefpapier mit dem Briefkopf des jeweiligen Vereines.

Neben bekannten Hinweisen im Schreiben der Kolonialgesellschaft auf die dringliche Erfordernis der stärkeren Berücksichtigung der „Auswanderungsfrage“, da diverse „Kräfte“ eine „Auswanderungsbewegung grössten Stils nach den Staaten unserer Feinde“ entfalten könnten⁴⁷⁵ finden sich hier auch Bemerkungen und Argumentationsmuster, die auf die Bündniskonstellation des Krieges bezogen sind:

„Unsere und Deutschlands Sicherheit erfordert, die Führung und Verwertung der nord- und südeuropäischen Volksbewegung selbst in die Hand zu nehmen, -- denn aus dieser Kraftquelle wird in Zukunft die eine oder andere der gegnerischen Parteien die materielle Kraft schöpfen, um erneut den Kampf um die Weltherrschaft zu beginnen und endgültig zu entscheiden.“⁴⁷⁶

⁴⁷⁵ HHStA F 15, K 10, Eingabe 12. Juni 1918, Eingabe zu den Eingaben Heys

⁴⁷⁶ HHStA F 15, K 10, Brief Hey, 14. März 1918 (Eingabe Kolonialgesellschaft und Flottenverein)

Sowohl der direkte Bezug auf „Deutschlands Sicherheit“ als auch das Bild eines „Kampfes um die Weltherrschaft“ repräsentieren Vorstellungen, die bis zu diesem Zeitpunkt in den Äußerungen der Kolonialgesellschaft nicht vorhanden waren.

Während derartige Positionen von anderen Teilnehmern an der Kolonialdebatte bereits vor dem Krieg verfochten worden waren, finden sich in den Schriften der Kolonialgesellschaft vor dem Ersten Weltkrieg weder diese Tendenz zu einer deutschnationalen Ausrichtung noch der militarisiert Duktus, der nun in den Vordergrund rückte.

Die Befürwortung der Briefe Heys, die ebenfalls von einem aggressiv-militaristischen Tonfall geprägt sind, macht deutlich, dass die radikalisierten Positionen Heys von der Kolonialgesellschaft wie auch vom Flottenverein geteilt wurden. In den Ausführungen Heys wird die unmittelbare Verknüpfung von kolonialer Frage und Emigrationsproblematik mit der Kriegssituation deutlich. Die Gefahr, dass die Emigration dem „Gegner“ nützen könnte, soll durch die Lenkung der Emigration in Kolonien abgewendet werden. Vorausgesetzt wird vom Autor dabei, dass die von ihm skizzierte Situation, also die „feindliche“ Ausnutzung und Förderung von Emigration aus der Monarchie als Teil der Kriegsführung gegen die Monarchie einzuschätzen sei:

„Sicher ist, auch wenn wir Kolonien erhalten sollten, dass dieselben nicht sofort mit dem etwa verfügbaren Volksüberschusses⁴⁷⁷ besiedelt werden können, und daher ist es besonders nötig auch dafür zu sorgen, dass unsere und die uns interessierende Emigration nicht abermals in die Hände unserer Feinde gerät, um den Wirtschaftskrieg gegen uns zu erleichtern und zu vollenden, was unseren Gegnern mit den Waffen bisher nicht gelungen ist.“⁴⁷⁸

Trotz dieser wiederholten Übermittlung identischer Schreiben sind keine Reaktionen aus dem Außenministerium auf die von Hey, der Kolonialgesellschaft und dem Flottenverein vorgetragenen Überlegungen bekannt. Um die

⁴⁷⁷ Sic!

⁴⁷⁸ HHStA F 15, K 10, Brief Hey, 14. März 1918 (Eingabe Kolonialgesellschaft und Flottenverein)

beanspruchte Relevanz der eigenen Vorschläge zur kolonialen Frage zu unterstreichen sendet der Flottenverein kurze Zeit nach der Übermittlung der Briefe Heys noch eine Eingabe ans Außenministerium. Auch in dieser „von den Präsidien des Österreichischen Flottenvereines und der Österr.-ungar. Kolonialgesellschaft sowie von nahezu 200 Persönlichkeiten unseres öffentlichen Lebens gefertigte[n]“⁴⁷⁹ Eingabe an k.u.k. Geheimes Rat und Minister des Äußern Stephan Grafen Burián-Rajecz wird auf vorangegangene Vorschläge verwiesen, konkret auf eine Denkschrift des Flottenvereins vom Sommer 1916 sowie auf die Broschüre „Wirtschaftsfriede“, welche dieselbe als Nachwort ergänzt habe.

Die Betonung der Unterstützung durch einen großen Personenkreis ist eine neue Strategie, die hier zum ersten Mal zur Anwendung kommt und die Relevanz der Stellungnahme unterstreichen, wie auch die Adressaten zu einer Kenntnisnahme oder Antwort veranlassen soll.

Inhaltlich zeigt sich eine abermalige Veränderung der Argumentation, die von den Verfassern der Eingabe auch thematisiert wurde. Die Situation des Krieges und die durch diesen vorhandene Chance, bisherige „Versäumnisse“ zu korrigieren, veranlassen die Autoren, ihre Vorstellungen weit konkreter zu formulieren als dies bisher geschehen sei. Diese Veränderung wird damit erklärt, dass man politischen Gegnern nicht durch voreilige unrealistische Forderungen leichtfertig Argumente in die Hand geben wollte:

„Mit voller Absicht wurden in den bisherigen, an einen grösseren Kreis gerichteten Darlegungen konkrete Vorschläge zur Verwirklichung unterlassen. Es sollte vermieden werden, dass billige Kritik an Einzelheiten einsetzt und dadurch der Hauptfrage ausweicht. Das wäre aber der Fall gewesen, wenn schon damals die Frage aufgerollt worden wäre: ‚Auf welchem Wege kann Oesterreich-Ungarn Kolonialbesitz erwerben?‘

Der Gang der Ereignisse führt unentrinnbar zu der Notwendigkeit, nunmehr auch diesen Gesichtspunkt für die kommenden Verhandlungen zur Diskussion zu stellen.“⁴⁸⁰

⁴⁷⁹ HHStA F 15, K 10, Eingabe Flottenverein 18. Juni 1918

⁴⁸⁰ Ebd. Hervorhebungen im Original, kursive Stellen im Original gesperrt

Dieser Argumentation entsprechend präsentieren die Autoren auch nicht mehr lediglich allgemeine Überlegungen zur kolonialen Frage und zur Auswanderung, sondern nehmen die Notwendigkeit, in dieser Hinsicht tätig zu werden als gegeben und präsentieren die Möglichkeiten, wie die koloniale Frage gelöst werden könne:

„Zwei Wege sind von vornherein beschreitbar. Sie schliessen sich nicht aus, sondern ergänzen und bedingen einander; sie sind nicht im Sinne einer Entweder – Oder, sondern eines Sowohl – als auch zu verstehen.

Der eine Weg ist der eigener Erwerbung, der andere der einer möglichst innigen kolonialwirtschaftlichen Kooperation mit dem Deutschen Reiche.“⁴⁸¹

Die „kolonialwirtschaftliche Kooperation“ tauchte zwar auch bisher schon immer wieder bei einigen Autoren auf, als Forderung in einer Eingabe von Kolonialgesellschaft bzw. Flottenverein an das Außenministerium wurde dies bislang jedoch noch nicht so konkret formuliert. Abgesehen von dieser eindeutigen Ausrichtung auf eine noch engere Anlehnung an das Deutsche Reich finden sich keine neuen Vorschläge oder Argumente in der Eingabe, was auch durch Formulierungen wie „Die Unterzeichneten bekennen sich daher nochmals zu der Ueberzeugung [...]“ auch von den Verfassern eingeräumt wird. Diese „Ueberzeugung“ besteht vor allem aus drei nunmehr nicht weiter zu hinterfragenden Voraussetzungen, wobei vor allem „1. dass Kolonialbesitz für uns politisch und wirtschaftlich nur ein Gewinn sein kann“ für die Verfasser und Unterzeichner offenbar keiner weiteren Argumente mehr bedarf. Aufschlussreich sind die beiden anderen Punkte, da diese die Gewichtung der Argumente deutlich macht, die zu diesem Zeitpunkt von den Protagonisten der Kolonialdebatte gewählt wurde. Der zweite Punkt betrifft das bereits bekannte Argument, dass koloniale Betätigung positive Auswirkungen auf die innere Verfassung des „Nationalitätenstaates“ habe und diese Betätigung „kein neuer Kampfplatz der

⁴⁸¹ Ebd. Hervorhebungen im Original, kursive Stellen im Original gesperrt

Parteien, sondern ein gemeinsames Arbeitsfeld für diese sein wird;⁴⁸² als dritter Hauptpunkt schließlich wird angeführt, „dass unser Bündnissystem -- insbesondere im Hinblick auf das Deutsche Reich -- durch Erwerbung von Kolonien doch ‚vertieft und erweitert‘ würde.“⁴⁸³ Neben einer Konsolidierung der innenpolitischen Situation würde koloniale Betätigung also auch den außenpolitischen Status der Monarchie stärken, nicht zuletzt durch eine mögliche stärkere Anbindung an das Deutsche Reich, mit welchem durch das koloniale Engagement weitere gemeinsame Interessen und eine entsprechende gemeinsame Politik entstehen würde. Dies würde „unsere internationale Situation -- insbesondere gegenüber den Ueberseestaaten -- wesentlich stärken.“⁴⁸⁴

Trotz dieser etwas konkreteren Darlegung kolonialpolitischer Forderungen blieb die Art und Weise von Erwerb wie auch Status zu erwerbender Gebiete offen, die Verfasser zählen lediglich Möglichkeiten hierfür auf:

„[...] Kauf, Pachtung, Tausch verschiedenartiger Wertobjekte usw. [...] unmittelbare Staatshoheit, Schutzherrschaft /Protektorat oder Schutzgebiet/, Souveränität oder Verwaltung durch privilegierte Gesellschaften mit Gebietshoheit, endlich gemeinsame Marineverwaltung.“⁴⁸⁵

Grundvoraussetzung der in dieser Eingabe wie auch in allen anderen während des Krieges verfassten pro-kolonialen Stellungnahmen ist eine völlig unrealistische Einschätzung der militärischen Situation. Stets gehen die jeweiligen Verfasser davon aus, dass die Monarchie als Sieger aus dem Krieg gestärkt hervorgehen würde und dementsprechend von einer im Zuge von Friedensverhandlungen zu erwartenden Neuordnung der europäischen durch eine Erweiterung territorialer und militärischer Stärke profitieren würde. In der vorliegenden Schrift werden in dieser Hinsicht vor allem die „seestrategischen Verhältnisse im Mittelmeer“ angesprochen, die „angesichts der zu erwartenden Stärke der verbündeten Flotten

⁴⁸² Ebd.

⁴⁸³ Ebd.

⁴⁸⁴ Ebd.

⁴⁸⁵ Ebd.

nach dem Kriege für uns zweifellos günstiger liegen, als zuvor.“⁴⁸⁶ Und diese „zweifellos“ günstigere Lage müsse dazu verwendet werden, derzeitige Gegner zu schwächen und gleichzeitig selbst davon zu profitieren: „Da erscheint es nicht ausgeschlossen, den kleineren Mitläufern der Entente etwas von ihren afrikanischen Kolonien als gesicherten Besitz abzugewinnen.“⁴⁸⁷

Nicht näher werden die Hintergründe für die Behauptung ausgeführt, dass „sich aus vertraulichen Aeusserungen autoritativer Berliner Stellen gegenüber österreichisch-ungarischen Repräsentanten ergibt“, dass „man im Deutschen Reiche ein gemeinsames kolonialpolitisches und kolonialwirtschaftliches Arbeitsprogramm freudig begrüßen“⁴⁸⁸ würde. Um welche Äußerungen es sich hier handelt bleibt im Dunkeln und so liegt der Verdacht nahe, dass hier lediglich Verbindungen zu „autoritativen Berliner Stellen“ suggeriert werden, um die eigenen Vorstellungen relevanter erscheinen zu lassen.

Der Brief endet mit einem direkt an die Regierung gerichteten Appell:

„Die Unterzeichneten erlauben sich daher die hohe k.u.k. Regierung zu ersuchen:
BEI DEN FRIEDENSVERHANDLUNGEN NICHTS UNVERSUCHT ZU LASSEN, UM DURCH EIN ENTSPRECHENDES UEBEREINKOMMEN DER OBERWAHNTEN ART DAS NOETIGE KOLONIALE BETAETIGUNGSFELD FUER OESTERREICH-UNGARN ZU SICHERN.“⁴⁸⁹

Anschließend findet sich eine Liste mit ca. 200 Personen, die das Schreiben unterstützen, darunter die Mitglieder der Präsidien von Kolonialgesellschaft und Flottenverein, sowie der mutmaßliche Großteil der Mitgliedschaft beider Vereine.

Eine der letzten vor dem Ende des Krieges und dem Zusammenbruch der Monarchie veröffentlichten Stellungnahmen der Kolonialgesellschaft ist die

⁴⁸⁶ Ebd.

⁴⁸⁷ Ebd.

⁴⁸⁸ Ebd.

⁴⁸⁹ HHStA F 15, K 10, Eingabe Flottenverein 18. Juni 1918 Hervorhebungen im Original, kursive Stellen im Original gesperrt

Eingabe der „Denkschrift über Auswanderung und Kolonialpolitik“, die am 27. Juli 1918 an das „k.u.k. Ministerium des k.u.k. Hauses und des Äußern“ gesandt und darüber hinaus auch dem „k.k. Ministerpräsidenten“, dem Chef des Generalstabes und der „Militärkanzlei seiner Majestät“ übermittelt wurde. Diese „Denkschrift“ geht, verglichen mit der gemeinsamen Eingabe von Kolonialgesellschaft und Flottenverein, gewissermaßen einen Schritt zurück und thematisiert ausdrücklich wieder die „Auswanderung und Kolonialpolitik vom Standpunkte der k.u.k. Wehrmacht.“ Dabei wird vor allem die Frage der Schwächung der österreichischen bei gleichzeitiger Stärkung etwa der US-amerikanischen Streitkräfte und Industrie thematisiert und auf eine Beendigung dieser Problematik durch koloniales Engagement gedrängt. Der Krieg habe dabei die schon in den Jahren vor Ausbruch desselben vorgebrachten Analysen und Appelle bestätigt. Der nicht genannte Verfasser der Denkschrift wiederholt Argumente über den angeblichen Zusammenhang von „Bevölkerungsüberschuss“, Auswanderung und Kolonisation und verweist darauf, dass die entsprechenden Lösungsvorschläge nun endlich in die Tat umgesetzt werden könnten:

„Die Monarchie, deren Auswanderung erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts beachtens- aber auch bedauernswerte Dimensionen anzunehmen begann, konnte sich bei Erkenntnis dieser Tatsache schon schwer mit dem Problem der Erwerbung von Kolonien befassen, da die ganze Erde schon sozusagen aufgeteilt war.

Die Erfahrungen des Weltkrieges und auch dessen bisherige Resultate lassen es aber als eine kategorische Pflicht erscheinen, beim kommenden Friedensschluß auf der Erwerbung von Kolonien unbedingt zu bestehen.“⁴⁹⁰

Der Autor beschränkt sich allerdings nicht auf die „Auswanderungsfrage“, sondern führt auch „tropische und subtropische Rohstoffe“ als Argument für den Erwerb von Kolonien an und nennt dies auch den „Hauptgrund für die Erwerbung

⁴⁹⁰ HHStA F 15, K 10, Eingabe 27. Juli 1918, Denkschrift „Auswanderung und Kolonialpolitik“, S. 5

von Kolonien⁴⁹¹. Weiter wird außerdem darauf hingewiesen, dass es nicht so sehr darauf ankomme, mit „Naturschätzen“ bedachte Gebiete zu erwerben, da

„früher oder später der Besitz größerer Landstriche sich immer lohnt. Forschergeist und Arbeitsfleiß, sowie ein wenig Entdeckerglück, haben bisher in allen Ländern der Welt, seien sie nun unter dem Äquator oder nahe dem Nordpol gelegen, Mineralschätze oder die Möglichkeit zu erfolgreicher Arbeit zu finden gewußt. Als Beispiel sei nur auf die Diamantfunde in der einst so verlachten Streusandbüchse Deutsch-Südwestafrikas erinnert.“⁴⁹²

Neben diesen materiellen Gründen für eine Beteiligung am Kolonialismus führt der Autor aber auch solche „Beweggründe“ an, die ihm sogar als „noch bedeutender“ erscheinen:

„Die Erweiterung des eigenen Machtbereichs, das Bewußstein, sich an dem Missionswerke der europäischen Welt in kulturellem Sinne beteiligen zu können, aber auch das schöne Gefühl, im eigenen Lande für die Verbreitung des Christentums und der Gesittung wirken zu können, sind Faktoren, die hoch zu bewerten sind.“⁴⁹³

Der Autor ruft eine in Gestalt mehrerer kolonialpolitischer Versuche vorhandene koloniale Tradition⁴⁹⁴ Österreichs in Erinnerung und setzt sich auch konkret mit möglichen Zielgebieten österreichischer Kolonialtätigkeit auseinander, wobei er das nordöstliche Afrika als eines „unserer natürlichsten Interessengebiete“⁴⁹⁵ bezeichnet:

⁴⁹¹ Ebd.

⁴⁹² Ebd. S. 6

⁴⁹³ Ebd. S. 6

⁴⁹⁴ „Da sind die kolonialpolitischen Versuche, die die Monarchie von den seinerzeit in ihrem Besitze befindlichen katholischen Niederlanden aus unternommen hat, Kolonialansätze nach der Weltumsegelung der ‚Novara‘, sowie die Erwerbung Bosniens und der Herzegowina und die des fälschlich sogenannten Settlements, richtig der Konzession in Tsientsin (China).“
HHStA F 15, K 10, Eingabe 27. Juli 1918, Denkschrift „Auswanderung und Kolonialpolitik“, S. 6

⁴⁹⁵ HHStA F 15, K 10, Eingabe 27. Juli 1918, Denkschrift „Auswanderung und Kolonialpolitik“, S. 6

„[...] vor allem aber die italienischen Kolonien Erythrea und Somaliküste bieten sich als österreichisch- ungarisches Kolonisationsziel dar, die letzt erwähnte umsomehr, als wir genügend Faustpfänder von Italien besitzen, um mit Erfolg unsere Forderungen durchsetzen zu können. Die Nachbarschaft dieser Gebiete zu Deutsch-Ostafrika und dem befreundeten türkischen Reich, ferner die Nachbarschaft zu dem noch einzigen unabhängigen Staate Afrika⁴⁹⁶, Abessinien, mit dem unsere Monarchie alte Handelsinteressen verbinden, geben uns vom Standpunkte des Verkehrs, des Handels und der Politik einen starken Anreiz, speziell hier expansiv vorzugehen.“⁴⁹⁷

Darüber hinaus werden das „französische Madagaskar“, Tripolis, Britisch-Ostafrika sowie Marokko erwähnt, wobei der Autor die Tatsache, dass in diesem Falle Gebiete kolonisiert würden, die zuvor bereits unter kolonialer Beherrschung gestanden hatten positiv bewertet, da vorhandene koloniale Strukturen einfach übernommen werden könnten:

„Alle die Gebiete, die hier in Frage gezogen wurden, sind schon längere Zeit unter europäischer Verwaltung, und ihre Übernahme in die unserer Monarchie dürfte keine großen Kosten verursachen, wohl aber unserem Handel und unserer Schifffahrt viel Anreiz gewähren.“⁴⁹⁸

7 Brüche und Kontinuitäten. Aktivitäten österreichischer Kolonialautoren nach 1918

Mit dem Ende der Monarchie erübrigten sich sämtliche während der Jahrzehnte zuvor ausgearbeiteten Kolonial-Konzepte und dementsprechend endete auch die pro-koloniale Lobbyarbeit von Einzelpersonen und Vereinen. Während der

⁴⁹⁶ Sic!

⁴⁹⁷ HHStA F 15, K 10, Eingabe 27. Juli 1918, Denkschrift „Auswanderung und Kolonialpolitik“, S. 6

⁴⁹⁸ Ebd. S. 7

Flottenverein sich unter neuem Namen neu konstituierte⁴⁹⁹, beendete die Österreichisch-Ungarische Kolonialgesellschaft ihre Tätigkeit. Einige der Protagonisten der Kolonialaktivitäten blieben allerdings auch in der nunmehr völlig veränderten politischen Situation aktiv und transformierten zuvor entwickelte Vorstellungen in neue Konzepte. Sie waren Teil der vielfältigen deutschnationalen und antidemokratischen Ideologien, die während der folgenden Jahrzehnte in Österreich, Deutschland, aber auch in vormals zur Habsburgermonarchie gehörenden Gebieten etwa der Tschechoslowakei, in denen nach wie vor große deutschsprachige Gruppen lebten, in Reaktion auf die neuen politischen Verhältnissen entstanden. Damit trugen diese Autoren zur Entstehung ideologischer Versatzstücke bei, aus denen einige Jahre später faschistische Konzepte geschöpft wurden.⁵⁰⁰

Gleichzeitig entstanden ab den 1920er Jahren auch neue kolonialistische Organisationen wie etwa die „Deutsche Kolonialgesellschaft, Gau Österreich“. Diese waren unmittelbar mit der entstehenden NS-Bewegung verbunden.⁵⁰¹

Wie weiter oben dargelegt, tauchten während des Ersten Weltkrieges zunehmend rassistische und militaristische Argumente in der österreichischen Kolonialdiskussion auf, einige Publikationen waren von einer dezidiert deutschnationalen Ausrichtung geprägt. Im Folgenden soll noch einmal der Blick auf diese Aspekte gerichtet werden. Dabei wird die Frage von Überschneidungen zwischen prokolonialer Argumentation und wissenschaftlichen Forschungsprojekten sowie das Entstehen neuer politischer Konzepte in Zusammenhang mit kolonialem Denken um die Jahrhundertwende erneut aufgeworfen und werden Spuren späteren Wirkens von dabei entwickelten Vorstellungen in den Jahrzehnten nach dem Ende der Monarchie verfolgt.

⁴⁹⁹ Vgl. Aichelburg (o.J.)

⁵⁰⁰ Zu diesem Themenkomplex vgl. insbesondere Michael *Wladika*, *Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k. Monarchie*. Wien 2005. Wladika geht allerdings nicht auf die Kolonialpropaganda ein.

⁵⁰¹ Vgl. Weeks (2002), S. 70-74. Für die vorliegende Arbeit waren aber vor allem jene Personen von Interesse, die bereits in Österreich-Ungarn kolonialpropagandistisch in Erscheinung getreten waren.

Hier wird ein Bereich berührt, der zwar sicherlich für die Auseinandersetzung mit einer österreichischen Kolonialtradition insgesamt nur von marginalem Interesse ist, in der geschichtswissenschaftlichen Debatte insbesondere über den deutschen Kolonialismus während der vergangenen Jahre jedoch eines der zentralen Themen war, nämlich die Rolle von Erfahrungen und Denkmodellen des deutschen Kolonialismus für die Herausbildung faschistischer Ideologien.⁵⁰² Die Debatte im deutschsprachigen Raum⁵⁰³ drehte sich dabei im Kern um die Frage, ob man bei dem zweifelsohne vorhandenen Bezugsverhältnis zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus von Kontinuitätsphänomenen sprechen könne – also einer direkten Fortsetzung von Ideologien und Praktiken⁵⁰⁴ – oder ob es sich eher um

⁵⁰² Der ideologiegeschichtliche Zusammenhang von Kolonialismus und Faschismus wurde bereits in den 1950er Jahren von Hannah Arendt thematisiert und später von Theoretikern der Négritude wieder aufgegriffen. In den Geschichtswissenschaften entstand während der letzten Jahre eine intensive Diskussion um diese Thematik. Vgl. Aimé Césaire, *Über den Kolonialismus*. Berlin 1968; Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*. München 1991; Enzo Traverso, *Moderne und Gewalt. Eine europäische Genealogie des Nazi-Terrors*. Köln 2003; Rosa Amelie Plumelle-Urbe, *Weisse Barbarei. Vom Kolonialrassismus zur Rassenpolitik der Nazis*. Zürich 2004; Domenico Losurdo, *Kampf um die Geschichte. Der historische Revisionismus und seine Mythen*. Köln 2007; A. Dirk Moses, *Empire, Colony, Genocide: Keywords and the Philosophy of History*. In: A. Dirk Moses (Ed.), *Empire, Colony, Genocide. Conquest, Occupation, and Subaltern Resistance in World History*. New York, Oxford 2008. S. 3-54.

⁵⁰³ Die Debatte im deutschsprachigen Raum wurde durch Jürgen Zimmerers Arbeiten zur Kolonialpolitik des Deutschen Reiches und deren Kontinuitäten im Nationalsozialismus angestoßen. Vgl. Jürgen Zimmerer, *Holocaust und Kolonialismus. Beitrag zu einer Archäologie des genozidalen Gedenkens*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 51. Jg. (2003), Nr. 12, S. 1098-1119; *ders.*, Die Geburt des ‚Ostlandes‘ aus dem Geiste des Kolonialismus. Ein postkolonialer Blick auf die NS-Eroberungs- und Vernichtungspolitik. In: *Sozial.Geschichte. Zeitschrift für die historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts*, 1 (2004), pp. 10-43; *ders.*, Nationalsozialismus postkolonial. Plädoyer zur Globalisierung der deutschen Gewaltgeschichte. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 57. Jg. (2009), Nr. 6, S. 529-548. Kritisch zu Zimmerer äußerte sich vor allem Birthe Kundrus; vgl. Birthe Kundrus, *Von Windhoek nach Nürnberg? Koloniale „Mischehenverbote“ und die nationalsozialistische Rassengesetzgebung*. In: Kundrus (Hg. 2003), S. 110-131; *dies.*, Grenzen der Gleichsetzung. Kolonialverbrechen und Vernichtungspolitik. In: *iz3w* Nr. 275 (2004), S. 30-33; *dies.*, Kontinuitäten, Parallelen, Rezeptionen. Überlegungen zur „Kolonialisierung“ des Nationalsozialismus. In: *WerkstattGeschichte* 43, 15. Jg., Dezember 2006, S. 45-62. Vgl. weiters Reinhart Kößler und Henning Melber: *Vergangenes in der Gegenwart. Kontinuitäten des Deutschen Kolonialismus*. In: *iz3w* Nr. 275 (2004), S. 22-25. Einen zusammenfassenden Überblick über diese Debatte versuchen Robert Gerwarth und Stephan Malinowski, *Der Holocaust als „kolonialer Genozid“? Europäische Kolonialgewalt und nationalsozialistischer Vernichtungskrieg*. In: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft*, 33. Jg., Heft 3, Juli-September 2007. S. 439-466

⁵⁰⁴ Vgl. etwa Zimmerer (2004)

Transfer-Phänomene handelt, beispielsweise um die Anverwandlung von Begriffen aus der Kolonialgeschichte durch die NS-Ideologen.⁵⁰⁵

Für Österreich stellt sich die Frage eines Weiterwirkens kolonialer Konzepte angesichts der Marginalisierung der Kolonialdebatte in der Habsburgermonarchie in vielerlei Hinsicht anders. Während etwa personelle Kontinuitäten, wie sie für die deutschen Schutztruppen diskutiert wurden, oder das Anknüpfen an koloniale Repressionsmethoden während der NS-Herrschaft für unseren Zusammenhang von untergeordnetem Interesse sind, stellt sich dennoch die Frage, in welcher Form jenes politische und intellektuelle Milieu, das bis zum Ende der Habsburgermonarchie koloniale Konzepte entwickelte, nach dem Zusammenbruch der Monarchie weiterwirkte und in welche Traditionen und politischen Zusammenhänge sich die betreffenden Personen selbst einordneten. Die Verwurzelung der in den 1920er Jahren entstehenden Formationen der Rechten in den politischen Entwicklungen vor 1918 wurde immer wieder festgestellt.⁵⁰⁶ Für unseren Zusammenhang soll nun die konkrete Frage nach den Protagonisten der österreichischen Kolonialdebatte unter diesem Blickwinkel gestellt werden.

Einschränkend muss allerdings festgehalten werden, dass bei derzeitigem Quellenstand lediglich für drei Personen, die zum Bereich österreichischer Kolonialaktivitäten gerechnet werden können, genügend Informationen über deren Wirken nach dem Ende der Monarchie vorliegen, um diese Aspekte zu diskutieren. Es ist natürlich nicht möglich, aufgrund einiger Fallbeispiele einen *notwendigen* Zusammenhang zwischen pro-kolonialer Argumentation und NS-Ideologie herzustellen.

Im Folgenden soll lediglich darauf aufmerksam gemacht werden, daß zum einen die radikaleren Argumente und Schlagworte der österreichischen Kolonialdebatte

⁵⁰⁵ Vgl. Kundrus (2006)

⁵⁰⁶ Vgl. Wladika (2005). Die Rolle der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges für die Entstehung faschistischer Bewegungen in Europa analysiert etwa Traverso (2003) S. 96-103. Vgl. auch Luciano *Canfora*, August 1914. Oder: Macht man Krieg wegen eines Attentats? Köln 2010, S. 112, 113. Hobsbawm macht darauf aufmerksam, dass die Traditionen, an die faschistische Bewegungen anknüpften, in der Regel „Erfindungen“ waren und insbesondere der NS-Rassismus ein „Konglomerat“ ideologischer und wissenschaftlicher Versatzstücke aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert darstellte, Hobsbawm (1998), S. 153-156.

zumindest teilweise mit der entstehenden NS-Ideologie kompatibel waren. Zum anderen konnte die Kolonialthematik in der politischen bzw. wissenschaftlichen Tätigkeit österreichischer Kolonialprotagonisten auch nach dem Ende der Monarchie eine relevante Rolle einnehmen.

Als Beispiele dienen der von Richard Seyfert verfasste „Entwurf eines Programmes der Deutschen Nationalpartei“, sowie die Biographien von Adolf Mahr und Robert Stigler – letzterer als Teilnehmer der von Richard Kmunke organisierten Uganda-Expedition der Jahre 1911/12 und späterer NS-Mediziner.

Alle drei haben auf unterschiedliche Weise nach dem Ende der Monarchie Argumente und ideologische Versatzstücke, die im Rahmen der österreichischen Kolonialdebatte aufgetaucht sind, weitergeführt bzw. zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufgegriffen.

Richard Seyfert und Adolf Mahr

Anhand der bereits mehrfach zitierten „Denkschrift betreffend die Notwendigkeit eines überseeischen Kolonialbesitzes für die österreichisch-ungarische Monarchie und die Richtlinien einer solchen Kolonialpolitik“ von Richard Seyfert und Adolf Mahr können die Anknüpfungsmöglichkeiten für die Kolonialautoren nach dem Ende der Monarchie nachvollzogen werden. Viele der in der Denkschrift entwickelten Vorstellungen entsprachen Grundannahmen rechtskonservativer Politik in den 1920er und 1930er Jahren. Die Herausforderung bestand für die Autoren darin, nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns einen neuen politischen Rahmen für ihre Ideen zu finden.

Während Adolf Mahr nach dem Ende der Monarchie zunächst von der Bildfläche politischer Aktivität verschwand und sich seiner wissenschaftlichen Karriere als Archäologe widmete, versuchte Richard Seyfert, die in der „Denkschrift“ entwickelten Positionen in die nach dem Zusammenbruch der Monarchie neu entstandene Situation zu transferieren. Seyfert trug mit dem „Entwurf eines

Programmes der Deutschen Nationalpartei“⁵⁰⁷ zur Bildung einer jener zahlreichen „nationalen“ „deutschen“ Parteien bei, die in diesen Jahren in Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei entstanden waren und von welchen einige direkte Vorläufer der späteren NSDAP waren.⁵⁰⁸

Mahrs und Seyferts spätere Positionen zeichneten sich bereits in ihrer 1916 erstmals veröffentlichten Denkschrift ab. Hier entwickelten die Autoren Gedanken, die sich deutlich vom Durchschnitt der vorhandenen österreichischen pro-kolonialen Literatur abheben. Während von den meisten Autoren die positiven Effekte kolonialer Betätigung für die innerösterreichischen politischen und sozialen Konfliktfelder ausgiebig thematisiert wurden, gingen Seyfert/Mahr einen entscheidenden Schritt weiter und konstruierten eine Solidarität der „Weißen“, die sich im Rahmen kolonialer Betätigung etablierte und über die Beschränkungen nationaler (europäischer) Grenzen hinaus wirksam sei:

„Selbst verschiedenen Nationen angehörige Europäer fühlten sich wenigstens in fernen Weltteilen solidarisch, als Herrenrasse, die zusammenstehen muß. Nirgends sind die Tugenden der Gastfreundschaft und Hilfsbereitschaft, wirklichen, kameradschaftlichen Zusammenhaltens so hoch entwickelt wie in den überseeischen Niederlassungen der Weißen und dort wurde sogar von Engländern der britische Verrat an der weißen Rasse (Tsingtau) schwer und schimpflich empfunden.“⁵⁰⁹

Neben dieser Vorstellung einer europäischen Herrenrasse spielte auch die Erfahrung des Krieges eine wichtige Rolle für die Argumentation von Seyfert und Mahr, wobei die Kolonisierung lediglich als dauerhafte Verlängerung der Kriegshandlungen gesehen wurde, gleich „einem ständigen Kriegszustande, wo ganze Männer hart den Kampf ums Dasein mit anderen Völkern führen,

⁵⁰⁷ Richard *Seyfert*, Entwurf eines Programmes der Deutschen Nationalpartei. (o.J. ca. 1920).

⁵⁰⁸ Vgl. Pätzold/Weißbäcker (2002), S. 11, 12; Rosenkranz (2004), S. 68-69, 136, Wladika (2005)

⁵⁰⁹ Seyfert/Mahr (1917), S. 86

aufeinander angewiesen sind und das Äußerliche vom Kerne der Dinge zu unterscheiden lernen [...].“⁵¹⁰

Diese neue Sicht der Dinge werde sich schließlich auf den ganzen Staat positiv auswirken und nicht auf die unmittelbar in den Kolonien Tätigen beschränken:

„Diese Leute werden, aus den Kolonien heimgekehrt, kleinliche Verhältnisse und Streitigkeiten in der Heimat ihrem Werte entsprechend eben als solche zu beurteilen wissen. Dieser frische Geist wird seine Wirkungen für jene *Steigerung des Staatsgefühles* nicht verfehlen und ein *neues Band um die Heimat* schlingen, in ähnlicher Weise wie dies, bei aller Wahrung der Individualität, von unserer Heeresmacht gilt.“⁵¹¹

Für Seyfert und Mahrs Konzeption von Kolonialismus konstitutive Schlagworte sind „Herrenrasse“, „Krieg“, „Kampf ums Dasein“ bei gleichzeitigem „Zusammengehörigkeitsgefühl“⁵¹², welches so erst entstehen könne. An anderer Stelle warnen sie vor dem negativen Einfluss von „tieferstehenden Völkern“⁵¹³ auf die kulturelle Entwicklung von „Kolonisten“.

Es finden sich also in der Denkschrift ideologische Versatzstücke aus extrem rechten politischen Konzepten, chauvinistische, militaristische und sozialdarwinistische Elemente und solche aus „wissenschaftlich“-biologischem Rassismus, wie sie während des Ersten Weltkrieges erstmals breiter rezipiert und in den rechtsradikalen und schließlich faschistischen Organisationen der Zwischenkriegszeit wieder aufgetaucht waren.⁵¹⁴

⁵¹⁰ Ebd.

⁵¹¹ Ebd.

⁵¹² Ebd.

⁵¹³ Ebd. S. 54

⁵¹⁴ Vgl. Hobsbawm (1998), S. 147-162; Pätzold/Weißbäcker (2002), S. 14-18; Garscha (2005)

Richard Seyferts „Entwurf eines Programmes der Deutschen Nationalpartei“

Im Gegensatz zu Adolf Mahr trat Richard Seyfert rasch wieder als politischer Autor in Erscheinung. Bereits kurz nach dem Ende der Monarchie verfasst er den „Entwurf eines Programmes der Deutschen Nationalpartei“, der in vielen Punkten NS-Programmatik vorwegnimmt. Sozialdemagogie, Antisemitismus und Deutschnationalismus etwa sind bestimmende Pfeiler von Seyferts Schrift. Folgerichtig schließt sich der Autor später der NS-Bewegung an.⁵¹⁵

Als „oberstes Ziel“ der Partei nennt der Autor des Programmentwurfes den „Zusammenschluß *aller wirklich national Gesinnten* zu einem Verbands“⁵¹⁶, welcher den „heiligen Kampfe für unseres Volkes Einheit, Freiheit und Unabhängigkeit“⁵¹⁷ führen solle. Das Programm skizziert eine Haltung, die sich sowohl gegen starren Traditionalismus, als auch gegen sozialistische Konzepte richtet:

„Jeder Knechtsinn, jeder Geisteszwang und jede Fremdtümelei sei aus der Schule verbannt! Aber auch alle jüdisch-sozialistischen, verhetzenden, Autoritäts- und Disziplinlosigkeit erzeugenden sogenannten Reformen werden wir von der deutschen Schule bannen!“⁵¹⁸

Die deutliche Nähe zur später entstehenden programmatischen Konzepten des NS-Faschismus ist an anderen Stellen noch deutlicher. So fordert Seyfert für EinwanderInnen: alle „die ihre rein arische Abstammung bis zu den Großeltern nicht unzweifelhaft nachweisen können, sind in den jüdischen Kataster einzutragen.“⁵¹⁹

⁵¹⁵ Nach Auskunft von Gustav Mahr, dem Sohn von Adolf Mahr, war Richard Seyfert NSDAP-Mitglied. In der im deutschen Bundesarchiv aufbewahrten NSDAP-Mitgliedskartei taucht Richard Seyfert nicht auf. Der Bestand ist allerdings nicht vollständig erhalten.

⁵¹⁶ Seyfert, Entwurf, S. 4. Kursive Stellen im Original gesperrt.

⁵¹⁷ Ebd. S. 5

⁵¹⁸ Ebd. S. 6

⁵¹⁹ Ebd. S. 8

Ähnliches gilt für die sozialpolitischen Forderungen, die den sozialdemagogischen Charakter faschistischer Konzepte aufweisen:

„Wir bekämpfen daher sowohl die egoistische Auffassung des Kapitalismus als auch nicht minder die ebenso undeutschen sozialistisch-kommunistischen Theorien als Fremdrassige Geistesrichtungen. Wir betonen nachdrücklich, daß wir unser ganzes Wirtschaftsleben zugunsten der Volksgesamtheit und nicht zum materiellen Vorteile einzelner weniger geführt sehen wollen. Mit dem gleichen Nachdruck betonen wir aber auch, daß die ausgleichenden und reformierenden Eingriffe keine sinnlosen und gewalttätigen, unsere schwache Volkswirtschaft schwer bedrohenden Uebergriffe ins Privateigentum sein dürfen.“⁵²⁰

Verfassung und Verwaltung Deutschösterreichs sollen, so Seyfert, vereinfacht werden und „von nationalem und sozialem Geist erfüllt sein.“⁵²¹ Grundsätzlich aber wird betont, „daß wir mit jeder Staatsform zufrieden sind, die uns den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reiche zu verwirklichen vermag.“⁵²²

Das Hauptthema der früheren Publikation Seyferts, die koloniale Frage, spielt keine Rolle in dem Programmentwurf. Der einzige Widerhall aus der früheren Argumentation zu dieser Thematik ist ein kurzer Absatz zur Auswanderung, in welchem bekannte Argumente und Ziele wiederholt werden – allerdings ohne Bezug zum Kolonialismus:

„Nicht minder wichtig erscheint uns die staatliche Regelung und Ueberwachung des *Auswanderungswesens* bei voller Berücksichtigung des staatsgrundgesetzlich festgelegten Rechtes der Freizügigkeit. Wir fordern eheste Errichtung einer Stelle, die unsere Auswanderer vor Ausbeutung und Ausnützung im In- und Auslande schützt, die Rechte der zurückgebliebenen Familienmitglieder wahrt und welche

⁵²⁰ Ebd. S. 10, 11

⁵²¹ Ebd. S. 14

⁵²² Ebd. S. 14

den Zusammenhang unserer ausgewanderten Volksgenossen mit der Heimat durch wirtschaftliche und kulturelle Organisationen dauernd aufrecht erhält.“⁵²³

Seyferts Schrift spielte sicherlich keine große Rolle und wurde vermutlich kaum rezipiert, sondern diente vor allem der Selbstverständigung des Autors. Das Fehlen der Kolonialthematik macht indes deutlich, dass diese für Seyfert nicht von grundlegender Bedeutung war, sondern lediglich einen naheliegenden Bezugspunkt zu großmachtpolitischen Konzepten dargestellt hatte, den er unter veränderten politischen Voraussetzungen sofort wieder aufzugeben bereit war. Dies gilt auch für den Ko-Autor der „Denkschrift“. Obwohl in späteren Jahren politisch weitaus präsenter als Seyfert, griff auch Adolf Mahr die Kolonialthematik nicht mehr auf. Andere Argumente aus der „Denkschrift“ hingegen waren in seiner politischen Argumentation weiterhin vorhanden.

Adolf Mahr als Leiter der NSDAP-Auslandsorganisation in Irland

Adolf Mahr trat in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg zunächst politisch nicht in Erscheinung und widmete sich seiner wissenschaftlichen Laufbahn als Archäologe. Bis 1927 war er als Leiter der anthropologischen Abteilung im Naturhistorischen Museum Wien tätig und übersiedelte dann nach Dublin, wo er zum Leiter der Altertumsabteilung des Irischen Nationalmuseums ernannt wurde.⁵²⁴ Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten trat Mahr am 1. April 1933 der NSDAP bei⁵²⁵, nach der Gründung einer NSDAP-Auslandsorganisation in Irland im Mai 1934 wurde er Mitglied und – nachdem der zunächst gewählte Fritz Brase diese Position nicht ausüben konnte – Leiter derselben.⁵²⁶ Mahr verstand es, seine politischen Überzeugungen innerhalb seines wissenschaftlichen Umfelds lange Zeit im Verborgenen zu halten, was zu überraschten Reaktionen

⁵²³ Ebd. S. 10. Kursive Stellen im Original gesperrt.

⁵²⁴ Vgl. Gerry Mullins, Dublin Nazi No. 1. The Life of Adolf Mahr. Dublin 2007, S. 17. Mullins Biographie beschränkt sich auf Mahrs Wirken in Irland, die Zeit vor 1918 wird nur kursivisch behandelt, die „Denkschrift“ findet keine Erwähnung.

⁵²⁵ BArch BDC MF-Ortsgruppenkartei O0008, 3200.30, Mitgliedsnummer 1483301

⁵²⁶ Vgl. Herbert Sturm, Hakenkreuz und Kleeblatt. Irland, die Alliierten und das „Dritte Reich“ 1933-1945. Frankfurt am Main 1984, S. 193, 194; Mullins (2007), S.

nach dem Bekanntwerden derselben geführt zu haben schien. Der in den USA lebende irische Kunstmäzen Albert Bender, der aufgrund einiger Schenkungen an das Irische Nationalmuseum in diesen Jahren in engem brieflichen Kontakt mit Mahr stand, erhielt nach seinen Mahr gegenüber in einem Brief vom April 1933 geäußerten Ansichten über Nazi-Deutschland⁵²⁷ eine erboste Antwort von diesem:

„I am as conscious of my German nationality as you certainly are of your bonds of allegiance and if I look at the different territories which I know rather well, territories inhabited by some 16 millions of Germans who are today subject to Czech, Polish, etc., rule under the terms of the so-called peace treaties which were announced as the final readjustment of the ‚crimes‘ committed by the Central Powers, you will perhaps understand that I am thin-skinned and that we cannot well be expected to swallow contemptive [*sic*] terms in addition to the mistreatment which was meted out to us.

I had sincerely hoped that the quarrel between the present German government and Jewry would not have entered our correspondence. [...] But you are not Mr Wilson or Mr Trotzky and I am not Mr Hitler. Why can we not discuss more pleasant things in which we both take a common and purely human interest. [...] If there is anything wrong in Germany, the main responsibility rests with the powers which promised they would bring about the golden era and which have only succeeded in plunging the world [into] a latent war, infinitely worse than the late war....“⁵²⁸

Die revanchistischen Vorstellungen, die Mahr in diesen Zeilen äußert, finden sich im Kern bereits in der „Denkschrift“ in jenen Passagen, in denen die damals aktuelle Kriegssituation kommentiert wird:

⁵²⁷ „These are days of chaos and the reversion of an enlightened nation like Germany to fourteenth-century barbarism is so atrocious that one loses confidence in the progress of the human race. Such conduct on the part of Germany is turning the hands of the clock backward for four or five hundred years.“ Bender an Mahr, 5.4.1933, zit. nach Mullins (2007), S. 48

⁵²⁸ Mahr an Bender, 28.4.1933, zit. nach Mullins (2007), S. 48, 49

„Was die Heere der alten Gegner nicht vermochten, uns niederzuwerfen, das sollten stets neu geworbene Bundesgenossen bewerkstelligen. [...] Und was das Schwert nicht vollbringt, soll der *Hunger* vollenden, die Aussperrung von den Gütern und Märkten dieser Welt. Auch nach dem Friedensschluß soll der ‚Krieg nach dem Kriege‘ fortwähren und uns der Möglichkeit des Wiederaufbaues berauben.“⁵²⁹

Das Evozieren einer Art Verschwörung gegen die „Mittelmächte“, die Schuld der „Gegner“ letzterer an Hunger und Elend aufgrund der „Aussperrung“⁵³⁰ und die Aufrechterhaltung eines auch nach dem Friedensschluss andauernden Zustandes, der sich von der vorhergehenden Kriegssituation nicht wesentlich unterscheiden würde, sind die zentralen Argumentationselemente Mahrs 1917 wie auch 1933.

Während die koloniale Frage in Mahrs Überlegungen und politischer Tätigkeit keine Rolle mehr spielt, drängten sich also Aspekte in den Vordergrund, die zur Zeit der Abfassung der „Denkschrift“ lediglich als erste vorsichtige Überlegungen vorhanden waren.

Die politischen Biographien von Mahr und Seyfert weisen einen deutlichen Bruch mit der Kolonialthematik nach dem Ende der Monarchie auf. Dennoch sind zahlreiche Überschneidungen zwischen der Argumentation in ihrer kolonialistischen „Denkschrift“ und späteren Äußerungen der Autoren festzustellen. Diese machen deutlich, dass Seyfert und Mahr grundlegende, im Rahmen der österreichischen Kolonialdebatte entwickelte Vorstellungen im Zuge ihrer Annäherung an die NS-Ideologie weiterentwickelten. Gerade die in der „Denkschrift“ bereits deutliche Vorstellung einer unterschiedlichen Wertigkeit von „Völkern“, die Idee einer „Herrenrasse“ oder sozialdarwinistische Argumente mussten die beiden keineswegs aufgeben.

⁵²⁹ Seyfert/Mahr (1917), S. 19. Kursive Stellen im Original gesperrt.

⁵³⁰ 1933 schreibt Mahr von „a most inhuman blockade which was carried on for half-a-year after armistice, and which put hundreds of thousands of children, old people, etc, etc, to death“, Mahr an Bender, 28.4.1933, zit. nach Mullins (2007), S. 49

Robert Stigler – von der Uganda-Expedition zur NS-Medizin

Für das folgende Beispiel muss nun noch einmal ein Schritt aus dem Bereich der Kolonialdebatte hin zu dem protokolonialistischen der Expeditionen gemacht werden, konkret zur Uganda-Expedition der Jahre 1911/12, die eng mit der Person Robert Stigler verbunden ist.

Bei Stigler zeigt sich in gewisser Hinsicht eine umgekehrte Entwicklung zu jener von Richard Seyfert und Adolf Mahr. Trotz seiner Teilnahme an der Uganda-Expedition trat er während des Bestehens der Monarchie nicht als Kolonialpropagandist in Erscheinung. Die Uganda-Expedition wurde von ihren Protagonisten als Forschungsreise dargestellt, die ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken dienen würde. Ein Zusammenhang mit österreichischen bzw. britischen Kolonialinteressen wurde nicht thematisiert. Stigler fand jedoch in späteren Jahren durch seine „rassenphysiologischen“ Forschungen Anschluss an die NS-Ideologie und griff schließlich in den 1940er Jahren kolonialistische Überlegungen auf.

Im Fall von Robert Stigler zeigt sich, dass die Grundlagen der NS-Medizin in Überzeugungen wurzelten, die auch durch die kolonialen Erfahrungen gespeist wurden. Er ist einer jener zahlreichen wissenschaftlichen Akteure, die mit ethnographischen und anthropologischen Forschungen zu den Grundlagen eines „wissenschaftlich“-biologischen Rassismus beigetragen haben, der eine der zentralen ideologischen Bausteine der NS-Ideologie war.

Die vielfältigen in den 1920er und 1930er Jahren hervortretenden rechtsradikalen Ideologien waren letztlich Synthesen von politischen und wissenschaftlichen Vorstellungen, die Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden sind.⁵³¹ Gerade für die damals neuen wissenschaftlichen Disziplinen ist die Frage zu stellen, inwieweit eine Analyse und Bewertung deren rassistischer Elemente einer unzulässigen Rückprojektion späterer politischer Entwicklungen gleichkomme. Anhand von Personen wie Robert Stigler zeigt sich indes, dass derartige Zusammenhänge nicht nur ideengeschichtlich, sondern auch

⁵³¹ Vgl. Mosse (2006), S. 101-115

biographisch nachvollzogen werden können, und dass in vielen – wenn auch nicht in allen⁵³² – Fällen die Entwicklung eugenischer oder rassenbiologischer Konzepte mit rechten, konservativen und elitären politischen Vorstellungen einherging.⁵³³

Robert Stigler beteiligte sich nicht direkt an der Kolonialdebatte in der Habsburgermonarchie, sein Wirken ist in jenem Bereich protokolonialer Aktivitäten angesiedelt, die dafür sorgten, dass Österreich-Ungarn an den wissenschaftlichen und ideologischen Debatten teilnahm, die sich im Rahmen des europäischen Kolonialismus entwickelten. Expeditionen und kolonialwissenschaftliche Erkenntnisse wirkten in gewisser Weise nachhaltiger als es die Kolonialdebatte vermochte. Während letzterer mit dem Ende der Monarchie die Grundlage entzogen war, da die kolonialen Konzepte die Existenz einer Großmacht voraussetzten, konnten jene Wissenschaftler, deren Arbeit sich in enger Anlehnung an koloniale Aktivitäten entwickelt hatte, diese unbeschadet der gesellschaftspolitischen Umbrüche fortsetzen. Stiglers „rassenphysiologisches“ Forschungsprogramm entstand in unmittelbarer Anknüpfung an Überzeugungen, die um die Jahrhundertwende in ganz Europa traditionelle Formen von Rassismus ablösten. Neue Rassentheorien knüpften an natur- und sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse an und formten aus diesen sozialdarwinistische und eugenische Konzepte.⁵³⁴

Die vom Wiener Architekten Rudolf Kmunko geleitete Uganda-Expedition 1911/12, an der neben dem Arzt Robert Stigler unter anderem der Photograph Hans Schwarzer sowie der Präparator Richard Storch führend teilnahmen, ist ein Beispiel für eine indirekte Beteiligung der Habsburgermonarchie an

⁵³² Zur Rolle dieser Konzepte für die sozialdemokratische Politik in Österreich vgl. Doris Byer, *Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege – zur Entstehung eines sozialdemokratischen Machtdispositivs in Österreich bis 1934*. Frankfurt am Main – New York 1988.

⁵³³ „Trotz aller Unterschiede zwischen den Rassenbiologen und den Nazi-Rassisten sprachen beide von ‚Rasse und Degeneration‘ und von den ‚Gesunden‘ und den ‚Minderwertigen‘. Zur Regierung des Volkes hielt man eine Elite für notwendig, und sie sollte ein Produkt natürlicher, vom Staat geförderter Auslese sein.“ Mosse (2006), S. 105. Vgl. auch Peter Weingart, Jürgen Kroll und Kurt Bayert, *Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland*. Frankfurt am Main, 2006.

⁵³⁴ Vgl. Karin Priester, *Rassismus. Eine Sozialgeschichte*. Leipzig 2003. S. 197-199

kolonialistischen Aktivitäten. Denn obgleich die Expedition als ausschließlich wissenschaftliche Reise dargestellt wurde⁵³⁵, stand sie in jedem Fall in einem Naheverhältnis zum britischen Kolonialismus.⁵³⁶

Die Uganda-Expedition stand in einer langen Tradition österreichischer Forschungsreisen und Expeditionen. Auch wenn sich die Art und Weise der Durchführung derartiger Reisen im Laufe der Zeit veränderte, so blieben dennoch die Voraussetzungen und Motivationen für die Unternehmungen in vielerlei Hinsicht die gleichen. Trotz der zeitgenössischer Darstellung der Expeditionen als ausschließlich wissenschaftlich motivierte Unternehmungen, können die Forschungsreisen nicht von dem Hintergrund des europäischen Kolonialismus und somit von politischen und ökonomischen Interessen getrennt werden. Das aus der zeitgenössischen Darstellung entstandene Konstrukt rein wissenschaftlicher Motivation trug zu der bis heute vorhandenen Vorstellung bei, dass die Habsburgermonarchie an der kolonialen Erschließung der Welt völlig unbeteiligt gewesen sei.⁵³⁷

In wissenschaftlicher Hinsicht standen bei den meisten Afrika-Expeditionen des späten 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts geographische und ethnologische Interessen im Vordergrund. Bei der Uganda-Expedition kam ein medizinisch-naturwissenschaftlich-anthropologisches Forschungsinteresse hinzu. Auch hier reiht sich Kmunkes und Stiglers Reise in eine Tradition ein, die für die Monarchie mit der aufwändigsten österreichischen Forschungsexpedition – der Weltumsegelung der *Novara* 1857-59 – einen ersten Höhepunkt erreicht hatte. Während der dreijährigen Fahrt der *Novara* wurden große Mengen ethnographischen Materials gesammelt, das in den darauffolgenden Jahren und Jahrzehnten aufgearbeitet wurde und zur Weiterentwicklung junger

⁵³⁵ Der wissenschaftliche Nutzen derartiger aufwändiger Reisen und Expeditionen wurde von der zeitgenössischer Kritik stark in Zweifel gezogen, bzw. das Kosten-Nutzen-Verhältnis in Frage gestellt. Vgl. etwa Karl Kraus' Kritik an der Förderungspraxis der bei der Akademie der Wissenschaften angesiedelten Treitel-Stiftung: Karl Kraus, Die Treitel-Stiftung. In: *Die Fackel* 24 (1899), S. 15-20. Zur zeitgenössischen Kritik an der Uganda-Expedition vgl. Loidl (2011), S. 46-50; vgl. auch Birgit Pack, Rudolf Kmunkes, http://www.afrikanistik.at/pdf/personen/kmunkes_rudolf.pdf (2010) (28.04.2012)

⁵³⁶ Vgl. Loidl (2011), S. 53

⁵³⁷ Vgl. hierzu Sauer (2007), S. 7-15.

wissenschaftlicher Disziplinen in Österreich beitrug.⁵³⁸ Der anthropologische Teil des 21-bändigen *Novara*-Werkes setzte neue Maßstäbe für die modernen Methoden der Körper- und Schädelvermessungen, anhand derer „Rassen“-Merkmale und -Hierarchisierungen vorgenommen werden sollten. Allerdings wurden derartige Schlussfolgerungen von beteiligten Wissenschaftlern wie Emil Zuckerkandl nur vorsichtig formuliert und auf voreilige Schlüsse hinsichtlich „rassischer“ Unterschiede verzichtet.⁵³⁹

Stiglers mehr als 50 Jahre später entwickeltes Forschungsprogramm stand in vielerlei Hinsicht jenem der *Novara*-Forscher nahe. Die auffälligsten Überschneidungen betreffen das nach wie vor vorhandene bzw. noch gestiegene Interesse am Vermessen und Feststellen physischer Spezifika von Menschen unterschiedlicher geographischer Herkunft. Die methodischen Grundlagen dieser Forschungen hatten sich aber verändert. Die Anthropologen der 1850er Jahre führten Körpermessungen an lebenden Personen durch und erwarben menschlichen Knochen und Schädeln. Robert Stigler führte neuartige Methoden und Geräte ein, die er teilweise selbst entwickelt hatte. Deren Anwendung war in vielen Fällen mit unangenehmen oder schmerzhaften Prozeduren verbunden, was häufig Widerstand der unfreiwilligen ProbandInnen mit sich brachte und wiederum zu Zwangsmaßnahmen seitens Stiglers führte.

Die Uganda-Expedition spielte für sämtliche Forschungen Stiglers während der folgenden Jahrzehnte eine Schlüsselrolle. Immer wieder griff er auf die Daten zurück, die er in Uganda bzw. im Zuge der Experimente gewonnen hatte, die er im Anschluss der Reise in Wien durchgeführt hatte. In zahlreichen Publikationen ging er auf die Uganda-Expedition ein. Dementsprechend entwickelte sich eine bis nach dem Zweiten Weltkrieg dauernde Rezeptionsgeschichte der „rassenphysiologischen“ Arbeit Stiglers, die auch aufschlussreiche Hinweise auf wissenschaftshistorische Entwicklungen in Österreich gibt.

Die „Rassenphysiologie“ Robert Stiglers

⁵³⁸ Fuchs (2003), S. 136

⁵³⁹ Vgl. Loidl (2011), S. 38, 39

Während der Uganda-Expedition war Robert Stigler für die Durchführung jener Forschungen zuständig, die nicht unmittelbar mit dem bereisten Gebiet zusammenhingen (wie Kmunkes kartographische Arbeit); Stiglers Forschungsprogramm war allgemeiner und grundlegender konzipiert, sein zu dieser Zeit sich entwickelndes Spezialinteresse galt der „Rassenphysiologie“. Mittels verschiedener, zum Teil selbstgebaute Instrumente, spürte Stigler „rassenphysiologischen“ Besonderheiten der angetroffenen Menschen nach. Diese Arbeit gab der Expedition auch den eigentlichen wissenschaftlichen Charakter, nicht zuletzt durch die Zuwendungen von höchster Stelle:

„Dr. Stigler, der auf der Expedition rassenphysiologische Studien und Experimente zu machen gedachte, erhielt für diesen Zweck aus der Treidl-Stiftung einen Betrag von 5000 Kronen zur Anschaffung der hierzu nötigen wissenschaftlichen Instrumente, die zwei grosse Koffer füllten.“⁵⁴⁰

Stigler begann unmittelbar nach der Rückkehr nach Wien damit, seine in Uganda gewonnenen Forschungsergebnisse zu publizieren.⁵⁴¹ Erste „rassenphysiologische“ Erkenntnisse präsentierte er am IX. Physiologenkongress 1913 in Groningen.⁵⁴² Bis zu seinem Tod legte Stigler Publikationen vor, die auf sein „rassenphysiologisches“ Forschungsinteresse zurückgehen, das er in Uganda entwickelte und während der folgenden Jahre ausbaute. Diese Spezialisierung war führte zu einer Rezeption von Stiglers Publikationen im Deutschen Reich zu einem Zeitpunkt, als er in Österreich bereits entlassen worden war. So erschien etwa 1934 der Aufsatz „Die rassenphysiologische Bedeutung der sexuellen Applanation“ in der „Zeitschrift für Rassenphysiologie“.⁵⁴³ Stigler führt in dieser Publikation zwei seiner Forschungsgebiete – „Rassenphysiologie“ und Sexualität

⁵⁴⁰ Rudolf *Kmunk*, *Quer durch Uganda. Eine Forschungsreise in Zentralafrika 1911/1912*. Berlin 1913, S. 4

⁵⁴¹ Vgl. hierzu Stiglers eigenhändige Publikationsliste, die sich im Nachlass im Stadtarchiv Steyr findet.

⁵⁴² Vgl. Ernst *Laqueur*, Bericht über den IX. Internationalen Physiologenkongress, 2.-6. September 1913 in Groningen. Ergänzungsheft zum Zentralblatt für Physiologie Band XXVII. Leipzig und Wien 1914.

⁵⁴³ Robert *Stigler*, *Die rassenphysiologische Bedeutung der sexuellen Applanation*. München 1934 (= *Zeitschrift für Rassenphysiologie*. Bd. 7, H. 1/2).

– vor dem Hintergrund einer Rassentheorie, die deutlicher als in vorangegangenen Publikationen an NS-Rassentheorien anknüpft.

Stigler beobachtet eine Angleichung sekundärer Geschlechtsmerkmale von Frauen und Männern und analysiert dies als biologisch verursachte und kulturell verstärkte Degenerationerscheinung, die er bei „Negern“ und „Juden“ festgestellt habe. Die „sexuelle Applanation“ sieht Stigler bei „Juden“ als besonders ausgeprägt und weist auf die Gefahr entsprechender „Vermischungen“ hin: „Mit aller dem Wissenschaftler gebotenen Vorsicht kann ich es mir nicht versagen, auf die von mir beobachtete Häufigkeit sexueller Applanation, sogar in schwerer Form, bei Kreuzungsprodukten zwischen Juden und Nichtjuden hinzuweisen.“⁵⁴⁴

An diesem Artikel wird deutlich, wie sehr Stigler im Vergleich zu früheren Veröffentlichungen hier unter veränderten Rahmenbedingungen seine Argumentation politisiert; Stigler bezieht sich deutlich auf andere Versatzstücke der NS-Ideologie und entwickelt sein rassistische und antifeministische Argumentation entlang grundlegender Koordinaten derselben. Ausdruck und Katalysator „intersexueller Degeneration“ sieht Stigler in der Frauenbewegung:

„Zweifelloos besteht die wesentlichste Förderung der sexuellen Applanation in dem modernen Feminismus, der ja wiederum, wie jede Mode, größtenteils unter jüdischer Führung steht. K. A. Wieth-Knudsen nimmt an, daß der moderne Feminismus die letzte Folgerung der Freiheits- und Gleichheitsideen des 18. Jahrhunderts ist.“⁵⁴⁵

Diese Stelle ist insofern bemerkenswert, als ein weiter Bogen von der Aufklärung zu modernen Emanzipationsbestrebungen gespannt wird, der insgesamt abgelehnt wird, wobei die Gesamtargumentation antisemitisch und rassistisch eingerahmt wird. In diesem Werk wird der enge Zusammenhang zwischen anti-aufklärerischer Grundhaltung, im Rahmen kolonialer Erfahrungen entwickelter rassistischer Stereotypen und reaktionärer Geschlechterrollenbildern deutlich, die – zusammen mit einem rassistisch argumentierten Anti-Marxismus: „Ich glaube, daß das

⁵⁴⁴ Ebd. S. 71

⁵⁴⁵ Ebd. S. 71

Mißlingen großer volkswirtschaftlicher Experimente, z. B. des Marxismus und Bolschewismus, zu einem großen Teile auf Intersexualität der Führer zurückzuführen ist.“⁵⁴⁶ – zentrale Punkte der NS-Rassentypologie anklingen lassen:

„Es scheint, als schлüge die sexuelle Applanation bei verschiedenen Rassen etwas verschiedene Wege ein; denn sie äußert sich wesentlich anders bei den Juden, wo sie ja wohl weitaus am stärksten auftritt, wieder anders bei den Völkern mit vorwiegend nordischem Einschlage, und wieder anders bei den Mediterranen.“⁵⁴⁷

Dass Autoren wie Stigler ihre Arbeiten schon früh in Deutschland publizierten liegt nicht zuletzt daran, dass eugenische Maßnahmen in Österreich vornehmlich von sozialdemokratischer Seite propagiert wurden⁵⁴⁸ und konservative Kreise entsprechend weniger an dieser Thematik interessiert waren: „Stattdessen formierte sich in Österreich die völkisch-antisemitische Ideologie zu einer ‚Rassenhygiene‘, die politisch von vornherein mit dem Nationalsozialismus verbündet war.“⁵⁴⁹

In der Schrift „Rassenphysiologische Ergebnisse meiner Forschungsreise in Uganda 1911/12“ fasste Stigler seine aus zahlreichen Experimenten gewonnenen Erkenntnisse zusammen. Obwohl Stigler seine Methoden und Arbeitstechniken nur an einigen Stellen ausführt, lassen sich aus den von ihm präsentierten und interpretierten Daten Rückschlüsse auf die Bedingungen ziehen, unter welchen Stigler seine Forschungen in Uganda betrieben hat. Die Tatsache etwa, dass – wie Stigler unterstreicht – ein

„wichtiger Punkt des der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften im Jahre 1911 vorgelegten Programmes der von mir in Afrika geplanten Untersuchungen

⁵⁴⁶ Ebd. S. 81f.

⁵⁴⁷ Ebd. S. 73

⁵⁴⁸ Vgl. Byer (1988)

⁵⁴⁹ Fuchs (2003), S. 266

[...] eine vergleichende Prüfung der Spermatozoen von Negern und Weißen bezüglich ihrer Widerstandsfähigkeit gegen Erhitzung“⁵⁵⁰

war, lässt den Grad an Demütigung erahnen, dem Stiglers Opfer ausgesetzt waren. Den von ihm verfolgten Forschungsansatz beschreibt Stigler in der Einleitung:

„Aufgabe der Rassenphysiologie ist es, zunächst zu untersuchen, ob es überhaupt Unterschiede im Bereich der physiologischen Vorgänge zwischen den Menschenrassen gibt, und wenn solche feststellbar sind, zu ermitteln, ob sie wirklich erblich, auch in verschiedenen Klimaten und unter verschiedenen Lebensbedingungen durch mehrere Generationen konstant, als echte Rassenmerkmale, oder nur durch das Milieu und die Lebensweise bedingt und bei Veränderung dieser Faktoren variabel sind.“⁵⁵¹

Dabei fügt Stigler gleich hinzu, dass „Bedeutende Unterschiede zwischen den physiologischen Eigenschaften der verschiedenen Menschenrassen“ nicht zu erwarten seien, da ja „die wichtigsten physiologischen Vorgänge sogar bei den Säugetieren denen des Menschen so ähnlich sind, daß wir aus Tierversuchen auf den Menschen zu schließen gewohnt sind.“⁵⁵²

Den von ihm vermuteten physiologischen Unterschieden zwischen den „Rassen“ nachzuspüren macht Stigler sich zur Aufgabe und betreibt während der Expedition mit Hilfe zum Teil selbstgebaute Instrumente Versuche in den diversen Bereichen menschlicher Körperfunktionen wie Blut, Kreislauf, Atmung, Ernährung, Körpertemperatur, Widerstandsfähigkeit unter widrigen klimatischen Bedingungen, Schmerzempfindlichkeit, Reaktionszeiten, Gehör und Geruch, die Geschlechtsphysiologie, Körpergeruch etc.

⁵⁵⁰ Robert Stigler, Rassenphysiologische Ergebnisse meiner Forschungsreise in Uganda 1911/12. Vorgelegt in der Sitzung am 2. Juli 1943. Wien 1952 (= *Denkschrift der Österreichischen Akademie der Wissenschaften* 109. Band), S. 33.

⁵⁵¹ Ebd. S. 4

⁵⁵² Ebd. S. 4

Die Versuche wurden unter Zwang durchgeführt und waren teilweise mit einer erheblichen körperlichen Gefährdung der Versuchspersonen verbunden. Der Zwangscharakter wie auch die unmittelbare Gefährdung der physischen Unversehrtheit – darüber hinaus bedeuteten die Experimente natürlich eine massive Verletzung der Persönlichkeitsrechte, einen Eingriff in die Intimsphäre und extreme Demütigungen der Betroffenen – werden von Stigler nicht ausgeführt, jedoch in Zusammenhang mit gescheiterten Versuchen angedeutet:

„Arbeit im Heißluftbad. [...] Es war schwierig, für diese an Energie, Gesundheit und Körperkraft höchste Anforderungen stellenden Versuche geeignete weiße Personen zu finden. Mehrere Versuche mußten wegen bedenklicher Erscheinungen bei den Versuchspersonen vorzeitig abgebrochen werden.“⁵⁵³

Bei diesen bereits in Wien durchgeführten Versuchen engagierte Stigler neben dem zu den Experimenten gezwungenen Afrikaner Mori Duise freiwillige Probanden, welche sich wiederholt weigerten, die zum Teil gesundheitsgefährdenden Versuche mitzumachen. Den vor allem auf Duise ausgeübten Zwang verschweigt Stigler nicht vollständig, in seinem Bericht vermischen sich offenbar die notwendige Überzeugungsarbeit seinen freiwilligen europäischen Probanden wie der Zwang gegenüber der afrikanischen Versuchsperson gegenüber:

„Arbeit im Dampfbad. [...] Dieser Versuch erreichte die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit beider Versuchspersonen; **sie mußten** zur vollständigen Durchführung, **natürlich einverständlich, buchstäblich gezwungen** werden. Beide Versuchspersonen waren hernach vollständig ermattet, der Neger noch mehr als der Weiße.“⁵⁵⁴

Stigler war bereits während der Expedition mit Weigerungen von AfrikanerInnen konfrontiert, bei den Untersuchungen mitzumachen, wertet dies aber nicht als

⁵⁵³ Ebd. S. 19

⁵⁵⁴ Ebd. S. 21, Hervorhebung S.L.

Widerstand gegen die entwürdigenden und teils schmerzhaften Prozeduren, sondern als Unfähigkeit, die Tests zu verstehen:

„Die Farbigen sind offenbar nicht imstande, willkürliche motorische Impulse ohne ein Ziel, dessen Zweck sie begreifen, in gleicher Stärke abzugeben wie die Weißen [...].“⁵⁵⁵ An anderer Stelle: „Die Primitiven sind unfähig, ihre Muskulatur ohne sinnfälligen praktischen Zweck bewußt maximal zu innervieren.“⁵⁵⁶

Stigler sucht nahezu verzweifelt nach Unterschieden zwischen den „Rassen“ und vor allem nach einer physischen Überlegenheit der „Weißen“. Wenn er aus seinen Experimenten diese Ergebnisse nicht herauslesen kann bzw. sogar das Gegenteil schließen muss, flüchtet sich Stigler in das Stereotyp von der „Faulheit“ bzw. „Indolenz“, welche sogar seriöse Tests unmöglich mache:

„Oft gewinnt es den Anschein, als hätten Neger eine festere Gesundheit und neigten überhaupt weniger zu Erkrankungen als wir; dies ist aber meist nur durch die Indolenz der Neger vorgetäuscht; sie machen sich nichts aus den für den Weißen schon alarmierenden ersten Anzeichen einer ernsten Schädigung der Gesundheit und gehen skrupellos darüber hinweg.“⁵⁵⁷

Auch für Stigler unbekannte und nicht nachvollziehbare kulturelle Besonderheiten, welche ihm unpraktisch erscheinen und für seine Experimente hinderlich waren – er beschreibt eine Art Mieder, welches junge Kamdschuru tragen – erklärt er mit „Indolenz“: „Daß diese Farbigen eine so peinliche Sitte insgesamt erdulden, ist wohl auch rassisch bedingt, nämlich durch die außerordentlich große Indolenz; bei Weißen wäre die Allgemeinheit dazu wohl keineswegs geneigt.“⁵⁵⁸

⁵⁵⁵ Ebd. S. 10

⁵⁵⁶ Ebd. S. 24

⁵⁵⁷ Ebd. S. 37

⁵⁵⁸ Ebd. S. 12

Obwohl Stigler kulturelle Ursachen für beobachtete Unterschiede für realistischer hält als physiologische Unterschiede, neigt er bei der Konstatierung von kulturellen Besonderheiten stets dazu, diese in die Nähe biologischer zu rücken:

„Der Schlaf ist bei den Neger nach unserer Beobachtung zweifellos tiefer als im allgemeinen beim Europäer, besonders in den Tropen. Bemerkenswert ist, daß die Neger an Stelle eines Kopfpolsters oft ein Nackenbänkchen aus glattem Holz verwenden, auf das kaum ein Europäer seinen Kopf beim Schlafen legen könnte und das von der Ruhe zeugt, welche die Neger während des Schlafes in ihrer Körperlage einhalten.“⁵⁵⁹

Ähnlich ordnet Stigler Unterschiede bei der Orientierung im Dunkeln nicht als bessere Kenntnis der geographischen Umgebung, sondern als physiologischen Unterschied ein: „Wir überzeugten uns auf unserer Safari wiederholt davon, daß die Neger, wenn uns bei der Jagd im Busch die Dunkelheit überraschte, den Weg zum Lager besser fanden, als wir.“⁵⁶⁰

In der Zusammenfassung bestätigt Stigler seine bereits in der Einleitung angedeutete Erkenntnis, dass von den „besonderen physiologischen Eigenschaften der Neger [...] nur die von der stärkeren Pigmentierung abhängigen ohne weiteres als echte Rassenmerkmale zu betrachten“⁵⁶¹ seien. Anstelle einer biologisch argumentierten Überlegenheit tritt bei Stigler eine kulturelle Argumentation, mit welcher er dennoch beobachtete Unterschiede argumentiert und wertet, was ihn hinsichtlich der von ihm konstatierten sonstigen „physiologischen Eigenheiten der Neger“ zu der abschließenden Forschungsfrage führt, „welche Unterschiede im Vorkommen dieser Eigenschaften zwischen den in der afrikanischen Wildnis unter primitiven Verhältnissen und den in der Kulturwelt, z. B. Amerikas, lebenden Negern auftreten [...]“.⁵⁶² Die „Pigmentierung“ als „Rassenmerkmal“ wird nicht mehr weiter hinterfragt oder weiter ausdifferenziert.

⁵⁵⁹ Ebd. S. 25

⁵⁶⁰ Ebd. S. 26

⁵⁶¹ Ebd. S. 40

⁵⁶² Ebd. S. 40

Nach der Uganda-Expedition setzte Stigler seine akademische Karriere fort – habilitiert hatte er sich bereits 1911 – und unterrichtete als Dozent für Physiologie an der Universität Wien. Ab 1915 kam zu dieser Stelle noch eine außerordentliche, ab 1918 ordentliche Professur für Anatomie und Physiologie der Haustiere an der Hochschule für Bodenkultur.⁵⁶³ 1934 wurde Stigler, der seit 1931 Mitglied der NSDAP war, entlassen.⁵⁶⁴ Er konnte seine Karriere nach dem „Anschluss“ 1938 wieder aufnehmen, erhielt seinen Lehrstuhl zurück und hatte ab 1939 einen Lehrstuhl für Rassenhygiene an der Universität Wien, ab 1941 auch eine Professur für Physiologie am Menschen inne. Zwischen 1941 und 1944 war Stigler im „Marineärztlichen Forschungsinstitut für Unterseebootmedizin“ in Carnac, Frankreich tätig, einige Zeit leitete er dieses Institut, in dem unter anderem Experimente an Kriegsgefangenen durchgeführt wurden.⁵⁶⁵ Nach dem Ende der NS-Herrschaft wurde Stigler zunächst seiner Ämter enthoben und im Zuge der Entnazifizierung wurden Maßnahmen gegen ihn eingeleitet.⁵⁶⁶ Er wurde pensioniert und zog sich nach Going in Tirol zurück, von wo aus er seine publizistische Tätigkeit aber fortsetzte und auch weiterhin an Kongressen teilnahm.⁵⁶⁷

Stigler ist zu jenen protokolonialen „Praktikern“ zu zählen, die ihre Tätigkeit selbst zunächst nicht explizit als kolonialistisch bezeichnen, auch wenn sie sich in

⁵⁶³ Vgl. Birgit Pack, Robert Stigler, http://www.afrikanistik.at/pdf/personen/stigler_robert.pdf (2010) (28.04.2012)

⁵⁶⁴ UA Med. Dek. Akt 1200, 1938/39; BArch BDC MF-Ortsgruppenkartei W0043, 3200.38

⁵⁶⁵ Zur Biographie von Robert Stigler vgl. *Institut für Landeskunde von Oberösterreich* (Hg.): Biographisches Lexikon von Oberösterreich. Bearbeitet von Martha Khil. 1955ff. (Eintrag „Stigler Robert“ in: Band 6, 3. Lieferung, 1957); Fuchs (2003), S. 265; Margit Berner, Rassenforschung an kriegsgefangenen Schwarzen. In: Peter Martin, Christine Alonzo, Zwischen Charleston und Stechschritt. Schwarze im Nationalsozialismus. Hamburg, München 2004, S. 605-613; Herwig Czech, „Vorwiegend negerische Rassenmerkmale“. AfrikanerInnen und farbige „Mischlinge“ im Nationalsozialismus. In: Walter Sauer, Von Soliman zu Omofuma. Afrikanische Diaspora in Österreich. 17. bis 20. Jahrhundert. Innsbruck, Wien, Bozen 2007. S. 155-174, hier S. 165; Loidl (2011); Pack (2010)

⁵⁶⁶ WSLA Vg 3d Vr 4669/47 (Robert Stigler)

⁵⁶⁷ So nahm er etwa bereits 1948 am Internationalen Kongreß für die Anthropologischen und Ethnographischen Wissenschaften in Brüssel als Vortragender teil, wo er unter anderem zum Thema „Angeborene physiologische Unterschiede zwischen Weissen und Farbigen“ referierte. Vgl. Kongressbericht zum III. Internationalen Kongreß für die Anthropologischen und Ethnographischen Wissenschaften. Brüssel 1948.

den meisten Fällen – für Stigler und mehr noch für den Initiator der Uganda-Expedition, Rudolf Kmunke, gilt dies mit Sicherheit⁵⁶⁸ – als Teil der europäischen „Erschließung“ Afrikas sehen. Angesichts der weiteren politischen Laufbahn Stiglers ist es zudem nicht ausgeschlossen, dass er österreichisch-ungarischen Kolonialkonzeptionen ablehnend gegenüberstand und bereits zu diesem Zeitpunkt eine Anbindung österreichischer Expansions-Ambitionen an das Deutsche Reich befürwortete – dies ist jedoch mangels Quellen nicht belegbar.

Gerade der allgemein gehaltene Bezug auf Kolonialismus und Expansion ermöglichte es Stigler indes, nach dem Ende der Monarchie weiterzuarbeiten, ohne die Voraussetzungen seiner Forschungstätigkeit grundlegend überdenken zu müssen. Demgegenüber entstanden für ihn im Rahmen der Konjunktur von „Rassentheorien“ neue Möglichkeiten, seine Arbeit politisch-ideologischen Bedürfnissen zur Verfügung zu stellen.

Robert Stigler und die NS-Kolonialbewegung

Stigler verfasste sein Hauptwerk über die Ergebnisse der Uganda-Expedition erst 1943, in vorherigen Arbeiten wurden lediglich einzelne Punkte verarbeitet. Auch dies macht ideologische und methodologische Kontinuitäten deutlich. Da – wie in der Broschüre vermerkt – der Satz der Publikation 1943 „durch Kriegseinwirkung vernichtet“⁵⁶⁹ worden war, konnte die Schrift zu diesem Zeitpunkt nicht publiziert werden. Im Jahre 1952 schließlich erschienen die „Rassenphysiologische[n] Ergebnisse meiner Forschungsreise in Uganda 1911/12“ als 109. Band der Denkschriften der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Ob und in welchem Ausmaß Stigler für die Publikation von 1952 das Manuskript von 1943 veränderte ist nicht nachvollziehbar, doch angesichts des im Vergleich zu anderen vor 1945 von ihm verfassten und veröffentlichten Arbeiten weitaus moderateren Tons und der vergleichsweise weniger tendenziösen Darstellung ist davon auszugehen, dass es sich bei der Publikation der „Akademie der

⁵⁶⁸ Vgl. Loidl (2011), S. 40, 41

⁵⁶⁹ Stigler (1952), S. 2

Wissenschaften“ nicht mehr um dieselbe Schrift handelt, deren Satz „durch Kriegseinwirkung vernichtet“ worden war.

Auch ist es unwahrscheinlich, dass Überlegungen zu neuen kolonisatorischen Anläufen für Stigler 1943 keine Rolle gespielt haben. Immerhin publizierte er in den frühen 1940er Jahren mehrmals zu diesem Thema. 1940 erscheint in den *Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft* eine Rezension Stiglers zu Richard Thurnwalds⁵⁷⁰ 1939 erschienen Buch „Koloniale Gestaltung. Methoden und Probleme überseeischer Gestaltung“, welcher von Stigler wohlwollend besprochen wird.⁵⁷¹ Sein umfangreichster Text zur kolonialen Frage aus dieser Zeit erscheint in Band 80 der *Schriften des Vereines zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse* unter dem Titel „Der Weiße in den Tropen“⁵⁷². In diesem Text befasst der Autor sich intensiv mit grundlegenden Fragen der physiologischen Möglichkeiten zur Ansiedlung von EuropäerInnen in tropischen Gebieten. Auch hier geht Stigler wieder von den seinem Fachgebiet der physiologischen Voraussetzungen für eine solche Besiedlung aus und begründet Kolonialismus und die Notwendigkeit kolonialer Sklavenarbeit mit physiologischen Unterschieden zwischen den „Rassen“. Zentrales Thema ist für ihn dabei die Frage der Möglichkeit eine „Dauerakklimatisation“ für „Deutsche“ in tropischen Regionen. Diese Frage berührt für Stigler nicht mehr nur rein „physiologische“ Aspekte, sondern wirft für ihn Fragen kultureller und „völkischer“ Identität auf:

⁵⁷⁰ Richard Thurnwald (1869-1954) war ein in Wien geborener Ethnologe, der vor 1914 für das deutsche Reichskolonialamt tätig war und seine kolonialistische Forschungsarbeit ebenfalls mit der NS-Ideologie verknüpfte. Vgl. Marion *Melk-Koch*, Zwei Österreicher nehmen Einfluß auf die Ethnologie in Deutschland: Felix von Luschan und Richard Thurnwald. In: Britta *Rupp-Eisenreich* und Justin *Stangl* (Hg.), Kulturwissenschaft im Vielvölkerstaat. Zur Geschichte der Ethnologie und verwandter Gebiete in Österreich, ca. 1780-1918. Wien, Köln, Weimar 1995, S. 132-140.

⁵⁷¹ Robert *Stigler*, Über neuzeitliche Kolonisation (=Rezension zu Richard *Thurnwald*, Koloniale Gestaltung, Methoden und Probleme überseeischer Ausdehnung. Hamburg 1939) Sonderabdruck aus *Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft*, Band 83. Wien 1940. (= Stigler 1940a)

⁵⁷² Robert *Stigler*, Der Weiße in den Tropen. *Schriften des Vereines zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse* in Wien. 80. Band. Vereinsjahr 1939/40. S. 83-200. Wien 1940. (= Stigler 1940b)

„Kann sich der Weiße in den Tropen auch *absolut akklimatisieren*, d. h. kann er dort sein Leben lang bleiben, eine Familie gründen, sich durch Generationen ohne Vermischung mit Farbigen, ohne Kulturverfall und Entfremdung gegenüber seinem Volkstum erhalten?“⁵⁷³

Seine Überlegungen gipfeln in einer Begründung der Notwendigkeit des Einsatzes kolonialer Arbeitssklaven und der Notwendigkeit des Erhalts und der Pflege dieses „wertvollen Gutes“:

„Zur Bewirtschaftung der echten Tropen wird der Farbige voraussichtlich immer unentbehrlich bleiben. Er ist daher als ein überaus wertvolles Gut zu betrachten. Um seine Leistungsfähigkeit dauernd zu erhalten, darf man den Schwarzen weder industrialisieren, noch in Reservaten verkümmern lassen, noch durch bürokratische Verordnungen zu einem mitteleuropäischen ‚Ordnungsmenschen‘ machen wollen. [...] Der Eingeborene ist primitiv, ein Kind der Natur, er hat ein anderes Nervensystem und eine andere Seele als wir, man kann ihn ebenso wenig zur Lebensführung des Weißen wie zur Aufgabe seiner persönlichen Freiheit zwingen, ohne in seine psychische Konstitution in einer Weise einzugreifen, deren Folgen auf die Dauer vermutlich sehr ungünstig wären. [...]

Möge unser nationalsozialistisches deutsches Vaterland auch in der Behandlung der Farbigen den rechten Weg in eine glücklichere Zukunft finden!“⁵⁷⁴

Stigler befindet sich mit diesen Bemerkungen inmitten des NS-Kolonialdiskurses, der etwa im Rahmen der Aktivitäten und Publikationen des bis 1943 bestehenden Reichskolonialbundes koloniale Ambitionen des Dritten Reiches außerhalb Europas forcierte.⁵⁷⁵ Stiglers Bedenken hinsichtlich der Eignung von „Deutschen“, sich dauerhaft in Afrika anzusiedeln, reflektiert einen zentralen Diskussionspunkt innerhalb dieses Diskurses. Da das Hauptaugenmerk der deutschen

⁵⁷³ Ebd. S. 88, 89

⁵⁷⁴ Ebd. S. 197-200. Hervorhebungen im Original.

⁵⁷⁵ Vgl. Klaus Hildebrand, *Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945*. München 1969; Karsten Linne, *Deutschland jenseits des Äquators? NS-Kolonialplanungen für Afrika*. Berlin 2008.

Expansionspläne in Europa selbst lag, ging es bei außereuropäischen Kolonialplanungen primär um den Zugang zu Rohstoffen. Die Schaffung von Siedlungskolonie trat immer stärker zurück.⁵⁷⁶ Anfang der 1940er Jahre traten die Reste einer „traditionellen“ Kolonialbewegung innerhalb der NS-Expansionsplanungen endgültig in den Hintergrund, 1943 wurde schließlich auch der Reichskolonialbund aufgelöst. Die Vorstellung von deutschen Kolonien in Afrika wich zu diesem Zeitpunkt vollständig den Besiedlungsplanungen in den besetzten Teilen Osteuropas. Begleitet wurde dies seitens „wissenschaftlicher“ Kolonialtheoretiker nicht zuletzt von Argumenten gegen die Etablierung von Kolonien außerhalb Europas. Und so kommt auch Stigler in seinem 1942 in der *Wiener Medizinischen Wochenschrift* publizierten Aufsatz zu „Bioklimatik und Siedlungsmöglichkeit in den Tropen“ zu dem Schluss, dass „Weiße“ für eine Leben im Süden nicht geeignet wären: „Eine Dauersiedlung von Deutschen in den Tropen ist im allgemeinen nicht wünschenswert.“⁵⁷⁷

Auch nach 1945 blieb die grundlegende Tendenz von Stiglers Veröffentlichungen trotz terminologischer Abschwächungen dieselbe wie in den Jahrzehnten zuvor.⁵⁷⁸ Dies wiederum ist ein Hinweis darauf, dass im österreichischen Wissenschaftsbetrieb mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in vielen Bereichen keine personelle Zäsur stattfand. Stattdessen wurde an Denkmodelle, Methoden und Forschungsfragen angeknüpft, die sich im Zuge kolonialer Aktivitäten im 19. und frühen 20. Jahrhundert herausgebildet hatten und während des NS-

⁵⁷⁶ Vgl. Linne (2008), S. 41, 42

⁵⁷⁷ Robert Stigler, Bioklimatik und Siedlungsmöglichkeit in den Tropen. Separatdruck aus der Wiener Medizinischen Wochenschrift (Nr. 9 10 12 und 14, 1942). Wien 1942, S. 44

⁵⁷⁸ Die beiden letzten Publikationen Stiglers aus den Jahren 1969 und 1970 drehen sich nach wie vor um angebliche biologische Unterschiede zwischen menschlichen „Rassen“: Robert Stigler, Häufigkeit von Hochdruck und Hirnschlag bei Weißen und Farbigen. Kongreßbericht der II. Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Tropenmedizin. 1969; ders., Blutdruck und kardiovaskuläre Mortalität als Auslesefaktoren für die Entwicklung der Weißen. Mitteilungen der Anthropologischen Gesellschaft Wien, Wien 1970. Stigler führt die von ihm angenommenen genetischen Unterschiede zwischen „Weißen“ und „Farbigen“ darauf zurück, dass bei den „Weißen“ während der Eiszeit eine stärkere Selektion stattgefunden habe, welche die Ursache für die „Höherentwicklung“ der „Weißen“ sei: „Alle Bemühungen der NATO [sic!] zur Hebung der unterentwickelten Völker können den Mangel der Auslese ihrer Vorfahren durch die Eiszeit nicht wettmachen. Sie können nur den Phänotypus, nicht aber den Genotypus verbessern.“ Stigler (1969), S. 362

Faschismus zu den bestimmenden Paradigmen geworden waren. Die Teilnehmer der österreichischen Kolonialdebatte und die Protagonisten kolonialistischer Aktivitäten hatten an der Weiterführung dieser Traditionslinie zumindest einen kleinen Anteil.

8 Résumé

Obwohl die Habsburgermonarchie keine Kolonialmacht im klassischen Sinn war, war das Phänomen „Kolonialismus“ auf vielen gesellschaftlichen Ebenen auch zu einem Zeitpunkt vorhanden, als außereuropäische Gebiete nicht mehr zum Bereich österreichischer Interessen gezählt wurden. Um die Wende zum 20. Jahrhundert stand Südosteuropa als Zielgebiet dieser Interessen im Mittelpunkt. Die damit einhergehende Konzentration auf expansionistische Projekte im Balkanraum ist vor dem Hintergrund der außenpolitischen Neuorientierung der österreichischen Politik in den 1870er Jahren zu sehen, deren grundlegendes Dokument die Denkschrift von Außenminister Friedrich Ferdinand von Beust aus dem Jahr 1871 darstellt. Die in diesem Dokument festgeschriebene Orientierung, dass „eine Vergrößerung Österreichs zukünftig aller Voraussicht nach nur im Oriente stattfinden kann und eine solche namentlich in der Richtung wünschenswert wäre, unsern Besitz in Dalmatien durch ein entsprechendes Hinterland zu kräftigen [...]“⁵⁷⁹ bedeutete am Vorabend des *Scramble for Africa* einen Verzicht auf ein konkurrierendes Eingreifen am afrikanischen Kontinent. Angesichts früheren außenpolitischen Agierens – die Nikobarenbesetzung 1778-1784 etwa zeigt, daß im 18. Jahrhundert das Zusammenspiel von Expeditionen, Handelsaktivitäten und territorialen Ansprüchen in der Monarchie durchaus vorhanden war –, und vor allem aufgrund der Rolle der Habsburgermonarchie bei der beginnenden Aufschließung Afrikas (alliierte Anti-Piraterie-Aktionen in Nordafrika, Handelspolitik gegenüber Ägypten, Suezkanal-Pläne, alliierte Militärintervention gegen die ägyptische Präsenz an der libanesischen Küste, Sokotra-Unternehmen etc.)⁵⁸⁰ kann man von einer Neuorientierung der Außenpolitik im Sinne einer teilweisen Abkehr von außereuropäischem Engagement sprechen. Kolonialambitionen außerhalb Europas standen deshalb auch dann nicht auf der Tagesordnung, als die neue Kolonialbewegung und der

⁵⁷⁹ Beust, zit. nach Lutz (1972) S. 182

⁵⁸⁰ Vgl. Wagner (1955), S. 52-56, 67-73, Kurzreiter (1994), Sauer (2007) S. 20-36, 49-51, Colloseus (2008)

Wettlauf um die Aufteilung Afrikas begann. Weder in politischer, noch in ökonomischer Hinsicht entwickelten sich ausreichende Interessen zu mehr als nur einer begleitenden Beteiligung am europäischen Kolonialismus durch Österreich-Ungarn.

Dennoch war Kolonialismus in der Alltagskultur in der Monarchie um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert auf vielen Ebenen ständig präsent. Die in der vorliegenden Arbeit untersuchte Debatte um konkrete Möglichkeiten kolonialer Aktivitäten war nur eine spezifische Reflexion dessen. Während diese Kolonialdebatte nur von wenigen SpezialistInnen in einem bestimmten gesellschaftlichen Milieu produziert und rezipiert wurde, war das Thema „Kolonialismus“ in Bereichen zu finden, die von einem großen Publikum wahrgenommen wurde. Exotisierende Bilder wurden in zahlreichen Veranstaltungen, Büchern, der populären Vermittlung von Expeditionstätigkeiten (die wiederum in Zusammenhang mit kolonialer Eroberung standen und an denen auch zahlreiche Personen aus der Habsburgermonarchie beteiligt waren), und nicht zuletzt im Rahmen großer Ausstellungen (Weltausstellung in Wien 1873, „Ashanti“-Dorf 1896 etc.) ständig reproduziert.

Hinzu kommen auf transnationaler Ebene die Rezeption politischer, gesellschaftlicher und ideologischer Konzepte und Entwicklungen anderer europäischer Länder in der Habsburgermonarchie. Jene Vorstellungswelten und Überzeugungen, die durch die Kolonialbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts in den kolonisierenden Ländern entstanden, machten nicht an den Grenzen zu „koloniefreien“ Staaten Halt. Die politischen Verquickungen innerhalb des „europäischen Konzerts“ schließlich brachten eine Mitverantwortung Österreich-Ungarns an der kolonialen Aufteilung mit sich, an der aufgrund ökonomischer Verbindungen auch Interessen vorhanden waren.

Die von mir untersuchten Kolonial-Autoren argumentierten also nicht ohne einen gesamtgesellschaftlich wirksamen kolonialen Diskurs im Hintergrund; ihre Erfolglosigkeit wiederum ist in den (welt-)politischen Konstellationen und der

nationalen Entwicklung Österreich-Ungarns zu suchen. Doch wenn das Scheitern der Ambitionen einiger weniger Kolonialpropagandisten vor dem Hintergrund der historischen Entwicklungen während der letzten Jahre der Monarchie heute auch folgerichtig erscheint, dürfen dennoch punktuelle Überschneidungen mit aggressiven expansionistischen Konzepten nicht übersehen werden, die von politischen und militärischen Entscheidungsträgern vertreten wurden. Die Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Kolonialgesellschaft spricht dafür, dass die innerhalb dieser Organisation entwickelten Konzepte weniger weit von realpolitischen Entwicklungen entfernt waren als dies auf den ersten Blick der Fall zu sein scheint.

Während in der politischen und historiographischen Auseinandersetzung mit der Habsburgermonarchie Anknüpfungspunkte zum europäischen Kolonialismus lange Zeit verdrängt wurden und etwa protokoloniale Aktivitäten als isolierte Ereignisse analysiert wurden, nahmen jene zeitgenössischen Autoren, die sich mit der kolonialen Frage befassten, derartige Vorformen von Kolonialismus auf und fügten diese in eine „österreichische Kolonialtradition“ ein. Durch das Anknüpfen an eine gesamteuropäische Kolonialtradition wiederum waren grundlegende Rechtfertigungsargumente für Kolonialismus und Expansion in der österreichischen Kolonialdebatte in der Regel als allgemein akzeptierte Grundüberzeugungen anerkannt und wurden nur selten expliziert.

Dass von den ZeitgenossInnen eher ein kolonialer Zusammenhang gesehen wurde als von heutigen BetrachterInnen der österreichischen Geschichte, hängt mit der unterschiedliche Perspektive auf die konkreten Ereignisse zusammen. Eine heutige Betrachtung geht nicht nur von dem Wissen darüber aus, dass Österreich-Ungarn letztlich keine Gebiete außerhalb Europas annektierte, sondern ist auch beeinflusst von einem seit dem Bestehen der Monarchie geprägten nationalen Geschichtsbild, das die Habsburgermonarchie als Friedensmacht darstellte und nach 1918 nur geringfügig modifiziert wurde.⁵⁸¹ Zu diesem Bild trug gerade die

⁵⁸¹ Nach 1945 scheint sich diese offiziöse Verklärung der Habsburgermonarchie im Sinne der Etablierung eines österreichischen Nationalbewusstseins und mit Hilfe populärkultureller

Tatsache bei, dass Österreich-Ungarn vordergründig an der kolonialen Aufteilung nicht beteiligt war. ZeitgenossInnen hingegen interpretierten österreichische missionarische und diplomatische Aktivitäten vor dem Hintergrund der kolonialen Dynamik, die während der Jahrzehnte des *Scramble for Africa* vorhanden war; innerhalb kürzester Zeit wurden riesige Territorien von europäischen Mächten kolonialisiert, die während der vorangegangenen Jahrhunderte für die europäische Expansion nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatten. Deshalb waren skeptische BeobachterInnen österreichischer Aktivitäten eher geneigt, diese als erste Erscheinungen einer Kolonialbewegung zu bewerten, zumal gerade Missionstätigkeit anderen Mächten als Ausgangspunkt weiterführender Kolonialaktivitäten gedient hatte.

Dieses durch das traditionelle Bild von der Habsburgermonarchie als nicht-kolonialer Macht bestimmte „Übersehen“ der kolonialhistorischen Relevanz gewisser Ereignisse oder Entwicklungen in der Habsburgermonarchie setzte sich in der Geschichtswissenschaft lange fort. Aktivitäten, deren Zusammenhang mit Kolonialpolitik für andere europäische Staaten unbestritten ist, wurden im Fall der Monarchie häufig als isolierte Ereignisse untersucht. Die Relevanz der Geschichte der Rheinischen Missionsgesellschaft für die deutsche Kolonialgeschichte etwa ist offensichtlich, einen ähnlichen Zusammenhang von Mission und Kolonialismus für die österreichische Sudan-Mission anzunehmen ist für viele HistorikerInnen weniger selbstverständlich.

Den politischen Rahmenbedingungen und aktuellen Entwicklungen entsprechend wurden von den Kolonialautoren bestimmte Aspekte in den Vordergrund gerückt bzw. nur am Rande thematisiert. Der Ausgangspunkt ist in allen Texten der Themenkomplex Auswanderung/Überbevölkerung und Aspekte der sozialen und nationalen Frage, die die Autoren unmittelbar mit diesem Komplex in Beziehung setzten. Bestimmte Grundannahmen – etwa betreffend einer angenommenen

Darstellungen eher noch verstärkt zu haben. Das „Übersehen“ kolonialer Bezüge hat also sicher auch erinnerungspolitische Ursachen. Vgl. zuletzt zur bis heute wirksamen Verklärung der Habsburgermonarchie Hans *Hautmann*, Habsburg-Totenrummel und vergessene Vergangenheit. In: Alfred Klahr Gesellschaft Mitteilungen 18. Jg./Nr. 3, September 2011, S. 1-8

„Überbevölkerung“ – mussten dabei nicht begründet werden, da diese auch in anderen Debatten vorhanden waren und die Qualität breit akzeptierter Überzeugungen hatten. Dieses Anknüpfen an solche im gesellschaftlichen bzw. wissenschaftlichen Diskurs verbreitete Annahmen ist ein zentrales Charakteristikum fast aller Beiträge zu kolonialen Frage in Österreich-Ungarn. Letztlich stellen die Bemühungen der Autoren wie auch der Kolonialgesellschaft den Versuch dar, die Legitimität bzw. Notwendigkeit expansionistischer Konzepte ebenfalls in den Rang derartiger gesellschaftlich akzeptierter Grundüberzeugungen zu heben. Eine wichtige argumentative Methode hierfür bildet die Konstruktion einer österreichischen kolonialen Tradition, die etwa von der Nikobaren-Besetzung bis zur Annexion Bosniens und der Herzegowina reicht und als Beweis für die Eignung der Monarchie zu kolonialem Agieren dient. An diese koloniale Tradition anknüpfend, entwickelten die Autoren Angebote zur Lösung tagesaktueller ökonomischer, sozialer und politischer Probleme.

Die Österreichisch-Ungarische Kolonialgesellschaft spielte die Rolle eines Verbindungsgliedes und versuchte bei ihrer Tätigkeit an die verschiedenen Repräsentationen von Kolonialismus und Exotismus ebenso anzuknüpfen wie an bestimmte politische Debatten und gesellschaftliche Phänomene, allen voran die Emigration. Die Kolonialgesellschaft beschränkte sich aber nicht darauf, ein latentes Interesse am Thema Kolonialismus für die Propagierung ihres Programms zu nutzen, sondern hatte den Anspruch, die praktische Umsetzung desselben in Angriff zu nehmen. Hier konnten die Protagonisten der Gesellschaft wiederum an die Praxis protokolonialer Aktivitäten anknüpfen, die in der Regel für sich in Anspruch nahmen, unabhängig von der europäischen Kolonialbewegung zu agieren. Die Kolonialgesellschaft stellte demgegenüber Expeditionen und Forschungsreisen – aber eben auch Emigration und kollektive Ansiedlung in anderen Ländern – in einen direkten Zusammenhang mit Kolonialismus und wies auf ökonomische Interessen hin, die derartigen Unternehmungen in der Regel zugrunde lagen.

Bei ihren Aktivitäten – etwa der Vermittlung von EmigrantInnen an Schifffahrtsgesellschaften – schloss die Kolonialgesellschaft ebenfalls an bereits stattfindende Prozesse und Ereignisse an; dabei verfolgte sie allerdings vor allem materielle Interessen, was jedoch als Umsetzung der programmatischen Überlegungen zur Frage der Auswanderung dargestellt wurde. Auch die „Studienkommission“ der Gesellschaft wurde als Versuch, siedlungskolonialistische Tätigkeiten anzustoßen dargestellt und nicht als Anbahnung von Handelskontakten, obwohl letzteres ein wesentlicher Aspekt war. Der Unterschied dieser (stets gescheiterten) protokolonialen Aktivitäten der Kolonialgesellschaft zu jenen anderer österreichischer Aktivisten war also, dass die Initiativen stark ideologisch aufgeladen waren und ökonomische Interessen und koloniale Zusammenhänge in den Vordergrund gerückt wurden. Die Herausforderung heutiger Analyse kolonialer Zusammenhänge derartiger Aktivitäten besteht nun darin, nicht einfach die zeitgenössische prokoloniale Propaganda kolonialkritisch zu reproduzieren, sondern tatsächliche Verbindungen zu Expansionstendenzen und Kolonialbewegung zu analysieren. Paradoxerweise scheinen gerade die Aktivitäten der Kolonialgesellschaft relativ weit von längerfristigen politischen oder ökonomischen Expansionsinteressen entfernt gewesen zu sein.

Die Kolonialdebatte kann nicht losgelöst von den Veränderungen betrachtet werden, die das politische Leben der Monarchie zu dieser Zeit prägten und sich in den Beiträgen der Kolonialautoren widerspiegeln. Die einleitend angesprochenen großen politischen Auseinandersetzungen in Zusammenhang mit dem Erstarken der Sozialdemokratie und der ArbeiterInnenbewegung und den nationalen Bewegungen wurden von den Autoren teilweise unmittelbar in die Argumentation eingeflochten und stellen einen wesentlichen Punkt bei der Begründung expansionistischer und kolonialer Konzepte dar. Die meisten Autoren zählten zu jenem Teil des politischen Spektrums, das auf diese Herausforderungen konservative Antworten formulierte. Dabei wurden auch neu entstehende rechte Strömungen, welche die traditionellen Denkmodelle des Liberalismus und

Katholizismus herausforderten⁵⁸², von den Kolonialautoren rezipiert. Während dabei der sich formierende Antisemitismus kaum Niederschlag in den untersuchten Publikationen findet, so tendieren einige Autoren – vor allem während des Ersten Weltkrieges – stark zum Deutschnationalismus. Allerdings ist auch hier keine einheitliche Position auszumachen, und so sind neben Stellungnahmen, die eine unmittelbare Anbindung an die Kolonialpolitik des Deutschen Reiches fordern auch weiterhin Konzepte, vorhanden, die aus einer österreich-patriotischen Position die Notwendigkeit einer habsburgischen Überseepolitik begründen. Ab dem Zeitpunkt der Annexion Bosniens und der Herzegowina ist eine aggressivere Tendenz in den prokolonialen Stellungnahmen festzustellen, die als taktische Reaktion auf die offensivere Ausrichtung der Außenpolitik interpretiert werden kann. Der Erste Weltkrieg schließlich wirkte als Katalysator für diese Entwicklung; die „schon mehrere Jahrzehnte diffus und nur in einigen Gruppierungen vorhandenen Vorstellungen von einer Expansion Österreich-Ungarns in Südosteuropa waren“ nunmehr „offizielle Politik geworden.“⁵⁸³

Auch die Kolonialpropagandisten nahmen nun zwischenzeitlich verworfene aggressiv-kolonialistische Konzepte wieder auf und präsentierten diese mittels öffentlicher Stellungnahmen und direkten Schreiben an Ministerien, um so Einfluss auf die außenpolitische Orientierung zu gewinnen.

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges zeigen sich einige der Kolonialautoren trotz der für die Monarchie ungünstigen Lage äußerst optimistisch, dass die Ereignisse die Realisierung kolonialer Pläne in greifbare Nähe rücken würden. Für diese Autoren blieb als Ausweg aus dem endgültigen Scheitern eines habsburgischen Kolonialismus eine weitere politische Radikalisierung.⁵⁸⁴ Einzelne Biographien zeigen, dass die Radikalisierung, die vor und während des Ersten Weltkrieges

⁵⁸² Vgl. Bruckmüller (2001), S. 339, 340

⁵⁸³ Kolm (2001), S.307

⁵⁸⁴ Ein ähnliches Missverhältnis zwischen radikalisierte Kolonialpropaganda und realer Kolonialpolitik wurde auch für das Deutsche Reich festgestellt. Helmut Bley etwa wies auf den Zusammenhang zwischen stagnierenden Kolonialaktivitäten und einer ab 1900 verstärkt feststellbaren Rechtsradikalisierung hin. Vgl. Helmut Bley, *Der Traum vom Reich? Rechtsradikalismus als Antwort auf gescheiterte Illusionen im Deutschen Kaiserreich 1900-1918*. In: Birthe Kundrus (Hg.), *Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus*. Frankfurt am Main, New York 2003. S. 56-70.

stattgefunden hatte, in der Erste Republik weitergeführt wurde und einige der Kolonialpropagandisten schließlich in der NS-Ideologie eine neue politische Heimat fanden. Dabei zeigt sich, dass auch die Protagonisten vorgeblich jenseits politischer Ambitionen agierender „Forschungsreisen“ zur Etablierung neuer politischer Ideologien beitrugen, die die Jahrzehnte nach 1918 so entscheidend mitprägten. Robert Stigler entwickelte im Rahmen seiner Kolonialforschungen methodische Ansätze und theoretische Konzepte, die ihn auf direktem Weg zur NS-Ideologie heranführten.

Für die Analyse und Rekonstruktion einer österreichischen Kolonialdebatte hinderlich erwies sich, dass die meisten der untersuchten Texte relativ isolierte Quellen darstellen, dass also die für die Analyse des Kontextes notwendigen Informationen oftmals nicht eruierbar waren und die Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte der Texte somit nicht oder nur in Ansätzen rekonstruiert werden konnte. Gerade die für die Thematik relevantesten Informationen – beispielsweise nach dem politischen und sozialen Hintergrund der Verfasser von pro-kolonialen bzw. kolonialtheoretischen Schriften – sind nur in wenigen Ausnahmefällen gut dokumentiert. Anhand dieser Beispiele konnte der soziale und politische Hintergrund der Autoren jedoch exemplarisch nachgezeichnet und zusammen mit den Mitgliederlisten der Kolonialgesellschaft die Kolonialdebatte gesellschaftspolitisch verortet werden.

Wenn aus den in der vorliegenden Arbeit untersuchten Publikationen und Positionen eine verallgemeinerbare Tendenz herausgearbeitet werden und die Darstellung sich nicht auf die anekdotenhafte Wiedergabe einer skurrilen Fußnote in der österreichischen Geschichte beschränken soll, dann muss die Tatsache einer sich gegen Ende des Bestehens der Habsburgermonarchie tendenziell verstärkenden pro-kolonialen, proimperialistischen Debatte als Ausdruck zweier Phänomene analysiert werden. Zum einen reproduzieren die Beiträge zu einer österreichischen Debatte Rechtfertigungsideologien, welche die europäische Expansion begleitet, aus dieser hervorgegangen und diese wiederum beeinflusst

und bestärkt haben. Die österreichischen Kolonialpropagandisten stellten sich ganz bewusst in einen europäischen Kontext, indem etwa das Vorbild deutscher Kolonialpropaganda genannt wird⁵⁸⁵ oder die eigenen Argumente mit dem Hinweis auf die „Lebensinteressen einer noch größeren Gemeinschaft“⁵⁸⁶, nämlich Europas, begründet wurden.

Zum anderen kann die österreichische Kolonialpropaganda als Symptom einer sich entwickelnden Tendenz in der Habsburgermonarchie verstanden werden. Imperialistische Konzepte waren in der österreichisch-ungarischen Politik zweifellos vorhanden, beschränkten sich jedoch in der Regel auf Projekte in Südosteuropa. Dass einige der politischen und militärischen Protagonisten derartiger Projekte über den Balkan als buchstäblich am nächsten liegenden Raum für expansionistische Bestrebungen der Monarchie und künftiges Ziel eines verstärkten imperialistischen Engagements hinausblickten, lässt sich anhand vereinzelter Äußerungen nachweisen. Imperialistische Konzepte und Tendenzen waren also vorhanden, ein Engagement in außereuropäischen Regionen wurde nicht grundsätzlich ausgeschlossen; dementsprechend können die Autoren von prokolonialen Abhandlungen als „imperialistische Avantgarde“ gesehen werden, ideologische Vorreiter, die eine vorhandene Tendenz in der politischen und ökonomischen Entwicklung der Monarchie aufgriffen und zu verstärken suchten.⁵⁸⁷

Den politischen Entwicklungen der Zeit entsprechend war in den Augen der Befürworter einer Kolonialpolitik diese sowohl ein notwendiger Aspekt einer imperialen Großmacht, als auch eines der wichtigsten Werkzeuge zur Lösung der sozialen Frage und ökonomischer Probleme.⁵⁸⁸ Dementsprechend knüpfte man direkt an vorhandene Argumente zum Stellenwert der Monarchie als Großmacht einerseits, zu sozialen und ökonomischen Fragen andererseits an. Es handelte sich

⁵⁸⁵ Vgl. *Kolonial-Zeitung*, 5/6 1915, S. 1

⁵⁸⁶ Seyfert/Mahr (1917), S. 70

⁵⁸⁷ Nach Kolm deutete etwa die Gründung der Österreichisch-Ungarischen Kolonialgesellschaft „einen gewissen Stimmungswandel in der Monarchie“ hin zu einer größeren Relevanz expansionistischer Konzepte in der politischen Diskussion an. Kolm (1997), S. 219

⁵⁸⁸ Vgl. Hobsbawm (2004), S. 94

bei der Kolonialdebatte somit keineswegs um eine utopische Diskussion ohne jeglichen Realitätsbezug, sondern um extreme Positionen innerhalb eines breiten Spektrums öffentlicher politischer und wissenschaftlicher Auseinandersetzungen. Dass die Kolonialpropagandisten direkt an umfassend diskutierte Themen und reale soziale Phänomene – der Themenkomplex „Emigration“ etwa verkörpert beide Aspekte – anknüpften, um ihre Argumente öffentlich zu machen, unterstreicht ihre Funktion als ideologische Avantgarde, die vorhandene Diskussionen zu vereinnahmen und in eine ihren politischen Konzepten entsprechende Richtung zu lenken versuchte.

Die vorliegende Arbeit versucht zu zeigen, dass sich Debatten über expansionistische Aktivitäten und Erwägungen über die Art und Weise ihrer Durchführung nicht auf Expansionspläne in Südosteuropa und im Nahen Osten beschränkten, sondern in bestimmten Kreisen sehr offen koloniale Aktivitäten außerhalb Europas gefordert bzw. als mögliche Option diskutiert wurden. Wenn sich diese Debatten auch auf einen kleinen Zirkel von Kolonial-Lobbyisten beschränkte, so war die Option einer Expansion über Europa hinaus auch bei politischen und militärischen Vertretern der Monarchie als Möglichkeit und in Einzelfällen auch konkret vorhanden.

9 Quellen und Literatur

Quellen

Bibliotheken und Archive

Österreichische Nationalbibliothek

Universitätsbibliothek Wien

Wienbibliothek

Städtische Bücherei Wien

AK Bibliothek Wien für Sozialwissenschaften

James Ford Bell Library, University of Minnesota

Archiv der Universität Wien

Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien

Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien

Wiener Stadt- und Landesarchiv

Stadtarchiv Steyr

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde

Archivalien

BArch BDC MF-Ortsgruppenkartei O0008, 3200.30, Mitgliedsnummer 1483301

BArch BDC MF-Ortsgruppenkartei W0043, 3200.38

HHStA 10, F 74, Staaten 1901 – 1902, Varia 1903 – 1908 (n. Staaten)

HHStA 13 P.A. XXXII Marokko, Liasse Mar. I: Rio de Oro, 1899-1900, Liasse

Mar. II: Prot. Alger. 1906

HHStA 177, P.A. III Preußen, IIa: Kongo-Frage 1882-1884

HHStA 212 P.A. XL, Interna, Liasse XXIII-XXIX (Freiland)

HHStA 490, P.A. I, Liasse XLII: Mobilisierungsvorschriften 1909ff., Liasse
XLIIa: Erneuerung des Dreibundvertr. 1911-1912, 1. Teil
HHStA 495 P.A. I, Liasse XLVI/1-3: Kleinasiatische Interessensphären 1913
HHStA F 15, K 10 Auswanderung
HHStA F 15, K 26, Generalia, 1871-1918, Kolonisierung
HHStA F 15, 40, Generalia, 1871-1918, Publikationen
HHStA P.A. I, 614, Kab. d. Min., IIf, 4-5
HHStA F 12, K 18, 2-4, Rotes Kreuz, Österr. Hilfsvereine im Ausland ab 1897 A
UA Med. Dek. Akt 1200, 1938/39 (Personalakt Robert Stigler, Archiv der
Universität Wien)
WSLA Vg 3d Vr 4669/47 (Robert Stigler)
Stadtarchiv Steyr: Nachlass Robert Stigler

Zeitungen und Zeitschriften

Fremdenblatt

Der Gerichtssaal

Neue Freie Presse

Oesterreichisch-Ungarische Heeres-Zeitung

Kolonial-Zeitung. Offizielles Organ der österreichisch-ungarischen
Kolonialgesellschaft.

Der Weltverkehr. Zeitschrift für Ex- und Import, Handel, Verkehrs- und
Auswanderungswesen. Offizielles Organ der österr.-ungar. Kolonial-
Gesellschaft. Beilage: Mitteilungen des Österreichischen Orientvereines. I.
Jahrgang, Nr. 11. Wien, November 1905.

Gedruckte Quellen

Echo aus Afrika

- Baumann, Oscar: Österreichisch-Ungarische Interessen in Ostafrika. In: *Oesterreichische Monatsschrift für den Orient*. Hg. vom K. K. Österreichischen Handelsmuseum in Wien. Nr. 1 u. 2. Jänner-Februar 1895, S. 1-4.
- Bauer, Otto: Oesterreich und der Imperialismus. In: *Der Kampf*, Jg. 2, 1. Oktober 1908, 1. Heft, Sammelband II, S. 17-22
- ders.: Oesterreich-Ungarn und Italien. In: *Der Kampf*, Jg. 4, 1. März 1911, 6. Heft, Sammelband IV, S. 245-251
- Bleier, Ernst: *Der weissen Menschen Schicksalstunde*. Wien – Leipzig 1918.
- Bülow, Heinrich von: *Österreich-Ungarns Handels- und Industrie-Politik*. Mit besonderer Rücksichtnahme auf das in der Monarchie zutage tretende Bestreben nach überseeischer Kulturarbeit. Berlin 1902 (Wilhelm Süsserott, Verlagsbuchhandlung)
- Bülow, Heinrich von: *Der Verlust von Österreichs Stellung in Deutschland vom kolonialpolitischen Standpunkte*. Berlin 1903.
- [Hötzendorf] Conrad, Feldmarschall: *Aus meiner Dienstzeit. 1906-1918*. Erster Band: Die Zeit der Annexionskrise 1906-1909. In zwei Teilen, mit einem Anhang und einer ethnographischen Karte. Rikola Verlag Wien, Berlin, Leipzig, München 1921.
- Ein Wort an alle, welche der Antislavereibewegung Österreichs Erfolg wünschen. Von den Herausgebern von *Echo aus Afrika*. Wien 1890.
- Grauer, Rudolf: Ein weißer Fleck auf der Karte Afrikas. In: *Fremden-Blatt*, Nr. 50, 20. Februar 1914, S. 9-10
- Grauer, Rudolf: Replik auf Kmunke zu „Ein weißer Fleck auf der Karte Afrikas.“ In: *Fremden-Blatt*, Nr. 55, 25. Februar 1914
- Grauer, Rudolf: Urteile über Rudolf Kmunke's „Quer durch Uganda“. Gesammelt und eingeleitet von Rudolf Grauer. Wien 1914.
- Heiderich, Franz: *Die weltpolitische und weltwirtschaftliche Zukunft von*

- Österreich-Ungarn. Wien 1916.
- Heiderich, Franz: Die weltpolitische und volkswirtschaftliche Stellung der österreichisch-ungarischen Monarchie. Wien 1918.
- Hey, Friedrich: Unser Auswanderungswesen und seine Schäden. Wien und Leipzig 1912.
- ders.: Die Auswanderung und ihre eminente Bedeutung für unser Wirtschaftsleben. Wien und Leipzig 1913.
- ders.: Volksverwertung, Kolonisation und Kolonialpolitik nach dem Kriege. (Praktische Anregungen nach einschlägigen Erfahrungen aus drei Weltteilen.) Sonder-Druck aus der „Wochenschrift des Niederösterreichischen Gewerbevereines“ vom 12., 19. und 26. Oktober und 2. November 1916. Wien 1916.
- ders.: Anregungen zur künftigen Volksverwertung und kolonialpolitische Betrachtungen. Sonderabdruck der *Österreichischen Illustrierten Rundschau* Nr. 31, 4. Jahrgang. o. J.
- Hirsch, Heinrich: Ueberseeische Kolonisation durch Oesterreich-Ungarn mit handelsstatistischen und handelsgeographischen Anhängen. Wien und Olmütz 1888.
- Kmunke, Rudolf: Quer durch Uganda. Eine Forschungsreise in Zentralafrika 1911/1912. Berlin 1913.
- ders.: Meine Forschungsreise durch Uganda. In: *Petermanns Geographische Mitteilungen*, 59. Band, 1913, 1. und 2. Halbband, S. 75-77.
- ders.: Zuschrift an das *Fremden-Blatt* zu „Ein weißer Fleck auf der Karte Afrikas.“ In: *Fremden-Blatt*, Nr. 54, 24. Februar 1914
- Laqueur, Ernst: Bericht über den IX. Internationalen Physiologenkongress, 2.-6. September 1913 in Groningen. Ergänzungsheft zum Zentralblatt für Physiologie Band XXVII. Leipzig und Wien 1914.
- o.A.: Österreich-Ungarns Schicksalsstunde. Wien und Leipzig 1915.
- Lukas, Georg: Koloniale Fragen im österreichischen Geschichts- und Geographie-Unterrichte. In: Frank Josef (Hg.): Vierzigstes Jahresbericht der k. k. ersten Staats-Realschule in Graz. Graz 1912.

- Mahr, Adolf: Rußlands Bauernfrage und der Weltkrieg. In: *Kolonial-Zeitung*, 13. Jg., Nr. 3/4, 1.9.1915, S. 11, 12.
- ders.: Die Kundgebung der maritimen und überseeischen Kriegsziele des deutschen Volkes. In: *Kolonial-Zeitung*, 14. Jg., Nr. 1/2, 27.2.1917, S. 4-7.
- Mörl, Anton von: Das Ende des Kontinentalismus. Entwicklung und Bedeutung unserer Seegeltung. Saaz 1912.
- Neumann-Spallart, F. X. v.: Oesterreich-Ungarn und die Colonialbewegung. In: *Oesterreichischen Monatsschrift für den Orient*, 15. April 1885, Nr. 4, S. 74-78
- o. A.: Die Oesterr.-ungar. Colonialgesellschaft in ihrem Verhältnisse zu den zum Geschäftsbetriebe in Oesterreich zugelassenen Dampferlinien nach Nordamerika. Denkschrift der österreichischen Repräsentanten der Niederländisch-Amerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Rotterdam, des Norddeutschen Lloyd in Bremen und der Red Star-Linie in Antwerpen. Anknüpfend an die Artikel des Hrn. R. Schroft „Unsere neuen Statuten“ in der Gratisbeilage der „Oesterr.-ungar. Heereszeitung“ vom 1. und 20. August 1898. Wien 1898.
- Pallme, Ignaz: Beschreibung von Kordofan und einigen angränzenden Ländern. Sammlung von Afrika-Reisebeschreibungen österreichischer Forschungsreisender, Hg. von Dr. Paul Kainbacher. Band 3. Baden bei Wien 2002.
- Ragg, Manfred: Oesterreich-Ungarn als Kolonialmacht. Leipzig 1911.
- Redlich, Alexander: Oesterreich-Ungarn als Großmacht. Berlin 1917 (= Kriegspolitische Einzelschriften Heft 14).
- Reise auf dem weißen Nil. Aus den Original-Manuscripten des General-Vikars von Central-Afrika, Dr. Ignaz Knoblecher bearbeitet von Dr. V. F. Klun. Sekretär und Geschäftsleiter des histor. Vereines für Krain. Laibach 1851. In: Sammlung von Afrika-Reisebeschreibungen österreichischer Forschungsreisender. Hg. von Dr. Paul Kainbacher. Band 4, Ignaz Knoblecher, Reise auf dem weißen Nil. Baden bei Wien 2003. S. 54-108.
- Reise der österreichischen Fregatte Novara um die Erde in den Jahren 1857, 1858,

- 1859 unter den Befehlen des Commodore B. von Wüllerstorff-Urbair. Anthropologischer Theil. Erste Abtheilung: Cranien der Novara-Sammlung. Beschrieben von Dr. E. Zuckerkandl, Prosector. Herausgegeben im Allerhöchsten Auftrage unter der Leitung der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften. Wien 1875.
- Reise der österreichischen Fregatte Novara um die Erde in den Jahren 1857, 1858, 1859 unter den Befehlen des Commodore B. von Wüllerstorff-Urbair. Anthropologischer Theil. Zweite Abtheilung: Körpermessungen, an Individuen verschiedener Menschenrassen vorgenommen durch Dr. Karl Scherzer und Dr. Eduard Schwarz, bearbeitet von Dr. A. Weisbach, k.k. Oberarzt. Mit VIII Tabellen. Herausgegeben im Allerhöchsten Auftrage unter der Leitung der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften. Wien 1867.
- Renner, Karl: Sympathien und Antipathien. In: Der Kampf, Jg. 2, 1. Jänner 1909, 4. Heft, Sammelband II, S. 164-169
- ders.: Ein Menschenalter nach Marx' Tod. In: Der Kampf, Jg. 6, 1. März 1913, Nummer 6. In Sammelband VI., S. 244-248
- ders.: Probleme des Marxismus VII. In: Der Kampf, Jg. 9, November 1916, Nummer 11. Sammelband IX., S. 383-386
- Robert, Fritz: Afrika als Handelsgebiet. West-, Süd- und Ostafrika. Wien 1883.
- Rosegger, Peter: Heim zur Scholle. Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen 5. Heft. Hg. von Robert Strache. Warnsdorf 1915.
- Schroft, Richard: Die österr.-ungar. Culturarbeit und Auswanderung. Ein patriotisches Mahnwort. Wien 1894.
- ders.: Das Programm der Oest.-Ung. Colonial-Gesellschaft. Im Selbstverlage der oesterr.-ungar. Colonial-Gesellschaft. Wien 1895. (= 1895a)
- ders.: Zur Auswanderungsfrage! Mit besonderer Berücksichtigung der oesterr.-ungar. Auswanderung. Patriotische Denkschrift von Richard Schroft. k. k. Rechnungs-Rath etc. Im Selbstverlage der oesterr.-ungar. Colonial-Gesellschaft. Wien 1895
- ders. und August Fischer: Europa-Übersee. Geschichte der wirtschaftlichen

- Ausbreitung der europäischen Staaten in Übersee unter besonderer Berücksichtigung der Auswanderung, Einwanderung und wirtschaftlichen Besiedlung. I. Band England, Frankreich und Belgien in Brasilien. Wien 1914.
- Schulte im Hofe, A.: Zur österreichischen Siedlungs- und Kolonisationsfrage. Erwägungen zu zwei inhaltsgleichen österreichischen Denkschriften. Sonderabdruck aus der „Kolonial-Zeitung“ (Wien) vom 15. Dezember 1916. Wien 1916.
- Seyfert, Richard: Entwurf einer Auswanderungs-Organisation. In: *Deutsche soziale Rundschau*, Dezember 1913.
- ders.: Zur Eröffnung des Panamakanals. In: *Kolonial-Zeitung*, 13. Jg., Nr. 3/4, 1.9.1915, S. 1- 3.
- ders.: Entwurf eines Programmes der Deutschen Nationalpartei. (o.O., o.J.).
- Seyfert, Richard, Adolf Mahr: Denkschrift betreffend die Notwendigkeit eines überseeischen Kolonialbesitzes für die österreichisch-ungarische Monarchie und die Richtlinien einer solchen Kolonialpolitik. Wien 1917.
- Stigler, Robert: Rassenphysiologische Untersuchungen in Uganda. IX. Internationaler Physiologenkongress, Kongressbericht, Groningen 1913.
- ders.: Rassenphysiologische Studien in Uganda. Vortrag, gehalten den 22. Januar 1919. Wien 1919.
- ders.: Die rassenphysiologische Bedeutung der sexuellen Applanation. München 1934 (= *Zeitschrift für Rassenphysiologie*. Bd. 7, H. 1/2.)
- ders.: Über neuzeitliche Kolonisation (=Rezension zu Thurnwald, Richard: *Koloniale Gestaltung, Methoden und Probleme überseeischer Ausdehnung*. Hamburg 1939) Sonderabdruck aus *Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft*, Band 83. Wien 1940. (= Stigler 1940a)
- ders.: Der Weiße in den Tropen. Schriften des Vereines zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse in Wien. 80. Band. Vereinsjahr 1939/40. S. 83-200. Wien 1940. (= Stigler 1940b)
- ders.: Bioklimatik und Siedlungsmöglichkeit in den Tropen. Separatdruck aus der Wiener Medizinischen Wochenschrift (Nr. 9 10 12 und 14, 1942). Wien

1942.

ders.: Angeborene physiologische Unterschiede zwischen Weissen und Farbigen.

In: Kongressbericht zum III. Internationalen Kongreß für die Anthropologischen und Ethnographischen Wissenschaften. Brüssel 1948.

ders.: Rassenphysiologische Ergebnisse meiner Forschungsreise in Uganda 1911/12. Vorgelegt in der Sitzung am 2. Juli 1943. Wien 1952 (= Denkschrift der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 109. Band).

ders.: Häufigkeit von Hochdruck und Hirnschlag bei Weißen und Farbigen. Kongreßbericht der II. Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Tropenmedizin. 1969.

ders.: Blutdruck und cardiovaskuläre Mortalität als Auslesefaktoren für die Entwicklung der Weißen. Mitteilungen der Anthropologischen Gesellschaft Wien. Wien 1970.

Weber, Heinrich: Elemente unserer auswärtigen Politik. In: *Der Kampf*, Jg. 2, 1. Oktober 1908, 1. Heft. Sammelband I, S. 54-60

ders.: Nationale und internationale Gesichtspunkte in der auswärtigen Politik. In: *Der Kampf*, Jg. 2, 1. September 1909, 12. Heft. Sammelband II, S. 535-541.

Wessely, Leo: Eine Kolonie für Österreich-Ungarn. Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen, 33. Heft. Hg. von Robert Strache. Warnsdorf 1918.

Wieser, Friedrich: Die Lehren des Krieges. Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen 1. Heft. Hg. von Robert Strache. Warnsdorf 1915.

Rezension zu Rudolf Kmunke, Quer durch Uganda. In: *Neue Freie Presse*, 21.12.1913, S. 36

Rezension zu Dr. Ernst Franz Weisl, Hof- und Gerichtsadvocat in Wien. Der neue Gesetzentwurf betr. die Reform der französischen Militärstrafproceßordnung. Verlag der österreichisch-ungarischen Heereszeitung in Wien, 1902. In: *Der Gerichtssal*, Jg. 60, 1902.

Literatur

- Adams, Willi Paul: Die USA vor 1900. Oldenbourg 2000.
- Adick, Christel: Deutsche Missions- und Kolonialpädagogik in Dokumenten. Eine kommentierte Quellensammlung aus den Afrikabeständen deutschsprachiger Archive 1884-1914. Frankfurt am Main, London 2001.
- Ahmad, Aijaz: In Theory. Classes, Nations, Literatures. London, New York 1992.
- ders.: Postcolonialism: What's in a Name? In: de la Campa, Ramón; Kaplan, Ann; Sprinker, Michael (Ed.): Late Imperial Culture, London 1995. S. 11-32.
- Aichelburg, Wladimir: Vom Flottenverein zum Marineverband. o.J.
<http://www.marineverband.at/geschichte/flottenverein.htm> (28.04.2012)
- Angermeier, Heinz: Der österreichische Imperialismus des Generalfeldmarschalls Conrad von Hötzendorf. In: Albrecht, Dieter, Andreas Kraus und Kurt Reindel (Hg.): Festschrift für Max Spindler zum 75. Geburtstag. München 1969, S. 777-792.
- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. München ²1991.
- Bachinger, Karl, Hildegard Hemetsberger-Koller und Herbert Matis: Grundriss der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Wien ⁵1994.
- Bade, Klaus J. (Hg.): Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium. Wiesbaden 1982.
- ders.: Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München 2000.
- Berner, Margit: Rassenforschung an kriegsgefangenen Schwarzen. In: Peter Martin, Christine Alonzo, Zwischen Charleston und Stechschritt. Schwarze im Nationalsozialismus. Hamburg, München 2004, S. 605-613
- Bley, Helmut: Der Traum vom Reich? Rechtsradikalismus als Antwort auf gescheiterte Illusionen im Deutschen Kaiserreich 1900-1918. In: Kundrus, Birthe (Hg.), Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus. Frankfurt am Main, New York 2003. S. 56-70.

- Bollinger, Stefan (Hg.): Imperialismustheorien. Historische Grundlagen für eine aktuelle Kritik. Wien 2004.
- Bruckmüller, Ernst: Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse. Wien ²1996.
- ders.: Sozialgeschichte Österreichs. Wien ²2001.
- Byer, Doris: Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege – zur Entstehung eines sozialdemokratischen Machtdispositivs in Österreich bis 1934. Frankfurt am Main – New York 1988.
- Canfora, Luciano: August 1914. Oder: Macht man Krieg wegen eines Attentats? Köln 2010.
- Castro Varela, María do und Nikita Dhawan: Postkoloniale Theorie. Eine Einführung. Bielefeld 2005.
- Césaire, Aimé: Über den Kolonialismus. Berlin 1968.
- Chmelar, Hans: Höhepunkte der österreichischen Auswanderung. Die Auswanderung aus den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern in den Jahren 1905-1914. Wien 1974.
- Choate, Mark I.: Emigrant Nation: The Making of Italy Abroad. Harvard 2008.
- Colloseus, Gerald: Ein österreichisches Schicksal? Analyse von Kolonialprojekten am Beispiel der Mission Tegetthoffs und Heuglins ins Rote Meer 1857/58. Dipl. Wien 2008.
- Conrad, Sebastian, Shalini Randeira (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. Frankfurt am Main 2002.
- Cooper, Frederick: Colonialism in Question. Theory, Knowledge, History. Berkeley, Los Angeles, London 2005.
- Čupić-Amrein, Martha M.: Die Opposition gegen die österreichisch-ungarische Herrschaft in Bosnien-Herzegowina (1878-1914). Bern 1987.
- Czech, Herwig: „Vorwiegend negerische Rassenmerkmale“. AfrikanerInnen und farbige „Mischlinge“ im Nationalsozialismus. In: Sauer (2007), S. 155-174.
- Dabag, Mihran, Horst Gründer und Uwe-K. Ketelsen (Hg.): Kolonialismus.

- Kolonialdiskurs und Genozid. München 2004.
- Deppe, Frank, David Salomon und Ingar Solty: Imperialismus. Köln 2011.
- Deutsch, E., N. N. Constantinescu, A. Negrea, A. Negucioiu: Über die Vorherrschaft des Finanzkapitals in Transsilvanien in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. In: Die Frage des Finanzkapitals in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1900-1918. S. 53-65
- Dirlik, Arif: The Postcolonial Aura: Third World Criticism in the Age of Global Capitalism. In: Critical Inquiry 20, Winter 1994, S. 328-356.
- Drechsler, Horst: Südwestafrika unter deutscher Kolonialherrschaft. Der Kampf der Herero und Nama gegen den deutschen Imperialismus (1884-1815). Berlin ²1984.
- ders.: Südwestafrika unter deutscher Herrschaft. Die großen Land- und Minengesellschaften. Stuttgart 1996.
- Eagleton, Terry: Einführung in die Literaturtheorie. Stuttgart, Weimar ⁴1997.
- ders.: Ideologie. Eine Einführung. Stuttgart 2000.
- ders.: Was ist Kultur? Eine Einführung. München 2001.
- Eckert, Andreas: Kolonialismus. Frankfurt am Main 2006.
- Eigner, Peter: Die Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert: Ein Modellfall verzögerter Industrialisierung? In: Beiträge zur Historischen Sozialkunde 3/1997, S. 112-122. (= 1997 a)
- ders.: Die Verflechtung zwischen den Wiener Großbanken und der Industrie 1895 bis 1938. Ein Überblick. In: Matis, Herbert (Hg.): Historische Betriebsanalyse und Unternehmer. Festschrift für Alois Mosser. Wien 1997. S. 183-205. (= 1997 b)
- ders., Andrea Helige (Hg.): Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Wien 1999.
- Essner, Cornelia: Deutsche Afrikareisende im neunzehnten Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte des Reisens. Wiesbaden 1985.
- Faßmann, Heinz: Auswanderung aus der österreichisch-ungarischen Monarchie 1869-1910. In: Horvath/Neyer (Hg., 1996), S. 33-55.
- Feichtinger, Johannes (Hg.): Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und

- kollektives Gedächtnis. Innsbruck, Wien 2003.
- Fellner, Fritz: Die Haltung Österreich-Ungarns während der Konferenz von Algeciras 1906. In: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 71, 1963. S.462-477.
- Fiedler, Matthias: Zwischen Abenteuer, Wissenschaft und Kolonialismus. Der deutsche Afrikadiskurs im 18. und 19. Jahrhundert. Köln, Wien 2005.
- Foster, John Bellamy und Horst Heininger: Geschichte der Imperialismus- und Monopoltheorie. Hamburg 2002.
- Die *Frage des Finanzkapitals* in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1900-1918. Mitteilungen auf der Konferenz der Geschichtswissenschaftler. Budapest, 4.-9. Mai 1964. Bukarest 1965.
- Fuchs, Albert: Geistige Strömungen in Österreich 1867-1918. Wien 1996. (Nachdruck von 1949)
- Fuchs, Brigitte: „Rasse“, „Volk“, Geschlecht. Anthropologische Diskurse in Österreich 1850-1960. Frankfurt am Main 2003.
- Garscha, Winfried R.: Nationalsozialisten in Österreich 1933-1938. In: Tálos, Emmerich, Wolfgang Neugebauer (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938. Wien 2005, S. 100-120.
- Geck, Philip und Anton Rühling: Vorläufer des Holocaust? Die Debatte um die (Dis-)Kontinuität von Kolonialismus und Nationalsozialismus. In: *iz3w* Nr. 308 (2008), S. 40.
- Gerwarth, Robert und Stephan Malinowski: Der Holocaust als „kolonialer Genozid“? Europäische Kolonialgewalt und nationalsozialistischer Vernichtungskrieg. In: *Geschichte und Gesellschaft*. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, 33. Jg., Heft 3, Juli-September 2007. S. 439-466.
- Good, David F.: Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750-1914. Graz, Wien 1986.
- Grosse, Pascal: What Does German Colonialism Have to Do with National Socialism? A Conceptual Framework. In: Ames, Eric, Marcia Klotz and Lora Wildenthal (Ed.): *Germany's Colonial Past*. University of Nebraska,

- Lincoln and London, 2005, S. 115-134
- Gründer, Horst: Christliche Mission und deutscher Imperialismus 1884-1914. Paderborn 1982.
- ders.: „Neger, Kanaken und Chinesen zu nützlichen Menschen erziehen“ – Ideologie und Praxis des deutschen Kolonialismus. In: Beck, Thomas, Horst Gründer et. al. (Hrsg.): Überseegeschichte. Beiträge der Jüngerer Forschung. Stuttgart 1999. S. 254-266.
- Hahn, Sylvia: Migration – Arbeit – Geschlecht. Arbeitsmigration in Mitteleuropa vom 17. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Göttingen 2008.
- Hall, Stuart: Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht. In: Hall, Stuart: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg 1994. S. 137-179.
- Hamann, Georg Friedrich: Emil Holub. Der selbsternannte Vertreter Österreich-Ungarns im südlichen Afrika. In: Sauer (Hg., ²2007), S. 163-195.
- Hauck, Gerhard: Kolonialismus. In: Haug, Wolfgang Fritz: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Band 7/II. Hamburg 2010, 1159-1166.
- Hausmann, Robert: Die Entwicklung des Kapitalismus in der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Entstehung des „Austromarxismus“. Diss. Osnabrück 1979.
- Haug, Wolfgang Fritz: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM). Hamburg 1994 ff.
- Hautmann, Hans, Rudolf Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik. Wien 1974.
- ders.: Die Sozialdemokratie: Der Übergang auf zentristische Positionen (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 3). In: Alfred Klahr Gesellschaft Mitteilungen Nr. 3/2007, S. 1-7.
- ders.: Habsburg-Totenrummel und vergessene Vergangenheit. In: Alfred Klahr Gesellschaft Mitteilungen Nr. 3/2011, S. 1-8.
- Heer, Friedrich: Der Kampf um die österreichische Identität. Wien 1981.

- Heininger, Horst: Geschichte der Imperialismustheorie (bis 1945). In: Foster, John Bellamy und Horst Heininger: Geschichte der Imperialismus- und Monopoltheorie. Hamburg 2002.
- Hekele, Martin: Die Kriegszielpolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie im Ersten Weltkrieg. Mit einer Gegenüberstellung der Kriegsziele der wichtigsten kriegsführenden Staaten. Diss. Wien 1996.
- Hildebrand, Klaus: Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945. München 1969.
- Hobsbawm, Eric: Zeitalter der Extreme. München 1998.
- ders.: Das imperiale Zeitalter. 1875-1914. Frankfurt am Main 2004.
- Hobson, J.A.: Imperialism. A Study. London ⁶1961.
- Horvath, Traude und Gerda Neyer (Hg.): Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Mit einer umfassenden Bibliographie zur österreichischen Migrationsgeschichte. Wien, Köln, Weimar 1996.
- Hund, Wulf D.: Rassismus. Die soziale Konstruktion natürlicher Ungleichheit. Münster 1999.
- ders.: Negative Vergesellschaftung. Dimensionen der Rassismusanalyse. Münster 2006.
- Institut für Landeskunde von Oberösterreich (Hg.): Biographisches Lexikon von Oberösterreich. Bearbeitet von Martha Khil. 1955ff. (Eintrag „Stigler Robert“ in: Band 6, 3. Lieferung, 1957).
- Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster ⁴2004.
- Kakuska, Petra: Reiseziel Ostafrika. Organisation und Logistik von Maasai-Expeditionen 1882-1889. In: Sauer (Hg., ²2007), S. 225-255.
- Kann, Robert: Trends towards Colonialism in the Habsburg Empire, 1878-1918. The Case of Bosnia-Herzegovina. In: Don Karl Rowney und G. Edward Orchard, Russian and Slavic History. Columbus 1977, S. 164-180.
- Klein, Fritz: Weltpolitische Ambitionen Österreich-Ungarns vor 1914. In: Jahrbuch für Geschichte 29, 1984. S. 263-290.
- Klemun, Marianne (Hg.): Wissenschaft und Kolonialismus. *Wiener Zeitschrift zur*

- Köfler, Barbara: Oscar Baumann. Die wechselseitige Beziehung zwischen Forschungs- und Kolonialinteressen. In Sauer (Hg., 2007), S. 197-223.
- Kolm, Evelyn: „Ich gebe für diesen Dreck nicht einen Kreuzer...“: Finanzkapital und imperialistische Politik in Österreich-Ungarn. In: Matis, Herbert (Hg.): Historische Betriebsanalyse und Unternehmer. Festschrift für Alois Mosser. Wien 1997. S. 207-234.
- dies.: Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus. Frankfurt am Main 2001.
- Komlosy, Andrea: Innere Peripherien als Ersatz für Kolonien? Zentrenbildung und Peripherisierung in der Habsburgermonarchie. In: Hárs, Endre u.a. (Hg.): Zentren, Peripherien und kollektive Identitäten in Österreich-Ungarn. Tübingen 2006. S. 55-78.
- Kotrba, Franz: William Astor Chanler (1867-1934) und Ludwig von Höhnelt (1857-1942) und Afrika. Dipl. Wien 2008.
- Kößler, Reinhart und Henning Melber: Vergangenes in der Gegenwart. Kontinuitäten des Deutschen Kolonialismus. In: *iz3w* Nr. 275 (2004), S. 22-25
- Kraus, Hans-Christof: Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter, Pamphlete. In: Maurer, Michael: Aufriß der historischen Wissenschaften. Band 4. Quellen. Stuttgart 2002. S. 373-401.
- Kraus, Karl: Die Treitel-Stiftung. In: *Die Fackel* 24 (1899), S. 15-20.
- Křížek, Jurij: Die wirtschaftlichen Grundzüge des österreichisch-ungarischen Imperialismus in der Vorkriegszeit (1900-1914). Praha 1963.
- ders.: Beitrag zur Geschichte der Entstehung und des Einflusses des Finanzkapitals in der Habsburger Monarchie in den Jahren 1900-1914. In: Die Frage des Finanzkapitals in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1900-1918. Bukarest 1965, S. 5-51.
- Kretschmer, Ingrid: Österreichs Beitrag zur kartographischen Erschließung Ostafrikas bis zum Ersten Weltkrieg. In: Amt der Burgenländischen Landesregierung (Hg.): Abenteuer Ostafrika. Der Anteil Österreich-

- Ungarns an der Erforschung Ostafrikas. Eisenstadt 1988. S. 129-160.
- Kretschmer, Ingrid und Gerhard Fasching (Hg.): Österreich in der Welt, die Welt in Österreich. Chronik der Österreichischen Geographischen Gesellschaft. 150 Jahre (1856-2006). Wien 2006.
- Kretschmer, Ingrid: 150 Jahre Geographische Gesellschaft in Wien. In: Kretschmer/Fasching (Hg.), S. 67-112.
- Kronenbitter, Günther: „Krieg im Frieden“. Die Führung der k. u. k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906-1914. Oldenbourg 2003.
- Kundrus, Birthe (Hg.): Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus. Frankfurt am Main, New York 2003.
- dies.: Die Kolonien - „Kinder des Gefühls und der Phantasie“. In: Kundrus, Birthe (Hg.), Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus. Frankfurt am Main, New York 2003. S. 7-18.
- dies.: Von Windhoek nach Nürnberg? Koloniale „Mischehenverbote“ und die nationalsozialistische Rassengesetzgebung. In: Kundrus, Birthe (Hg.), Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus. Frankfurt am Main, New York 2003. S. 110-131.
- dies.: Moderne Imperialisten. Köln, Wien 2003.
- dies.: Grenzen der Gleichsetzung. Kolonialverbrechen und Vernichtungspolitik. In: *iz3w* Nr. 275 (2004), S. 30-33.
- dies.: Kontinuitäten, Parallelen, Rezeptionen. Überlegungen zur „Kolonialisierung“ des Nationalsozialismus. In: *WerkstattGeschichte* 43, 15. Jg., Dezember 2006, S. 45-62.
- Kurzreiter, Johann: Österreich-Ungarn und die Kongo-Frage 1884-1885. In: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 46 (1998), S. 67-88.
- Laak, Dirk van: „Ist je ein Reich, das es nicht gab, so gut verwaltet worden?“. Der imaginäre Ausbau der imperialen Infrastruktur in Deutschland nach 1918. In: Kundrus, Birthe (Hg.), Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus. Frankfurt am Main, New York 2003. S. 71-90.
- Leclerc, Gerard: Anthropologie und Kolonialismus. München 1973.
- Lehner, Georg: Österreich-Ungarn in China? Das Gerücht einer territorialen

- Erwerbung und die österreichische Presse im Frühjahr 1899. In: *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* Band 110. Wien 2002, S. 125-149.
- Lehner, Georg und Monika Lehner: Österreich-Ungarn und der „Boxeraufstand“ in China. *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs*, Sonderband 6. Wien 2002.
- Lengwiler, Martin: Praxisbuch Geschichte. Einführung in die historischen Methoden. Zürich 2011.
- Lenin, W. I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Lenin, Werke Bd. 22, S. 189-309. Berlin 1988.
- ders.: Hefte zum Imperialismus. Lenin, Werke Bd. 39. Berlin 1965.
- Linne, Karsten: Deutschland jenseits des Äquators? NS-Kolonialplanungen für Afrika. Berlin 2008.
- Loidl, Simon: Safari und Menschenversuche. Die Uganda-Expedition von Rudolf Kmunke und Robert Stigler. In: *Österreich in Geschichte und Literatur (mit Geographie)*. 55. Jg 2011, Heft 1 (366), S. 38-53.
- Losurdo, Domenico: Lenin, die *Herrenvolk democracy* und das *Schwarzbuch des Kommunismus*. In: *Topos* 22, 2003. S. 41-55.
- ders.: Kampf um die Geschichte. Der historische Revisionismus und seine Mythen. Köln 2007.
- ders.: Freiheit als Privileg. Eine Gegengeschichte des Liberalismus. Köln 2010.
- Loth, Heinrich: Die christliche Mission im Südwestafrika. Zur destruktiven Rolle der Rheinischen Missionsgesellschaft beim Prozeß der Staatsbildung in Südwestafrika (1842-1893). Berlin 1963.
- Lutz, Heinrich: Zur Wende der österreichisch-ungarischen Außenpolitik 1871. Die Denkschrift des Grafen Beust für Kaiser Franz Joseph vom 18. Mai. In: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs*. 25. Band, Wien 1972. S. 169-184.
- Luxemburg, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In: Luxemburg, Rosa, Gesammelte Werke, Bd. 5, Ökonomische Schriften. Berlin 1975, S. 5-411.

- Magdoff, Harry: Imperialism: A Historical Survey. In: Magdoff, Harry: Imperialism: From the Colonial Age to the Present. Essays by Harry Magdoff. New York, London 1978. S. 94-113.
- Matis, Herbert: Die Habsburgermonarchie (Cisleithanien) 1848-1918. In: Bachinger, Karl, Hildegard Hemetsberger-Koller und Herbert Matis: Grundriss der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Wien ⁵1994. S. 6-39.
- ders.: Sozioökonomische Aspekte des Liberalismus in Österreich 1848-1918. In: ders.: Von der frühen Industrialisierung zum Computerzeitalter. Wirtschaftshistorische Wegmarkierungen. Ausgewählte Schriften, herausgegeben von Charlotte Natmeßnig und Karl Bachinger. Wien, Köln, Weimar 2006. S. 55-76.
- ders.: Deutsch-österreichische Wirtschaftsbeziehungen 1815-1938 aus österreichischer Sicht. In: Matis (2006) S. 77-97.
- März, Eduard: Die Entwicklung des Bankwesen in den letzten Jahrzehnten der österreichisch-ungarischen Monarchie. In: Die Frage des Finanzkapitals in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1900-1918. S. 67-77.
- ders.: Österreichische Industrie- und Bankpolitik in der Zeit Franz Josefs I. Am Beispiel der k. k. priv. Österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe. Wien 1968.
- ders.: Zur neueren Diskussion der Imperialismustheorie. Wien 1980.
- Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* Bd. 1, Nr. 2 (2000).
<http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1089/2383>
 (28.04.2012)
- McEwan, Dorothea: A Catholic Sudan. Dream, Mission, Reality. London/Rome 1983/1987.
- dies.: Habsburg als Schutzmacht der Katholiken in Ägypten. Kairo, Wiesbaden 1982.
- Melk-Koch, Marion: Zwei Österreicher nehmen Einfluß auf die Ethnologie in Deutschland: Felix von Luschan und Richard Thurnwald. In: Rupp-

- Eisenreich, Britta und Justin Stangl (Hg.): Kulturwissenschaft im Vielvölkerstaat. Zur Geschichte der Ethnologie und verwandter Gebiete in Österreich, ca. 1780-1918. Wien, Köln, Weimar 1995, S. 132-140.
- Mommsen, Wolfgang J.: Das Zeitalter des Imperialismus (= Fischer Weltgeschichte Band 28). Frankfurt am Main 1969.
- ders.: Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen. Göttingen ³1987.
- Morgenbrod, Brigitt: Wiener Großbürgertum im Ersten Weltkrieg. Die Geschichte der „Österreichischen Politischen Gesellschaft“ (1916-1918). Wien 1994.
- Moses, A. Dirk (Ed.): Empire, Colony, Genocide. Conquest, Occupation, and Subaltern Resistance in World History. New York, Oxford 2008.
- ders.: Empire, Colony, Genocide: Keywords and the Philosophy of History. In: Moses, A. Dirk (Ed.): Empire, Colony, Genocide. Conquest, Occupation, and Subaltern Resistance in World History. New York, Oxford 2008. S. 3-54.
- Mosse, George L.: Die Geschichte des Rassismus in Europa. Frankfurt am Main 2006.
- Mullins, Gerry: Dublin Nazi No. 1. The Life of Adolf Mahr. Dublin 2007.
- Osterhammel, Jürgen: Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen. München 1995 ⁴2003.
- Pack, Birgit: Robert Stigler ,
http://www.afrikanistik.at/pdf/personen/stigler_robert.pdf (2010)
 (28.04.2012)
- dies.: Rudolf Kmunke,
http://www.afrikanistik.at/pdf/personen/kmunke_rudolf.pdf (2010)
 (28.04.2012)
- Pav, Wolfgang: Die dalmatinischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat nach der Wahlrechtsreform 1907. Dipl. Wien 2007.
- Plankensteiner, Barbara: Endstation Museum. Österreichische Afrikareisende sammeln Ethnographica. In: Sauer (Hg., ²2007), S. 257-288.
- Plumelle-Urbe, Rosa Amelie: Weisse Barbarei. Vom Kolonialrassismus zur

- Rassenpolitik der Nazis. Zürich 2004.
- Praschek, Thomas: Darwinismus, Gesellschaft und Politik. Ein Beitrag zur österreichischen Geistes- und Wissenschaftsgeschichte der Jahrhundertwende. Diss. Wien 1993.
- Priester, Eva: Kurze Geschichte Österreichs. I. Entstehung eines Staates. Wien 1946.
- dies.: Kurze Geschichte Österreichs. Aufstieg und Untergang des Habsburgerreiches. Wien 1949.
- Priester, Karin: Rassismus und kulturelle Differenz. Münster 1997.
- Randa, Alexander: Österreich in Übersee. Wien 1966.
- Rainer, Barbara: Der Diskurs der Überbevölkerung. Zu Metaphorik und Funktion einer in Aussicht gestellten globalen Katastrophe. Diss. Innsbruck 2001.
- Ranzmaier, Irene: Der Beitrag der Anthropologischen Gesellschaft in Wien zur Etablierung anthropologischer Disziplinen in Österreich-Ungarn 1870-1900.
- Reinhard, Wolfgang: Geschichte der europäischen Expansion. Stuttgart 1983-1990.
- ders.: Kleine Geschichte des Kolonialismus. Stuttgart 1996.
- Renisch, Franz: Wilhelm Franz Exner 1840-1931. Wien 1999.
- Rosenkranz, Hannes: Die „Schulz-Gruppe“ der NSDAP. Diss. Wien 2004.
- Rupp-Eisenreich, Britta und Justin Stagl (Hg.): Kulturwissenschaften im Vielvölkerstaat. Zur Geschichte der Ethnologie und verwandter Gebiete in Österreich, ca. 1780 bis 1918. L'Anthropologie et l'état pluri-culturel. Le cas de l'Autriche, de 1780 à 1918 environ. Wien, Köln, Weimar 1995.
- Said, Edward: Orientalism. New York 1978.
- Sandgruber, Roman: Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wien 1995
- Sassen, Saskia: Migranten, Siedler, Flüchtlinge. Von der Massenauswanderung zur Festung Europa. Frankfurt am Main 1996.
- Sauer, Walter (Hg.): K.u.K. kolonial. Habsburgermonarchie und europäische Herrschaft in Afrika. Wien 2007.

- ders.: Jenseits der „Entdeckungsgeschichte“: Forschungsergebnisse und Perspektiven. In: Sauer (Hg., ²2007), S. 7-15.
- ders.: Schwarz-Gelb in Afrika. Habsburgermonarchie und koloniale Frage. In: Sauer (Hg., ²2007), S. 17-78.
- ders. (Hg.): Von Soliman zu Omofuma. Afrikanische Diaspora in Österreich. 17. bis 20. Jahrhundert. Innsbruck, Wien, Bozen 2007.
- ders.: Österreich-Ungarn – die Erschaffung Mitteleuropas. In: Robert *Aldrich* (Hg.), Ein Platz an der Sonne. Die Geschichte der Kolonialreiche. Stuttgart 2008. S. 196-219.
- ders.: Auf dem Weg zu einer Kolonialgeschichte Österreichs. In: *Österreich in Geschichte und Literatur (mit Geographie)*. 55. Jg 2011, Heft 1 (366), S. 2-5.
- ders.: Ein Jesuitenstaat in Afrika? Habsburgische Kolonialpolitik in Ägypten, dem Sudan und Äthiopien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: *Österreich in Geschichte und Literatur (mit Geographie)*. 55. Jg 2011, Heft 1 (366), S. 7-27.
- Schier, Daniela: Die österreichische Linke und die Kolonialfrage in der Zwischenkriegszeit (1919 – 1933). Dipl. Wien 2007.
- Schlag, Gerald: Koloniale Pläne Österreich-Ungarns in Ostafrika im 19. Jahrhundert. In: Abenteuer Ostafrika. Der Anteil Österreich-Ungarns an der Erforschung Ostafrikas. Katalog zur Ausstellung in Schloss Halbturn 11. Mai bis 28. Oktober 1988. S. 171-186.
- Schubert, Michael: Der schwarze Fremde: Das Bild des Schwarzafrikaners in der parlamentarischen und publizistischen Kolonialdiskussion in Deutschland von den 1870er bis in die 1930er Jahre. Stuttgart 2003.
- Schulte-Sasse, Jochen und Renate Werner: Einführung in die Literaturwissenschaft. München ⁸1994.
- Schwarz, Werner Michael: Anthropologische Spektakel. Zur Schaustellung ‚exotischer‘ Menschen, Wien 1870-1910. Wien 2001. (= Schwarz, 2001a)
- Schwarz, Werner: Konsum des Anderen. Schaustellungen exotischer Menschen in Wien. In: *ÖZG* 1/2001), S. 15-29. (= Schwarz, 2001b)

- Sondhaus, Lawrence: Franz Conrad von Hötzendorf. Architekt der Apokalypse. Wien, Graz 2003.
- Später, Jörg: Gegenläufige Erinnerungen. Historizität und politischer Kontext der Debatten um Kolonialismus und Nationalsozialismus. In: *iz3w* Nr. 308 (2008), S. 41-43
- Steidl, Annemarie: Ein ewiges Hin und Her. Kontinentale, transatlantische und lokale Migrationsrouten in der Spätphase der Habsburgermonarchie. In: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 1/2008, S. 15-42.
- dies: Übers Land und über das offene Meer. Wanderungen mitteleuropäischer Handwerker nach Nordamerika. In: Steidl, Annemarie et. al. (Hg.): Übergänge und Schnittmengen. Arbeit, Migration, Bevölkerung und Wissenschaftsgeschichte in Diskussion. Wien, Köln, Weimar 2008. S. 76-99.
- Stoecker, Helmuth (Hg.): Drang nach Afrika. Die deutsche Expansionspolitik und Herrschaft in Afrika von den Anfängen bis zum Verlust der Kolonien. Berlin 1991.
- Stornig, Katharina: Österreich-Ungarn und die deutsche Kolonialpolitik 1904-1914 mit besonderer Berücksichtigung der Herero- und Namakriege. Dipl. Wien 2004.
- Sturm, Herbert: Hakenkreuz und Kleeblatt. Irland, die Alliierten und das „Dritte Reich“ 1933-1945. Frankfurt am Main 1984.
- Traverso, Enzo: Moderne und Gewalt. Eine europäische Genealogie des Nazi-Terrors. Köln 2003.
- ders.: Gebrauchsanleitungen für die Vergangenheit. Geschichte, Erinnerung, Politik. Münster 2007.
- Tschuggel, Helga: Österreichische Handelskompagnien im 18. Jahrhundert und die Gründung der Orientalischen Akademie als ein Beitrag zur Belebung des Handels mit dem Orient. Diss. Wien 1996.
- Veracini, Lorenzo: Colonialism and Genocides. Notes for the Analysis of a Settler Archive. In: Moses, A. Dirk (Ed.): Empire, Colony, Genocide. Conquest, Occupation, and Subaltern Resistance in World History. New York, Oxford

2008. S. 148-161.
- Vocelka, Karl: Österreichische Geschichte. München 2005.
- Wadauer, Sigrid: Historische Migrationsforschung. Überlegungen zu Möglichkeiten und Hindernissen. In: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 1/2008, S. 6-14.
- Wagner, Johann: Österreichische Kolonialversuche in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Diss. Wien 1955.
- Wandruszka, Adam und Peter Urbanitsch (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Band I-VIII. Wien 1973-2006.
- Weeks, Gregory: Die Rolle der „Ostmark“ in der deutschen Kolonialpolitik 1918-1945. Diss. Graz 2002.
- Wendt, Reinhard: Vom Kolonialismus zur Globalisierung. Europa und die Welt seit 1500. Paderborn 2007.
- Wessely, Kurt: Die wirtschaftliche Entwicklung von Bosnien-Herzegowina. In: Wandruszka, Adam und Peter Urbanitsch (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. 1: Die wirtschaftliche Entwicklung. Wien 1973.
- Weingart, Peter, Jürgen Kroll und Kurt Bayert: Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland. Frankfurt am Main, 42006.
- Winogradow, K. B., J. A. Pissarew: Die internationale Lage der österreichisch-ungarischen Monarchie in den Jahren 1900 bis 1918. In: Österreich-Ungarn in der Weltpolitik 1900 bis 1918. Berlin 1965, S. 1-53.
- Winowska, Maria: Das Geheimnis der Maria Theresia Ledochowska. Leben und Werk der seligen „Mutter der Schwarzen“. Aschaffenburg 1977.
- Wirz, Albert: Sklaverei und kapitalistisches Weltsystem. Frankfurt am Main 1984.
- Wladika, Michael: Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k. Monarchie. Wien 2005.
- Wolter, Stefanie: Die Vermarktung des Fremden. Exotismus und die Anfänge des Massenkonsums. Frankfurt/Main 2005.
- Young, Robert J. C.: Postcolonialism. An Historical Introduction. Malden, Oxford, Carlton 2001.

- ders.: Postcolonialism. A Very Short Introduction. New York 2003
- Zach, Michael: Österreicher im Sudan von 1820 bis 1914. Dipl. Wien 1984.
- ders.: Österreicher im Sudan von 1820-1914. Wien 1985.
- ders.: Martin Ludwig Hansal (1823 – 1885). Das Leben eines Österreichers im Sudan des 19. Jahrhunderts und sein Beitrag zur Erforschung und Geschichtsschreibung Nordostafrikas. Diss. Wien 1986.
- ders.: Die Katholische Mission für Zentralafrika. In: Abenteuer Ostafrika. Der Anteil Österreich-Ungarns an der Erforschung Ostafrikas. Katalog zur Ausstellung in Schloss Halbturn 11. Mai bis 28. Oktober 1988. S. 187-202.
- ders.: Ignaz Pallme. Ein unbekannter Kolonialentwurf für Nordostafrika aus dem Jahr 1851. In: Sauer (Hg. 2007), S. 79-109
- Zantop, Susanne M.: Kolonialphantasien im vorkolonialen Deutschland (1770-1870). Berlin 1999.
- Zimmerer, Jürgen: Holocaust und Kolonialismus. Beitrag zu einer Archäologie des genozidalen Gedenkens. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 51. Jg. (2003), Nr. 12, S. 1098-1119.
- ders.: Die Geburt des ‚Ostlandes‘ aus dem Geiste des Kolonialismus. Ein postkolonialer Blick auf die NS-Eroberungs- und Vernichtungspolitik. In: *Sozial.Geschichte. Zeitschrift für die historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts*, 1 (2004), pp. 10-43.
- ders.: Nationalsozialismus postkolonial. Plädoyer zur Globalisierung der deutschen Gewaltgeschichte. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 57. Jg. (2009), Nr. 6, S. 529-548.

Sonstiges

- Blaulich, Max: Kilimandscharo zweimeteracht. St. Pölten, Salzburg 2005.
- ders.: Gatterbauerzwei oder Europa überleben. St. Pölten, Salzburg 2006.
- ders.: Stackler oder die Maschinerie der Nacht. St. Pölten, Salzburg 2008.

10 Anhang

Abstracts

Abstract deutsch:

Obwohl nicht im Besitz von „Übersee-Kolonien“, spielte Österreich-Ungarn durch politische Allianzen, aber auch mittels protokolonialer Aktivitäten wie Missionstätigkeit oder wissenschaftlicher Expeditionen eine wichtige Rolle im Rahmen des europäischen Kolonialismus. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg entstanden zunehmend expansionistische Konzepte. Während die staatliche Politik ihren Fokus auf Südosteuropa legte, versuchte eine kleine Gruppe von Kolonialpropagandisten die Monarchie stärker hin zu einer Kolonialpolitik jenseits ihrer traditionellen Einflussgebiete zu lenken. Sie knüpften dabei an vorangegangene koloniale und protokoloniale Aktivitäten an und publizierten zahlreiche Bücher und Broschüren über Migration, „Überbevölkerung“ oder Österreich-Ungarns Status als Großmacht. Die meisten dieser Autoren waren Mitglieder der Österreichisch-Ungarischen Kolonialgesellschaft. Diese war 1894 mit der Absicht gegründet worden, eine breitere Diskussion über die koloniale Frage und damit verbundene Themen zu initiieren. Dies versuchte man nicht nur mittels der Publikationen, sondern auch durch die Übermittlung von Denkschriften und Eingaben an Ministerien, sowie durch das Engagement der Kolonialgesellschaft als Lobbyorganisation für EmigrantInnen. Mit dem Ende der Monarchie löste sich die Österreichisch-Ungarische Kolonialgesellschaft auf. Einige ihrer Autoren passten ihre Vorstellungen an die neuen Gegebenheiten an, setzten ihre Arbeit fort und trugen zur Entwicklung reaktionärer Konzepte bei, die das politische Klima zwischen den Weltkriegen prägen sollten.

Die Dissertation untersucht die Aktivitäten der Kolonialgesellschaft und Publikationen, die im Umfeld der Kolonialgesellschaft entstanden sind. Die Argumentation der Autoren wird textanalytisch herausgearbeitet und in die politische und gesellschaftliche Entwicklung während der letzten Jahrzehnte der Monarchie eingeordnet sowie in Beziehung gesetzt zu den vielfältigen

protokolonialen Aktivitäten dieser Zeit.

Abstract english:

Although Austria-Hungary never owned ‚overseas colonies‘, the monarchy played an important role in seconding European colonial politics. This took place through alliance policy, but also through semi colonialist activities such as missionary work or scientific expeditions. During the years before the First World War expansionist concepts were developed. Whereas the State policy had its focus on South-Eastern Europe, a small group of colonial propagandists attempted to push the Monarchy into a more openly colonial policy beyond the traditional sphere of interest of the Austrian Empire. They tied in with colonial and semi-colonial activities and concepts, and published books and brochures on migration, ‚overpopulation‘ or the status of the Habsburg monarchy as a Great Power. Most of these colonialist authors were related to the Österreichisch-Ungarische Kolonialgesellschaft. It was established in 1894 and its main purpose was to create a discussion on the colonial question and related subjects. This was done not only with the publications but also by sending pamphlets and memoranda to ministries. Furthermore the Kolonialgesellschaft was active as a lobbyist group for emigrants. The Österreichisch-Ungarische Kolonialgesellschaft was disbanded with the end of the Austro-Hungarian monarchy. Some of the authors adjusted their ideas to the new situation and continued their work. The Austrian colonial propagandists thus added up to the reactionary concepts that began to shape the political climate during the period between the two World Wars.

The dissertation examines the activities of the Kolonialgesellschaft and the publications published by the Kolonialgesellschaft, by members of the society or other Austrian colonialist authors. The arguments of the authors are examined with methods of text analysis and analyzed in the context of the political and social developments as well as semi colonialist activities during the last decades of the Austro-Hungarian monarchy.

Lebenslauf

Mag. phil. Simon Loidl, geb. am 04.08.1977 in Salzburg, Österreich

- 2008-2010 Mitarbeit am Projekt „Geschichte des Landesverbandes ehemals politisch Verfolgter Oberösterreich“ des Oberösterreichischen Landesarchivs
- 2007-2008 Research Fellow am Center for Austrian Studies an der University of Minnesota
- 1995-2004 Studium der Geschichte und Germanistik an den Universitäten Salzburg, Berlin und Wien

Aktuelle Publikation:

Safari und Menschenversuche. Die Uganda-Expedition von Rudolf Kmunke und Robert Stigler. In: *Österreich in Geschichte und Literatur (mit Geographie)*. 55. Jg 2011, Heft 1 (366), S. 38-53.

Vorträge:

- 07.11.2009 Referat „Civilisation, Cultivation, Colonisation – der Kolonialbegriff in der österreichisch-ungarischen Emigrations- und Kolonialdebatte“ beim DoktorandInnenworkshop der Universität Leipzig
- 14.04.2007 Referat „Kolonialdiskurse und –aktivitäten in der Habsburgermonarchie“ beim Doktorandenforum des Zentrums für Zeithistorische Forschung, Potsdam
- 25.11.2006 Referat „Kolonialrassismus als Disziplinen übergreifendes Paradigma – Verdichtung von Wissenschaftstraditionen und -methoden zu einer Herrschaftsideologie am Beispiel der Debatten in der Habsburgermonarchie“ beim Graduiertenworkshop am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien

